REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 441 · 31.8.2000

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 45 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Deutschland AG gegen Nazis
2. Antirassistisches Grenzcamp: Positionierung gegen Umarmung der Staats-Antifa - Sabine Thorwald/Bernd Dropmeier
3. Antifaschismus für den Wirtschaftsstandort - ES und ga.
4. Lübeck 18.1.1996 - ga.
5. Kampagne 50 Millionen für alternative Jugendarbeit
6. Erklärung des Komitees für Grundrechte und Demokratie zur NPD-Verbotsdiskussion - Wolf- Dieter Narr, Roland Roth
7. Sachsen-Anhalt: Nazizentrum im Aufbau? - Antifa Magdeburg
8. Vom Ende blondbezopfter Trachtenmädels. Eine Studie zu Selbstbildern rechter Frauen - Antje Schwarzmeier
9. Akzeptierende Jugendarbeit in Sachsen. Neonazis erhalten eigenen Jugendclub in Delitzsch - Joachim Kolb
10. Der Düsseldorfer Anschlag und der neue Terror von Rechts. Interview mit dem Antifa-KOK, Düsseldorf
11. "Wollen Sie Bundeskanzler werden, Herr Koch?" Ein Rechtspopulist wird hochgejubelt - Thomas Klein
12. Wunder geschehen selten. Verhandlungen in Camp David gescheitert - Achim Rohde
13. Staatsdiener im Heiligen Krieg. 20 Jahre nach der Bombe von Bologna: Streit um das Gedenken - Js.
14. Bombiger Sommer in Spanien. ETA und spanischer Staat in kompromißloser Konfrontation - mb
15. Wir fürchten um das Leben unserer Freunde. Interview mit dem Sprecher der "Özgürlük Initiative" Yildirim Kaya
16. "Äußert eure Meinung! Kritisiert!" PKK-Opposition meldelt sich zu Wort - Nora Mielke
17. Nicht im Opferstatus verharren. Psychosoziale Arbeit nach dem Hurrican Mitch - Interview mit Josefina Ulloa
18. Die Gewalt überleben. Eine Konferenz von medico international zu psychosozialer Arbeit nach Krieg und Diktatur - Thomas Seibert
19. Psychosoziale Interventionen. Von der Arbeit in gewaltbetroffenen Communities in Südafrika - Zandile Nhlengetwu, Berenice Meintjes
20. Ringen um den Rest. Präsidentschaftswahlen in Jugoslawien - Boris Kanzleiter
21. EU mauert sich weiter ein. Nach Dover: Abschottungspolitik intensiviert - Mark Holzberger
22. Zivilgesellschaft und Revolution. Antonio Gramscis Definition eines Begriffs, der zum Modewort wurde - Js.
23. "Für unsere Würde!" Leipziger Flüchtlinge protestieren gegen das Asylbewerberleistungsgesetz - Andrea F. Tahir, KAHINA, Leipzig
24. (K)Ein bisschen normal. Die "Homoehe" zwischen konservativer und linker Kritik - Tina Fritsche
25. Wessen Gewalt hat die Macht, sexy zu sein?! Eine Replik auf das Schlagwerk-Manifest - Detlef Georgia Schulze
26. Wider die "affirmative Illusion". Roswitha Scholz und "Das Geschlecht des Kapitalismus" - Rezension - Anke Schwarzer
27. Science in Action. Vom Modewort zur Wissenschaft - "Gender Studien" von Christina von Braun und Inge Stephan - Sk/At
28. Wendland in der Ukraine. International gegen Endlagerprojekte - Wolfgang Ehmke
29. Zwischenlösungen für Zwischenlager - DSe
30. Alles Lüge. Demo gegen den rot-grünen Atomkonsens - DSe
31. Pokern um den ersten Castor - Jochen Stay
32. Der Komödiant der Nazis. Heinz Rühmann und der Unterhaltungsfilm im NS-Staat - Bernd Kleinhans
33. Enteignet die Plattenindustrie. Napster, GNUtella und das Ende der Musik? - DSe
34. Die neue Staatsdoktrin. Karl Heinz Roth analysiert den Siegeszug der Totalitarismustheorie - Js.
35. Von Seattle nach Prag ... Zum IWF-Gipfeltreffen - gw.
36. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der bezahlten und unbezahlten Arbeit

37. Die Richtung ändern. Positionspapier der AG Tarifpolitik zur Tarifrunde 2000 - AG Tarifpolitik
38. Alles nur Zufall? Eine Buchbesprechung - ga.
39. AUFGEBLÄTTERT
40. LESERINNENBRIEFE
41. KALENDER
42. Verteilungs-Probleme
43. Zivilgesellschaftlich gegen rechts?
44. Balkanmix
45. Uups: Unwort oder Inbegriff?

1. Deutschland AG gegen Nazis

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/tantifa.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:tantifa

Anfang August ist in Deutschland der Antifa-Hype ausgebrochen. VertreterInnen von Politik, Medien und Wirtschaft überschlagen sich mit wohlfeilen Erklärungen, wie der Rechtsextremismus bekämpft werden kann. Allgemeiner Tenor: Der Staat soll seine Muskeln spielen lassen. Gefordert werden harte Polizeimaßnahmen, Videoüberwachung öffentlicher Plätze und Bahnhöfe, ein NPD-Verbot, Einschränkung des Demonstrationsrechtes und eine Kompetenzerweiterung des Bundesgrenzschutzes. Gleichzeitig werben Prominente in hilflosen Appellen für "mehr Toleranz" und glauben, damit den Deutschen die selbstverständlichste Sache der Welt beibringen zu können.

Sicher ist es begrüßenswert, wenn ernsthafte Maßnahmen ergriffen werden, um dem Terror gegen MigrantInnen, Afro-Deutsche, Obdachlose, Linke, und andere gefährdete Gruppen Einhalt zu gebieten. Die laufende Debatte ist aber scheinheilig und verdrängt zentrale Ausgrenzungsmechanismen, die die Mehrheitsgesellschaft und die Regierung gegen Flüchtlinge und MigrantInnen anwenden.

Die Umtriebe und Morde der Nazis sind nicht neu. Jahrelang haben Polizei und Politik organisierte rechte Gewalttaten bagatellisiert und als Taten "verwirrter, alkoholisierter Einzeltäter" verharmlost. Bündnisse gegen Rechts und antifaschistische Organisationen haben mit staatlicher Repression zu kämpfen und müssen sich anhören, dass sie es seien, die die Gewalt auf die Straße tragen, wenn sie gegen Nazis vorgehen.

PolitikerInnen fast aller Couleur sind populistische Stichwortgeber für die rassistische und antisemitische Stimmungslage in einem Großteil der Bevölkerung: Sei es die "Kinder statt Inder"-Kampagne von Jürgen Rüttgers, sei es die Rede von Deutschlands "Belastungsgrenzen" (Otto Schily) oder der "Auschwitzkeule" (Martin Walser).

Was bewegt die Deutschland AG also? In der Debatte offenbart sich, wer als eigentliches Opfer der Anschläge gesehen wird: der Wirtschaftsstandort Deutschland. Zwar kommen auch Flüchtlinge und Obdachlose noch vor, aber wenn jetzt sogar Sabine Christiansen von Rechtsextremen in ihrer Mail-Chat-Runde bedroht wird, sich die ausländischen Investoren aus Deutschland zurückziehen, weil sie ihre MitarbeiterInnen nicht der Gewalt aussetzen wollen und das Ansehen Deutschlands in der Welt schwindet - ja, dann muss das "anständige Deutschland" zusammenhalten.

Deutschland soll sich als einig Antifa präsentieren, damit der Euro rollt. Die Nazis haben nicht gelernt, zwischen den AusländerInnen zu unterscheiden, "die uns nützen und die uns ausnützen" (Beckstein).

Eine der zentralen Nazi-Forderungen - "Arbeit zuerst für Deutsche" - ist längst gesetzlich verankerte Realität: Arbeit zuerst für Deutsche, dann für EU-BürgerInnen, dann für Nicht-EU-BürgerInnen. Hier muss eine wirksame, langfristige Bekämpfung der rechten Gewalt und deren Billigung durch einen Großteil der deutschen Gesellschaft ansetzen: Die rassistischen und deutschtümelnden Gesetze geben den Nazis die Sicherheit, im Namen vieler zu handeln und bestehende Gesetze nur konsequent umzusetzen. Die systematische Ausgrenzung und öffentliche Demütigung von Asylsuchenden, die Vertreibung von Obdachlosen aus den Einkaufsmeilen, die Abschiebehaft, die Abspeisung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen mit einem Almosen, die Verweigerung von politischen Rechten für MigrantInnen und ähnliches dient den Nazis als Legitimation.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit persönlichem und staatlichen Rassismus, mit Männlichkeit, Konkurrenz- und Leistungsdruck im "Wirtschaftsstandort Deutschland" bleibt aus. Man will seine Ruhe vor dem braunen Mob haben und ansonsten weiter am "normalen" Deutschland basteln.

2. Antirassistisches Grenzcamp: Positionierung gegen Umarmung der Staats-Antifa

Autor: Sabine Thorwald/Bernd Dropmeier · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:29

Vom 28. Juli bis 6. August fand das dritte antirassistische Grenzcamp an der polnisch-deutschen Grenze im brandenburgischen Forst (Lausitz) statt. Die insgesamt 1000 TeilnehmerInnen kamen aus unterschiedlichsten Gruppierungen und Zusammenhängen, darunter auch polnische Gruppen und Flüchtlingsorganisationen.

Begonnen hatte es mit Business as usual: Die Lausitzer Rundschau (LR) erschrieb Horrorszenarien von "Gewalt" und linken "Chaoten". Der Forster Bürgermeister Reinfeld (CDU) verweigerte die Vermietung eines Geländes an die Grenzcamp-Koordination und setzte private Grundbesitzer massiv unter Druck, keinen Zeltplatz zur Verfügung zu stellen. Die Begründung: Das Camp gefährde die öffentliche Sicherheit und Ordnung; AntirassistInnen zögen Nazis an, und eine Imageschädigung der Stadt Forst nach sich.

Trotzdem trafen am Freitag mehrere hundert CampteilnehmerInnen auf dem Forster Marktplatz ein, wo sie von den wenigen, aber völlig euphorisierten lokalen Punks lauthals empfangen wurden. Schon nach einer Stunde Verhandlungen konnte das Camp am Stadtrand aufgebaut werden. Bürgermeister Reinfeld zeigte sich zwar brüskiert, aber de facto traf die Polizei die Entscheidung und ihm blieb nicht weiter übrig, als das Camp zu "dulden".

Der obligatorische "Stadtspaziergang", ein Fußballturnier mit Flüchtlingen, Sprühaktionen, Straßentheater, die Umbenennung einiger Straßen mit den Namen von AntifaschistInnen, die flächendeckend in Forst verteilte Campzeitung sowie das eigens eingerichtete Camp-Radio sorgten in und um Forst für große Aufmerksamkeit. Zudem gelang es, Kontakte zu den in der Kleinstadt lebenden Flüchtlinge aufzunehmen und deren Situation deutlich zu machen.

An der Neiße errichteten Camp-AktivistInnen symbolische Grenzübergänge, um auf den Abschottungscharakter der EU-Außengrenze hinzuweisen. Eines Nachts sickerte durch, dass der BGS nach acht "illegal eingereisten" Menschen im Grenzgebiet fahndet. Mit verschiedenen spontanen Aktionen konnte die Fahndung behindert werden. Erstaunlich positive Resonanz erhielt ein vom Camp organisierter gemeinsamer Einkauf mit Flüchtlingen in einigen Forster Supermärkten. Sogar ein Filialleiter ließ sich bereitwillig über den Zwangscharakter des Gutscheinsystems aufklären. Eine Initiative des Camps gewann Forster BürgerInnen als Paten für einen regelmäßigen Umtausch der Gutscheine.

Mit Absperrband markierte "kontrollfreie Zonen" und Plakate, auf denen "Vorsicht! Rassistische Kontrolle" in großen Lettern prangten, störten BGS-Beamte bei der Durchführung verdachtsunabhängiger Kontrollen am Cottbusser Hauptbahnhof. Weitere Aktionen richteten sich gegen Treffpunkte von Nazis im nahe gelegenen Spremberg sowie gegen den dortigen Bürgermeister Woschatz (CDU), der Forderung nach einem nächtlichen Ausgangsverbot für Nicht-Deutsche vertrat. Eine Demonstration in Eisenhüttenstadt führte zur Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber, in der zugleich ein Abschiebeknast (ZABH) integriert ist. Im berühmt-berüchtigten Guben besuchten die CampteilnehmerInnen neben Veranstaltungen zum Gedenken an den von Nazis zu Tode gehetzten Omar Ben Noui alias Farid Guendoul, den jüdischen Friedhof - häufiges Ziel von neonazistischen Angriffen - und führten an einigen in der Nähe befindlichen Wehrmachtsgräbern ein so genanntes Teach-in gegen Antisemitismus durch.

Bürgermeister brüskiert

Im Gegensatz zum letzten Jahr lag ein weiterer Schwerpunkt auf campinternen inhaltlichen Diskussionen. So setzte sich eine Arbeitsgruppe mit den Fragen linksradikaler Identität und politischer Organisierung auseinander. Intensive und kontroverse Diskussionen gab es aber vor allem um das Thema Sexismus. Konkret entspann sich die Debatte an zwei politischen Gruppen: Die auch auf dem Forster-Camp anwesenden Anarchistische Föderation (FA) aus Poznan (Polen) war schon im Vorfeld von der bundesweiten Vorbereitungsgruppe kritisiert worden. Dabei ging es um sexistisches Verhalten von Einzelnen der FA und den Umgang der Gruppe in gemeinsamen Diskussionen. Die bundesweite Vorbereitungsgruppe beschloss, vorerst nicht mit der FA-Poznan zusammenzuarbeiten. Als die FA im Rahmen des Forster-Camps ein von ihr

organisiertes antirassistische Grenzcamp an der polnischen Ostgrenze vorstellen wollte, wurde sie mit der Kritik der bundesweiten Vorbereitungsgruppe konfrontiert. Die darauf folgende Auseinandersetzung verlief ergebnislos, die FA-Mitglieder verließen das Camp.

Eine zweite, viel umfassender geführte Diskussion (be)traf die Flüchtlingsorganisation The Voice, die an der Grenzcampvorbereitung beteiligt war und mehrere Veranstaltungen dort organisierte. Teilnehmerinnen eines Antifa-Workcamps ausgelöst, das kurz zuvor in Weimar stattgefunden hatte, warfen The Voice vor, dass von ihnen nach Weimar mobilisierte Flüchtlinge für verschiedene sexistische Übergriffe gegen Frauen verantwortlich seien, die dort vorgefallen waren. Die Frauen verlangten von The Voice "innerhalb ihrer gruppe + ihrem umfeld (...) dafür zu sorgen, dass solche übergriffe in zukunft unmöglich werden um auch in zukunft gemeinsam gegen den rassistischen staat + die rassistische bevölkerung agieren zu können." The Voice kritisierte die Politik - erst der Kampf gegen Sexismus, dann der Kampf gegen Rassismus - als Hierarchisierung von Unterdrückungsverhältnissen. Nach kontroversen Diskussionen verfasste eine Arbeitsgruppe ein Papier, das auf dem Abschlussplenum diskutiert wurde. Die AutorInnen kritisierten, in den Diskussionen zeige sich eine "Tendenz zur Ethnisierung des Problems: (...) nicht-deutsche Männer gelten als sexistischer als deutsche", und problematisierten, dass nur The Voice, nicht aber "wir alle oder Männer überhaupt" aufgefordert wurden, sich zu den angeprangerten sexistischen Übergriffen zu verhalten. In dem Papier heißt es weiter: "Wir finden es im übrigen grundsätzlich unsinnig, von einer Organisation zu fordern, in ihrer Gruppe und ihrem Umfeld dafür zu sorgen, dass solche Übergriffe unmöglich werden, weil das leider im real existierenden Patriarchat nicht machbar ist (...)."

Medien beglückt - Polizei verspottet

Das Grenzcamp startete im Windschatten des Anschlages in Düsseldorf. So zeigten die Medien ein plötzliches und unerwartetes Interesse für das "Engagement gegen Rechts" und berichteten ebenso wohlwollend wie ausführlich über die Aktivitäten in Forst, fast täglich wurde auf dem Campgelände gefilmt. So war in Berliner Medien von "Menschenrechtlern" zu lesen, die "gegen Fremdenfeindlichkeit demonstrieren". Die starke Präsenz der Medien, aber auch das auffällig zurückhaltende Auftreten von Polizei und Bundesgrenzschutz - offenbar eine Weisung "von oben" - löste unter den CampteilnehmerInnen ein unsicheres Gefühl aus.

Spätestens als das Grenzcamp in den "Tagesthemen" als Beweis für die Existenz "anständiger Deutscher mit Zivilcourage" herhalten musste, artikulierte sich unter den AktivistInnen sehr deutlicher Widerwillen gegen die potenzielle Vereinnahmung durch die "staatliche Antifa". In einem Beitrag des Camp-Webjournals vom 4. August heißt es: "Wir finden uns also in einer paradoxen Situation wieder. (...) Zwar unterstützen wir mit unserer Präsenz hier Interessen, die wir ablehnen. Zugleich sehen aber auch viele, dass wir - vielleicht seit Jahren wieder zum ersten Mal - den gesellschaftlichen Diskurs beeinflussen können. Unsere Inhalte konnten nicht vermittelt werden, solange die Presse uns nur als Störfaktor porträtierte. Doch jetzt fragen sie uns nach unserer Meinung und schreiben die häufig auch brav auf. Da wir auf diese Situation jedoch nicht vorbereitet waren, kamen unsere Inhalte nur dürftig rüber, kritisieren viele."

Eine kohärente politische Position zu diesem Problem ließ sich nur ansatzweise finden. Zunächst reagierten einige AktivistInnen mit einer Aktion, die die Abgrenzung zum oktroyierten Schmusekurs deutlich machen sollte. Sie blockierten die Zufahrtswege zur BGS-Kaserne im angrenzenden Jänschwalde, rissen die Straße auf und errichteten mit Baumstämmen Barrikaden. Der BGS rückte erst an, als die "Bauarbeiten" bereits beendet waren. Im Nachhinein betrachtet diente die Aktion allerdings weniger einer radikal antirassistischen Positionierung in der aktuellen Rechtsextremismus-Debatte, als vielmehr der Wiederherstellung einer altbekannten Konfrontation: "Bullen gegen Autonome". Deshalb reagierten Polizei und Medien auch sehr unterschiedlich darauf. Die Medien wiederholten nicht wie üblich ihre stereotypen Beschreibungen von "vermummten linksautonomen Gewalttätern", sondern nahmen die Inhalte der Camp-Pressegruppe auf. Ein Artikel in der Lausitzer Rundschau zitierte unkommentiert die Forderungen nach der Abschaffung des BGS und "offenen Grenzen für alle".

Die Polizei ihrerseits hielt zwar die freundliche Rhetorik bei, wechselte aber die Gangart. Bei den auf die BGS-Blockade folgenden Aktionen in Spremberg und Eisenhüttenstadt rückte die Bereitschaftspolizei aus Potsdam sowie Spezialeinheiten von Polizei und BGS an und versuchten mit Kontrollen, Spalieren und vereinzelten Provokationen, die Demonstrationen zu behindern.

Kurz vor Ende des Camps, am Sonntag morgen, stürmten dann doch noch mehrere hundert Beamte das Campgelände. Offiziell sollte der Sender beschlagnahmt werden, mit dessen Hilfe das Campradio über zehn Tage hinweg - ohne Genehmigung (ein Legalisierungsangebot der Telekom lehnten die BetreiberInnen ab) - gesendet hatte. Doch die geplante Demonstration der Macht geriet zur Farce: Die Uniformierten mussten sich mit Sprechchören wie "heimlich hört ihr sowieso: Unser tolles Radio" verspotten lassen und nach fast zweistündigerSuche ohne Erfolg wieder abziehen.

Trotz allem hat das diesjährige Grenzcamp eines seiner erklärten Ziele erreicht: Die Menschen vor Ort, die sich dem rassistischen Konsens widersetzen möchten, zu unterstützen, und die anderen mit antirassistischen Positionen zu konfrontieren. Dies ist in Forst vor allem deshalb besser gelungen, weil dort das politische Klima liberaler und weniger völkisch-rassistisch ist als in Zittau, Guben oder Eisenhüttenstadt. Die intensiver und fundierter geführten Diskussionen stärkten zudem auch die interne Camp-Struktur und die politische Positionierung der TeilnehmerInnen.

AktivistInnen nachdenklich

Nun geht es darum, sowohl der Vernetzung zwischen den verschiedenen Gruppen, als auch den inhaltlichen Diskussionen Kontinuität zu verleihen. Im Vordergrund sollte eine Diskussion über die aktuelle staatlich verordnete Rechtsextremismus-Debatte stehen: Worum geht es dabei eigentlich? Um den heiligen Wirtschafts-Standort Deutschland oder um die Legitimierung schärferer Polizeigesetze? Die antirassistische Linke sollte deutlich artikulieren, dass das Problem nicht einige Rechtsradikale sind, denen sich eine erstarkte Zivilgesellschaft entgegen stellen muss, sondern dass das Problem der alltägliche Rassismus ist, der vorrangig von eben jener Zivilgesellschaft ausgeht. Nicht zuletzt geht es darum zu diskutieren, worin die Gesellschaftskritik antirassistisch-linksradikaler Politikansätze besteht.

In einem Leserbrief aus der Lausitzer Rundschau vom 14. August heißt es: "Am Sonntag Nachmittag verabschiedeten sich die Camp-Teilnehmer lachend und fröhlich winkend von den Forster Bürgern. Es ist Zeit, über Vieles nachzudenken, worauf die Teilnehmer des antirassistischen Grenzcamp in Forst aufmerksam machen wollten und getan haben."

Sabine Thorwald/ Bernd Dropmeier

Ausführliche Informationen zum Camp (Aktionsberichte, Diskussionspapiere, Fotos, Presseartikel) gibt es im Webjournal unter http://www.nadir.org/camp00

Ein zwölfminütiges Video zum Camp kann angesehen werden unter http://www.umbruch-bildarchiv.de/

video/videofenster.html

3. Antifaschismus für den Wirtschaftsstandort

Autor: ES und ga. · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:32

Fast zehn Jahre nach dem Überfall des rassistischen Mobs auf die Flüchtlingsunterkunft in Hoyerswerda, Jahre nach den Brandanschlägen auf Wohnhäuser und Flüchtlingsunterkünfte in Mölln, Solingen, Rostock-Lichtenhagen und Lübeck, entdeckten Medien und PolikerInnen aller Couleur plötzlich Nazis auf deutschen Straßen. Der Bombenanschlag von Düsseldorf, bis heute nicht eindeutig rechtsextremen Tätern zuzuordnen, brachte die schon den Sommer über schwebende Diskussion zum Durchbruch: Härteres Durchgreifen gegen den Nazi-Terror, der immer neue Attentate auf Obdachlose, Antifaschisten, Ausländer, jüdische Einrichtungen, eben alles was irgendwie anders ist, hervorbringt.

Der Zentralrat der Juden forderte dazu auf, den "Arsch hochzukriegen", Bundestagspräsident Thierse hatte schon im Juli im Informationsdienst Blick nach Rechts Zivilcourage eingefordert, Regierungssprecher Heye schließlich gründete eine entsprechende überparteiliche Initiative von Prominenten. Die bürgerliche Presse überschlägt sich mit Extraseiten zum Rechtsextremismus und Forderungen nach konsequentem Auftreten der BürgerInnen. Zivilcourage ist das beherrschende Thema - eine durchaus sinnvolle Debatte angesichts von Duldung, Fördern, Wegschauen, Unsicherheit und Angst. Zivilcourage - das ist eine Aufforderung an jeden, sich gegen jede Form von Nazi-Propaganda und -Aktionen zu stellen.

Die NPD zeigt Wirkung

Ganz im Gegensatz zu diesem Ansatz wusste CSU-Beckstein aber gleich den alles entscheidenden Rat: Die NPD muss verboten werden, dann ist a Ruh! Auch die Bundesregierung setzt eindeutig ihren Schwerpunkt auf repressives Regierungshandeln: Das Verbot wird auf seinen Nutzen und seine Stichhaltigkeit hin geprüft, für Oktober ist eine große Bundestagsdebatte angesetzt. Auf einer Innenministerkonferenz wurde ein Aktionsprogramm auf den Weg gebracht, das den verstärkten Einsatz von Bundesgrenzschutz auf Bahnhöfen vorsieht, sowie weitere aktive Repressionsmaßnahmen wie Sonder- und Schnellgerichte oder verstärkte Videoüberwachung. Gegen rechtsextreme Schläger wird - ähnlich wie bei Hooligans - eine bundeseinheitliche Kartei geschaffen, bekannte Rechtsextreme sollen durch Hausbesuche eingeschüchtert werden, ein Aussteigerprogramm soll Rechte zum "Auspacken" bewegen und insgesamt 75 Millionen DM sollen in den nächsten drei Jahren für die Unterstützung antifaschistischer Initiativen locker gemacht werden.

Parallel zu den geplanten staatlichen Maßnahmen entfalten BDI (Henkel) und BDA (Hundt) eine Kampagne gegen Neonazis in den Betrieben. Der BDA empfiehlt, Rechtsextremen zu kündigen. Auf lange Sicht würde die Ausländerfeindlichkeit dem internationalen Ansehen der BRD schaden. Nach der Entscheidung, mit der Greencard ausländische SpezialistInnen für den Wirtschaftsstandort Deutschland ins Land zu holen, fürchtet die Wirtschaft jetzt, dass Angesichts der rassistischen Realität auf der Straße, niemand sich diesem Wagnis aussetzen will. Schon 1992 - nach dem Pogrom von Rostock, wurden u.a. japanische Geschäftsleute gewarnt, in legerer Kleidung im Osten aufzulaufen: Sie könnten für Vietnamesen gehalten werden. Forschungsinstitute in der ehemaligen DDR beklagen, dass sie kaum noch ausländische Fachkräfte bekämen angesichts der Verunsicherung in Bezug auf rechtsextreme Übergriffe.

Diese Ausländer wird Beckstein auch nicht gemeint haben, wenn er nach wie vor davon spricht, dass das "Boot voll sei". Es wäre das Maß erreicht, das die Möglichkeiten der Bundesrepublik übersteige. "Kinder statt Inder" hatte Rüttgers noch vor wenigen Monaten gefordert und damit noch Öl ins Feuer gegossen. Es ist das alte gefährliche Spiel mit der Ausländerfeindlichkeit, das hier gespielt wird: Die guten sollen kommen, die schlechten sollen gehen, handverlesen durch die Herren Beckstein, Hundt und Henkel unter Bezug auf die niedersten Instinkte des Stammtisches. Dass eine besoffene Nazi-Dumpfbacke diese Logik kaum verstehen wird, wird ein Problem dieser Herren bleiben.

Das Erstaunen und die Aufgeregtheit dieser Herren über die rassistische Realität in diesem Lande verwundert allerdings angesichts der jahrelangen Politik nicht nur von CDU/CSU gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge. Dabei ist die quasi Abschaffung des Asylrechtes 1993 nur ein Meilenstein einer langen Propaganda den öffentlichen Diskurs weit nach rechts zu öffnen. Schon 1985 hat Helmut Kohl mit seinem Besuch zusammen mit Reagan in Bitburg nicht gezögert, den Gefallenen der Verbrecherorganisation Waffen-SS seine

Ehrbezeugung zu erweisen. Nimmt es da Wunder, dass Hamburger Nazis 1999 Ruhm und Ehre der Waffen-SS ehrend durch Hamburg marschieren? Beckstein, der heute nach einem NPD-Verbot schreit, hat offensichtlich vergessen, dass gegen den Nazi-Aufmarsch 1997 in München anlässlich der Reentsma-Ausstellung "Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht" nicht nur kein Verbot erlassen wurde, sondern die immerhin fast 5.000 Menschen nicht unwesentliche Unterstützung aus den Reihen seiner Partei bekommen hatten. Die rot-grüne Koalition, die sich jetzt als der Antifaschist per se präsentiert, setzte mit ihrer Propaganda für den Angriffskrieg auf Jugoslawien dann noch einen drauf: Bilder aus dem deutschen Faschismus wurden beschworen, um die Zustimmung der Bevölkerung zu erreichen: Die Rede war von Konzentrationslagern und Völkermord.

Während 1992 nach den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock noch zumindest in Form von Lichterketten die Gutmenschen auf die Straße mobilisiert wurden, ist bislang über die reine Verbotsdebatte kaum etwas vom "Aufstehen aller Antifaschisten" zu bemerken. In Düsseldorf waren es gerade 2.000 Menschen, die ihre Empörung über das Bombenattentat dokumentierten. In Hamburg versammelten sich auf Grund eines Aufrufs des Hamburger Bündnisses gegen Rechts und des DGB am 19.8. ca. 3.000 bzw. 2.000 Menschen waren es dann am 20.8. als 2.000 Polizisten und Bundesgrenzschützer aufgeboten wurden, um 120 Nazis eine Kundgebung zu ermöglichen, die sie vor dem Bundesverfassungsgericht genehmigt bekommen hatten.

Immerhin haben in der letzten Zeit mehr Kommunen Verbote von Nazi-Aufmärschen und Kundgebungen erlassen, die nicht mehr wie früher schon in der ersten Instanz gekippt worden sind. Selbst nach der liberalen Rechtsprechung des Verfassungsgerichts kann heute eine Versammlung verboten werden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Das diese Rechtsprechung sich nicht nur gegen Nazis richten kann, liegt auf der Hand.

Die jetzt so aufgeregt geführte Debatte um das Verbot der NPD hat trotzdem ganz den Charakter einer Phantomdebatte im Sommerloch. Im schlimmsten Fall wird sie den Eindruck erwecken, durch die geplanten repressiven Maßnahmen sei schon alles getan und weiteres Engagement des einzelnen Bürgers sei überflüssig. Im besten Fall kann sie die Situation der antifaschistischen Gruppen für eine gewisse Zeit verbessern, indem die öffentliche Aufmerksamkeit genutzt werden kann, mehr Berichte in die Medien gelangen und mehr Gesprächsbereitschaft besteht.

Mit der NPD als Objekt des Sommerloch-Theaters hat man nicht unbedingt den Falschen erwischt: Mit ihren 6.000 Mitgliedern ist sie zwar nicht die stärkste Partei des rechten Spektrums, wohl aber diejenige, die in besonders aggressiver Form auftritt, und die von einer Partei der ewig gestrigen Altnazis unter ihrem neuen Vorsitzenden Voigt zu einem Sammelbecken der militantesten Schaftstiefel-Nazis geworden ist. Das Verbot ist angesichts des vorliegenden Materials gut begründet und könnte eine Signalwirkung haben. Ein Verbot der NPD und die Hoffnung, dass das dem rechten Spuk ein Ende machen würde ist allerdings schlicht falsch. Die stille Zustimmung, die das Ausländer-raus-Geschrei der NPD hat, zeigt, dass der Rechtsextremismus ein Problem bis in die Mitte der Gesellschaft hinein ist.

In den letzten Jahren sind alle vorgeblichen Abgrenzungsbeschlüsse der NPD (so sie denn ernsthaft existiert hatten) gefallen. Eine große Anzahl der Nazi-Aktivisten aus den verbotenen Gruppen "Aktionsfront Nationaler Sozialisten", "Nationalistische Front", "Nationale Liste", "Freiheitliche Arbeiterpartei", "Volkstreue sozialistische Bewegung Deutschlands" usw. haben Unterschlupf bei der NPD gefunden, die mit ihren Aufmärschen (u.a. unter dem Brandenburger Tor) den "Nationalen Widerstand" am martialischsten auf die Straße trägt. Vernetzt ist die NPD dabei mit einer ganzen Menge von sogenannten "Kameradschaften" wie dem (mittlerweile verbotenen) "Hamburger Sturm", einer Vielzahl von Web-Adressen und weiteren informellen Strukturen. Wer dabei offiziell zur NPD gehört und wer nicht, ist dabei schwer zu unterscheiden und mit Ausnahme interner Querelen um die Führungsrolle im Prinzip auch unerheblich: Wenn es in der letzten Zeit zu größeren NPD-Aktionen gekommen ist, so waren alle militanten Nazi-Gruppen vor Ort dabei.

Speziell das Konzept der "national befreiten Gebiete" ist in Teilen der ehemaligen DDR, aber auch an einigen Orten der ehemaligen BRD, zentral für die um die NPD agierenden Aktivisten: Es geht hierbei darum, bestimmte Quartiere und Stadtteile zu "beherrschen", d.h. diese Gegenden für Linke, Ausländer, Obdachlose etc. zu unerlaubtem Gebiet zu machen, das zu betreten eine Gefährdung von Gesundheit und Leben ist. Von Seiten der Polizei und anderen offiziellen Stellen ist diese Entwicklung jahrelang negiert worden. Örtliche Antifa-Gruppen haben ständig über die Situation in solchen "befreiten Zonen" berichtet. Ganze Städte - u.a.

Königswusterhausen im Süden von Berlin - waren bei Dunkelheit von farbigen Personen nicht mehr zu betreten. Bahnhöfe und S-Bahnstrecken wurden und werden von rechten Schlägern majorisiert usw. In Königwusterhausen z.B. ist dokumentiert, dass Taxifahrer sich weigerten, überfallene Farbige zu befördern, und es ist belegt, dass die örtliche Polizeiwache, beim vergeblichen Versuch, Anzeige zu erstatten, rassistische Kommentare abgebeben hat. Der SPD-Innenminister von Sachsen-Anhalt gibt zu, dass trotz der seit einigen Jahren eingeleiteten Maßnahmen, es für farbige Menschen in vielen Quartieren nicht empfehlenswert sei, allein in der Dunkelheit auszugehen.

National befreite Zonen

Die Schläger sind in der Mehrzahl sicher keine Mitglieder der NPD und nicht alle Überfälle gehen von diesen "befreiten Gebieten" aus. Aber: Solche "Zonen" sind Anziehungspunkte und Durchlauferhitzer für eine bestimmte Jugend"kultur", in der rechte Parolen, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus dominierende Elemente sind. Hier entwickelt sich diese dumpfe deutschnationale Gemütslage, die sich zum rechtsextremen Weltbild verfestigt. Wenige Wortführer und Agitatoren genügen hier, um die Erfahrung von Perspektivlosigkeit, Jugendfrust und Jugendelend mit rechten Parolen zu einem durchgängigen Weltbild zu verfestigen. Dabei - so haben Untersuchungen ergeben - fehlt diesen Jugendlichen überdurchschnittlich häufig die eigene Erfahrung mit den in deutsch-nationalen Parolen angeprangerten angeblichen Missständen. Sie kennen vielfach überhaupt keine Immigranten und Asylsuchende oder Flüchtlinge, sie sind nicht überdurchschnittlich arbeitslos. Es hat den Anschein, dass eher das Gefühl des anonymen "Bedrohtseins" in dieser Szene bewusstseinsbildend wirkt, als die tatsächliche Erfahrung.

Wo immer in den letzten acht Jahren (nach Rostock 1992 wurde damit angefangen) versucht worden ist, mit Sozialarbeit innerhalb dieser Strukturen positiv auf diese Jugendlichen einzuwirken, das Ergebnis war jedes Mal ähnlich katastrophal: Die Strukturen verfestigten sich nur noch weiter, rechte Jugendliche und junge Erwachsene wurden bezahlte Sozialarbeiter, die rechten Treffpunkte wurden mit Staatsknete ausgebaut. Wo überhaupt Erfolge gegenüber solchen Strukturen erzielt werden konnten, waren diese auf das Zusammenspiel verschiedenster Ansätze zurückzuführen: Es war die Kombination aus Repression ("Null Toleranz") gegenüber rechten Schlägern, Förderung antifaschistischer Aufklärung (in Schulen, über Initiativen) und attraktiver Freizeitangeboten, an denen nur unter Ablegung rechter Symbole teilgenommen werden kann. In einigen Fußballstadien ist mittlerweile Rassismus kein Thema mehr.

Nazi-Strukturen austrocknen

Es wäre falsch, diese national befreiten Zonen als quasi exterritoriale Gebiete einer ansonsten liberalen Bürgergesellschaft zu begreifen. Im Gegenteil: Diese Strukturen sind Teil dieser deutschen Gegenwartsgesellschaft, sie werden von dieser Gesellschaft hervorgebracht. Wesentliche Triebkraft dieser Entwicklung sind dabei nicht die Nazis, sondern eine gesellschaftliche Meinungs- und Willensbildung, in der Ängste vor der Zukunft geschürt werden. Die realen Umwälzungen dieser Gesellschaft, die Globalisierung der Produktion und des Austauschs, die Migration der Menschen, der Abbau des Sozialstaates, die Verfestigung der Arbeitslosigkeit, die Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer: All diese Prozesse verschärfen Widersprüche, auf dieser Grundlage versuchten die CDU und alle Rechtsparteien, Wahlen zu gewinnen, kommen Politclowns wie der berüchtigte Hamburger Richter Schill zu Wort und Wählerstimmen. Das sind Themen des Stammtischs, der sich bei seinen Treffen, Schützenfesten usw. gern dieser Kameraden als Ordner bedient.

Antifaschisten, die gegen rechte Versammlungsorte und Kneipen protestieren, werden eher als Störenfriede denn als Demokraten angesehen. Der Feind steht in diesem Land aus Tradition eben links.

Andererseits gibt es eine ganze Reihe von Initiativen, die zeigen, dass gegen diese Strukturen erfolgreich vorgegangen werden kann. Die Antonio-Amadeu-Stiftung beispielsweise, die mit Fantasie und Entschlossenheit in die betroffenen Viertel zu wirken versucht (und immer wieder eher von liberalen Unternehmern vor der Pleite bewahrt wird), hat Ideen schwedischer Einrichtungen übernommen, wo gezielt beim Auftauchen von Neonazis antifaschistische Gruppen vor Ort erscheinen und die antifaschistische Zivilgesellschaft verteidigen. In mehreren Fußballvereinen ist auf Initiative von Fanclubs ein Stadionverbot und Vereinsausschluss gegen rechte Schläger und Agitatoren im Ansatz durchgesetzt. In einigen Betrieben laufen Aktionen, um die Solidarität mit den ausländischen Kollegen und Mitbürgern in die Öffentlichkeit zu tragen und

so die Meinungsführerschaft in der Öffentlichkeit zu behaupten etc. Diese Initiativen benötigen dringend finanzielle Unterstützung, um ihre Arbeit fortzusetzen.

Nazis sind Kinder dieser Gesellschaft

Könnte mensch in diesem Land auf eine halbwegs funktionierende Zivilgesellschaft zurückgreifen, wären die Nazis eine Erscheinung mit der man - wenn auch schwer - leben können müsste. Aber die autoritär strukturierte deutsche Gesellschaft in diesem Land der Täter verbietet es, gegenüber der Propaganda des braunen Mobs Gelassenheit an den Tag zu legen. Es ist zu hoffen, dass die Sommerlochdebatte um das NPD-Verbot sich weg entwickelt von der Diskussion um staatliche Repressionsmaßnahmen hin zu einer politischen Auseinandersetzung um Ursachen warum die Nazi-Propaganda bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein einen Nährboden findet und es darüber hinaus gelingt antifaschistisches Engagement mehr als bisher als ein wesentliches Element einer Zivilgesellschaft zu verankern.

ES und ga.

4. Lübeck 18.1.1996

Autor: ga. · Rubrik: Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:33

In Lübeck starben zehn Menschen infolge eines Brandanschlages auf eine Flüchtlingsunterkunft. Vier Deutsche aus Grevesmühlen waren in der Tatnacht zur Tatzeit am Tatort. Drei von ihnen hatten brandstiftertypische Verbrennungen im Gesicht und an den Händen. Die Lübecker Staatsanwaltschaft ließ jede Ausrede für die Verbrennungsspuren gelten. Der eine zündete einen Hund an, der andere leuchtete mit dem Feuerzeug in seinen Benzintank und der dritte hatte mit seinem Ofen Probleme. Während der Ermittlungen werden Geständnisse gemacht und wieder widerrufen. Ein rechtsextremer Hintergrund der Tat wird von den offiziellen Stellen bis heute geleugnet und ein Opfer zum Täter gemacht. Obwohl der von der Lübecker Staatsanwaltschaft zu Unrecht beschuldigte Hausbewohner Safwan Eid im November 1999 zum zweiten Mal vom Vorwurf der Brandstiftung freigesprochen wurde, unternehmen die Ermittler keine Schritte zur Aufdeckung des Anschlags. Das Kieler Justizministerium stellt sich vor die ermittelnden Staatsanwälte und die Polizei und verkündet, dass es keinen Anlass zur Kritik gebe. Über eine Beschwerde von Eids Verteidigerinnen aus dem Januar diesen Jahres gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen die vier Deutschen wurde bis heute nicht entschieden, obwohl es inzwischen einen neuen Belastungszeugen gibt. Doch obwohl dieser Zeuge drei der Grevesmühlener mit ihrem Auto schon vor der Tatnacht vor der Flüchtlingsunterkunft gesehen hat, sieht die Lübecker Staatsanwaltschaft keinen Handlungsbedarf. Die Ermittler - getreu dem Motto, dass nicht sein kann, was nicht sein darf - mutmaßen, das die Männer möglicherweise nicht das Flüchtlingsheim auskundschaften wollten, sondern zur Vorbereitung von Autodiebstählen dort geparkt haben könnten. Auf diese Erklärung sind nicht einmal die Männer aus Grevesmühlen selbst gekommen.

Nach dem Brandanschlag in Lübeck wurde mit einer aggressiven Verfolgung der Opfer anstatt der Täter der Weg bereitet, dass in der folgenden Zeit nazistische und rassistische Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte vertuscht, verharmlost und als Streit zwischen Ethnien relativiert und den Opfern selber angelastet wurden. Staatliche Version war von da ab: Ausländer zünden sich eben ab und zu mal selber an. Wer das nicht glauben wollte, wurde zum Staatsfeind erklärt. Dieser Umgang mit rassistischen Angriffen und Anschlägen war und ist eine Ermutigung für alle Nazis, straffrei und von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung toleriert und geschützt weitere Anschläge zu begehen.

ga.

5. Kampagne 50 Millionen für alternative Jugendarbeit

Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:26

Antifa- und Antira-Gruppen fordern, was ihnen zusteht. Wir dokumentieren den Aufruf zur "Kampagne 50 Millionen für alternative Jugendarbeit".

- Derzeitige Kampagne gegen Rechtsextremismus zum großen Teil kontraproduktiv und scheinheilig

- Naziterror willkommener Anlass für Ausbau des Polizeistaats

- Ursachen, nicht Symptome von Rassismus müssen bekämpft werden

- Forderung 50 Millionen DM für antirassistische, alternative und interkulturelle Jugendarbeit und Jugendbildung

Seit einigen Wochen, spätestens seit dem vermutlich durch Neonazis verübten Bombenanschlag in Düsseldorf, läuft in der deutschen Öffentlichkeit eine Kampagne gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In der Sommerlochsdebatte geht es den PolitikerInnen von schwarz bis rot-grün jedoch lediglich um das Ansehen des Standorts Deutschland im Ausland. Angesichts der jahrelangen Ignoranz und Verharmlosung von rechtsradikalen Strukturen, der Förderung dieser Strukturen durch Projekte der "akzeptierende Jugendarbeit" und Aufbau neonazistischer Gruppen durch V-Leute des Verfassungsschutz ist es heuchlerisch, heute Verbote zu fordern.

Darüber hinaus liegt es auf der Hand, dass der Naziterror wieder einmal willkommener Vorwand für den weiteren Ausbau des "starken Staates"; ist: PolitikerInnen fordern Verbote von Parteien und Organisationen, Videoüberwachung von Bahnhöfen, Abschaltung von Telefonen, Arbeitsverbote und Einschränkungen des Demonstrationsrechts. Die Zensur des Internets soll verschärft werden, das Justizministerium will Domainnamen mit Naziinhalten aufkaufen, da sie nicht verboten werden können, und die Polizeibehörden fordern die Etablierung und den Ausbau von Personendatenbanken.

In Politik und Medien werden Gesetzverschärfungen gefordert, die letzten Endes auch auf jede andere politische Arbeit zurückfallen können. Parallel wird das in Deutschland seit Blockwartszeiten tief verankerte Denunziantentum gefördert, indem beispielsweise Telefonnummern und Websites zur Anzeige von Nazi-Homepages geschaltet werden sollen.

All diese geforderten Maßnahmen bekämpfen - wenn überhaupt: erstens nur die Symptome des Rechtsradikalismus (und auch dies mehr schlecht als recht), und schränken zweitens die Freiheit und die Rechte aller Menschen noch mehr ein, als sie es bisher schon sind.

Effektives Vorgehen gegen Faschismus muss dagegen an dessen Ursachen ansetzen. Das kann und muss auf einer nichtstaatlichen Ebene erfolgen. In der "Mitte der Gesellschaft" hat der Rechtsextremismus seinen Ursprung und dort müssen Veränderungen stattfinden. Solange die Menschen immer noch nach ihrer Hautfarbe und Nationalität sortiert werden, solange ImmigrantInnen in "nützliche" und vermeintlich "ausnutzende" eingeteilt werden und solange sich junge Neonazis im Recht fühlen, weil sie nur ausführen, wovon alle anderen reden und nicht zuletzt: solange die Rechte des Staates mehr zählen als die Freiheit des einzelnen, muss man sich über mordende Horden autoritär strukturierter Nazis nicht wundern.

In der BRD existieren seit Jahren unterschiedlichste antirassistische, antifaschistische und alternative Projekte, die die kontinuierliche Bildungs- und Aufklärungsarbeit zum Thema Rechtsextremismus zu ihrem Arbeitsschwerpunkt gemacht haben. Diese Projekte wurden teilweise von Anfang an von verschiedenen PolitikerInnen sowie städtischen und staatlichen Institutionen in der politischen Arbeit nicht ernst genommen, sondern diskriminiert und überwacht. Gleichzeitig wurden in den letzten Jahren immer wieder Gelder gestrichen, so dass sich viele Projekte und Initiativen in einer prekären Finanzlage befinden, die effektives Arbeiten behindert oder gar unmöglich macht.

Wenn es den PolitikerInnen wirklich um die Bekämpfung des Rechtsextremismus geht, ist es zwingend notwendig, diese Projekte endlich finanziell auf sichere Beine zu stellen, um deren weitere Arbeit zu gewährleisten.

Wir fordern jährlich 50 Millionen DM für Projekte, speziell im Osten der BRD. Mit diesem Geld soll vorwiegend antirassistische und alternative Jugendarbeit und Opferberatung finanziert werden.

6. Erklärung des Komitees für Grundrechte und Demokratie zur NPD-Verbotsdiskussion

Erklärung des geschäftsführenden Vorstands des Komitees für Grundrechte und Demokratie zur NPD-Verbotsdiskussion

Autor: Wolf- Dieter Narr, Roland Roth · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:31

Panikwellen schwappen als Politikersatz immer erneut über die Öffentlichkeit, füllen sie aus. Trefflich ist es, wenn sie hierbei sogleich gähnende Sommerlöcher füllen. Irgendein unschönes, ja schlimmes Ereignis passiert. Und dann blasen pausbäckig Medien, mehr oder minder amtliche Politiker und sogleich alle möglichen berufenen VertreterInnen aller möglichen Gruppen. Und das Ereignis wird zur Welle. Eine Welt schlimmer Ereignisse, voll der Gefahren. Niemand der sich ihm entziehen kann. Nicht einmal wir. Manche Ereignisse eignen sich besser als andere zur Panikmache. Solche vor allem, die Schleusen gestauter Vorurteile öffnen lassen. Dazu gehören in Sonderheit Vorurteile gegen Ausländer und Fremde (und solche, die mit sexuellen Abweichungen vom Pfade anscheinshafter Normalität zu tun haben, gar sexuelle Gewalt). (...)

Rechtsextremisten vor den Toren, so schallt es aus allen Gazetten und Kanälen. Da tut es nichts, wenn in Sachen Düsseldorfer Anschlag beispielsweise die Strafverfolgungsbehörden noch gänzlich im Dunkeln tappen. Ein "rechtsextrem"motivierter Anschlag, eine "Beziehungstat"? Welche Chance Talk-Shows zu füllen. Ernst wird geredet, mit ganzer Sohle auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufgetreten. Einhalt gilt es aller Ausländerfeindlichkeit und "rechten" Gewalt zu bieten. Und zwar jetzt und sofort. Der "Konsens der Demokraten" in diesem edlen Lande stellt sich unversehens ein. Und sie bilden die übergroße Mehrheit. Niemand kann sich diesem - sozusagen atmosphärisch politisch aufgeherrschten - Konsens entziehen. Offenkundig vor allem diejenigen nicht, die eher "links", wenigstens "linksliberal" stehen und darum im Kampf gegen "rechts" wie automatisch die Wort- und Verbots-Faust ballen (auch weil sie in jüngst vergangener Gegenwart selbst immer wieder von allen möglichen restriktiven Maßnahmen bedroht und mit regierungsamtlich abgesicherten Vorurteilen verhängt worden sind).

Im Konsens der Demokraten also Aufbruch gegen "rechts". Bewegung vom Bundeskanzler bis zum letzten Gemeindebürgermeister. Und selbstredend allen couragiert zur Courage aufgerufenen Bürgerinnen und Bürgern. Diesen "rechten" Gruppierungen, Parteien und ihren vorurteilshaft gewaltförmigen Äußerungen ist endlich hier und heute und morgen Paroli zu bieten. Und das heißt - wenngleich je nach Situation und Position verschieden laut und leis, entschieden und differenziert verlangt: zu allererst Verbot all dessen, was irgend verbietbar ist; heißt, wenn schon keine neuen Gesetze verabschieden, so doch die bestehenden restriktiver und "mit aller Härte" (Otto Schily, Bundesminister des Innern) auslegen und anwenden. Verbot, Verhinderung, Strafe - wie entschieden und streitbar Demokraten, Grundrechtskämpfer in diesem Lande endlich auftreten. Es ist eine Lust angesichts von so viel Übereinstimmung, so machtvollem Politiker- und Bürgermut bundesdeutsche Demokratie zu erleben. Da wird den "Rechten" ihre arge Lust schon vergehen. Die Bundesrepublik Deutschland wird endlich ein Land in dem das 1993 nur vorübergegehend verschrumpelte Grundrecht auf politisches Asylrecht ausgiebig wahrgenommen werden kann; in dem jede und jeder Staatsbürger(in) werden kann, der sich eine Zeit lang im Lande aufhält und will; ein Land, das sich als Einwandererland begreift und allen Minderheiten extensiv die eigenen bürgerlichen Rechte zugesteht.

Halt ein. So war der "Ruck gegen rechts" nicht gemeint. Welch ein Missverständnis. Verbot, Verhinderung, alle Härte bestehender Gesetze, Strafe sind gegen die "anderen" gerichtet: die rechten Jugendlichen, die stiefelbeschwerten Glatzköpfe, die Internet-Missbraucher, die machtvolle Partei, die sich selber NPD nennt und schon seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik wuselt. "Wir Demokraten" haben damit nichts zu tun. "Unser" Verhalten ist ohne Fehl und Tadel. "Wir" müssen alle das regierungsamtlich im Frühjahr dieses Jahres aus der Taufe gehobene "Bündnis für Toleranz" endlich beleben. "Wir" müssen selbiges vor allem mit den nötigen Abwehr- und Ausgrenzungszähnen und -zäunen versehen. Um der Toleranz willen. "Unserer" Toleranz.

Schwappende Panikwellen

Das ist denn auch des nicht allzu wolligen Pudels Kern, seine magere, krummbeinige Gestalt. Die kleine Panikwelle gegen rechts soll von all dem ablenken, wie - vom amtierenden Bundeskanzler an über die etablierten Parteien, die diversen Landesregierungen, die freistaatlich bayerische an der Spitze - dabei mitgeholfen worden ist und mitgeholfen wird, Vorurteile gegen Ausländer zu produzieren, Bedingungen rechter Gewalt zu flechten. Ja, mehr noch. Die inszenierte, medial als Lochauffüller und kurzsichtig wie die politisch amtlichen Vertreter unterstützte Panikwelle gegen rechts soll dazu herhalten, die innere Aufrüstung durch repressive Gesetze und Einrichtungen zu verstärken bzw. endlich zu nützen. (...)

Der Kampf gegen rechts, zu dem in diesen Wochen kräftig aus allen möglichen Jagdhörnern zum bundesweiten Halali geblasen wird, ist also selbst rechtsgerichtet. Er soll, als wäre der Kalte Krieg nicht ein Jahrzehnt lang vorbei, "streitbare Demokratie" so praktizieren lassen - und dafür ein gutes legitimatorisches Gewissen und Ruhekissen schaffen -,dass Demokratie und Grundrechte eingeengt werden. Selbst von Sondergerichten war schon die Rede. Er soll außerdem vom eigenen, gesetzlich gemachten ausländerfeindlichen Verhalten ablenken. Auch darum der Ruf: Haltet die rechten Gewalttäter. Also signalisiert der Kampf gegen rechts einen weiteren Ruck der bundesdeutschen "Mitte" nach rechts. Und sie, diese "Mitte" ist das Problem, um die sich Demokraten und Menschenrechtler kümmern müssen. Nicht die ekelhafte NPD und deren unsinnig contraproduktives und dazuhin scheinheiliges Verbot bzw. die Verbotsdiskussion über die altneubraune NPD.

Brandstiftende Biederleute

Muss im August 2000 in der Tat daran erinnert werden, in welchem Ausmaße und welcher dauernden Arbeit die offizielle Bundesrepublik Deutschland und ihre wahrhaften Repräsentanten nicht nur das Feld bestellt und gedüngt haben, auf dem Vorurteile kräftig zu wachsen vermochten, sondern selbst eine immer erneute Politik des Vorurteils betrieben haben? Im Sinne des permanenten Appells an den inneren Schweinehund der Bundesdeutschen, ihren DM-Nationalismus und ihre ererbten, habituell weiter sozialisierten Vorurteile. Demokratie ist nicht zuletzt eine Sache des guten Gedächtnisses (Kurt Schumacher).

Biederleute als Brandstifter:

- Die allweil verkündete Lebenslüge der Bundesrepublik: "Deutschland ist kein Einwanderungsland!"

- Die bis zum amtierenden Bundesminister des Innern schier unendlich wiederholte Geschichte vom bundesdeutschen "Boot", das angeblich zum Kentern "voll" ist (neuerdings kann man via Green-Card munter, wenngleich zeitlich befristet, zusteigen. Wer Lücken sieht und wer sie füllt, das bestimmen selbstredend die bundesdeutschen ökonomischen Interessen. Wen kümmern schon weltweite Migrations- und Fluchtbewegungen).

- Eine Ausländerpolitik, die seit ihren Anfängen 1965 (erstes bundesdeutsches Ausländergesetz mit starker Kontinuität zum Nazi-Ausländergesetz von 1938) durch eine überaus human kostenreiche Kontinuität des Irrtums ausgezeichnet ist. Als könne man kräftige (1965) und PC- effektive (2000) Arbeitskräfte, niemand sonst versteht sich, in die Bundesrepublik hereinrufen und sie dann - "Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen" - wieder hinauskomplimentieren. Als Arbeitsbienen erwünscht, nicht als Bürger.

- Eine Asylpolitik, die schon vor 1993 das Grundrecht auf politisches Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit auszehrte und die, CDU/FDP geführt, jedoch sozialdemokratisch akzeptiert und mitgetragen, seit dem 1. Juli 1993 den Grund- und Menschenrechten systematisch ins Gesicht schlägt (zuvor war von der CDU/FDP-Regierung die Asylflutwellenpanik in Gang gesetzt worden). Entgegen der Säulennorm des Grundgesetzes wird die Würde des Menschen dauernd angetastet. Entgegen dem Recht auf Leben und Integrität werden Lebensrecht und Integrität von gefährdeten Menschen dauernd riskiert (von den negativen Effekten in Sachen Schlepperbanden, illegalisierter Einwanderung, damit verbundener rücksichtloser Ausbeutung u.ä.m. nicht zu reden).

- Seit 1990 ist im westdeutschen Ruckzuck und westdeutsch borniert eine Vereinigungspolitik betrieben worden, die vielen Bürgerinnen und Bürgern, und hierbei auch gerade den jüngeren unter ihnen, nahezu keine Chance ließ, Demokratie zu lernen und das angeschlagene Selbstbewusstsein verändernd zu gewinnen. - Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Jugendpolitik suchen den Jugendlichen keine eigenen Räume sozialer Relevanz

zu eröffnen, sondern lassen nur die bange Wahl zwischen flexibel-mobil-Funktionieren und bildungsarm/arbeitslos vegetieren.

Kernige Pudelwolle

Und so weiter, und so fort. Wem es tatsächlich darum zu tun ist, schon als solche gewalthaltige Vorurteile und vollends Drohungen und Akte physischer Gewalt gegen andere zu reduzieren und nicht mehr gesellschaftsfähig zu machen, der Muss in der herrschenden Mitte ansetzen und dem Versuch wehren, dieselbe vollends zur wohllegitimierten Festung auszubauen. Wo blieb denn der nun sich auch im Kampf gegen rechts profilierende Herr Stolpe , als er sich in Gollwitz hätte zeigen und mit den dortigen und anderen Bürgerinnen und Bürgern eine andere Politik beginnen sollen? Er saß personengeschützt in den wohl bestuhlten Räumen seiner Residenz zu Potsdam. Die Feigheit der politischen Repräsentanten, sich den wahren Problemen zu stellen, bedrückt am meisten. Diese Feigheit zu vertuschen, wird die Parole "Haltet die rechten", die morgen auch wieder anders gefüllt werden mag, aus der allemal offenen Tasche gezogen.

Verbot, Verbot, Verbot, Strafe, Strafe, Strafe, Einschränkung, Einschränkung, Einschränkung - so hallt es durch die beblätterten und bebilderten Lande. Nicht Sicherung gegen rechts ist die gewisse Folge; vielmehr die weiter verengte Herrschaftssicherung.

- Also geht es erneut gegen das Demonstrationsrecht, die einzige Bürgerinnen und Bürgern kollektiv mögliche politische Äußerung unterhalb des bürgerlosen repräsentativen Absolutismus.

- Also sollen alle möglichen Überwachungen, grundrechtwidrig veränderte Grundrechte à la Lauschangriffe, Internetkontrollen (auch wenn sie meist unwirksam sind) u.ä.m., wenn nicht neu installiert werden (die gesetzlichen Vorkehrungen und deren schier unbegrenzte Auslegungsfähigkeit sind bei weitem genug), so doch bürgerwidrig strikter angewandt werden.

- Der Bundesgrenzschutz soll sich hierbei vollends zur Bundespolizei mausern, so wie die Verfassungsschutzämter einen legitimatorischen Purpurmantel überworfen erhalten, der diesen Bürger ausspähenden Ämtern, demokratisch kropfunnötig wie sie sind, schlechterdings nicht zukommt.

Bundesdeutsche Flötentöne

Gegen rechts, gegen rechts tönt es flötenweich durch die bundesdeutschen Lande. Selbst wenn man die Grund- und Bürgerrechte "rechts" gesinnter Bürgerinnen und Bürger weniger ernst nähme, als wir dies tun, die wir uns deswegen umso mehr mit ihnen und gegen ihre miese Vorurteilspolitik auseinander setzen, selbst dann müsste man doch endlich, wenn schon nicht regierungsamtlich, so doch demokratisch rechtstaatlich merken, dass mit diesem repressiven Ruck gegen rechts der grundgesetzlich fundierte Rechtsstaat massiv gefährdet wird. Und, übrigens gerade auch die schwächsten der Schwachen, die Ausländerinnen und Ausländer, die Illegalisierten, die Asyl Suchenden.

Nein! Eindeutig und klar: Diese gezielte Panikmache gegen rechts betreiben wir nicht mit. Sie führt in die Irre. Sie gefährdet bewusst unbewusst den demokratischen Rechtstaat. In der Sache, nämlich in Richtung Abbau gewalttätiger Vorurteile, in Richtung einer Umorientierung von Jugendlichen bewirkt sie nichts oder nur Negatives. Menschenrechtlich demokratisch kann es allein darum gehen, dauernd und unablässig ein Mehr an verwirklichten Menschenrechten, ein Mehr an demokratischer Beteiligung einzuklagen. Und dafür unter anderem, auch gegen den erneut versuchten Abbau dieses wichtigen Grundrechts, gewaltfrei mit allen sonstigen Mitteln zu demonstrieren.

Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr

Prof. Dr. Roland Roth

Berlin, im August 2000

7. Sachsen-Anhalt: Nazizentrum im Aufbau?

Autor: Antifa Magdeburg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:16

Die Zeiten, da sich die Strukturen der sachsen-anhaltinischen Neonaziszene fast ausschließlich auf eine Region, den Ostharz, konzentrieren, sind vorbei. Neben der Region Altmark etabliert sich in Köthen/Anhalt, im geographischen Dreieck zwischen Halle/Saale, Magdeburg und Dessau gelegen, ein weiterer Knotenpunkt neonazistischer Aktivitäten.

Mitte Mai demonstrierten in Köthen rund 250 Neonazis aus der Region Halle/Magdeburg "gegen organisierte Kriminalität und Drogen". Angemeldet hatte den Aufmarsch eine "Bürgerinitiative gegen Drogen", hinter der sich die örtliche "Freie Kameradschaft" verbirgt. Der geplante Aufmarsch der Neonazis hatte im Vorfeld für ein behördliches Verwirrspiel gesorgt. So war die Anmeldung eines rechten Aufzuges nur durch Zufall bei einer Bürgerfragestunde im Stadtrat herausgekommen. Nach Meinung des Oberbürgermeisters sollte die Anmeldung der Neonazis nicht "breitgetreten" werden, da sonst "die andere Front von links aufmarschiert". Landrat und Oberbürgermeister lehnten die Einladung des DGB auf einer Gegenkundgebung zu sprechen ab. Die vom Kreisverwaltungsgericht erlassene Verbotsverfügung gegen den Aufmarsch war vom Dessauer Verwaltungsgericht wieder aufgehoben worden. So marschierten die Neonazis durch die Plattenbausiedlung Rüsternbreite.

Seit ca. eineinhalb Jahren sind in der Region Anhalt vermehrte neonazistische Aktivitäten ausgehend von der Köthener Kameradschaft zu verzeichnen. Im September 1999 war die Kameradschaft maßgeblich an der Organisation des "Ian Stuart Memorial Concert" (Gedenkkonzert für den "Skrewdriver"-Sänger Donaldson) in Garitz bei Zerbst/Anhalt beteiligt. Daran nahmen bis zu 2.000 Neonazis aus verschiedenen europäischen Ländern teil. Bei ihren Aktivitäten in der Stadt gehen die Neonazis arbeitsteilig vor. Durch subkulturelle Aktionen und Gewalt auf der Straße sollen Linke und Ausländer eingeschüchtert werden. Andererseits gibt es keine direkten Angriffe auf das Asylbewerberheim. Vielmehr versuchen die Neonazis durch ihre öffentliche Agitation gegen "organisierte Kriminalität und Drogen" eine rassistische Assoziationskette zum Asylbewerberheim herzustellen und sich als Bewahrer der öffentlichen Interessen zu stilisieren. Auch eine Bildungsveranstaltung mit dem Auschwitz-Überlebenden K. Smolen wurde nicht gestört, sondern in Geheimdienstmanier observiert.

Einen weiteren Schwerpunkt der Aktivitäten der "Kameradschaft" bildet die Beteiligung an regionalen und überregionalen Aktionen der Neonaziszene und deren informellen Vernetzung. Dazu gehört die Teilnahme an Demonstrationen ebenso wie Anwesenheit bei einer nachmittäglichen NPD-Schulungsveranstaltung Anfang August diesen Jahres in Magdeburg. Auch bei Kameradschaftsführertreffen sind die Vertreter der Köthener Szene präsent.

Erst vor kurzem war bekannt geworden, dass zwei Männer (Steffen Bösener und Sebastian Dankowski) aus der Naziszene der Stadt seit Ende 1999 Räumlichkeiten im ehemaligen Finanzamt im Holländerweg für ein Jahr von der ebenfalls dort ansässigen LIPSIA GmbH angemietet haben. Das Objekt liegt ca. 800 Meter vom kommunalen Asylbewerberheim entfernt. Die ca. 100 qm-großen Räume sind mit einer guten technischen Infrastruktur ausgestattet. Außerdem sind ein Bandproberaum und die Möglichkeit zur Ausrichtung von Partys und kleineren Konzerten gegeben. Im Januar diesen Jahres hatte die Polizei ein Konzert aufgelöst. Frequentiert wird das Objekt wegen seiner günstigen geographischen Lage von Neonazis aus Bernburg, Magdeburg, Halle und Dessau. Ein weiterer entscheidender Vorteil dieses Anwesens ist die Tatsache, das sich die Aktivitäten der Neonazis in diesen Räumlichkeiten öffentlicher und sozialpädagogischer Kontrolle entziehen. Somit können hier ohne taktische Rücksichtnahmen Kaderschulung und Rekrutierung stattfinden.

Die Immobilienfirma LIPSIA GmbH hat Vorwürfe, den Neonazis eine Operationsbasis zu bieten zurückgewiesen. Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, so die LIPSIA GmbH, wolle man den Mietern kündigen. Nach Informationen von AntifaschistInnen soll die Polizei, Abteilung Staatsschutz, der Firma die Vermietung an die Neonazis nahe gelegt haben. Begründet wurde dies damit, dass die rechte Szene dort dann konzentriert wäre und besser beobachtet werden könne.

Ob sich in Köthen dauerhaft ein Schwerpunkt rechter Aktivitäten entwickelt, bleibt abzuwarten. Gelingt es den Neonazis das Zentrum Holländerweg zu halten, könnte es schnell überregionale Bedeutung für die ostdeutschen Länder erhalten. Die drohende Hegemonie der Rechten in der Stadt zu brechen, dürfte ein weiter Weg sein, da in Köthen keine nennenswerte Gegenkultur existiert und dem Problem rechter Gewalt mit Ignoranz begegnet wird. Als Anfang August Schwarzafrikaner aus dem kommunalen Asylbewerberheim nach einem bislang nicht aufgeklärten Überfall auf einen Mann aus Sierra Leone auf die Straße gingen, stießen sie bei Bürgern und Polizei auf Ablehnung, die von Beschimpfungen bis zu versuchten tätlichen Angriffen auf die Schwarzafrikaner reichte. Indes ließ die Polizei wissen, es handle sich bei dem Überfall mit Sicherheit nicht um eine fremdenfeindliche Straftat, sondern um ein Eigentumsdelikt, da das Opfer seiner Papiere, seines Handys und seines Geldes verlustig gegangen war.

Zuvor hatten Asylbewerber wiederholt von versuchten Übergriffen und verbalen Attacken von rechten Jugendlichen berichtet.

Antifa Magdeburg

8. Vom Ende blondbezopfter Trachtenmädels. Eine Studie zu Selbstbildern rechter Frauen

Eine Studie über Selbstbilder rechter Frauen

Autor: Antje Schwarzmeier · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:11

Die These, dass rechte Frauen unterschiedliche Positionen zum Geschlechterverhältnis vertreten, ist nicht neu. Die kürzlich von Renate Bitzan veröffentlichte Studie "Selbstbilder rechter Frauen" belegt es nun auch wissenschaftlich: Das Klischee vom blondbezopften Trachtenmädel und Heimchen am Herd hat mit der Selbstwahrnehmung der meisten Frauen im rechtsextremen Spektrum kaum etwas zu tun. Im Gegenteil: Antisexistische Positionen in Bezug auf Pornografie und sexuelle Gewalt sind keine Seltenheit und auch die Forderung nach Gleichberechtigung im Arbeitsleben ist nicht unüblich. Um ihre Ausgangsthese zu belegen, hat Renate Bitzan Artikel von Autorinnen rechtsextremer Zeitschriften aus den Jahren 1985 bis 1993 ausgewertet. Die Haltungen zum Geschlechterverhältnis waren so verschieden, dass hinsichtlich der Fragestellung nicht einmal bestimmte Fraktionen rechter Frauen herauskristallisiert werden konnten.

Anfang der 90er Jahre diskutierten endlich auch in Deutschland feministische Kreise die (Mit-)Täterinnenschaft - die Partizipation von Frauen an verschiedenen Formen von Herrschaftsverhältnissen. Am Beispiel des Nationalsozialismus wurde deutlich, dass Frauen mitnichten die besseren Menschen sind, wie es die dominante, identitäre Ausrichtung des Feminismus jahrzehntelang impliziert hatte. Renate Bitzan vertritt die Position, dass Frauen nicht die friedfertigeren Wesen seien. Dass Frauen keine Kriege anzettelten bedeute lediglich, dass sie nicht die entsprechenden Machtpositionen inne hätten, in denen über Krieg und Frieden entschieden würde.

Trotzdem hat sich die Vorstellung von rechten Frauen als "arische Mütter für Volk und Vaterland", die keine eigenen politischen Positionen vertreten, hartnäckig lange gehalten - sowohl in wissenschaftlichen, als auch in politisch aktiven Kreisen. Kein Wunder, erfordert doch die Auseinandersetzung mit den eigenen Rassismen und Eurozentrismen immer wieder aufs Neue viel Energie sowie die Bereitschaft, an sich selbst zu arbeiten.

Bei der Auswertung der Publikationen von Frauen in rechtsextremen Printmedien geht es Renate Bitzan ausdrücklich nicht um die leidige Frage, warum sich Frauen rechtsextrem orientieren und organisieren, sondern darum, wie stark Frauen in den jeweiligen Zeitschriften präsent sind und über was sie schreiben. So erfahren wir, dass knapp zwei Drittel der Texte von Frauen in den untersuchten Zeitschriften keine "Frauenthemen" zum Inhalt haben. Die meisten Autorinnen schreiben über "Nationales" und "Gegnerschaften".

Das Kernstück der Untersuchung bildet die qualitative Analyse der Artikel. Hier wird die alte Frage der Deutschen Frauenfront zum Thema "dürfen Mädels an Straßenschlachten teilnehmen" erneut gründlich aufgerollt. Neben "klassisch" rechten Geschlechterkonzeptionen, die Frauen auf die Rolle als Mutter und Hausfrau festlegen, ergibt sich ein facettenreiches Bild, das punktuell sogar eine positive Bezugnahme auf die Frauenbewegung einschließt. Einige Autorinnen greifen sogar als links geltende Topoi - wie die Feste zur Walpurgisnacht - auf. Nach Renate Bitzans Interpretation haben die Einflüsse der Frauenbewegung über den allgemeinen gesellschaftlichen Wertecodex auch in den rechten Diskurs Eingang gefunden.

Daraus ergibt sich die logische Frage nach Anschlussstellen zwischen Feminismus und Rechtsextremismus. Der Unterschied zwischen Feministinnen und antisexistischen Rechtsextremistinnen liegt jedenfalls nicht in verschiedenen Auffassungen der Geschlechterkonzeption entlang der Ansätze von Gleichheit und Differenz begründet. Denn mit Sigrid Hunke hat die Neue Rechte eine einflussreiche Theoretikerin, die den Ansatz der Geschlechtergleichheit vertritt. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang das Thema "Vergewaltigung", bei dem viele Autorinnen eindeutig antisexistische Positionen beziehen. Allerdings richtet sich der Antisexismus nicht gegen die "eigene Gruppe", sondern wird vor allem auf "Ausländer" projiziert. Wenn es um deutsche Vergewaltiger geht, so werden diese als "krank" oder als "Volksschädlinge" bezeichnet und damit ebenfalls aus der - "gesunden" - "Volksgemeinschaft" ausgeschlossen. Antisexistische Ansätze werden also in der Regel mit "traditionell" rechten Topoi gekoppelt.

Immer wieder brisant ist die Frage nach den möglichen Brücken von Feministinnen zu Versatzstücken rechtsextremen Denkens. Renate Bitzan greift einige Beispiele wie den Antiislamismus der Zeitschrift EMMA, den Antisemitismus feministischer Theologinnen oder den Biologismus von Ökofeministinnen wie Mary Daly auf, um potenzielle Schnittstellen heraus zu arbeiten. Es zeigt sich, dass Feminismus, wenn er sich lediglich auf die Abschaffung des patriarchalen Herrschaftsverhältnisses bezieht, jede Menge offene Flanken für rassistische, eurozentristische und letztlich rechtsextreme Einlassungen bietet. Anknüpfungspunkte liegen nicht nur auf der plakativen Ebene von Forderungen, sondern auch im intellektuellen sowie spirituellen oder esoterischen Bereich. Renate Bitzan fordert deshalb einen Feminismus, der die Aufhebung aller Herrschaftsverhältnisse zum Ziel hat.

Bei der Textanalyse dröselt die Autorin unnachgiebig scheinbare Widersprüche auf. So kann sie immer wieder klar Position beziehen. Die vorgestellten Selbstbilder rechter Frauen fußen zwar auf der Auswertung von Publikationen, die bis 1993 erschienen sind, doch dürften sie auch weiterhin repräsentativ sein. In einem ausführlichen Anhang wird jede einzelne Autorin vorgestellt, was der Studie zusätzlich einen hohen Gebrauchswert verleiht.

Leider fehlen neuere Informationen über Frauen im rechtsextremen Spektrum. Allerding hätte das wohl den Rahmen der vorgelegten Arbeit nicht nur vom Umfang, sondern auch vom wissenschaftlichen Ansatz her gesprengt, der sich eben nicht auf personelle Entwicklungen, Organisationsstrukturen und visuelle Präsenz von rechtsextremen Frauen bezieht. In jedem Fall hat Renate Bitzan mit ihrer Studie endlich das fehlende Grundlagenwerk zum Thema vorgelegt.

Antje Schwarzmeier

Bitzan, Renate: Selbstbilder rechter Frauen - zwischen Antisexismus und völkischem Denken. edition diskord. Tübingen 2000. 48,-DM

9. Akzeptierende Jugendarbeit in Sachsen. Neonazis erhalten eigenen Jugendclub in Delitzsch

Autor: Joachim Kolb · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:10

Mit der Mehrheit von CDU und Freien Wählern gegen die Stimmen von SPD und PDS beschloss der Delitzscher Stadtrat Anfang Juli, den rund 50 rechten Jugendlichen in der sächsischen Kleinstadt einen eigenen Jugendclub bereit zu stellen. Die Betreuung der Jugendlichen soll mittels ABM-Kräften nach dem Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit erfolgen.

Damit scheint die Taktik der regionalen Nazikader aufgegangen zu sein: Wie in einem seit letztem Jahr kursierenden Strategiepapier zur Schaffung so genannter "national befreiter Zonen" gefordert, hatte die rechte Szene in Delitzsch seit Anfang des Jahres ihre gewalttätigen Angriffe auf Linke und AussiedlerInnen verstärkt. Zahlreiche Überfälle auf Konzerte im Jugendhaus YOZ, das von unterschiedlichen nicht-rechten Jugendszenen der Stadt genutzt wird, folgten. Ende Juni umzingelten etwa 90 Neonazis das Stadtfest, führten "Einlasskontrollen" durch und verprügelten mehrere BesucherInnen.

Der Stadtrat reagierte auf diese Vorfälle mit einer sogenannten "Deeskalationsstrategie": Nach gängigem Muster nahm er nicht die menschenverachtenden politischen Einstellungen der rechten Jugendlichen als Problem wahr, sondern lediglich ihre Gewaltexzesse. Deren Ursache hatte man schnell ausgemacht: Die Rechten seien in keinem der städtischen Jugendtreffs eingebunden, sie stünden auf der Straße und fühlten sich daher ausgegrenzt.

Nachdem der Versuch, das YOZ auch für die rechten Jugendlichen zu öffnen, am Widerstand der dort eingesessenen Jugendcliquen gescheitert ist, soll nun ein eigener Jugendtreff bereitgestellt werden. "Der Versuch, diese Jugendlichen in die bestehenden Angebote zu integrieren hatte zur Folge, dass es zu mehreren tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen mit unterschiedlichen Auffassungen und Interessen in der Stadt Delitzsch kam", heißt es hierzu in der Beschlussvorlage der Stadt. Und weiter: "Mit diesem Jugendtreff verfolgt die Stadt Delitzsch das Ziel, die soziale Integration, im Besonderen von anders denkenden Jugendlichen zu fördern sowie Gefährdungen und Gewalt abzubauen. Der Stadt Delitzsch geht es mit diesem Projekt darum, einer Ausgrenzung anders denkender Jugendlichen entgegenzuwirken." (Schreibfehler im Original, J.K.)

An keinem Punkt der Beschlussvorlage wird erwähnt, um welche Jugendlichen es sich dabei tatsächlich handelt. Neonazis mutieren so zu "anders denkenden Jugendlichen", die man selbstverständlich nicht ausgrenzen dürfe. Der alltägliche rechte Straßenterror wird einmal mehr zu Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendcliquen heruntergespielt. Und mit der Reduzierung der neonazistischen Aktivitäten auf ein Gewaltproblem ausgegrenzter Jugendlicher werden die braunen Umtriebe vollends entpolitisiert. Dass die rechte Szene in Delitzsch mit dem eigenen Jugendclub erst die notwendigen räumlichen Rahmenbedingungen zur organisatorischen und ideologischen Festigung erhält, scheint der Stadtratsmehrheit nichts auszumachen. Hauptsache, die Gewalt verschwindet von den Straßen!

Zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung ließ sich die Stadt Delitzsch daher auch nicht lumpen: 75.000 Mark werden für die Einrichtung des Nazizentrums bereitgestellt, dazu kommen noch einmal 15.000 Mark an jährlichen Bewirtschaftungskosten. Ein eindeutigeres Signal, dass sich eine völkisch-rassistische Gesinnung, die mit brutaler menschenverachtender Gewalt öffentlich zur Schau gestellt wird, ganz offensichtlich bezahlt macht, hätte die rechte Szene in Delitzsch kaum bekommen können.

Nazis bekommen positives Signal

Konsequent setzen sie ihre Überfälle auch nach dem Stadtratsbeschluss fort. In der Nacht vom 8. zum 9. Juli drangen zehn, zum Teil vermummte Neonazis in die elterliche Wohnung einer stadtbekannten Antifaschistin ein, stahlen das Handy der Frau, demolierten Türen und Fenster und erpressten mit vorgehaltener Waffe die Adresse einer befreundeten linken Aktivistin. Drahtzieher des Überfalls war einer der Anführer der Delitzscher Neonazi-Szene, Maik Scheffler. Der kräftige Zweimeter-Mann war drei Jahre lang Ordner in der NPD. Anfang 1999 wurde ihm die Partei "zu lasch" und er trat aus. Ausgerechnet ihm hatte die Jugenddezernentin von

Delitzsch die Stelle als zuständiger Sozialarbeiter im neuen Jugendclub angeboten. Maik Scheffler freut sich auf den Club. Gegenüber einer Journalistin der Wochenzeitung Die Zeit meinte er dazu: "Dann können wir unsere Leute auch mal ein bisschen lenken."

Mit der Strategie, die neonazistische Szene durch finanzielle und räumliche Zugeständnisse zu besänftigen, reiht sich Delitzsch nahtlos in die lange Reihe (v.a. ostdeutscher) Jugendprojekte ein, die sich auf den Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen berufen. Mit dem tatsächlichen Konzept der "akzeptierenden Jugendarbeit", wie es von Franz Josef Krafeld, Professor für Sozialpädagogik in Bremen in den Achtziger Jahren entworfen wurde, hat das allerdings nur noch wenig zu tun. Denn dieses Konzept soll ausschließlich bei Jugendlichen angewendet werden, die noch nicht fest in rechten Strukturen organisiert sind. Es sieht den Einsatz gut ausgebildeter SozialarbeiterInnen vor, die über hinreichend Kenntnisse über die rechte Szene, ihre Erscheinungsformen und Strategien verfügen. Die Akzeptanz bezieht sich dabei nicht auf die politischen Positionen, sondern auf die Persönlichkeit der Jugendlichen. Die SozialarbeiterInnen sollen dabei weniger durch argumentatives Überzeugen, als vielmehr durch praktische Hilfe bei der konkreten Lebensbewältigung und das eigene Vorbild an "gelebter Demokratie" einen positiven Einfluss auf die Jugendlichen ausüben.

Krafelds Konzept enthält bereits zahlreiche fragwürdige Prämissen und offensichtliche Schwächen: So ist zum Beispiel sehr zweifelhaft, ob Hilfe bei konkreten Problemen der Jugendlichen tatsächlich mit einer Revision ihrer politischen Einstellungen einhergeht. Zudem bedeutet die TäterInnenzentriertheit des Ansatzes fast zwangsläufig eine Aufwertung rechter Biografien. Bei den im Konzept intendierten Aufgaben der SozialarbeiterInnen besteht darüber hinaus auch die Gefahr der Überforderung, bei gleichzeitiger Unterschätzung der eigenen Argumentationsfähigkeit.

Doch selbst die kritikwürdigen Standards von Krafelds Konzepts wurden in der (ostdeutschen) Praxis regelmäßig unterlaufen bzw. einfach ignoriert. Statt ausgebildeter SozialarbeiterInnen setzte man aus Geldmangel vollkommen unerfahrene ABM-Kräfte ein, die den rechten Sprüchen und Drohgebärden meist nichts entgegensetzen konnten. Oftmals gelang es den Neonazis daher sehr schnell, die nicht-rechten Jugendlichen aus einem anfangs gemischten Jugendtreff zu vertreiben. In nicht wenigen Fällen entsprangen die eingesetzten ABM-Kräfte sogar selbst der rechten politischen Szene. Die im Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit zentrale Vorbildfunktion der SozialarbeiterInnen als gelebtes Beispiel an demokratischer Toleranz verkehrt sich unter diesen Umständen ins genaue Gegenteil. Neonazistische Kader konnten so die Jugendtreffs vielfach als Rekrutierungsfeld für den braunen Nachwuchs nutzen.

Es steht zu befürchten, dass in Delitzsch aus diesen Erfahrungen nichts gelernt wurde. Und so könnte auch dieses Projekt enden wie die meisten seiner Vorbilder: Als öffentlich finanzierte Aufbauhilfe für die ohnehin schon starke neonazistische Infrastruktur Ostdeutschlands.

Joachim Kolb

10. Der Düsseldorfer Anschlag und der neue Terror von Rechts. Interview mit dem Antifa-KOK, Düsseldorf

Interview mit dem Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:21

Bei einem Sprengstoffanschlag auf dem S-Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn wurden am 27. Juli zehn Menschen z.T. lebensgefährlich verletzt. Sieben von ihnen waren jüdische Kontingentflüchlinge aus Osteuropa. Die Polizei ermittelt seit über einem Monat mit großem Aufwand, aber bisher völlig erfolglos "in alle Richtungen". Unklar ist, ob der Anschlag mit der Herkunft der Opfer in Zusammenhang stand oder diese nur rein zufällig getroffen wurden. Über die vermutlichen Hintergründe des Anschlages, über die Neonazi-Aktivitäten in der Stadt und über den allgemein zunehmenden Nazi-Terror sprach Tom (B.) vom Essener Lokalradio Neue Essener Welle mit Anna Names vom Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf.

Wie beurteilt ihr den Stand der Ermittlungen im Fall des Sprengstoffanschlages? Welche Anzeichen seht ihr für einen gezielten neofaschistischen Hintergrund der Tat?

Wir halten auf Grund der Opfergruppe und des zunehmenden neonazistischen Terrors einen solchen Hintergrund für nahe liegend, aber natürlich nicht für gesichert. Bislang konnte aus den Überbleibseln des Sprengsatzes der Zünder nicht bestimmt werden, es ist also nicht geklärt, ob es sich um einen gezielten Anschlag gehandelt hat. Es gibt einen sehr großen öffentlichen Druck auf die Ermittlungsbehörden, diesen Fall möglichst schnell aufzuklären. Natürlich wird gehofft, einen "unpolitischen Hintergrund" präsentieren zu können, schließlich gilt es, den Schaden für den "Wirtschaftsstandort Deutschland" und für das "tolerante und weltoffene" Düsseldorf in Grenzen zu halten. Merkwürdig ist, dass der aus Bundeswehrbeständen stammende Sprengstoff TNT zu keinen Ermittlungsergebnissen geführt hat - zumindest sind keine veröffentlicht worden. Allerdings wurde auf die bewährte Verschleierungsstrategie verzichtet und von Beginn an ein neonazistischer Hintergrund als möglich bezeichnet. Das hängt wohl mit der kurz zuvor staatlicherseits ausgerufenen "Offensive" gegen "Neonazis im Internet" und sich angeblich bildenden "Braune Armee Fraktionen" zusammen. Auch der in der Öffentlichkeit noch präsente brutale Angriff einer siebenköpfigen Neonazigruppe auf Migranten am 3. Juli dürfte hier mitgewirkt haben.

Ihr werft in eurem Aufruf "Endlich handeln" Politik und Behörden eine langjährige Verharmlosung neofaschistischer Entwicklungen in Düsseldorf vor. Welche organisierten neofaschistischen Strukturen gibt es in Düsseldorf und welche Bedeutung haben sie über die Stadt hinaus?

Bis zu dem Anschlag gab es nach zwischenzeitlich relativierter Einschätzung des polizeilichen Staatsschutzes in Düsseldorf keine organisierte Neonazi-Szene vor Ort. CDU-Oberbürgermeister Erwin hält auch heute noch an dieser Version fest. Völliger Unsinn. Es gibt seit Jahren gefestigte Neonazi-Strukturen in Düsseldorf und natürlich auch alle anderen Ausformungen der extremen Rechten. Aus der lokalen Neonaziszene ist insbesondere die "Kameradschaft Düsseldorf", eine Nachfolgeorganisation der Düsseldorfer FAP, hervorzuheben. Die Gruppe entfaltet immer stärkere Aktivitäten, ihre Bedeutung in der überregionalen Szene wächst von Jahr zu Jahr. Eines ihrer auch in der bundesweiten Neonazi-Szene wichtigen Projekte ist das 1994 eingerichtete "Nationale Infotelefon Rheinland". Wir haben seit 1994 immer wieder auf diese Struktur hingewiesen und sie bekämpft. Auch Rechtsrock-Strukturen gibt es in der Region in Hülle und Fülle. Musik ist für die Düsseldorfer Neonaziszene zum wichtigsten Ideologieträger geworden. Der "MZ-Vertrieb", das Label "Funny Sound" und die Rechtsrock-Postille "Rock Nord" von Torsten Lemmer, Jan Zobel und Andreas Zehnsdorf bilden eine der wichtigsten Rechtsrock-Strukturen in der BRD. Ebenfalls erwähnenswert ist der "Hagalaz-Versand" von Melanie Dittmer. Natürlich gibt es auch Rechtsrock-Bands wie "Rheinwacht" und "Starkstrom" und neonazistische Konzerte vor Ort. Einen Knotenpunkt zwischen der rechten Jugend- bzw. Skinszene und der "Kameradschaft" stellt der Plattenladen "Power Station" dar. Nach einer Kampagne des "Offenen Antifatreffens" steht dieser Laden aber jetzt kurz vor dem Aus.

Rechtsradikale Gewalt ist ja derzeit in aller Munde. Der BDI fordert die Entlassung rechtsradikaler Mitarbeiter in den Betrieben. Der bayrische CSU-Innenminister Beckstein will ein Verbot der NPD. Die Polizei fordert nach dem Vorbild der sog. "Hooligan-Datei" eine Sonderdatei über faschistische Gewalttäter. Neue Kompetenzen und der verstärkte Einsatz des BGS bei der Bekämpfung rechter Gewalt werden gefordert. Wie beurteilt ihr die

offiziellen Reaktionen auf die neue Welle neofaschistischer Gewalt? Warum wird gerade jetzt der Rechtsextremismus zum Thema Nr.1?

Das zentrale Motiv dürfte der drohende Image- und damit ökonomischen Schaden für den "Wirtschaftsstandort Deutschland" sein, der nun zu einem repressiveren Agieren gegen die extreme Rechte führt. Für die "demokratisch" legitimierte Abschiebung von Flüchtlingen in Folter und Tod ist eben der Staat zuständig, dafür werden keine Neonazis benötigt, die Flüchtlinge imageschädigend direkt an Ort und Stelle erlegen. Riesige Aufmärsche und Sprengstoffanschläge von deutschen Neonazis lassen sich eben nur schwer unter den Teppich kehren. Befürchtet wird, dass die Szene außer Kontrolle gerät. Die neoliberale Kontrollgesellschaft hat allerdings keine politische Antwort zur Eindämmung der hausgemachten rassistischen Eskalation in Deutschland. Statt dessen nutzt sie den eskalierenden Rassismus und Antisemitismus zum Ausbau ihrer Repressions- und Kontrollstrukturen. Erwin will Anschläge dadurch verhindern, dass die Videoüberwachung aller S-Bahnhöfe und anderer öffentlicher Plätzen verstärkt wird. Diese Forderung ist zwar nicht neu, wird aber jetzt als "Maßnahme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus" verkauft. Parteienverbote, Einschränkung des Demonstrationsrechts, Medienzensur und weitere Einschränkungen des Persönlichkeitsrechts - so lauten die aktuellen Antworten des Staates.

Hat der Nazi-Terror in Deutschland in den letzten Monaten eine neue Qualität erreicht? Gibt es ähnlich wie in Schweden auch in der Bundesrepublik Tendenzen hin zu einem organisierten "bewaffneten Kampf" von Rechts?

Eine sehr schwierige Frage. Dazu wäre zu sagen, dass es immer schon Terror von Neonazis gegeben hat. Waffendepots und Feindlisten, Sprengstoffanschläge, Wehrsportübungen, Morde und unzählige brutale Angriffe auf alle, die als "Volksfeinde" verortet werden, sind nun wirklich keine neue Entwicklung. In Düsseldorf hat es z.B. 1996 einen von Neonazis begangenen Brandanschlag auf ein AussiedlerInnenwohnheim gegeben, bei dem nur durch Zufall niemand ums Leben kam. Ich erinnere auch an den bis heute nicht aufgeklärten Sprengstoffanschlag auf die Wehrmachtsausstellung in Saarbrücken. Es ließen sich reihenweise weitere Beispiele aufzählen. Zu beobachten ist aber, dass die Option einer terroristischen Eskalationsstrategie durch bewaffnete Neonazigruppen stärker diskutiert wird als noch vor fünf Jahren. Nicht zuletzt auf Grund der Entwicklung in anderen europäischen Ländern, insbesondere in Schweden, und dem Ausbau militanter neonazistischer Strukturen in Deutschland, wie z.B. "Blood&Honour". Besorgnis erregender finde ich aber den zunehmenden alltäglichen Terror. Im Rahmen der nach den Parteiverboten notwendig gewordenen Umstrukturierung der Szene ist eine regelrechte Flucht nach vorne in Richtung rechter Jugendkultur angetreten worden. NPD und "Freien Kameradschaften" ist es gelungen, via "white power music" in die rechte Jugendkultur - insbesondere in die rechte Skinheadszene - einzubrechen, diese zu ideologisieren und als politischer Arm anerkannt zu werden. Da gibt es ein riesiges Rekrutierungspotenzial. Dies drückt sich nicht zuletzt in den "no go areas" aus, also in Gebieten, die für von den Nazis nicht akzeptierte Personen tabu bzw. nur unter großer Gefahr zu betreten sind, und die es nicht nur im Osten gibt. Es ist zu einem bewussten Zusammenwirken zwischen neonazistischer Politik und Kultur gekommen, ein Grund für die gefährliche Dynamik, die heute von der Neonaziszene ausgeht. Sie fühlen sich wieder stark und geben im wahrsten Sinne des Wortes Gas.

Welche Handlungsmöglichkeiten hat die Antifa angesichts des alltäglichen neonazistischen Terrors und den ständigen Nazi-Aufmärschen? Befindet sich die Antifa angesichts der andauernden rechten Offensive nicht hoffnungslos im Hintertreffen?

Was Neonazidemonstrationen in NRW betrifft, ist die heutige Antifa in NRW bis zur JN-Demo am 12.9.1998 in Münster von Nazidemonstrationen verschont geblieben. Seit zwei Jahren kommt es aber immer häufiger zu Aufmarschversuchen und Aufmärschen mit bis zu 1.000 TeilnehmerInnen. Einige dieser Demonstrationen konnten durch öffentlichen Druck verhindert werden, d.h. sie wurden verboten. Von den fünf nicht verbotenen konnte die NPD-Demo am 22.5.1999 in Köln auf Grund der guten Vorfeld- und Bündnisarbeit der Kölner Antifa auf der Straße verhindert werden. Viele der heute aktiven Antifa-Gruppen in NRW sind erst in den letzten Jahren entstanden. Dieses in Rechnung gestellt, kann sich die Arbeit durchaus sehen lassen. Das Projekt "NoNazis" antifaschistischer Gruppen aus NRW gegen NPD/JN und "Freie Kameradschaften" hat einzelne Erfolge gebracht und den Handlungsspielraum der Neonazis verringert. In immer mehr Städten ist damit begonnen worden, dem braunen Mob auf der Straße entgegenzutreten, so z.B. in Hamminkeln/Kreis Wesel und in Bochum. In Düsseldorf ist es in den letzten Wochen gelungen, die lokale Neonaziszene stark unter

Druck zu setzen. Nicht zuletzt auf Grund unserer Rechercheergebnisse und Einschätzungen, die mangels überzeugender Alternativen von vielen Medien übernommen wurden. "Hoffnungslos" ist die Situation also auf jeden Fall nicht.

Habt Ihr den Eindruck, dass sich durch den Schock, den dieser Anschlag ausgelöst hat, sich das öffentliche Klima in der Stadt gewandelt hat?

Nein. Natürlich gibt es die übliche Betroffenheit, aber wenn man die Reaktionen mit denen von 1992/1993 vergleicht, stellt man fest, dass sich das gesellschaftliche Klima im negativen Sinne verändert hat. Die Antifa war die einzige Kraft, der es gelungen ist, mit einer 2.500-köpfigen Demonstration auf die Straße zu gehen. Medial wurde nach der Demo versucht, die Handlungsunfähigkeit der Lokalpolitik zu kaschieren und unsere Demonstration zu einer Werbeveranstaltung für das "bessere Düsseldorf" umzufunktionieren - der Express titelte z.B. mit: "Eine Stadt zeigt Flagge". Gleichzeitig jammerte die lokale bürgerliche Journaille, dass seitens der etablierten Parteien "Linksaußen" das Agieren überlassen und damit der guten Sache Schaden zugefügt worden sei. Man stellt sich also gewissermaßen selbst ein Armutszeugnis aus. Was immer man auch von den Lichterketten 1992 und 1993 mit bis zu 100.000 Menschen, an denen auch die geistigen Brandstifter mitwirken durften, hält; heute gibt es noch nicht einmal mehr Lichterketten. Die etablierten Parteien, Gewerkschaften und Kirchen in Düsseldorf basteln zur Zeit immer noch an dem Konzept für eine Kundgebung, die so breit angelegt wird, dass auch der BDV-Freund Erwin, der sich gerne Ratsmehrheiten mit Hilfe der REPs sichert, auf dem Podium Platz nehmen kann, wenn er sich denn überhaupt zur Verfügung stellt. Angestrebt werden 10.000 TeilnehmerInnen, eine Zahl, die wohl nur durch den Einsatz beliebter Bands realisierbar sein wird. Gewerkschaften, Kirchen und die rot/grüne Opposition in Düsseldorf sind einfach nicht mehr in der Lage, gesellschaftliche Kräfte gegen rechts zu mobilisieren, Resultat einer Politik, die gesellschaftliche Produkte dieses Systems wie Rassismus nur noch unter Imagegesichtspunkten zu begreifen und zu thematisieren in der Lage ist.

Kontakt zur ANTIFA-KOK unter www.free.de/antifa/kok

Veranstaltungstipp: 13. September 2000, 20.00 Uhr: "Sieg im Volkskrieg?" Der Düsseldorfer Anschlag und der neue Terror von Rechts; mit: ReferentInnen des Antifa-KOK (Düsseldorf), des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums (Berlin); Ort: Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100, Essen

"Ich erinnere auch an den bis heute nicht aufgeklärten Sprengstoffanschlag auf die Wehrmachtsausstellung in Saarbrücken."

"Besorgnis erregender finde ich aber den zunehmenden alltäglichen Terror."

11. "Wollen Sie Bundeskanzler werden, Herr Koch?" Ein Rechtspopulist wird hochgejubelt

Autor: Thomas Klein · Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:13

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch mausert sich mit seinen rechtspopulistischen Äußerungen zum Hoffnungsträger der konservativen Kreise der Union. Mit rechten Scharfmachersprüchen - zuletzt seine Forderung bei einem NDP-Verbot auch die PDS zu verbieten - bringt er sich immer wieder ins Gespräch. Dass er tief in die Spendenaffäre der CDU verstrickt ist, rückt dabei immer mehr in den Hintergrund.

Unter der Überschrift "Wollen Sie Bundeskanzler werden, Herr Koch?" veröffentlichte am 13. August die Welt am Sonntag ein bemerkenswertes Interview mit dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch. Von Koch, dem es im hessischen Landtagswahlkampf nicht zuletzt mit einer Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gelungen war, auch am rechten Rand viele Stimmen einzufahren, wollte die Zeitung wissen, wie es um seine weitere Karriereplanung steht. Die Welt am Sonntag wollte nämlich erfahren haben, dass Bundeskanzler Schröder mit ihm als Kanzlerkandidat der Union bei der Bundestagswahl 2002 rechne, und hakte hier, vermeintlich Schröder zitierend, nach: "Für wie wahrscheinlich halten Sie das?" Koch fühlte sich geschmeichelt: Es sei zwar "nicht unehrenhaft, dass Herr Schröder mit mir rechnet", so der rechte Unionspolitiker, dennoch trete er Anfang 2003 erneut als Ministerpräsident an. Seine weiteren Pläne scheinen dagegen noch offen zu sein, denn Koch wörtlich: "Ich empfehle Herrn Schröder, mich ernst zu nehmen, in jeder Hinsicht. Auch was meine Planungen angeht."

Forsche Worte für einen Mann, der mächtig unter Druck steht. Andererseits auch das gewohnte Bild: Allen Schwarzgeld-Eskapaden der hessischen Union und inzwischen belegbaren Vertuschungsbemühungen der gesamten hessischen CDU-Führung zum Trotz, wird der 42-jährige Jurist von den konservativen Kreisen der Union weiter zum Hoffnungsträger hochgejubelt. In diesem Bild steckt freilich viel Wahres: Roland Kochs nassforsches Auftreten, seine angesichts persönlicher Verstrickungen in dubiose Vorgänge der Hessen-Union umso beachtlicheren Kampfansagen an die derzeitige Bundesregierung zeugen von einer "Vorne-Verteidigung", wie sie zuletzt nur Helmut Kohl beherrschte.

Bauernopfer zur Rettung des Hoffnungsträgers

Roland Koch, nach eigenen Angaben der um "brutalstmögliche Aufklärung" bemühte Hoffnungsträger der Union, ist nach Ansicht der hessischen Oppositionsparteien inzwischen zum "brutalstmöglichen Lügner" abgestiegen. Vorwürfe, er müsse schon vor dem 8. Februar - als er auf einer Pressekonferenz Manipulationen am CDU-Rechenschaftsbericht einräumte - von dem Schwarzkontensystem gewusst haben, weist er als "Unsinn" zurück und dreht den Spieß kurzerhand herum: "Die Menschen in Hessen erreicht die Opposition mit ihrem Getöse schon lange nicht mehr."

Alles nur "Getöse"? Zumindest hat das "Getöse", also die meist mühsame Aufklärungsarbeit im Wiesbadener Untersuchungsausschuss, nicht nur Koch und seine rechte Hand, Franz Josef Jung, ehemals hessischer Generalsekretär und heute Leiter der Staatskanzlei in Wiesbaden, in reichlich Erklärungsnöte gebracht. Auch einige Rücktritte hat es inzwischen gegeben.

Anfang März waren sowohl der hessische CDU-Generalsekretär Herbert Müller, als auch sein Stellvertreter Helmut Hehn nicht mehr zu halten. Müller, der wie Franz Josef Jung als einer der engsten Vertrauen Kochs gilt, musste zugegeben, zusammen mit Hehn 50.000 Mark aus "unklaren Quellen" als Parteispende in den CDU-Rechenschaftsbericht eingefügt zu haben. Dieses Eingeständnis konterkariert die Aussagen des Ex-Landesvorsitzenden Manfred Kanther und des ehemaligen Schatzmeisters Casimir Prinz Wittgenstein, nur sie und der CDU-Finanzberater Horst Weyrauch hätten von den illegalen Finanztransaktionen der Partei gewusst. Schon in den Wochen vor Müllers Rücktritt war nach und nach herausgekommen, dass weitere hessische Unions-Politiker und Mitarbeiter der CDU-Geschäftsstelle von den illegalen Praktiken der Partei Kenntnis gehabt haben müssen.

Besonders ein Detail der Schwarzgeld-Affäre bringt die CDU-Führungsriege in Schwierigkeiten: Franz-Josef Reischmann, ehemaliger Buchhalter in der CDU-Geschäftsstelle, hatte 1992 seinen Posten verloren. Er hatte - nach allem was bisher bekannt geworden ist - zwischen 1987 und 1991 insgesamt zwei Millionen Mark auf

sein Privatkonto abgezweigt. Dennoch verzichtete die CDU bei der Entlassung Reischmanns auf eine Anzeige des Ex-Buchhalters. Stattdessen beglich die Partei sogar noch eine private Rechnung ihres des Betrugs überführten Mitarbeiters. Offensichtlich hat Reischmann von den illegalen Finanz-Töpfen der Union gewusst, sich daraus selbst bedient und schließlich ein "Schweigegeld" erhalten, wie die Oppositionsparteien in Wiesbaden das nennen.

Damit nicht genug: Der Leiter der hessischen Staatskanzlei Franz-Josef Jung, von 1987 bis 1991 Generalsekretär der hessischen CDU, will angeblich nichts von den illegalen Praktiken bei der Parteifinanzierung mitbekommen haben. Dazu stellten einige Oppositionspolitiker im hessischen Landtag schon vor Monaten eine nahe liegende Frage: Wie kann ein wegen Betruges geschasster Ex-Buchhalter Einblick in brisante schwarze Konten gehabt haben, ohne dass sein unmittelbarer Chef irgend etwas davon wusste?

In dieser Sache bezweifeln SPD- und grüne Politiker in Wiesbaden, dass Staatsminister Jung bei seiner Vernehmung vor dem Berliner Untersuchungsausschuss die Wahrheit gesagt hat. Immerhin könnte sein teils für Heiterkeit, teils für Empörung sorgender Auftritt in Berlin Jung sein Amt im Kabinett Koch kosten. Denn "eine falsche Aussage vor einem Untersuchungsausschuss" so der Spiegel in seiner jüngsten Ausgabe vom 14. August, "gilt als politische Todsünde und kann auch strafbar sein."

"Brutalstmöglich": Vertuschen statt Aufklären

Nachdem Herbert Müller im Frühjahr diesen Jahres einräumen musste, dubiose Gelder als eigene Spenden und die zweier Mitarbeiter verbucht zu haben, erwies sich, dass die Behauptungen der CDU-Führung in Hessen aus den vergangenen Wochen und Monaten nicht der Wahrheit entsprechen können. So hatte Roland Koch beispielsweise bei seinen Ausführungen zur Notwendigkeit einer "brutalstmöglichen Aufklärung" bisher immer Wert darauf gelegt, dass keiner der "heute aktiven" Politiker in den Skandal verstrickt sei. Eine Aussage, die für Kabinettsmitglied Jung mit den inzwischen bekannt gewordenen Fakten kaum noch in Einklang zu bringen ist. Vor allem seit bekannt wurde, dass ein vor Jahren bei Horst Weyrauch in Auftrag gegebener Bericht zur Aufklärung der Reischmann-Affäre einen (vergesslichen?) Auftraggeber hatte: Franz Josef Jung.

Spätestens nach dem Rücktritt der "Bauernopfer" Müller und Hehn brach das Gebilde von Koch und Jung wie ein Kartenhaus zusammen. Fakt ist: Nicht bloß die "alte Garde" der CDU, sondern auch die heute aktiven Politiker der Hessen-CDU haben sich illegaler Methoden zur Vertuschung dubioser Gelder bedient, wobei Herbert Müller allerdings in der Vergangenheit einen "großen Lehrmeister" hatte. Bevor Müller als hessischer Generalsekretär an der Seite Kochs als Aufklärer auftrat und auf Pressekonferenzen Journalisten und die politischen Gegner beschimpfte, eine "üble Kampagne gegen die CDU" zu betreiben, war er viele Jahre in Bonn tätig - als Referent von Altbundeskanzler Kohl. Zehn Jahre hatte er vom Reden schreiben bis zur Organisation von Wahlkämpfen dem Ex-Bundeskanzler zugearbeitet. Und zweifellos viel gelernt: Der Aufklärer Müller räumte nämlich erst dann ein, Gelder aus trüben Quellen falsch deklariert und den Rechenschaftsberichts gefälscht zu haben, als dies Gegenstand einer Zeugenbefragung der Wiesbadener Staatsanwaltschaft war.

Derweil erklärt Roland Koch von diesen Machenschaften erst kürzlich erfahren zu haben. Bis jetzt hatte Roland Koch mit seiner Strategie jegliches Wissen in der Schwarzgeld-Affäre abzustreiten, auch jede Beteiligung und Billigung an Manipulationen am Rechenschaftsbericht, die nachweislich von ihm gedeckt wurden, zu leugnen, den gewünschten Erfolg - ganz so, wie es einst während der "Flick-Affäre" Helmut Kohl gelang, den Kopf aus der Schlinge ziehen. Und der war schließlich 16 Jahre Bundeskanzler. Die Frage "Wollen Sie Bundeskanzler werden, Herr Koch" möchte der forsche Ministerpräsident in ein paar Jahren sicher gerne nochmals beantworten. Dann vermutlich weniger ausweichend als dieser Tage: Wenn er die Affäre politisch überlebt ist aus dem rechten Hoffnungsträger ein "würdiger Enkel" Helmut Kohls geworden und muss ernst genommen werden - "in jeder Hinsicht".

Thomas Klein

Chronik der Vertuschung

Dezember 1999: CDU-Generalsekretär Herbert Müller erklärt, bei den rund 13 Millionen Mark, die in den achtziger und neunziger Jahre auf dem Konto der Landespartei und der Frankfurter CDU landeten, handele es sich nicht um Geld aus schwarzen Kassen. Das Geld sei aus "anonymen Vermächtnissen", zu denen die CDU "keine weiteren Kenntnisse" habe. Casimir Prinz Wittgenstein, ehemaliger Schatzmeister der Landes-CDU, erklärt kurze Zeit später, die Vermächtnisse stammten "aus jüdischen Kreisen".

Januar 2000: Manfred Kanther, unter Kohl Bundesinnenminister und langjähriger hessischer Landesvorsitzender, gibt auf einer Pressekonferenz zu, dass die Partei mehrere Millionen Mark ins Ausland transferiert habe und in der Schweiz und in Liechtenstein über schwarze Konten verfüge.

Februar 2000: Roland Koch gibt auf einer Pressekonferenz am 8. Februar zu, dass er von Manipulationen am Rechenschaftsbericht seit Wochen gewusst habe. Obwohl dies mit seiner Billigung geschehen ist, will er keine persönlichen Konsequenzen ziehen. Forderungen nach einem sofortigen Rücktritte erteilt er eine Absage.

Am 21. Februar erklärt die Wiesbadener Staatsanwaltschaft, gegen Koch werde kein Ermittlungsverfahren eröffnet.

März 2000: Anfang März beschließt eine Mehrheit der Delegierten auf einem FDP-Sonderparteitag auch mit dem angeschlagenen Ministerpräsidenten Koch die Regierungskoalition fortzusetzen. Eine Woche nach dem Votum des FDP-Sonderparteitages gehen der CDU-Generalsekretär Herbert Müller und sein Stellvertreter Helmut Hehn mit dem Eingeständnis an die Öffentlichkeit, Gelder aus "unklaren Quellen" als eigene Spenden im CDU-Rechenschaftsbericht deklariert zu haben. Müller und Hehn treten zurück, die Wiesbadener Staatsanwaltschaft lehnt es unterdessen ab, Ermittlungen gegen die beiden aufzunehmen.

Juli 2000: Es wird bekannt, dass der Süßwarenhersteller Ferrero der hessischen CDU Bargeldzahlungen zukommen ließ, die nicht in der offiziellen Buchführung der Partei auftauchen - eine nach Ansicht von Ex-Justizminister Rupert von Plottnitz "neue Qualität im Schwarzgeldsumpf der Partei Roland Kochs". Tatsächlich flossen großzügige Ferrero-Spenden zu einem Zeitpunkt, als Koch schon zwei Jahre die Verantwortung im Landesverband trug.

August 2000: Der Geschäftsführer eines von der CDU beauftragten Wirtschaftsprüfungsunternehmens sagt vor dem Wiesbadener Untersuchungsausschuss aus, zur Erlangung eines Prüfungstestates für den Rechenschaftsbericht, habe Roland Koch eine falsche Vollständigkeitserklärung abgegeben. Ohne die von Koch gebilligten Vertuschungsmanöver am Rechenschaftsbericht, in dem z.B. ein fingiertes Wahlkampfdarlehen von Prinz Wittgenstein enthalten war, hätte die Partei "niemals ein Prüfungstestat erhalten".

Ein der Frankfurter Rundschau vorliegender Bericht belegt, dass Kochs Vertrauter Franz Josef Jung bei seinen Aussagen vor dem Berliner Untersuchungsausschuss gelogen hat. Der interne Bericht zur Aufdeckung der Umstände, wie der Ex-Buchhalter Franz Josef Reischmann insgesamt zwei Millionen Mark der CDU auf sein Konto abzweigen konnte, hatte folgende Auftraggeber: Manfred Kanther, den ehemaligen Landesgeschäftsführer Siegbert Seitz und den Generalsekretär Franz Josef Jung.

Der Spiegel berichtet, dass Franz Josef Reischmann Franz Josef Jung schwer belastet: Der ehemalige Generalsekretär habe die geheimen Spendenkonten in der Schweiz "selbstverständlich gekannt".

12. Wunder geschehen selten. Verhandlungen in Camp David gescheitert

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:08

Für zwei Wochen im Juli wartete die Welt auf ein Wunder, das nicht geschah. Die Verhandlungen zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Barak und dem palästinensischen Präsidenten Arafat in Camp David scheiterten. Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern bleibt weiterhin einer der kompliziertesten, auch einer der weltweit medienwirksamsten.

Seine über zwei Wochen trotz massiven Druckes der US-amerikanischen Gastgeber aufrechterhaltene Weigerung, auf (Ost-)Jerusalem zu verzichten, hat den palästinensischen Präsidenten Arafat zu Hause fürs Erste gestärkt. Doch dieser Vertrauensvorschuss dürfte sich bald aufgebraucht haben, wenn mit dem 13. September auf Druck "befreundeter" Regierungen wahrscheinlich eine weitere Frist für die Ausrufung eines palästinensischen Staates verstreichen wird. Die überwiegend junge palästinensische Bevölkerung hat wenig Zukunftsperspektiven, der Frust wächst und mit ihr die Gewaltbereitschaft. Wie lange wird der Deckel auf diesem Topf halten?

Innenpolitische Krise

Der israelische Ministerpräsident Barak seinerseits brauchte dringend einen außenpolitischen Erfolg: Schon seit dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen mit Syrien und dem wenig ruhmreichen Rückzug der israelischen Armee aus Südlibanon war Barak in der Defensive. Seit dem gescheiterten Gipfel in Camp David aber wird die Luft dünn für den israelischen Premier; nur noch die Sommerpause der Knesset scheint ihn vom endgültigen Sturz und den Likud von der Rückkehr zur Macht zu trennen. Alles beim Alten also?

Der israelische Ministerpräsident Barak, vor einem Jahr noch als neuer starker Mann, als Friedensbringer und als "Heiler" einer zerstrittenen Nation gefeiert, ist mittlerweile wieder auf Normalgröße geschrumpft: Seine Koalition hielt den zentrifugalen Kräften einer zunehmend von sektoralen Interessen dominierten Innenpolitik nicht stand und gleicht heute einem Scherbenhaufen. Zentrale Partner wie die linksliberale Meretz-Partei der städtischen säkularen Mittel- und Oberschichten, die Partei der russischen EinwanderInnen Yisra'el Be'Aliya, die National-Religiöse Partei als Vertreterin der Siedlerlobby sowie die populistisch-religiöse Shas-Partei als Vertreterin marginalisierter Juden aus mittelöstlichen Herkunftsländern (das "zweite Israel") haben sich von Barak abgewandt. Seine einstige Ein-Israel-Liste ist nach dem Ausstieg von Ex-Außenminister David Lévy und dessen Gesher-Partei, Vertreterin einer kleinen Schicht gut etablierter Juden aus mittelöstlichen Herkunftsländern, wieder auf die alte Arbeitspartei zusammengeschrumpft - die mächtige, aber eben schon längst nicht mehr hegemoniale Partei der zionistischen Gründungseliten.

Die Gründe für diesen Machtverlust sind in einer Kombination aus innen- und außenpolitischen Faktoren zu suchen. Barak hat die Sozial- und Innenpolitik sträflich zu Gunsten der Außen- und Sicherheitspolitik vernachlässigt. Israel zeichnet sich im Vergleich zu anderen Ländern des Nordens durch eine extrem große Kluft zwischen Arm und Reich aus - eine explosive Konstellation, bedenkt man, dass die Klassenunterschiede innerhalb der jüdischen Bevölkerung zum großen Teil mit kulturellen Grenzen zwischen Juden europäischer und mittelöstlicher Herkunftsländer korrelieren.

Das Verhalten des größten (Ex-)Koalitionspartners Baraks, der Shas-Partei, spricht Bände in diesem Zusammenhang: Shas hat Barak schlicht erpresst. Sie machte ihre Zustimmung für den vom Premier forcierten Verhandlungskurs mit den Palästinensern abhängig von dessen Zustimmung für die fortdauernde Autonomie ihres mit öffentlichen Geldern finanzierten Netzes von Schulen und Kindergärten, des wichtigen sozialen Aushängeschildes der Partei und Quelle ihres wachsenden Einflusses. Barak gab nach, um Rückendeckung für die Verhandlungen in Camp David zu haben. Dies führte im Juni zum Ausstieg der streng säkularen Meretz-Partei aus der Koalition, welche Shas als Fundamentalisten verteufelt, aber Baraks Verhandlungskurs mit den Palästinensern selbstverständlich auch von den Oppositionsbänken aus unterstützt.

Doch Barak hatte sich verrechnet: Einen Monat später verließ Shas aus Protest gegen seine Verhandlungsführung mit den Palästinensern die Koalition, wohl aus Rücksicht auf ihre Klientel, welche weitere Zugeständnissen Israels gegenüber den Palästinensern überwiegend ablehnt. Tatsächlich ist Shas

eine korrupte und populistische Partei, Opium fürs Volk im wahrsten Sinn, die alles andere als emanzipatorische Ziele verfolgt. Ihr wachsender Einfluss unter ärmeren Juden mittelöstlicher Herkunftsländer steht jedoch in direktem Zusammenhang mit der ungebrochenen modernistischen Arroganz der israelischen Machteliten gegenüber der eher traditionalistischen Shas-Klientel und den enormen sozialen Spannungen innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft. Barak gehört zu eben dieser Machtelite, und er hat entgegen seinen vollmundigen Wahlversprechungen nicht das geringste getan, um diese sozialen Spannungen abzubauen. Es gilt, die Folgen jahrzehntelanger systematischer Vernachlässigung breiter Bevölkerungsschichten aus mittelöstlichen Herkunftsländern seitens der ashkenasischen Eliten zu beheben. Diese in die Gründungsjahre des Staates Israel zurückreichenden sozialen Spannungen innerhalb der israelischen Gesellschaft wurden während der 90er Jahre von Arbeitspartei und Likud gleichermaßen durch eine streng neo-liberale Wirtschaftspolitik noch verschärft.

Außenpolitik als vermeintliche Trumpfkarte

Es ist offenbar, dass die israelische Arbeitspartei, ähnlich wie die deutsche oder britische Sozialdemokratie, sich für einen konsensuellen Schmusekurs mit den Interessen des Großkapitals entschieden hat. Dennoch wächst auch innerhalb der Arbeitspartei seit längerem ein Bewusstsein für die Dringlichkeit einer kohärenten Sozial- und Entwicklungspolitikpolitik. Shlomo Ben-Ami etwa, Geschichtsprofessor an der Uni Tel Aviv und Kind marrokanischer Einwanderer aus ärmlichen Verhältnissen, neben Jossi Beilin der brillanteste und weitsichtigste Kopf der Arbeitspartei, warnt seit langem vor einer Vernachlässigung der sozialen Frage.

Ben-Ami wurde von Barak lange als Konkurrent gehandelt und entsprechend gedeckelt. Zunächst mit dem Posten eines Ministers für Innere Sicherheit abgespeist, wurde Ben-Ami nach dem Rücktritt Lévis endlich auf den seinen Fähigkeiten angemessenen Posten im Außenministerium befördert - ein Zeichen dafür, dass Barak sich seine Verbündeten mittlerweile nicht mehr aussuchen kann. Weitere Zugeständnisse Israels, vor allem gegenüber Palästinensern, werden unter den marginalisierten jüdischen Bevölkerungsschichten eher als eine Bedrohung ihres ohnehin schon prekären Status wahrgenommen und deshalb abgelehnt

Camp David und die Folgen

Vor allem auf dem Terrain der Außen- und Sicherheitspolitik wollte Barak während seiner ersten Regierungszeit punkten und Tatsachen, gar neue Rahmenbedingungen schaffen. Es geht um die Einbindung Israels in die Region, um völkerrechtlich anerkannte und offene Grenzen - aber nicht für Menschen, lediglich für Handelsgüter. Die israelischen Eliten sowie die US-amerikanischen Geo-Strategen versprechen sich von einer derartigen Regelung die Befriedung und Stabilisierung der Region unter Beibehaltung und Ausbau der israelischen Dominanz in militärischer wie ökonomischer Hinsicht.

Doch auch dieses Parkett erwies sich als zu glatt für den forschen Haudegen: Die Verhandlungen mit Syrien sind vorläufig gescheitert. Dabei ging es nicht nur um Fragen der Grenzziehungen, der Wasserrechte und um die entsprechenden Umgruppierungen der Streitkräfte beider Seiten. Die todkranke "Sphinx von Damaskus", Hafiz al-Assad, verstand sehr wohl die weit über die Frage der Golanhöhen hinausreichende Bedeutung eines Friedensvertrages mit Syrien für die Aufnahme Israels in den Club der Region, und er wollte einen entsprechenden Preis dafür, nämlich einen Friedensvertrag zu seinen Bedingungen. Israelische Regierungen, der Berufssoldat Barak erst recht, sind es aber nicht gewohnt, dass man ihnen Bedingungen stellt. Schon gar nicht, wenn es sich dabei um Araber handelt. Eine neue Verhandlungsrunde muss warten, bis der junge "Doktor Bashar" Assad seine Herrschaft in Damaskus gefestigt hat.

Baraks größter Verdienst, der Rückzug der israelischen Armee aus dem Südlibanon, hatte für seine Popularitätswerte nicht die erhoffte Wirkung. Die israelische Öffentlichkeit nahm diesen Rückzug eher als Zeichen der Schwäche denn als Voraussetzung zur Annäherung an die libanesischen Nachbarn wahr. Nachdem klar ist, dass die Regierung in Beirut die Kontrolle über den Südlibanon übernommen hat und die Grenze ruhig bleibt, ist man allenfalls froh, dieses leidige Thema endlich aus dem Gedächtnis streichen zu können und zukünftig vom deprimierenden Anblick toter 20-jähriger Rekruten an der nördlichen Front verschont zu bleiben. Eine tiefergehende Aufarbeitung dieses düsteren Kapitels in der israelischen Öffentlichkeit, 18 Jahre Krieg und Besatzung für nichts und wieder nichts, wird wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Bleibt der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, der Kern, der eigentliche Grund für sämtliche israelisch-arabischen Kriege, dessen Lösung daher weit mehr noch als ein Friedensvertrag mit Syrien Voraussetzung für eine echte regionale Entspannung ist. Auch in Israel wird heute vielerorts anerkannt, dass dieser Konflikt eine Folge der Kolonialisierung Palästinas durch eine europäisch geprägte zionistische Siedlerbewegung ist, die zur Enteignung und Marginalisierung der autochthonen palästinensischen Bevölkerung, zunächst im späteren Staatsgebiet Israels und seit 1967 auch im verbleibenden Rest des ehemaligen britischen Mandatsgebietes Palästina führte. Der bisherige Verlauf der "Friedensverhandlungen" seit dem Abschluss der Oslo-Verträge 1993 lehrt aber, dass israelische Regierungen jedweder Couleur keinen historischen Kompromiss mit den Palästinensern, sondern vielmehr die Legalisierung ihrer fortgesetzten Politik der Enteignung und Marginalisierung der palästinensischen Bevölkerung anstreben: Might makes Right (Macht bestimmt das Recht), wie es so schön heißt. Stimmt, bei dem kürzlich gescheiterten Verhandlungsmarathon schlugen die Emotionen auf beiden Seiten sehr hoch, und auch in der Politik sind Emotionen oft handlungsleitend.

Erstaunlich genug und nur dem Druck der USA zu verdanken war es deshalb, dass sich die ungleichen "Friedenspartner" überhaupt zu Verhandlungen über eine endgültige Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes zusammenfanden. Es muss als Verdienst und mutige Tat von Barak gelten, dass er sämtliche vom national-chauvinistischen Lager um den Likud geforderten Verhandlungstabus auf die Tagesordnung von Camp David gesetzt, bzw. sich den Verhandlungen über diese als unüberbrückbar geltenden Punkte nicht widersetzt hat: Die endgültige Grenzziehung, die Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge von 1948, der Status Jerusalems, um nur die härtesten Nüsse zu nennen.

Damit tritt der Konflikt in eine entscheidende Phase; vieles dürfte sich dort in nächster Zeit ändern. Die von Barak in Camp David vorgeschlagene "Lösung" des Konfliktes läuft allerdings erwartungsgemäß auf einen territorial zerrissenen, wirtschaftlich nicht lebensfähigen und militärisch harmlosen palästinensischen Rumpfstaat, auf eine Art palästinensisches Bantustan hinaus: Barak fordert die Legalisierung der meisten jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, die Kontrolle über die strategisch wichtige Jordan-Senke für mindestens weitere 10-12 Jahre, er verweigert jede Anerkennung israelischer Verantwortung für die palästinensischen Flüchtlinge von 1948 und 1967, und er besteht auf der israelischen Souveränität über ganz Jerusalem, die palästinensischen Viertel Ost-Jerusalems sollen lediglich administrative Autonomie unter dem Dach einer gemeinsamen israelisch-palästinensischen Verwaltung erhalten.

Diese Kapitulationserklärung konnte Arafat um seines politischen wie physischen Überlebens willen unmöglich unterschreiben. Die Tatsache, dass der palästinensische Chef-Unterhändler Sa'eb Erekat von einer in Camp David bereits erzielten 70-80%igen Übereinstimmung der Positionen beider Seiten sprach, zeigt nur, welch enormen Symbolwert Jerusalem besitzt: Arafat und seine Clique würden sich in einem neo-kolonialen Abhängigkeitsverhältnis von Israel wahrscheinlich ganz gut einrichten können. Aber ohne eine palästinensische Hauptstadt Ost-Jerusalem als Verhandlungsergebnis können sie sich zu Hause wirklich nicht mehr blicken lassen.

Ihr totalitärer, korrupter und häufig inkompetenter Regierungsstil hat der palästinensischen Administration in Westbank und Gaza viele Feinde geschaffen. Ihre Legitimation bezieht sie zur Zeit fast ausschließlich aus nationalistischer Rhetorik. Sollte sich auch diese nicht umsetzen lassen, wäre eine neue Intifada der völlig frustrierten und mittlerweile gut mit Handfeuerwaffen ausgerüsteten Palästinenser die unvermeidliche Folge. Ein solcher Aufstand würde sich aber deutlich von dem für Metropolenlinke zunächst so herzerwärmenden Volksaufstand der 80er Jahre unterscheiden. Eine Welle von Gewalt und Blutvergießen würde sich dann wohl nicht nur gegen Israel, sondern auch gegen die palästinensische Administration und deren Nutznießer richten.

Dieser Gefahr ist sich natürlich auch die israelische Regierung bewusst. Zwar ist sie sehr an einem intern zerstrittenen und daher schwachen Gegner interessiert, aber eben auch an einer halbwegs stabilen palästinensischen Administration als nützlichem Puffer gegen militante anti-israelische Gruppen. Die israelische Öffentlichkeit reagiert sehr empfindlich auf gefallene Soldaten und getötete Zivilisten. Es ist auch noch längst nicht klar, ob der Wagenburgeffekt, welcher einst im Kriegsfall alle jüdischen Israelis plötzlich wieder zu einer geeinten und kriegswilligen Nation zusammenzuschweißen pflegte, in diesem Fall noch funktioniert. Denn die Einsicht in die Notwendigkeit einer Einigung mit den Palästinensern und der Unwillen, ihren Kopf für fanatische Siedler hinzuhalten, ist unter jüdischen Israelis weit verbreitet, besonders in den einflussreichen urbanen Mittel- und Oberschichten.

Man sollte nicht übersehen, dass selbst die bis dato auch in diesen Kreisen so gut wie einhellig propagierte Unantastbarkeit Jerusalems von Barak in Camp David in Frage gestellt wurde, wenn auch nur minimal. Bei dem ersten Anzeichen von Unruhen in den palästinensischen Gebieten wird sich ohnehin kein israelischer Normalbürger mehr in die palästinensischen Viertel Ost-Jerusalems verirren. Was soll also die Augenwischerei, werden sich viele Israelis über kurz oder lang fragen. Die Mehrheit der Israelis will keinen Krieg, auch keine neue Intifada. Sie will in Ruhe leben, Geld verdienen und ihren Spaß haben. Eigentlich wie der Rest des Nordens auch. Wie die meisten BewohnerInnen der reichen Länder dieser Welt sind aber auch sie nicht bereit, den dafür notwendigen Preis zu zahlen. Dieser Preis heißt Umverteilung: Von Reichtum, politischer Macht, Land, Zugang zu Ressourcen, etc.

Ist ein Deal möglich?

In Israel/Palästina verläuft die Grenze zwischen Nord und Süd auf einer Fläche von der Größe Hessens. Auch innerhalb der beiden Gesellschaften bestehen enorme ökonomische, soziale und politische Ungleichgewichte. Nur eine umfassende Regelung unter Einbeziehung all dieser Faktoren würde einen echten und langfristig stabilen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern ermöglichen, ob nun im Rahmen von zwei unabhängigen Staaten, einer Konföderation oder gar eines gemeinsamen Staates. Eine solche Entwicklung, selbst ein ernst gemeinter Versuch in diese Richtung, hätte sicher auch große Ausstrahlungskraft auf die gesamte Region... Aber das Paradies auf Erden wird wohl noch eine Weile auf sich warten lassen.

Eine Neuordnung der Region à la Clinton und Barak wäre natürlich kein Frieden, der seinen Namen verdient, sondern vielmehr die mittelöstliche Variante der Globalisierung, wie sie von Weltbank, WTO & Co. verstanden wird. Es stimmt aber auch, dass ein Abbruch aller Verhandlungen, wie etwa von Likud oder Hamas gefordert, die Kriegsgefahr in der Region entscheidend vergrößern würde. Krieg ist nichts als die Fortführung einer destruktiven Politik mit noch destruktiveren Mitteln. Deshalb ist in Sachen Israel/Palästina auch ein schlechter Deal besser als gar keiner: Kapitalismus als Gift mit heilenden Nebenwirkungen?

Möglicherweise ja, solange er gewisse Essentials berücksichtigt: Auf jeden Fall einen durch internationale Garantien gestützten Sonderstatus für Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten, einen weitgehenden bis vollständigen Verzicht Israels auf die Westbank und Gaza sowie die Räumung der dort befindlichen jüdischen Siedlungen oder ihre Überführung unter palästinensische Souveränität. Besonders letztere Forderung gilt ja ob der vermeintlich unüberwindlichen Macht der Siedlerbewegung allgemein als illusorisch. Doch ein "Frieden mit Siedlungen" wäre angesichts der abgrundtiefen Ressentiments zwischen Siedlern und Palästinensern mindestens ebenso illusorisch, und laut Umfragen würden im Falle einer entsprechenden Entscheidung die meisten Siedler freiwillig auf ihr gelobtes Stück Land verzichten, gegen entsprechende Entschädigungen, versteht sich.

Die Alternativen sind klar. Baraks bisherige Politik des Durchlavierens auf dem Rücken der marginalisierten jüdischen Bevölkerungsschichten und der Palästinenser ist gescheitert, da selbst seine minimalen Kompromissangebote gegenüber letzteren bereits zu viel für das national-chauvinistische Lager sind. Immerhin hat er einige Tabus (an-)gebrochen. Wenn er wirklich den großen Wurf will, muss Barak endlich handeln und nicht mehr auf einen (jüdischen) nationalen Konsens schielen, den es eh nicht gibt. Es ist reichlich spät. Zu spät?

Achim Rohde

13. Staatsdiener im Heiligen Krieg. 20 Jahre nach der Bombe von Bologna: Streit um das Gedenken

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:04

Vor 20 Jahren, am 2. August 1980, starben bei einem Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna 85 Menschen; etwa 200 wurden zum Teil schwer verletzt. Die Hintermänner und Auftraggeber des Anschlags - blutiger Höhepunkt der 1969 begonnenen neofaschistischen "Strategie der Spannung" - blieben bis heute unbehelligt.

War es nur Rhetorik zu Wahlkampfzwecken oder doch das aufrichtige Bemühen um die historische Wahrheit, die Ministerpräsident Amato am 20. Jahrestages des Massakers trieb? "Der Staat hat gelogen", soll er vor 5.000 KundgebungsteilnehmerInnen ausgerufen haben. So steht es zumindest in der Tageszeitung La Repubblica, deren inzwischen pensionierter langjähriger Chefredakteur Eugenio Scalfari in seinem Titelseitenkommentar "die Gewalt und ihre Komplizen" geradezu ins Schwärmen gerät: "Bei Gott, es war höchste Zeit, dass ein Mann der Linken mal wieder den Mut aufbrachte, etwas Linkes zu sagen." In seiner Gedenkrede habe der Sozialist Amato einer Linken, "die sich oft ihrer Wurzeln zu schämen scheint", die alten Werte vor Augen gehalten: "Politik zu machen für Ideen und nicht nur für Geld." Dichtung oder Wahrheit? Beides!

Natürlich hat Amato nicht "den Staat" angeklagt, die Wahrheit vertuscht und die Hintermänner des Massakers geschützt zu haben. Amatos Sprachregelung ist sehr viel vorsichtiger: "Es ist demütigend für mich, zugeben zu müssen, dass es so oft im Staat Duldung, Unwahrheiten, Lügen, Hilfen gab, von denen wir nicht wussten, wohin sie zielten."

Da wird selbst Giulio Andreotti, der mächtigste Mann der italienischen Nachkriegspolitik, deutlicher. Im Interview der Repubblica zum selben Thema befragt, gibt er "Verirrungen" von "Teilen der Geheimdienste" offen zu und nennt auch das Motiv für gemeinsame Machenschaften von Geheimdienstlern und Neofaschisten: Die irregeleiteten Staatsdiener seien "überzeugt gewesen, dass sie an einem Heiligen Krieg mitwirken und dass jegliche Aktion im Namen des Antikommunismus verdienstvoll sei". (Interview in La Repubblica vom 3. August) Kein Wort verliert Andreotti darüber, dass die antikommunistische Hysterie von seiner eigenen Partei, der Democrazia Cristiana, und der katholischen Kirche bewusst geschürt wurde - und dass da keineswegs nur untere Geheimdienstchargen über die Stränge schlugen. Der wütende Antikommunismus des Kalten Krieges war ebenso wie die rechtsterroristische Strategie der Spannung ein planmäßig eingesetztes Mittel zur Unterdrückung der Linken.

Was die nicht geahndeten faschistischen Mordanschläge und die Komplizenschaft von "Teilen" des Staates angeht, versteht Andreotti die Aufregung nicht: Schließlich würden in Italien 40 Prozent der Mordfälle nicht aufgeklärt, und Staatsdiener auf "Abwegen" gebe es "in der halben Welt: auch in den USA". Nicht ganz ungeschickt reiht Andreotti sich und seine Partei schnell noch in die Reihe der Opfer ein: Das rote Bologna, der Ort des Massakers, sei das Symbol für die Verankerung der Kommunisten in den staatlichen Institutionen - und für ihren "historischen Kompromiss". Letzterer habe, ebenfalls in Bologna, die linksradikale Revolte des Jahres 1977 ausgelöst. So schließt sich für Andreotti, den alten Zyniker ("Die Macht verschleißt den, der sie nicht hat"), der Kreis: Die "Demokraten", einschließlich der besserungswilligen Kommunisten, sind die wahren Opfer des Terrors, "Extremisten" von rechts und links die Täter.

Wo Andreotti den Konsens der Demokraten beschwört, versucht es Amato mit einem Hauch von Polarisierung: Was im Italien verloren zu gehen drohe, seien - man höre und staune - die Werte der Resistenza! Als zentralen Wert des bewaffneten Antifaschismus allerdings hat Amato "Respekt für den politischen Gegner" ausgemacht - eine ziemlich dreiste Geschichtsfälschung. Der Rest sind Floskeln: Man dürfe sich nicht mit der "juristischen Wahrheit" abspeisen lassen. Immerhin sind im Fall Bologna zwei lebenslängliche Freiheitsstrafen gegen die Neofaschisten Francesca Mambro und Giusva Fioravanti verhängt worden. Als Freigänger sind sie inzwischen zu Medienstars geworden. Eine besondere Provokation leistete sich die 20-Uhr-Tagesschau des staatlichen Fernsehens RAI ausgerechnet am 2. August: Ihr Bericht zum Jahrestag der Bombe war überwiegend dem neuen Leben der Bombenleger gewidmet.

Das war nicht nur den Angehörigen der Opfer, sondern auch dem Bischof von Bologna zu viel an Vergebungsbereitschaft. Linke verwiesen auf das unbehelligte Treiben der Neofaschisten von Forza Nuova in Bologna; ein Sprecher der von Rifondazione Comunista abgespaltenen "Regierungskommunisten" (Comunisti italiani) spielte auf Berlusconis bei den Regionalwahlen im Mai bewiesene Bündnisbereitschaft gegenüber Ultrarechten an und fragte, ob demnächst auch Forza Nuova in den rechten "Pol der Freiheiten" aufgenommen werde.

Die Rechten ihrerseits wiesen die linke "Polemik" zurück. Alessandra Mussolini, die Enkelin des Duce und Medienstar von Alleanza Nazionale, nannte es eine "Schande, das Massaker von Bologna für Wahlkampfzwecke zu instrumentalisieren". Dass die staatstragende Linke mit ihrer geschichtspolitischen Offensive ausschließlich lautere Ziel verfolgt, kann in der Tat bezweifelt werden. Aber wie auch immer - wenn nun nach den Linksdemokraten (vgl. ak 440) auch der amtierende Regierungschef den Rechtsterrorismus zum Thema macht, kann das dem Kampf um die historische Wahrheit nur nützen.

Js.

14. Bombiger Sommer in Spanien. ETA und spanischer Staat in kompromißloser Konfrontation

Autor: mb · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:34

Die militärische Logik ist zur Zeit das bestimmende Moment im Baskenland. Setzt der spanische Staat unvermindert auf die polizeiliche Lösung des politischen Konflikts im Baskenland, so hat sich auch ETA mit ihrer diesjährigen "Sommeroffensive", die an Intensität alles bisherige übersteigt, eindeutig von einem politischen Prozess verabschiedet.

Seit Juni schlägt die baskische Separatistenorganisation ETA ("Baskenland und Freiheit") in immer kürzeren Abstanden zu. Ziel ihrer Anschläge sind Angehörige der Guardia Civil und der spanischen Armee, Politiker der gesamtspanischen konservativen Partido Popular (PP) und (Ex-)Politiker der PSOE sowie politische Gegner im Baskenland, die sich gegen die Politik der Linksnationalisten stellen. Ein Novum und eine neuerliche Zuspitzung ist, dass nun auch Personen aus dem Umfeld der konservativen baskischen Partido Nacionalista Vasco (PNV) Opfer der ETA wurden.

Enttäuschte Hoffnungen

In der Logik der ETA ein folgerichtiger Schritt. Schon in ihrer Erklärung zur Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes vom November 1999 kritisierte sie die beiden gemäßigten baskisch-nationalistischen Parteien PNV und die kleinere Eusko Alkartasuna (EA). (vgl. ak 433) Die ETA warf ihnen vor, sich nicht konsequent genug für die Unabhängigkeit des Baskenlandes einzusetzen. Diese Kritik bezog sich auf den "Pakt von Lizzara" vom September 1998. Den Pakt unterzeichneten die linksnationalistische Herri Batasuna (HB), die konservative PNV, die sozialdemokratisch orientierte EA und als einzige gesamtspanische Organisation das von der KP Spaniens dominierte Wahlbündnis Izquierda Unida (IU) sowie weitere 19 baskische Organisationen und Gewerkschaften. Darin sprachen sie sich für eine politische Lösung des spanisch-baskischen Konfliktes aus. Grundlage dafür müsse die Entscheidung der Menschen im Baskenland sein, die als eine Option auch die Unabhängigkeit beinhalten könnte.

Mit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes hat die ETA alle Hoffnungen, sie hätte lediglich aus taktischen Gründen ihren Waffenstillstand im November 1999 aufgekündigt, zu Nichte gemacht. Diejenigen, die in der Aufkündigung der Waffenruhe nur eine Warnung an die spanische Regierung, die PSOE und die PNV sehen wollten, haben sich geirrt. Schon mit dem Bombenanschlag im Januar in Madrid, bei dem ein Offizier getötet wurde, zeigte die ETA, dass sie es mit ihrem Schritt ernst meinte. (vgl. ak 435)

Bis Juni schlug sie "lediglich" monatlich zu. Im Februar - mitten im spanischen Wahlkampf - bombte sie den Sprecher der PSOE im Baskenland, Fernando Buesa, in die Luft. Fünf Zivilisten und zwei Mitglieder der Guardia Civil wurden am 6. März bei einem Anschlag auf eine Guardia Civil-Patrouille in Intxaurrondo verletzt. Ende des Monats scheiterte ein Sprengstoffanschlag auf den Journalisten Carlos Herrera in Sevilla. Anfang Mai verübte die ETA einen tödlichen Anschlag auf einen weiteren Journalisten - diesmal im Baskenland. José Luis Lopez war Ex-Mitglied der Kommunistischen Partei unter Franco und Mitbegründer der Izquierda Unida im Baskenland. Der Kolumnist der baskischen Ausgabe der konservativen spanischen Tageszeitung El Mundo war ein scharfer Kritiker des baskischen Nationalismus und Gründungsmitglied des Forums von Ermua, das eine kompromisslose Haltung gegenüber der ETA fordert.

Am 4. Juni wurde der PP-Stadtverordnete Jesús María Pedrosa in der baskischen Kleinstadt Durango von einem ETA-Kommando erschossen - der Auftakt der momentanen Anschlagsserie. Nach einem anonymen Anruf bei der baskischen Tageszeitung Gara am 24.Juni, explodiert etwa eine halbe Stunde später ein Mercedes mit französischem Kennzeichen in Getxo. Ein anonymer Anrufer gab im Namen der ETA an, der Anschlag richte sich gegen die "baskische Oligarchie". Getxo ist ein beliebter Wohnort der regionalen Bourgeoisie in der Nähe von Bilbao. Am 12. Juli detonierte um 6 Uhr vor einem Kaufhaus der Kette El Corte Inglés in Madrid eine weitere Autobombe. Das Gebiet war zuvor nach drei Warnungen der ETA durch die Polizei geräumt worden, dennoch wurden zehn Menschen verletzt. Zwei Tage später wurde im andalusischen Málaga der Stadtrat der PP José María Martín Carpena von der ETA mit vier Pistolenschüssen niedergestreckt. Einen Tag später ging in Soria vor einer Kaserne der Guardia Civil erneut eine Autobombe hoch. Die enorme Sprengkraft reichte aus, um an der Kaserne hohen Sachschaden anzurichten.

Am 18. Juli scheitert in Málaga ein Anschlag gegen den Vize-Generalsekretär der andalusischen PSOE, José Asenjo. In der Nacht detoniert eine Bombe in einem Einkaufszentrum im baskischen Vitoria-Gasteiz, wo die baskische Regionalregierung ihren Sitz hat. Die Explosion in der Nähe eines Geldautomaten richtete hohen Sachschaden an. Am 24. Juli war wieder der Ort Getxo Ziel eines ETA-Anschlags. Vor dem Haus der PP-Senatorin Pilae Aresti wird von der ETA eine Autobombe zur Explosion gebracht. Wie der erste Anschlag in Getxo zielt auch diese Aktion wieder auf die baskische Bourgeoisie. Ramon Icaza Zabalburu und Cgurruca Barrie, zwei Aufsichtsratsmitglieder der BBVA, der zweitgrößten Bank in Spanien, deren Präsident Emilio Ybarra sowie der Vorsitzende der Banco Industrial de Bilbao, Francisco Javier Aresti Victoria, wohnen in der Nähe der beiden Explosionsorte, ebenso wie der Präsident des baskischen Unternehmerverbandes, Alfonso Basagoiti. Die Vermutung, das die ETA mit den beiden Autobomben in Getxo ihre Forderung nach "Revolutionssteuern" untermauern wollte, liegt nahe. Seit Mai hatte die ETA verstärkt entsprechende Aufforderungen an Unternehmen im Baskenland und Spanien verschickt, in denen die Zahlung von "Steuern" zur Unterstützung des ETA-Kampfes angemahnt wurde.

In Durango war am 26. Juli wieder ein Stadtverordneter der PP - dieses Mal aus dem Ort Abadino - ins Visier der ETA geraten. Unter dem Auto von Agustín Ramos war eine Autobombe platziert, die allerdings entdeckt und von der Polizei gezielt gesprengt wurde. Einen Tag später verwüstete eine Bombe eine Bank in Vitoria-Gasteiz. Ein ETA-Kommando richtete mit einem Genickschuss zwei Tage später in Tolosa den ehemaligen Zivilgouverneur von Gipuzkoa, Juan María Jauregui, in einem Café hin. Der PSOE-Politiker hatte während seiner Zeit als Zivilgouverneur 1994-1996 gegen den Widerstand der damaligen spanischen Regierung unter seinem Parteifreund Felipe Gonzales erneute Untersuchungen zur polizeilichen Todesschwadrone GAL vorangetrieben. Die GAL hatte Anfang der 80er Jahre zahlreiche Linksnationalisten in Südfrankreich und dem Baskenland ermordet. Die ETA behauptet in einen Kommuniqué vom 31. Juli, das in der baskischen Tageszeitung Egunkaria veröffentlicht wurde, dass Jauregui Mitarbeiter des spanischen Geheimdienstes CESID gewesen sei. Beweise lieferte sie allerdings nicht dafür.

ETA in Aktion

Beim Transport einer Bombe kommen am 7. August in Bilbao vier Mitglieder der ETA ums Leben. Drei Tage später schlug die ETA erneut zu. Ziel einer Autobombe war der Chef des Unternehmerverbandes Adegi in der baskischen Provinz Gipuzkoa, José María Kosta. Als er vor seiner Firma in Zumaia in den Wagen steigen wollte, wurde die Bombe per Fernzündung ausgelöst. Kosta, der PNV nahe stehend, hatte sich immer wieder geweigert, eine "Revolutionssteuer" an die ETA zu zahlen. Er hatte auch öffentlich andere Unternehmer dazu aufgefordert, die Zahlung zu verweigern. Gleichzeitig gehörte er aber auch zu denjenigen, die sich auch nach der Aufkündigung des Waffenstillstandes für den Dialog mit der ETA einsetzten und die mit der Idee eines unabhängigen Baskenlandes sympathisierten. In den Nachmittagsstunden ging in Madrid im Stadtteil Chamartín die zweite ETA-Bombe dieses Tages hoch. In der Nähe des Explosionsortes befindet sich die Kriegsmarineschule und die Generaldirektion der Polizei. Elf Menschen wurden verletzt. In Berriozar bei Iruña erfolgte zwei Tage danach der nächste ETA-Anschlag. Francisco Casanova, ein Leutnant der spanischen Armee, wurde mit zwei Schüssen in den Hinterkopf niedergestreckt. Der bislang letzte tödliche Anschlag der ETA richtete sich gegen eine Patrouille der Guardia Civil in Sallent de Gallego (Provinz Huesca). Als ein Beamter und eine Beamtin der Guardia Civil in das Patrouillenfahrzeug steigen wollten, explodierte eine unter dem Wagen angebrachte Bombe.

Was bezweckt die ETA mit dieser Zuspitzung? In ihrer Erklärung vom 31. Juli gibt sie darauf keine Antwort. Aber eines ist sicher: Die ETA verfolgt eine gefährliche Strategie, die unabsehbare Folgen für den baskischen Linksnationalismus haben könnte. Die spanische Zentralregierung der Partido Popular unter Ministerpräsident José María Aznar setzt - wie nicht anders zu erwarten war - weiterhin auf Konfrontation. Ihre einzige Antwort auf den politischen Konflikt im Baskenland ist es, die ETA und ihr Umfeld militärisch zu zerschlagen. Dass dieser Krieg nicht zu gewinnen ist, zeigt allerdings nicht zuletzt die momentane ETA-Kampagne. Im vergangenen Jahr wurde der spanische Innenminister Mayor Oreja nicht müde zu behaupten, die ETA sei zerschlagen. Während des Waffenstillstandes gab es über dreißig Festnahmen. Selbst das einzige direkte Gespräch zwischen der ETA und der spanischen Regierung nutzten die Fahnder, um sich an die Spur der Etarras zu heften, die an dem Treffen teilgenommen hatten.

Die spanische Zentralregierung ist zu keinem Kompromiss bereit - geschweige denn zu ernsthaften Verhandlungen. Weder mit der ETA, noch mit HB oder Euskal Herritarok (EH), einem von HB dominierten

Wahlbündnis, werde man sich an einen Tisch setzen, so die Haltung der spanischen Zentralregierung. Auch mit der PNV werde es keine Gespräche geben, so lange diese nicht den "Pakt von Lizzara" aufgekündigt habe. Nach dem Mord an José María Kosta mehren sich die Stimmen innerhalb der PNV, die sich für einen Austritt aus dem "Pakt von Lizzara" aussprechen. Am 14. August reagierte der PNV-Vorstand: Da inzwischen einige der 23 Unterzeichner, so etwa die IU, den Pakt aufgekündigt haben und eine Voraussetzung des Abkommens - Verzicht auf Gewalt in politischen Auseinandersetzungen - nicht eingehalten werde, sei der Pakt für die Partei keine Grundlage mehr. Gleichwohl behielten die Prinzipien des Abkommens weiterhin ihre Gültigkeit. Offensichtlich ist die PNV zur Zeit bemüht, den Dialog mit ETA und HB noch nicht endgültig abbrechen zu lassen.

Spanische Härte

Die PSOE forderte schon vor dieser Erklärung Gespräche aller "demokratischer Parteien", also unter Einschluss der PNV. Und auch aus den Reihen der spanischen Regierung sind seitdem Stellungnahmen zu vernehmen, die Gesprächsbereitschaft mit der PNV signalisieren. Allerdings hat man in der PP den Traum noch nicht aufgegeben, nach vorgezogenen Neuwahlen im Baskenland zusammen mit der PSOE die erste Regionalregierung ohne nationalistische Beteiligung stellen zu können und damit die PNV - die stärkste Partei im Baskenland - aus der Regierung zu drängen. Die konservativen baskischen Nationalisten haben die Schlüsselrolle in der momentanen Situation. Die ETA will sie zwingen, sich eindeutig für die Unabhängigkeit auszusprechen und alle Kontakte mit den gesamtspanischen Parteien aufzukündigen. Die PP fordert den Kotau der Partei: Offene Aufkündigung des "Paktes von Lizzara" und Rückkehr in den Kreis der "demokratischen Parteien" zum gemeinsamen Kampf gegen ETA.

HB und EH hatten seit Zustandekommen des "Pakts von Lizzara" eine wichtige Rolle im politischen Prozess des Baskenlandes spielen können. Nicht mehr nur die HB/EH, sondern auch die PNV und EA sprachen sich seitdem - unterschiedlich stark, aber einhellig - dafür aus, dass die Bevölkerung selbst über den zukünftigen Status des Baskenlandes entscheiden müsse. Diese Entwicklung ging nicht zuletzt auf das Agieren der Linknationalisten zurück. Mit der momentanen militärischen Kampagne hat die ETA allerdings die HB/EH zur politischen Tatenlosigkeit verurteilt. In der Konfrontation zwischen ETA und spanischem Staat ist derzeit für politisches Taktieren kein Raum.

mb., 25.8.2000

15. Wir fürchten um das Leben unserer Freunde. Interview mit dem Sprecher der "Özgürlük Initiative" Yildirim Kaya

Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:20

Yildirim Kaya ist seit vielen Jahren Mitglied der PKK, seit über zehn Jahren aktiv im Guerillakampf. Auf dem 5. Kongress der PKK wurde er ins Zentralkomitee gewählt. Von 1995 bis heute war er in Nordkurdistan mit der Gebietskoordination für die Bezirke Amed (Diyarbakir) und Erzurum betraut.

Das Interview führte Nora Mielke.

ak:Können Sie uns zunächst erläutern, was ist die "Freiheitsinitiative?" Weshalb und wann ist sie entstanden?

Yilirim Kaya: Wir haben uns als eine Gruppe von 27 Guerillakämpfern, als Vorhut von sehr vielen Guerillakämpfern, die unsere Ansichten teilen, von der PKK getrennt. Die seit einem Jahr von der PKK auf Anweisungen des türkischen Generalstabs und mit kemalistischen Begriffen geführte Politik dient nicht dem kurdischen Volk und hat mit einer revolutionären sozialistischen Bewegung nicht mehr das geringste zu tun. Die Kapitulation vor dem Feind, gegen den wir jahrelang gekämpft haben, soll als Friedenspolitik und Demokratie verkauft werden, das kann kein kurdischer Patriot und Revolutionär akzeptieren. Wir haben diesen Schritt mit dem Mut getan, die eigene Geschichte und die nationalen Werte zu verteidigen. Wir konnten dieses schändliche, erniedrigende und schmerzliche Ende nicht ertragen.

Wir haben uns von Beginn an in Opposition zu dieser neuen Linie befunden. Deshalb haben wir am 15. August, dem Jahrestag des Beginns unseres Aufstandes, beschlossen, uns als Opposition zu formieren und am 21. März, dem Newroz-Tag des Jahres 2000, die Entscheidung gefällt, uns von der Partei zu trennen, da es keine Möglichkeiten einer internen Auseinandersetzung mehr gab. Am 19. Mai 2000 (1) haben wir diesen Schritt als anti-kemalistische Bewegung mit dem Bewusstsein einer geschichtlichen Abrechnung vollzogen.

Die PKK versucht, diesen historischen Schritt von uns zunichte machen und zu vereiteln. Sie hat eine Treibjagd gegen unsere Gruppe begonnen und möchte uns alle vernichten. Sie hat Hinrichtungsteams auf uns angesetzt. Wir fordern die PKK auf, dies zu unterlassen Wenn sie seit einem Jahr die Parole von Frieden und Demokratie ausgibt, dann muss sie auch in ihren eigenen Reihen verschiedene Ansichten tolerieren und es akzeptieren, wenn sich jemand von der Partei trennen will

Sie, sowie die meisten derjenigen, die sich mit Ihnen von der PKK getrennt haben, waren seit zehn oder mehr Jahren aktive Kämpfer oder Kommandanten der PKK. Was hat Sie zu diesem Schritt bewogen?

Öcalan hat sofort nach seiner Festnahme noch im Flugzeug erklärt, dass seine Mutter Türkin sei und er bereit sei, der Türkei zu dienen. Auch vor Gericht versicherte er, dass er und die PKK zum Wohl der Türkei arbeiten werden. Er sagte wörtlich, dass er damit dazu beitragen wolle, die Türkei zum führenden Land im Nahen Osten und im Kaukasus zu machen. Er bat um Entschuldigung für eine Reihe von Aktionen, die auf seinen Befehl durchgeführt worden waren. Die türkischen Verantwortlichen versicherten ihm ihren Dank für seine Haltung.

Seine Verteidigung vor Gericht, die im Wesentlichen darauf abzielte, sich selbst zu retten und seine Reue, die neben der Abkehr von seiner eigenen Vergangenheit auch den Guerillakampf und den nationalen Befreiungskampf völlig verleugnet, wurden durch die Organisation als "Manifest einer demokratischen Lösung" bekannt gemacht. Der bewaffnete Kampf wurde zunehmend eingestellt und die Guerilla außerhalb der Grenzen der Türkei zurückgezogen. Für die Durchsetzung dieser Änderungen in der Organisation wurde ein außerordentlicher Kongress einberufen.

All dies geschah auf Anweisung aus Imrali. Was die Türkische Republik in Jahren nicht vermocht hatte, das schaffte Öcalan mit einem Schlag. Diejenigen, die dem ihre Zustimmung verweigerten, wurden entmachtet und ihrer Ämter enthoben. Auch in Europa wurden diejenigen kurdischen Politiker und Intellektuellen, die diese Politik nicht akzeptieren, beleidigt und erniedrigt.

Es fällt auf, dass sich unter denen, die als gefangen gemeldet wurden sowie unter denen, die sich von der Partei getrennt haben, sehr viele Frauen sind. Wie ist die Haltung der Frauenpartei zu den neuen Entwicklungen?

Die Frauenpartei wurde auf dem 6. Kongress gegründet. Bis zum 7. Kongress befanden sich eineinhalb Jahre lang alle leitenden Frauenkader in Gefangenschaft (innerhalb der Partei), viele sind immer noch in Gefangenschaft. Eigentlich existiert die Frauenpartei sowie die übrigen Frauenstrukturen nur theoretisch, nur auf dem Papier. In der Realität haben sie keinerlei Funktion und üben keinerlei Aktivitäten aus. Man spricht von Frauenbefreiungsbewegung, aber alle führenden Mitglieder sind inhaftiert. Ist das nicht ein Antagonismus? In der PKK werden die Frauen nur und ausschließlich als Werkzeug benutzt. Die Frauen stellten als Basis einen zahlenmäßig starken Block, und Öcalan führte seine Politik auf diesen Block gestützt durch. Schon seit der Vergangenheit ist in der PKK eine feudale Einstellung vorherrschend, auch derzeit wird eine Operation zur Niederwerfung der Frauen durchgeführt. Die derzeitige Frauenleitung ist machtlos.

Auf dem Kongress haben alle Frauen, die für eine Mitgliedschaft im Parteirat vorgeschlagen wurden, ihre Kandidatur zurückgezogen. Dafür wurden alle Frauen, die auf eine Kandidatur verzichtet hatten, verhaftet! In einer demokratischen Organisation wird den Mitgliedern nicht einmal die Toleranz entgegengebracht, zu wählen, gewählt zu werden oder auch nicht gewählt zu werden. Wir haben uns offen gegen die Verhaftung der Frauen sowie überhaupt gegen die Verhaftungen gewandt. Daraufhin erhielten wir die Antwort, "ihr widersetzt euch den Maßnahmen der Partei, ihr wollt die Frauen benutzen."

Was wissen Sie über die Situation derjenigen, die seitens der PKK gefangen sind? Worauf stützen sich die veröffentlichten Erklärungen, diese seien in Lebensgefahr?

Wir sind äußerst besorgt um das Leben unserer gefangenen Freunde. Nach Informationen, die uns einige Freunde gegeben haben, die nach uns die Partei verlassen haben und zu uns gekommen sind, befinden sich diejenigen, die dieselben Ansichten vertreten wie wir, in Haft. Es sind ungefähr 40 Personen. Außerdem wurden vor allem militante, kämpferische Genossen, die erst vor kurzem aus Nordkurdistan gekommen sind (3), die uns persönlich kennen und unsere Ansichten vertreten, in "Quarantäne" genommen. Sie wurden in ein Gebiet direkt an der Grenze gebracht, dessen eine Seite vermint ist. Man versucht diejenigen zurückzuhalten, die von dort kommen wollen.

Es ist das erste Mal, dass in der PKK eine solch organisierte Opposition auftritt. Es kann sein, dass sie unsere Freunde aus Angst vor einer weiteren Auflösung der Partei oder aus Wut bestrafen. Die Gefängnisse in den Höhlen dienen auch der Einschüchterung. Selbst vor unserem Auftreten (als Opposition) wurden den Gefangenen Fußketten angelegt, und sie wurden öffentlich wie Galeerensträflinge behandelt.

Deshalb sollen vor allem die Familien der Freunde von uns, die gefangen sind, gut aufpassen. Alle Einrichtungen und Organisationen, die Menschenrechte und Freiheiten verteidigen, der Kurdistan Nationalkongress, übrige kurdische Organisationen und Persönlichkeiten müssen aufmerksam sein. Selbst Öcalan hat in einem Brief an den Präsidialrat das Beispiel der Hizbullah gegeben und seine Besorgnis zum Ausdruck gebracht. Wenn nicht sofort eingegriffen wird, kommen die feudalen Gesetze zur Anwendung. Die Höhlen können sich in Todeszellen verwandeln. Wenn es Personen gibt, die sich auf Grund ihrer eigenen Entscheidung von der Partei trennen wollen, sollten die Familien Schritte einleiten, um ihre Kinder zu holen.

Die PKK behauptet hier in der ihr nahe stehenden Presse sowie in zahlreichen Presseerklärungen "wer die Partei verlassen will, kann gehen" und "die härteste Strafe sei der Parteiausschluss". Das heißt, es wird zum einen behauptet, dass es in der PKK keine Todesstrafe gibt und überhaupt die Existenz von Gefangenen bestritten. Was sagen sie zu diesen Behauptungen?

Es wäre zu schön, wenn das stimmen würde. Jean Paul Sartre hat die Wahrheit so beschrieben: "Totalitäre Parteien betrittst du mit den Füßen, doch wenn du sie verlassen möchtest, dann kommst du nur im Sarg wieder heraus". Sie sagen, die schlimmste Strafe wäre der Ausschluss. Selbst ein Ausschluss ist für sich schon eine anti-demokratische Maßnahme. Niemand kann sich auf eigenen Wunsch von der PKK trennen. Wenn gesagt wird, "die die gehen wollen, können gehen", was sollen dann diese Zwangslager.

Im Organisationssystem der PKK werden diejenigen, die die Partei verlassen wollen oder die sich dazu gezwungen sehen, als Verräter abgestempelt. Das Organisationsmodell der PKK, die ihre Ziele und ihr

Programm als demokratisch bezeichnet, ist streng zentralistisch. In der PKK gibt es nicht das Recht auf Rücktritt oder Lostrennung. Wenn du austreten möchtest, wirst du so behandelst, dass du bereust, auf die Welt gekommen zu sein. Du bis zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet, sonst zählst du als Ketzer.

Anmerkungen:

1) Das Datum des 19. Mai wurde offensichtlich bewusst gewählt, um den Protest gegen die pro-kemalistische Linie der PKK zu unterstreichen. Der 19. Mai ist in der Türkei ein nationalistischer Feiertag der landesweit mit nationalistischen Feiern und Paraden begangen wird.

2) Öcalan hat in seiner Verteidigung und dem der Partei vorgelegten "Manifest" die offizielle Bezeichnung des türkischen Staates, "isyan" mit der die kurdischen Aufstände der Vergangenheit abwertend bezeichnet werden, übernommen.

3) Die Auseinandersetzungen innerhalb der PKK haben sich zum Großteil zwischen den Guerillakämpfern, die erst im Laufe des vergangenen Jahres aus Türkei-Kurdistan abgezogen wurden und bis dahin aktiv gekämpft haben und den Parteikadern, die bereits seit Jahren in relativ sicheren Lagern im Süden leben, entzündet.

16. "Äußert eure Meinung! Kritisiert!" PKK-Opposition meldelt sich zu Wort

PKK-Opposition meldet sich zu Wort

Autor: Nora Mielke · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:40

Ein Jahr nach der Entführung des PKK-Führers Öcalan in die Türkei und seiner dortigen Verurteilung scheint die PKK in eine Krise geraten zu sein. Am 19. Mai dieses Jahres verließ eine größere Gruppe die Partei und formierte sich unter dem Namen "Freiheits-Initiative" - Özgürlük Inisyatifi (siehe nebenstehendes Interview). Laut eigenem Bekunden hatte diese Gruppe, zu der mehrere ehemalige ZK-Mitglieder sowie zahlreiche Guerillakommandanten gehören, vergeblich versucht, die Diskussion über die politische Linie der Partei innerhalb der PKK auszutragen.

Die Kritik der "Freiheits-Initiative" an der neuen Linie der PKK bezieht sich vor allem auf zwei Bereiche: Zum einen wird die "neue Linie" scharf verurteilt, weil diese von Öcalan angeordnete Änderung weit mehr beinhalte als nur die Einstellung des bewaffneten Kampfes. Die PKK solle nun selbst die kurdische Geschichte verleugnen, sämtliche kurdischen Aufstände verurteilen und statt dessen die offizielle chauvinistische Staatsdoktrin der Türkei akzeptieren. Zum anderen richtet sich die Kritik gegen die inneren Strukturen der PKK, die die eigenen Mitglieder "in ein Schema presst", das Fehlen jeglicher innerparteilichen Demokratie, Hinrichtungen eigener Mitglieder und Gewalt gegen andere kurdische Parteien. Nicht die Brutalität und der Terror der türkischen Streitkräfte, sondern diese inneren Faktoren seien verantwortlich für die Sackgasse /Krise, in der sich die PKK befindet.

Inzwischen haben sich auch in Europa unter dem Namen "nationale demokratische Initiative Kurdistan" ehemalige Führungkader der PKK mit einer Erklärung zu Wort gemeldet, in der sie ähnliche Kritikpunkte äußern. Die nach der Gefängnisinsel, auf der sich Öcalan befindet, als "Imrali-Konzept" bezeichnete neue Linie der PKK wird als Konzept des Generalstabs verurteilt und die PKK aufgefordert, sich hiervon sofort zu verabschieden. Da Öcalan sich in den Dienst der rassistischen türkischen Politik gestellt habe, sei er als "politisch-ideologischer Überläufer" zu betrachten. Auch diese Gruppierung wendet sich in scharfen Worten gegen die "monolithische Struktur" und eine auf "gegenseitiger Bespitzelung" aufbauende Leitung der PKK und verurteilt die Angriffe und Morde an anders Denkenden in und außerhalb der Partei. Die PKK wird aufgefordert, sich wegen der Morde der Vergangenheit bei der kurdischen Bevölkerung und den betroffenen Familien zu entschuldigen. Provokationen und Angriffe gegen andere Organisationen oder gegen kurdische Intellektuelle seien sofort einzustellen. Ausdrücklich wird die kurdische Bevölkerung aufgefordert, ihr Schweigen zu brechen: "Wenn wir uns nicht gegenseitig zuhören, uns nicht gegenseitig unterstützen, wie wollen wir dann gewinnen? Wie kann in einer Gesellschaft, die keine Opposition erträgt, von Demokratie die Rede sein? (...) Wir wissen, dass viele von Euch gegen diese Politik des Verrats sind, aber Ihr äußert Euch nicht. Meldet Euch zu Wort! Kritisiert!"

Seit geraumer Zeit gab es vereinzelt Berichte über Auseinandersetzungen in und um die PKK. So hatten sich mehrere Guerillakommandanten geweigert, die Waffen niederzulegen; insbesondere in der Region um Dersim (Tunceli) waren Guerillaeinheiten verblieben. Öcalans "Verteidigungsrede" vor Gericht im Juni 1999 führte bei einer Reihe unabhängiger kurdischer Intellektueller, die bis dahin in PKK-nahen Medien geschrieben hatten oder für das Med-TV gearbeitet hatten, zu Empörung. Öcalan hatte nicht nur zur Einstellung des bewaffneten Kampfes aufgerufen: Während die Weltöffentlichkeit eine Anklage gegen die Verbrechen des türkischen Staates erwartete, predigte Öcalan den Kemalismus, bezeichnete die chauvinistische türkische Ideologie, in deren Namen jahrzehntelang Massaker an Armeniern und Kurden begangen wurden, als "fortschrittlich" und bezichtigte "ausländische Mächte", die Kurden "aufgewiegelt zu haben". Während der gesamte Vorstand und Tausende Mitglieder der HADEP (1), die gegen seine Verhaftung und Entführung protestiert hatten, auf Polizeistationen gefoltert wurden und für Jahre hinter Gefängnismauern verschwanden, bescheinigte Öcalan der Türkei "große Fortschritte bei der Einhaltung der Menschenrechte".

Öcalan schaffte es erstaunlich schnell, die PKK auf den neuen Kurs einzuschwören. Ein außerordentlicher Parteikongress im Januar dieses Jahres übernahm weitgehend die neue Linie aus Imrali, die entsprechend auch in den "Bündnis"- und "Frontorganisationen" umgesetzt wurde. Obwohl der Präsidialrat der PKK wenige

Tage nach Öcalans Entführung verkündet hatte, Öcalans Aussagen wären für die Partei nicht bindend, solange er sich "als Geisel in den Händen des türkischen Staates" befindet, wurde diese Haltung spätestens mit dem Kongress vom Januar wieder aufgegeben. Obwohl allgemein bekannt ist, dass keine Stecknadel die Gefängnisinsel ohne Wissen und Billigung des Generalstabes (bzw. des Geheimdienstes) verlässt, dirigiert Öcalan die Partei aus Imrali wie einst aus Syrien: In wöchentlichen "Besuchsberichten", die von seinen Anwälten verfasst werden, gibt Ölcalan nicht nur seine allgemeinen politischen Einschätzungen zu Protokoll, sondern erteilt ganz detaillierte Anweisungen, wer sich mit wem zu treffen habe, welcher kurdische Schriftsteller einen neuen Roman über ihn schreiben solle, was die HADEP zu tun und zu lassen habe etc. Obwohl Öcalan in diesen Gesprächen ganz offen erwähnt, dass er dies "auch mit den Leuten vom Generalstab besprochen habe" oder sogar darauf hinweist, dass die Sicherheitskräfte ihn "kritisiert hätten (!) die Protokolle würden draußen (in PKK-Kreisen) nicht gut genug verbreitet (!)" erhebt der Präsidialrat der PKK diese Protokolle aus Imrali zur offiziellen PKK-Linie, indem sie in regelmäßigen Abständen als Artikel oder "Analysen" Öcalans verpackt in der Parteizeitung Serxwebun, oder in der Özgür Politka erscheinen und inhaltlich auch von weiteren Führungskadern der PKK aufgegriffen und wiederholt werden.

Direktiven von der Gefängnisinsel

Die Mitglieder der "Freiheits-Initiative", die sich am 19.5. von der PKK getrennt hatten, wurden von Öcalan als "Verräter" und "Dreckskerle" bezeichnet: ".Ihre Straftaten sind schwerwiegend, das ist Verrat, innerer Verrat. Was sie gemacht haben, ist ein vollkommener Akt der Liquidation, man muss strengstens dagegen vorgehen. Kriegsbedingungen sind die kritischsten Zeiten. Von daher müssen die härtesten Sanktionen angewandt werden. Diejenigen von ihnen, die geläutert werden können, müssen erzogen und korrigiert werden. Anderenfalls finden die Kriegsgesetze Anwendung." (Parteizeitung Serxwebun, Juni 2000)

Die Mitglieder der Freiheitsinitiative hatten Anfang Juli via Internet die Namen von 28 Personen bekannt gegeben, die in den Händen der PKK gefangen seien. Zu den dort genannten Gefangenen gehörten weitere PKK-Mitglieder aus dem Kreis der "Freiheits-Initiative", die bei dem Versuch, das Lager der PKK zu verlassen gestellt und festgenommen wurden (2). Außerdem die Namen von etwa acht Frauen aus der PKK-angegliederten "Frauenpartei" sowie von mehreren GuerillakämpferInnen, die aus bekannten kurdischen Familien stammen, und deren Verwandte sich ihre Politik nicht immer haben von der PKK vorschreiben lassen.

Nachdem dies öffentlich wurde, wandten sich Mitte Juli über 80 Initiativen und Persönlichkeiten aus dem traditionellen Umfeld der Kurdistan-Solidarität in einem Offenen Brief an den Präsidialrat der PKK, in welchem sie eine Aufklärung der Vorwürfe und sofortige Freilassung der Verhafteten forderte. "Es ist uns völlig unverständlich, wie die PKK auf der einen Seite eine Demokratisierung der Türkei verlangt und sich gegen die Todesstrafe ausspricht und gleichzeitig gegen Opposition in den eigenen Reihen ‚härteste Strafen` verlangt", heißt es in dem Schreiben, das unter anderen von den PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Carsten Hübner, den Anwälten Renate und Eberhardt Schultz, Dr. Gisela Penteker vom Vorstand des IPPNW, pro asyl, "kein mensch ist illegal" Köln und vielen anderen unterzeichnet wurde.

Obwohl dieser Offene Brief durchaus solidarisch formuliert und überwiegend von Personen unterzeichnet war, die sich seit Jahren für die kurdische Sache engagieren, reagierte die PKK mit einer massiven Kampagne: Die Berichte über Gefangene seien erfunden und Teil einer "Provokation und Verschwörung" gegen die PKK. In mehreren Artikeln der "Özgür Politika" wurden acht der als "gefangen" Vermuteten präsentiert, die dort erklären durften, sie seien voll mit der Linie des Vorsitzenden einverstanden und alles sei ohnehin nur eine Provokation.

Gleichzeitig sprach die PKK eine Einladung an Hübner und Jelpke (und andere Unterzeichnende) aus, sie sollten in den Nordirak kommen, um sich "vor Ort" zu überzeugen. Obwohl Jelpke und Hübner sofort öffentlich bekundeten, sie nähmen die Einladung an, folgte von Seiten der PKK bis heute anstelle einer Präzisierung der Einladung eine organisierte Kampagne, um die Unterzeichner des Offenen Briefes einzuschüchtern und mundtot zu machen und in der kurdischen Öffentlichkeit zu diskreditieren. Insbesondere die Özgür Politika - deren Arbeit gerade viele der Unterzeichner stets solidarisch unterstützt hatten - spielte durch gefakte "Interviews", Hetztiraden und Aufrufe, z.B. zum Protest gegen Ulla Jelpke, eine besonders schäbige Rolle.

Nora Mielke

Anmerkungen:

1) Hadep = Demokratiepartei des Volkes, legale "prokurdische" Partei, die bei den letzten Regionalwahlen über 37 Bürgermeisterämter gewann und vom Staat mit Verbotsverfahren erpresst wird

2) Dies geht ebenfalls aus dem zitierten Serxwebun-Artikel hervor.

17. Nicht im Opferstatus verharren. Psychosoziale Arbeit nach dem Hurrican Mitch - Interview mit Josefina Ulloa

Psychosoziale Arbeit nach dem Hurrikan Mitch - Interview mit Josefina Ulloa

Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:15

Auf Einladung von medico international nahm die Pädagogin und Gewerkschaftsaktivistin Josefina Ulloa vom Movimiento de Mujeres Trabajadoras y Desempleadas Maria Elena Cuadra (1) aus Nicaragua an der Tagung Die Gewalt überleben - psychosoziale Arbeit nach Krieg und Diktatur (siehe weitere Artikel in dieser Ausgabe) teil, die Ende Juni in Mainz stattfand. Während einer anschließenden Rundreise berichtete Josefina Ulloa auch in anderen bundesdeutschen Städten von ihrer Arbeit mit Überlebenden des Hurrikans Mitch (vgl. ak 420 und 423) am Vulkan Casita, wo mehr als 2.000 Menschen ums Leben kamen und 22.000 Hektar Ackerland zerstört wurden. Die vermeintlich großzügigen Entschädigungsleistungen der Regierung Alemán begünstigten vor allem die von den Sandinisten enteigneten Großgrundbesitzer. Über 200 leer ausgegangene Familien, denen Mitch die Lebengrundlage genommen hatte, halfen sich deshalb selbst. Sie besetzten im Dezember 1998 die Finca El Tanque. Nach mühsamen Verhandlungen mit der Regierung setzten sie die Legalisierung der Finca durch. Das fünfköpfige interdisziplinäre Team, in dem Josefina Ulloa arbeitet, leistet unter anderem "psychosoziale Aufbauarbeit" für die Überlebenden auf El Tanque. Das folgende Gespräch führte Stefanie Gräfe in Hamburg.

ak: Euer Team in Posoltega arbeitet mit Menschen, die in Folge des Hurrikans 1998 traumatisiert wurden. Wie versucht ihr diesen Leuten zu helfen?

Es gibt Situationen, wie etwa nach der Hurrican-Katastrophe, wo die Menschen zwei Möglichkeiten haben: entweder in einer Lähmung zu erstarren oder aber zu versuchen, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Welchen Weg sie wählen hat viel mit der Art der Beratung und Unterstützung zu tun, die Instanzen wie wir anbieten. Es gibt viele Unterstützungsangebote, die letztendlich genau diese Lähmung und Unbeweglichkeit herbeiführen. Dazu gehört meiner Meinung nach die sogenannte humanitäre Hilfe wie beispielsweise Lebensmittellieferungen. Der Schwerpunkt dieser Form von Hilfe liegt häufig eher darauf, die Leute auf den Opferstatus festzuschreiben.

Wie sieht im Gegensatz dazu euer Unterstützungsangebot aus?

Das wichtigstes Prinzip unserer Arbeit ist eine mobilisierende und aktivierende Hilfe, die es ermöglichen soll, traumatische biografische Erlebnisse oder beschränkende kulturelle Muster gemeinsam mit anderen zu bearbeiten, um die eigene Identität und die Entwicklung der Gemeinschaft zu stärken.

Im konkreten Fall der Gemeinde Posoltega war es zunächst einmal ganz wichtig, dass wir nach der Katastrophe vom ersten Moment an präsent waren. Das hat eine Basis des Vertrauens geschaffen. Wir waren auch da, als die Regierung Alemán die Forderungen der Geschädigten nach Land oder Wohnraum völlig ignorierte. Kurz darauf organisierten sich insgesamt 246 Familien und besetzten ein Stück Land, das der CORNAP (Corporación Industrial del Pueblo) gehörte - das ist eine Regierungsbehörde.

Die Familien in eurer Gemeinde haben das Land aus "humanitären Gründen" besetzt, könnte man sagen. Zugleich war es aber auch ein politischer Akt , sich Land vom Staat, von einer Regierung zu nehmen, die ihrer Verantwortung für den Wiederaufbau nach dem Hurrikan nicht nachkommt. Wer hat euch politisch unterstützt?

Als die Familien die Finca besetzten, haben sich die meisten NGOs komplett zurückgezogen. Eine Landbesetzung sei illegal, und sie wollten nichts Illegales unterstützen, sagten sie. Auch aus dem Rathaus von Posoltega (2) war zu vernehmen, dass Landbesetzungen nicht erwünscht sind. Nur medico international hat uns unterstützt und tut das bis heute.

Mit der Zeit haben sich die Kleinbauern-Familien auf dem besetzten Land "eingerichtet", Häuser gebaut und schon im Juni vergangenen Jahres begonnen, Felder zu bestellen. Unserer Ansicht nach kann dies auch schon als Teil eines therapeutischen Prozesses gesehen werden. Hinzu kommt die von uns angebotene

psychologische Beratung. Wir sehen die psychosoziale Unterstützung als Teil eines Gesamtkonzeptes der Basisarbeit in den Gemeinden.

Wie unterstützt ihr Menschen, die Angehörige verloren haben?

Für Kinder, die zu Waisen geworden sind, suchen wir Paten. Bei den Erwachsenen ist es nicht so einfach. Viele mussten ihre Form der Lebensführung grundlegend ändern und leiden sehr darunter. Eine Kleinbauern-Familie aus Posoltega besaß im Durchschnitt fünf Hektar Land. Nicht wenige haben jetzt nur noch genau das Stückchen Land, auf dem ihre Hütte steht. Das ist ein radikaler Bruch in der Lebensgeschichte eines Kleinbauern. Vor allem die Männer fühlen sich häufig völlig verloren, weil sie nicht mehr produzieren können. Wir haben jetzt sogar einen neuen Schwerpunkt auf die Arbeit mit Männern gesetzt, weil die Gewalt innerhalb der Familien wieder zugenommen hat.

Ist das deiner Meinung nach auch eine Spätfolge des Hurrikans?

Ja. Das hat vor allem mit kulturellen Mustern zu tun. Viele Männer haben ihre Kinder und Frauen verloren, aber sie müssen den Schmerz herunterschlucken, weil sie Männer sind. Und genau dieser Schmerz drückt sich dann oft gewaltförmig aus.

Wie versucht ihr solche Blockaden zu überwinden?

Über einen Prozess der Vertrauensbildung. Dann kann man ganz behutsam versuchen, sie davon zu überzeugen, dass es erlaubt ist, Schmerz zu empfinden. Viele Genossen müssen zunächst eine Einzelberatung machen. Wenn sie etwas mehr Vertrauen gewonnen und die Sicherheit haben, dass wir ihren Schmerz respektieren, und dass Weinen nicht das gleiche wie Feigheit ist, dann können sie in den Gruppenprozess einsteigen.

Könnte eine Einzelberatung für Männer nicht sinnvollerweise auch von Männern durchgeführt werden?

Bei uns arbeiten nur Frauen. Es gibt auch praktisch keine männlichen Psychologen oder Sozialarbeiter in Nicaragua. Das ist ein Phänomen, das das gleiche kulturelle Muster widerspiegelt, von dem ich vorher sprach. Ich finde es nicht so entscheidend, ob dich ein Mann oder eine Frau berät. Wichtiger ist mir, an diesen kulturellen Mustern zu arbeiten. In unseren Gesprächsgruppen bringen wir Themen ein wie die Konstruktion der Geschlechter, oder Gewalt als Problem öffentlicher Gesundheit. Wir versuchen auch deutlich zu machen, dass der individuelle Mann nicht der Schuldige ist, sondern dass es sich um ein komplexes System handelt, welches diese Gewaltsituationen hervorbringt, in dem viele Faktoren wie zum Beispiel extreme Armut wirksam werden.

Anmerkungen:

1) Bewegung von Arbeiterinnen und arbeitslosen Frauen

2) In Posoltega regiert die FSLN.

Spenden für die Überlebenden des Hurrican "Mitch" werden erbeten unter: medico international, Kto.Nr. 1800, Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01), Kto.Nr. 6999-508, Postbank Köln

(BLZ 370 100 50), Stichwort: Nicaragua

18. Die Gewalt überleben. Eine Konferenz von medico international zu psychosozialer Arbeit nach Krieg und Diktatur

Autor: Thomas Seibert · Rubrik: Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:14

Auf Einladung von medico international kamen vom 17. bis zum 21. Juni in Mainz VertreterInnen von über 20 Organisationen aus Afrika, Lateinamerika und Europa zusammen, um über die psychosoziale Arbeitsweise nach (Bürger-)Krieg und Diktatur in ihren konkreten Projekten zu berichten und zu diskutieren. Für medico folgt die Zusammenarbeit mit solchen NGOs aus der langjährigen Unterstützung der Befreiungskämpfe der südlichen Länder. Zu den prominentesten Gästen gehörte deshalb auch Leticia Cufré vom ehemaligen Equipo Internationalista Marie Langer, das sich nach der Revolution von 1979 um den Aufbau einer psychosozialen Gemeinwesenarbeit in Nicaragua bemüht hatte. Salud mental communitaria oder community-based mental health-work war der thematische Schwerpunkt der Konferenz, die primär dem internen Erfahrungsaustausch und der Süd-Süd-Vernetzung diente und nur am letzten Tag öffentlich war.

Die Niederlage der antikolonialen Befreiungskämpfe der letzten dreißig Jahre war in der Vergangenheit immer wieder Gegenstand von linker Debatte. Vielfach analysiert sind auch deren Folgen - der Durchmarsch neoliberaler Globalisierung, aber auch die tastenden Versuche einer Rekonstruktion emanzipativer Politik. Wenig beachtet blieben dagegen die Spuren, welche die politische Geschichte in den Lebens- und Leidensgeschichten derjenigen hinterlassen hat, die bewusst an ihr teilgenommen haben oder von ihr überrollt wurden. Wie existieren die Überlebenden der Kriege in Lateinamerika, Asien, Afrika heute, Menschen, die verletzt und verstümmelt wurden, die Angehörige, Freunde verloren, deren Dörfer und Felder verbrannt, deren Städte zerschossen wurden? Wie überleben die, die von der Repression der Diktatur heimgesucht, in den Knästen gefoltert wurden, die für lange, dunkle Jahre "verschwanden" oder deren GenossInnen "verschwanden"? Und: wie kommen die zurecht, die die Kraft eines ganzen Lebens für eine Partei, eine Befreiungsfront eingesetzt haben, und dann nicht bloß deren Niederlage, sondern deren Anpassung oder deren Verwandlung in einen Apparat repressiver Herrschaft erfahren mussten, die von den "eigenen" Leuten nicht nur verraten, sondern auch physisch und psychisch gequält wurden? Wie leben die, die als Angehörige der regulären Truppen oder des Paramilitärs auf ihre Brüder und Schwestern schießen, die eigene Gemeinde "zerschlagen" mussten? Zuletzt: wie ergeht es denen, die nach Jahren des Kampfes nicht mehr "zurück" finden, weil es für sie kein "Zuhause" mehr gibt?

Auskunft darüber können wenn nicht die Betroffenen selbst dann vor allem die geben, die an ihrem Überleben teilhaben, indem sie sich um ihre Genesung, ihre "Rehabilitation" bemühen. Bezeichnenderweise handelt es sich dabei nicht um Angestellte staatlicher Einrichtungen oder um Eigentümer wohlorganisierter psychologischer Praxen, sondern um MitarbeiterInnen von gemeinwesenorientierten Nicht-Regierungs-Organisationen oder Menschenrechtsverbänden, von Selbsthilfegruppen oder um Kampagnen von Ex-Militanten oder Ex-Gefangenen.

Der therapeutische Ansatz psychosozialer Arbeit liegt darin, das gesellschaftlich bedingte, aber stets individuell erlittene Leiden zu entprivatisieren: die traumatische Erfahrung wird aus ihrer gesellschaftlichen Verursachung im intersubjektiven Zusammenhang verstanden, die Therapie verbindet die Rehabilitation der einzelnen mit dem Versuch der Rehabilitation ihrer sozialen Welt - der Gemeinde im engeren Sinn, dem zerrissenen Netz der alltäglichen Beziehungen, aber auch der weiteren politischen und ökonomischen Verhältnisse. Dies setzt die Durcharbeitung des einzigartigen individuellen Schicksals im historischen Zusammenhang voraus, der selbst erst verständlich wird, wenn die Einzelnen die Gelegenheit erhalten, ihren Schmerz, ihre Verzweiflung, aber auch ihre Wut und den legitimen Anspruch auf Vergeltung des erlittenen Unrechts zu artikulieren.

Was dies im Einzelfall heißt - und das Allgemeine ist hier stets Einzelfall! - wurde in beeindruckenden, bisweilen auch ergreifenden Berichten fassbar. In Berichten aus Guatemala etwa, in denen José Felipe Sarti die Arbeit des Equipo de Estudios Comunitarios y Accíon Psicosocial in der Gegend von Rabinal beschrieb, wo dem Staatsterror mehr als 5000 Menschen zum Opfer fielen, ein Viertel der BewohnerInnen. Oder in

Berichten aus Nicaragua und Honduras (siehe das Interview mit Josefina Ulloa in dieser Ausgabe), deren Menschen 1998 vom Hurrican Mitch heimgesucht, dabei aber zum Opfer von Verwüstungen wurden, die letztlich nicht durch die Natur-, sondern durch die soziale Katastrophe neoliberaler Politik verursacht waren. Zandile Nhlengetwu und Berenice Meintjes (siehe nebenstehenden Bericht) aus Südafrika erläuterten ihre mental health-work in den communities der Provinz KwaZulu-Natal. Hier hatte bis Mitte der 90er Jahre der vom Apartheid-Regime geschürte interne Krieg zwischen ANC und Inkhata getobt, dessen besondere Grausamkeit darin lag, zwischen Nachbarn und Verwandten geführt zu werden. Von südafrikanischen Verhältnissen sprach auch Ntombi Mosikare, die Koordinatorin der Khulumani Support Groups. Das Zulu-Wort Khulumani bedeutet: "Sprich dich aus! Rede! Ergreife das Wort!"; es ist die Losung von Überlebenden der Apartheid-Gewalt, die sich jetzt dagegen wehren, vom "demokratischen" Südafrika zum Schweigen gebracht zu werden, trotz der Arbeit der Wahrheitskommission, schlimmer noch: durch deren Arbeit. Die meisten Khulumani-AktivistInnen sind Frauen, die anstelle ihrer ermordeten Männer, Väter oder Söhne das alltägliche - und das politische Überleben ihrer Familien organisieren. Eine ähnliche Arbeit leistet das Breaking the Wall of Silence-Movement in Namibia. Mit dem Unterschied allerdings, dass die in Mainz von Pauline Dempers und Danie Botha vertretenen Ex-Gefangenen der SWAPO noch während des Befreiungskampfs zum Opfer der "eigenen" Führung um den heutigen Präsidenten Nujoma wurden. Der Zusammenhang individueller Therapie und politischer Aktion brachte sich akzentuiert auch in den Beiträgen von Paz Rojass und David Becker zur Geltung, die von ihren Erfahrungen aus Chile berichteten und von der Bedeutung, die die späte Verhaftung des Foltergenerals Pinochet für ihre Arbeit hat.

Zu hören waren noch einige andere, ähnliche und doch ganz unterschiedliche Geschichten: aus Palästina, von wo Majedah Abu Gosh über die Schwierigkeiten der Selbstorganisation von Frauen in patriarchalen Gemeinden berichtete. Aber auch aus Angola, Mosambik und Uganda, Ländern, die durch jahrzehntelange interne Kriege, durch extreme Armut und durch eine verwüstete Natur so zerstört sind, das psychosoziale Arbeit hier auf die Wiederherstellung primärer Gesellschaftlichkeit zielt. Zu wenig repräsentiert waren die Gesellschaften des Nahen und Fernen Ostens, kurdische, indonesische, philippinische Stimmen fehlten, ein Nachteil, in dem sich die trotz allem beschränkten Kontakte und Ressourcen von medico international ausdrücken. Die Konferenz selbst wurde mit Unterstützung des Konsortiums Ziviler Friedensdienst durchgeführt.

Trotz des unermesslichen Leids, das in Mainz zur Sprache kam, war die Tagung nicht von resignativer Stimmung beherrscht, im Gegenteil. Hier sprachen Menschen, die sich der alltäglichen Notwendigkeit, der sozialen Bedeutung und der Würde ihres Engagements sicher sein konnten und sich dies nicht nur in der Debatte, sondern auch in vielen Gesprächen am Rande der Tagesordnung mitzuteilen wussten, auch in einem ausgelassenen Fest, mit dem die Konferenz zu Ende ging, am Morgen des Tages danach.

Deutlich wurde diese Würde auch im öffentlichen Teil, wo vor einem vollen Saal von Gästen und gegenüber einem Forum von "Gebern" - Regierungs- und StiftungsvertreterInnen - die Grenzen der bisherigen Förderpolitik psychosozialer Arbeit kritisiert und Forderungen nach einer angemessenen, auf lange Zeit angelegten Unterstützung vorgetragen wurden. Forderungen, die man künftig gemeinsam artikulieren wird, im fortgesetzten Erfahrungsaustausch.

Thomas Seibert

(medico international)

Das südafrikanische Centre for the Study of Violence and Reconciliation (CSVR) wird für alle Organisationen eine gemeinsame Homepage einrichten. medico international wird sämtliche Beiträge der Tagung sowie ausführliches Hintergrundmaterial auf einer CD dokumentieren, ausgewählte Beiträge werden in einem medico-Report publiziert. Vorbestellungen an: medico international, Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt. Tel. 069/94438-0, Email: info@medico.de, Internet: http://www.medico.de. Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01), Stichwort "salud mental".

19. Psychosoziale Interventionen. Von der Arbeit in gewaltbetroffenen Communities in Südafrika

Von der Arbeit in gewaltbetroffenen communities in Südafrika - ein Konferenzbericht

Autor: Zandile Nhlengetwu, Berenice Meintjes · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:12

Im folgenden dokumentieren wir den Vortrag, den Zandile Nhlengetwu und Berenice Meintjes aus Südafrika auf der Konferenz "Die Gewalt überleben" gehalten haben.

Beide gehören der gemeinwesenorientierten NGO

KwaZulu-Natal Programme for Survivors of Violence (PSV) an, die 1991 auf Initiative von mental-health-ArbeiterInnen und sozialen AktivistInnen entstand. Nach Untersuchungen der durch politische und soziale Gewalt geprägten Situation in KwaZulu-Natal realisiert PSV "Interventionsprogramme" zur Unterstützung der Überlebenden.

Die ca. 15 MitarbeiterInnen sind in communities (1) um Durban und Pietermaritzburg aktiv; die Spannweite der Gemeinwesenarbeit reicht von der psychosozialen Beratung von Individuen und Familien über die Organisation von Kinder-, Jugend-, Eltern-, Lehrer- und Frauengruppen, die Initiierung selbstorganisierter sozialer Einrichtungen und einkommensschaffender Projekte bis hin zur Kampagnenarbeit. Dies alles vor dem Hintergrund der Kontinuität der Gewalt, die nach dem Ende des internen Kriegs 1994 in der Kriminalität, im Gangsterism, im alltäglichen Sexismus und der extremen Armut ihre Fortsetzung findet.

Ziel des PSV ist die (Wieder-)herstellung eines friedlichen sozialen Zusammenhangs in der Selbstorganisation der kommunitären Interessen.

Die Worte dieses Jugendlichen fassen sehr gut die Gefühle der Leute zusammen, die in der Mbovu-Community im Distrikt Mbumbulu in der südafrikanischen Provinz KwaZulu-Natal leben. Im folgenden werden wir die Arbeit des KwaZulu-Natal Programme for Survivors of Violence (PSV) anhand unserer Intervention in dieses Gebiet beschreiben. Ausgangspunkt unserer Arbeit sind die physischen und emotionalen Effekte der Gewalt, die die Ära des Apartheid-Systems in Südafrika bestimmt hat. Sämtliche communities in KwaZulu-Natal sind hochgradig politisiert, zahllose Menschen wurden unmittelbar von politischer Gewalt betroffen. Die Mehrheit der neun Millionen EinwohnerInnen wohnt in ländlichen Gebieten. Der größte Teil des Landes ist kaum entwickelt, viele Menschen sind erwerbslos und leben in extremer Armut.

Der rund 50 km von Durban entfernte Mbumbulu-Distrikt, in dem die Mbovu-Community liegt, ist solch ein ländliches Gebiet. Die community wird sowohl durch amakoshi (traditionelle chiefs) als auch durch izinduna (gewählte Gemeinderäte) regiert. Sie wurde in extremem Maß von gewalttätigen Ausschreitungen heimgesucht, die sowohl politischer wie sozialer Natur waren. (2) Auf dem Höhepunkt der Kämpfe galt diese Gegend als eines der Zentren der Gewalt. Die Mbovu-Community ist ein ausgesprochen traditionalistisches Gemeinwesen, dessen Angehörige sich hauptsächlich auf zwei untereinander verfeindete Familienclans verteilen. Mit der Zeit wurden alle anderen Familien in den Konflikt verwickelt und verbündeten sich mit jeweils einem der beiden großen Clans. Die community hat sich in ihren traditionalen Glaubenssystemen und Sitten gleichsam verschanzt, und obwohl die politische Gewalt nachgelassen hat, wird noch jede Festivität zum Anlass von Racheakten.

Mbovu verfügt über zwei Schulen, eine Klinik und eine Polizeistation, die noch zwei weitere communities versorgt. Das Personal der Klinik, der Schulen, der Polizei und die lokalen Priester gehören ebenfalls entweder dem einen oder dem anderen Clan an, deren untergründige Spannungen deshalb auch ihre alltäglichen Dienstleistungen bestimmen.

Die Haupteinnahmequellen der community stammen aus der Arbeit auf den Zuckerrohrplantagen der Umgebung. Weil vor allem Männer den Kämpfen zum Opfer gefallen sind, werden die meisten Haushalte von Frauen geführt. Nach traditioneller Anschauung gelten trotzdem die Söhne als Oberhaupt der Familie, denen die Verteidigung und Versorgung obliegt. Hatte der Vater zwei Frauen, muss der Sohn für zwei Haushalte aufkommen. Viele junge Männer ziehen deshalb als Wanderarbeiter nach Durban oder Johannesburg. Die

allgemeine Armut der community wird durch diverse Konflikte um die Grenzen einzelner Ländereien noch verstärkt; das Grenzgebiet zwischen den Clans wird nicht bebaut, weil die Menschen Angst haben, getötet zu werden.

Der Konflikt der beiden Clans stammt noch aus der Zeit der Großeltern. Die eine Familie wurde der Hexerei bezichtigt. Ihr wurde unterstellt, die andere mit einem Fluch belegt zu haben, der noch heute für alle Unfälle, Unglücks- und Sterbefälle, aber auch für die Erwerbslosigkeit der jungen Leute verantwortlich gemacht wird. Mittlerweile betrifft der Konflikt die Enkelkinder. Wir vom PSV arbeiten mit Angehörigen der zweiten und dritten Generation, die sich als Opfer des großelterlichen Fluches ansehen.

Interventionen des PSV in Gegenden wie Mbumbulu setzen zunächst einen sorgfältigen strategischen Prozess voraus, der uns den Zugang zur community öffnen soll. In Mbovu operierten wir auf Anfrage einer Gruppe von Jugendlichen, die von unserer Arbeit in anderen communities erfahren hatten. Mit ihrer Hilfe konsultierten wir vor Beginn der Intervention Schlüsselpersonen der community-leadership. Dies ist ein entscheidender Moment, kontrollieren die traditionalen chiefs in den ländlichen Gebieten doch sämtliche Aktivitäten.

Weil der Konflikt die community unübersehbar gespalten hatte, mussten wir uns entscheiden, ob wir zwei parallele Interventionen anbieten oder aber Angehörige beider Lager schon zu Beginn zusammenführen wollten. Wir erklärten den Leuten, dass wir auf Grund begrenzter Ressourcen erst beginnen könnten, wenn beide Seiten bereit wären, zusammenzuarbeiten. Hätten wir mit einer der Gruppen begonnen, so hätte uns dies auf eine Seite des Konflikts gestellt, uns selbst gefährdet und uns um die Möglichkeit künftiger Zusammenarbeit gebracht. Deshalb stimmten die Jugendlichen unserem Vorschlag zu, auch Jugendliche des anderen Clans an der gemeinsamen Intervention zu beteiligen. Sie gingen von Tür zu Tür, erklärten das Vorhaben, warben um Beteiligung. Als genügend Jungen und Mädchen beider Lager beisammen waren, hielten wir ein gemeinsames Treffen ab, auf dem wir die Arbeit unserer Organisation erklärten, eine Liste der dringendsten Nöte und Wünsche aufstellten und weitere Beratungen verabredeten.

Modell der Intervention

Im Verlauf dieses zeitaufwendigen Prozesses half das PSV den Jugendlichen bei der Bildung einer Gruppe, die sich wöchentlich in der Grundschule, d.h. an einem zentralen und neutralen Ort, traf. Unsere MitarbeiterInnen nahmen an den wöchentlichen Sitzungen teil, stellten sich den Ansprüchen der jungen Leute und wiesen ihrerseits auf die Probleme hin, die als nächstes angegangen werden mussten. Dabei waren die folgenden Aspekte zu beachten:

- Persönliche Entwicklung und Trauma-Arbeit

Die Idee des personal development fasst ein Junge aus der Mbovu-Jugendgruppe wie folgt: "Ich habe gemerkt, dass ich alle meine Gefühle blockiere, wenn ich den Schmerz blockiere, und dass mich dann nichts und niemand mehr erreicht." Wir glauben, dass ein wesentliches Moment in der Wiederherstellung gewaltbetroffener communities darin liegt, Gruppen, Familien und Individuen den Raum zu eröffnen, sich ihrer Gewalterfahrung zu stellen. Dieser Genesungsprozess muss von Versuchen getrennt werden, die sogenannten Täter mit den sogenannten Opfern zu versöhnen, und er muss ihnen vorausgehen. Dabei gilt es, Vertrauensarbeit zu leisten, um die Wut, den Wunsch nach Rache und das Schuldgefühl zur Sprache bringen zu können.

- Konfliktlösung und Friedensbildung

Ein Hauptmoment der Arbeit unserer Organisation ist die Verhinderung künftiger Gewalt durch eine gemeinwesenorientierte Konfliktlösung. Die Chance, in einer beruhigten und förderlichen Umgebung erzählen zu können, was einem widerfahren ist, dabei zu lernen, mit den eigenen Gefühlen umzugehen, trägt entscheidend zum peace building bei. Sowie den Beteiligten genügend Raum gewährt ist, um den entsprechenden Genesungsprozess zu beginnen, können die verfeindeten Parteien in gemeinsamen Gruppen zusammengeführt werden. Wir haben erfahren, dass nur der Einsatz für gemeinsame Ziele und eine Supervision, die die einzelnen ermutigt, über ihre Geschichte zu sprechen, der community Frieden bringen kann. Dies beginnt mit ganz praktischen und alltäglichen Situationen wie z.B. der Verwaltung einer gemeinsamen Kasse oder aber der Zubereitung gemeinsamer Mahlzeiten, die den Gruppenmitgliedern die Möglichkeit geben, zueinander Vertrauen zu finden und die Sorge um den Frieden in der community zu

übernehmen. Der Gruppenprozess ist Ziel und Weg zugleich und findet seine Vollendung in der Herausbildung demokratischer Formen wie z.B. einer rotierenden leadership.

- Einkommensschaffung

Allein die Konsolidierung einer kontinuierlichen Arbeit am Trauma kostete uns ein Jahr, und sie wurde vor allem durch die materiellen Nöte der community beeinträchtigt. Die Spannungen in der community werden durch die Not enorm verschärft: Armut heizt den Konflikt an. Die Förderung gemeinwesenorientierter, einkommensschaffender Projekte hilft den Gruppenmitgliedern in der Entdeckung ihrer gemeinsamen Interessen. Dazu ermutigen wir die einzelnen zum fund raising für die Gruppenkasse, fördern Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung und initiieren gemeinsame Unternehmungen, die unmittelbar Einkommen schaffen. Da nun aber erfolgreiche Projekte dieser Art ihren Betreibern oft nur die Mittel an die Hand geben, aus der community fortzuziehen, konzentrieren wir uns auf Projekte zur Verbesserung der Umwelt und zur Entwicklung der community: Unternehmungen zur Abfallbeseitigung, zur Verbesserung der kommunalen Wasserversorgung oder auch nur zur Errichtung von Verkehrsampeln. Dieser Prozess nahm dann insgesamt zwei bis drei Jahre in Anspruch. Wir unterstützten die Gruppe, bis sie ohne die ständige Begleitung durch unsere MitarbeiterInnen auskam, dann zogen wir uns langsam aus ihren Unternehmungen und Zusammenkünften zurück.

Trauma Workshops

Der Erfolg der ganzen Intervention hing aber nicht zuletzt an den viertägigen Trauma-Workshops, die wir mit der Gruppe organisierten. Die Idee dazu kam uns, als wir feststellten, dass sich der Gruppenzusammenhalt nicht festigte: die Leute kamen nur in unserer Anwesenheit zusammen, niemand bereitete die Treffen vor, niemand sorgte für kleine Mahlzeiten und Erfrischungen, alles sollte von uns organisiert werden. Es kam zu keiner offenen Aussprache, die Leute sprachen in Rätseln. Wir fanden einen sicheren Ort außerhalb der community und brachten dort rund 25 Jugendliche aus den beiden Clans bzw. den ihnen verbundenen Familien zusammen. Während der erste Abend dazu diente, Sicherheit und erstes Vertrauen zu gewinnen, bekam am ersten Tag jedeR TeilnehmerIn die Gelegenheit, die eigene Geschichte zu erzählen. Der zweite Tag war detaillierteren Darstellungen der traumatischen Erfahrung vorbehalten, am dritten sollte der Umgang mit Wut und Rache, mit Schuld und Vergebung behandelt werden, der vierte der Aussprache über persönliche Ziele und der Entwicklung von gemeinsamen Plänen sowie dem Austausch mit den PSV-MitarbeiterInnen dienen.

Nach dem zweiten Tag wurden die TeilnehmerInnen aufgefordert, ihre Darstellung der eigenen Traumatisierung gemeinsam zu vertiefen. Doch die Leute weigerten sich, sich in Kleingruppen aufzuteilen. Sie konnten ihre Erfahrungen nicht miteinander teilen, weil Täter und Opfer in derselben Gruppe waren. Die Spannung war nicht zu übersehen, zu viel Schmerz, zu viel Wut war im Raum. So trennten wir die Leute zunächst doch nach ihrer Clanzugehörigkeit. Bald kamen Rachepläne zur Sprache, wir mussten erfahren, dass sich die Leute mit selbstgebastelten Gewehren, Speeren und Schlagstöcken bewaffnet hatten, bereit, einander anzugreifen. Nicht wenige waren die einzigen männlichen Überlebenden ihrer Familie; viele hatten so viel verloren, dass sie nur noch sterben wollten.

Schmerz, Wut, Rache

Nach diesen getrennten Sitzungen brachten wir die Leute im Plenum zusammen, damit sie ihre Befindlichkeit, ihre Stimmung vor einander artikulierten. Die beiden Lager saßen sich gegenüber ohne sich anzusehen. Sie waren erfüllt von Hass und Wut, doch zugleich bereits in der Lage, diese Gefühle zu kontrollieren. Wir sprachen das Thema von Schuld und Vergebung an, sie antworteten, dass es unmöglich sei, jemandem zu vergeben, der einen fortgesetzt verletze. Alle aber fanden sich in einem Kreislauf der Gewalt gefangen, von dem sie jetzt sahen, dass es dabei nicht um sie, wohl aber um ihre Eltern ging. Ein erster Anfang war gemacht. Wir entschieden uns, individuelle Beratungen anzubieten, weil wir nun auch Spaltungen innerhalb der einzelnen Familien ausmachen konnten. Wir verabredeten, wöchentlich zusammenzukommen, um über Rache und Vergebung zu reden.

Die Beziehungen in der Gruppe verbesserten sich, das gemeinsame Gespräch wurde vertieft. Die jungen Leute begannen, gemeinsame Projekte zu organisieren und sich über ihre Eltern hinwegzusetzen, die ihnen vorwarfen, sie zu verraten. Ein Vater sagte zu seinem Sohn: "Du kannst versuchen, eine Schlange zu zähmen,

aber du wirst nie ihr Herz verwandeln und sie vergessen lassen, einer Familie von Schlangen zu entstammen - sie wird stets eine Feindin der Menschen sein. Du bringst uns diese Feindin näher, damit sie uns leichter angreifen kann." Ein paar Jugendliche hörten auf ihre Eltern und blieben der Gruppe fern, andere wiederum schlossen sich ihr enger an. Jetzt entwickelte sich das Interesse, die Eltern zu den Sitzungen einzuladen. Die Jugendlichen forderten uns auf, auch mit ihren Eltern zu arbeiten. Dies ist nun unser nächster Schritt. Wir haben bereits die Unterstützung von vier leadern gewonnen, einer sagte uns: "Wir begeben uns auf eine lange Reise und nichts wird uns aufhalten, unsere Bestimmung zu erfüllen, die community zusammenzubringen und die Probleme zu lösen, die uns davor zurückschrecken ließen."

Auf Grund der Verwüstungen und Spaltungen der Apartheid-Ära und der politischen Gewalt, die KwaZulu-Natal heimsuchte, ist die Arbeit mit gewaltbetroffenen Familien notwendig ein langer Prozess. Wir glauben, dass Versöhnungsinitiativen scheitern, wenn man nicht auf die Geschichten der Vergangenheit hört, und wir glauben zugleich, dass man nicht im Schmerz stecken bleiben darf. Man muss der Verletzung, der Schuld und der Wut Unterkunft gewähren, und dann gemeinsam die gemeinsamen Interessen derer entdecken, die die Gewalt überlebt haben. Solche Interventionen dürfen die materielle Not der communities nicht ignorieren. Deshalb ist ein ganzheitlicher Ansatz unverzichtbar. Es ist unsere Erfahrung, dass die Leute unserer Gegend, die verwüstender Gewalterfahrung ausgesetzt waren, sich jetzt mit Würde und Hoffnung erheben, sich dem Anderen öffnen und gleichzeitig in den Anderen einfühlen können. Ist der Raum zur Genesung und zum Vorwärtskommen gegeben, kann auch in Mbovu der Kreislauf der Gewalt unterbrochen werden. Wie einer aus unserer Gruppe neulich sagte: "Solange der Wunsch und die Inspiration zum Vorwärtskommen nicht stärker als die Erinnerung des Gewesenen wird, wirst du nie die Macht erringen, dein Leben fortzuführen und deinen eigenen Zielen zu folgen."

(Übersetzt von Thomas Seibert)

Anmerkungen:

1) Um die Bedeutungsvielfalt des "community"-Begriffs zu erhalten, habe ich von einer Übersetzung abgesehen. "Community" meint zunächst nur die "Gemeinde" im territorial-administrativen Sinn, dann aber auch die "Gemeinde" im sozialen Sinn, als eine von anderen abgegrenzte besondere Gruppe, und schließlich das "Gemeinwesen" im emphatischen, politisch-moralischen Sinn als ein der Möglichkeit nach freies und selbstbestimmtes soziales Verhältnis, das erst geschaffen, erkämpft, entwickelt werden muss. Im Gebrauch des "community"-Begriffs und verwandter Begriffe wie "community-work", "community-development", "community-organisation", "community-based" etc. schwingen alle diese Bedeutungen mit, dasselbe gilt für den im Text verwendeten deutschen Ausdruck "gemeinwesenorientiert". Anm. d. Übers.

2) Im englischen Original stehen hier die Ausdrücke "political and factional", letzterer von "faction", Partei- bzw. Splittergruppe, Parteienhader abgeleitet. Gemeint sind die Auseinandersetzungen zwischen den AnhängerInnen des African National Congress, denen der Inkatha Freedom Party und, natürlich, den Repressionskräften des Apartheid-Regimes. Der parteipolitische Kampf zwischen ANC und IFP entspringt zwar dem (begrenzten) Bündnis zwischen der IFP und dem Apartheid-Regime, ist jedoch zugleich durch clangesellschaftliche Strukturen bestimmt, nach denen sich die IFP zur "Partei der Zulus" stilisierte. Die Unterschiede zwischen "Zulus" und "Nicht-Zulus" sind allerdings weniger ethnischer als sozialer Natur: Während die IFP im Anti-Apartheid-Kampf "rechts" vom ANC stand, organisierte sie faktisch die Ärmsten der Armen, während der ANC tendenziell von der schwarzen Mittelklasse dominiert wird. Auf der community-Ebene führt dies bisweilen zu widersprüchlichen Fronten. Anm. d. Übers.

Ereignisse, die vor langer Zeit geschehen sind,

verändern uns - selbst wenn die Wunden

geschlossen sind, wirkt der Schrecken fort,

unheilbar, ein Leben lang.

Ein Mitglied der Mbovu-Jugendgruppe,

Oktober 1997

20. Ringen um den Rest. Präsidentschaftswahlen in Jugoslawien

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:24

"Restjugoslawien" steht vor der Zerreißprobe. In allen drei Teilen, welche den Bundesstaat formal noch bilden - Serbien, Montenegro und Kosovo - drohen sich sowohl interne Konflikte als auch die Widersprüche zwischen den Teilen krisenhaft zu zuspitzen. Wie gewohnt, übt sich der Westen in vordergründiger Friedensrhetorik, während die Realpolitik von USA und EU die Konfrontationen tatsächlich verschärfen. Über ein Jahr nach dem Krieg um das Kosovo hat sich das Regime des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic deutlich stabilisieren können. Zwar ist die soziale Situation der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung so prekär wie nie zuvor. Während in Serbien das Pro-Kopf-Einkommen in den letzten zehn Jahren von etwa 6000 DM auf nur noch 2000 DM jährlich (1) gesunken ist, sind die Bürger dazu verurteilt, ihre Fähigkeiten als Überlebenskünstler zu neuer Meisterschaft zu bringen. Aber Milosevic hat dennoch gute Karten, die am 24. September anstehenden Präsidentschaftswahlen zu gewinnen.

Geschickt münzt das Regime den Unmut über den sozialen Niedergang in nationalistische, antiwestliche Stimmung um. In Belgrad findet man noch nicht einmal unter den zivilen Mitarbeitern der momentan geschlossenen US-Botschaft Menschen, welche Verständnis für die Nato-Bombardements im letzten Frühjahr aufbringen. Obwohl sich die sichtbaren Kriegsschäden in der jugoslawischen Hauptstadt auf ein paar riesige Löcher in repräsentativen Gebäuden beschränken (in anderen Städten sieht es freilich anders aus), fühlen sich die BürgerInnen selbst direkt getroffen. Der nationalistische Kitt klebt so gut wie selten zuvor. Das konstatieren selbst die einflussreichen Brain-Trusts, welche die westlichen Außenpolitiker in Balkanfragen beraten. So heißt es in einem Report der International Crisis Group: "Milosevic hat in den letzten Monaten wieder an Boden gewonnen, indem er die internen Strukturen des Regimes konsolidieren und Unterstützung gewinnen konnte." (2)

Die parlamentarische Opposition sitzt dagegen in der Zwickmühle. Die von Zoran Djindjic geführte, westorientierte Demokratische Partei (DS) ist angesichts der Nato-Bomben diskreditiert. Deshalb kandidiert für das Parteinbündnis, an dem die DS beteiligt ist, mit Vojislav Kostunica von der kleineren rechts-nationalistischen Demokratischen Partei Serbiens (DSS) ein ausgemachter Patriot. Er beherrscht die Klaviatur serbisch-nationaler Polit-Lyrik bestens und pflegt außerdem das Image als nicht korrumpierbarer Saubermann: Zwei Pluspunkte. Nur mag seine widersprüchliche Botschaft aus Nationalismus und Westorienierung nicht so recht zünden, weil sie tatsächlich auch nicht sonderlich kongruent ist. Dennoch kann Kostunica mit den Stimmen vieler Unzufriedener, vorrangig aus dem städtischen Mittelstand, rechnen.

Serbisch-nationalistische Polit-Lyrik

Die beiden anderen Oppositionskandidaten gelten dagegen als chancenlos. Für die Serbische Erneuerungsbewegung (SPO) von Vuk Draskovic kandidiert der Belgrader Bürgermeister Vojislav Mihajlovic. Seine hauptsächliche Stärke besteht darin, Enkel des Cetnik-Anführers Dragoslav Mihailovic zu sein. Die Cetnik-Bewegung war eine royalistisch-antikommunistische bewaffnete Gruppierung, die während der Besetzung des Balkans durch die deutsche Wehrmacht und die italienische Armee die kommunistischen Tito-Partisanen bekämpfte. Seit der Wiederbelebung des serbischen Nationalismus Ende der 80er Jahre stehen die Cetnics wieder hoch im Kurs. Mihailovic und der SPO werden bei den Wahlen aber kaum Aussicht auf Erfolg ausgerechnet, weil die SPO durch ihr prinzipienloses, machtorientiertes Taktieren zwischen Zusammenarbeit mit Milosevic und Unterstützung der Opposition sowie Korruptionsaffären an Glaubwürdigkeit verloren hat.

Der dritte Oppositionskandidat heißt Tomislav Nikolic und wird von der ultra-nationalistischen Serbischen Radikalen Partei (SRS) des serbischen Vize-Premiers Vojislav Seselj ins Feld geschickt. Der Rechtsextremist Seselj und seine Partei attackieren seit dem verlorenen Krieg um das Kosovo Milosevic als "Verräter", welcher sich die mythenbeladene Provinz hat nehmen lassen.

Nicht zuletzt ist auch ein geschickter politischer Schachzug Milosevics gegenüber der kleinen Partnerrepublik Montenegro für den Wahlkampf von Bedeutung. Anfang Juli drückte er eine Verfassungs- und

Wahlrechtsänderung im Bundesparlament durch. Zum einen kann er nun für eine weitere Legislaturperiode kandidieren, zum anderen direkt vom Volk gewählt werden. Konkret heißt das: Der jugoslawische Präsident wird nicht mehr vom paritätisch besetzten föderalen Rat der jugoslawischen Republiken gewählt, in dem 20 serbische und 20 montenegrinische Abgeordnete vertreten sind, sondern von einer Bevölkerung, die aus sechs Millionen SerbInnen und lediglich 600.000 MontenegrinerInnen besteht - Anlass für die montenegrinische Regierungsartei, zum Wahlboykott aufzurufen und - gestreichelt vom Westen - erneut mit einem Unabhängigkeitsreferendum zu drohen. Bereits seit 1998, als Milo Djukanovic Präsident Montenegros wurde, betreibt seine Demokratische Partei der Sozialisten eine behutsame Sezessionspolitik. Falls sich die parlamentarische Opposition in Belgrad also nicht durchsetzt - und alles deutet darauf hin - steuern Montenegros Sezessionisten, unterstützt von der Nato, auf eine entscheidende Konfrontation mit Belgrad. Leidtragende eines militärischen Konfliktes in Montenegro wäre - wie immer - die zivile Bevölkerung.

In Montenegros Hauptstadt Podgorica geht in diesen Tagen die Angst um. Was Montenegro im schlimmsten Fall noch vor sich hat, lässt sich im angrenzenden Kosovo besichtigen. Die Folgeschäden des Krieges im letzten Frühjahr sind nach wie vor katastrophal. Obwohl die albanische Bevölkerung in vielen Orten recht erfolgreich die von serbischen Paramilitärs zerstörten Wohnhäuser wieder aufbaut, ist die Provinz noch immer von den Verwüstungen gezeichnet. Zu den sichtbaren Schäden an Gebäuden, Straßen und Infrastruktur, die teils durch Nato-Bomben, teils durch die Jugoslawische Bundesarmee und serbische Paramilitärs verursacht wurden, treten die unsichtbaren Umweltschäden wie die Kontaminierung von Boden und Wasser durch verbrannte Chemikalien und Bomben. Auch zahlreiche Minenfelder werden jahrelang nicht geräumt werden können, weil dafür die Personalkapazitäten der Uno-Übergangsverwaltung UNMIK nicht ausreichen.

Montenegro: Streichelzoo des Westens

Für die serbische Bevölkerung im Kosovo und andere "ethnische Gruppen" wie die Roma hält der Krieg weiter an. Die von allen maßgebenden albanischen Parteien und Organisationen angestrebte von Jugoslawien unabhängige Kosova-Republik wird ein ethnisch reiner Nationalstaat sein. Auf den Straßen und in den Cafes von Pristina, Mitrovica und vielen anderen Orten ist es nicht möglich Serbo-Kroatisch zu sprechen, ohne Gefahr zu laufen, in Handgreiflichkeiten verwickelt zu werden. Die noch rund 100.000 im Kosovo lebenden Serben sind in mehrere kleinere Enklaven oder in die Region nördlich der geteilten Stadt Mitrovica geflüchtet. 200.000 Serben mussten über die Grenze nach Jugoslawien fliehen und leben dort unter erbärmlichen Bedingungen.

Die jahrelange Unterdrückung der albanischen Menschen durch die serbisch dominierten Staatsorgane im Kosovo ist einem albanischen Nation-building-Programm gewichen, das entlang ethnischer Grenzen Zugehörigkeit und Ausschluss definiert und physisch durchsetzt. In diesem Kontext ist die Ankündigung des UN-Übergangsverwalters Bernhard Kouchner, am 28. Oktober eigene Kommunalwahlen im Kosovo durchzuführen, das Programm für die Institutionalisierung der durch Gewalt hergestellten ethnischen Teilung der formell immer noch jugoslawischen Provinz. Oliver Ivanovic, Chef der serbischen Enklave in Nord-Mitrovica, erklärte gegenüber ak: "Solange die serbischen Flüchtlinge nicht in das Kosovo zurückkehren können, werden wir die Kommunalwahlen boykottieren." Der smarte Politiker kündigte außerdem an, im Falle der Durchführung von Wahlen im albanischen Teil, über eine autonome serbische Verwaltung im nördlichen Teil des Kosovo abstimmen zu lassen. Die aufgeheizte Stimmung wird noch durch eine in Kolonialherren-Manier durchgeführte Aktion Kouchners begünstigt. Am Montag vorvergangener Woche räumten unter seinem Kommando 800 KFOR-Soldaten die bisher von Serben geführte Bleischmelzerei in der Nähe von Mitrovica. Die Begründung Kouchners: die Bleischmelze, Teil des Bergbaukombinats Trepca und industrielles Zentrum des Kosovo, stelle eine extreme Umweltbelastung dar. Die serbische Belegschaft reagierte mit tagelangen Protesten.

Albanisches Nation-building-Programm

Während die Wahlen die ethnische Teilung des Kosovo zu zementieren drohen, befinden sich die albanischen Parteien bereits im Wahlkampf. Etwa 30 Gruppen sind inzwischen registriert worden. Die besten Aussichten haben die Demokratische Liga Kosovos (LDK) und die aus der Kosova-Befreiungsarmee (UCK) hervorgegangene Demokratische Partei Kosovas (PDK) von Hasim Thaci. Nach einem Jahr mit von der UCK eingesetzten Bürgermeistern scheinen viele Kosovaren die zivilere LDK zu bevorzugen. In Meinungsumfragen

liegt sie vor der PDK. Aber die scheinen sich so leicht ihre Machtpositionen nicht streitig machen zu lassen. In den vergangenen Tagen wurde auf eine Reihe von LDK-Politikern Attentate verübt.

Boris Kanzleiter, Belgrad

Anmerkungen:

1) Samary, Catherine: Warum die serbische Opposition der Massen nicht gewinnt. Le Monde Diplomatique (11.2.2000).

2) Serbia: The Milosevic Regime on the eve of the september elections (17. August 2000). ICG Balkans Report No 99. (Belgrade/Washington/Brussels).

3) So kommt die ICG gar zum Schluss: "Most analysts in Serbia agree that Milosevic will be able to stay in power indefinitely" (a.a.O.).

21. EU mauert sich weiter ein. Nach Dover: Abschottungspolitik intensiviert

Autor: Mark Holzberger · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:06

Der Tod hätte für die 58 chinesischen MigrantInnen grausamer kaum sein können. Nach einer monatelangen Odyssee erstickten sie in einem niederländischen Tomaten-LKW, gerade als sie endlich ihr Ziel, nämlich britischen Boden, erreicht hatten. PolitikerInnen in der Europäischen Union vergossen über dieses Massensterben in Dover zwar einige Krokodilstränen. Kurz darauf ging man in Brüssel, London, Paris und Berlin aber wieder zur Tagesordnung über - und die sieht die perfektionierte Abschottung Europas vor.

In Berliner Regierungskreisen gab man sich angesichts der Toten von Dover abgeklärt: Wie schon in den letzten Jahren, so sei auch in Zukunft damit zu rechnen, dass hier zu Lande tote Flüchtlinge und MigrantInnen gefunden werden. Tatsächlich - dies ergibt sich aus Übersichten der Berliner Antirassistischen Initiative (ARI) - starben in den Jahren 1993-1999 nicht weniger als 113 Menschen an den deutschen Grenzen bzw. auf ihrem Weg dorthin. (1) Europaweit liegt diese Zahl bei über 2.000. (UNITED-Pressemitteilung, 14.6.2000)

Im selben Zeitraum erlitten darüber hinaus - so die ARI - 267 Personen körperliche Schäden beim Grenzübertritt in die Bundesrepublik. Heimliche GrenzgängerInnen leiden - speziell im Rahmen einer kommerziell durchgeführten Fluchthilfeaktion - immer wieder an Unternährung, Wasser- und Luftmangel, bis hin zu Unterkühlung und Erfrierungen.

In dem einen Tag nach Dover von Bundesinnenminister Otto Schily vorgelegten Jahresbericht des Bundesgrenzschutzes (BGS) ergibt sich aus polizeilicher Sicht folgendes Bild: Die Zahl der "unerlaubten Einreiseversuche" ist nach dem Ende des Kosovo-Krieges um rund 2.500 auf 37.789 leicht gesunken. Gleiches gilt für die "nachweislich geschleusten Personen". Deren Zahl sank um rund 10% auf 11.101, gleichzeitig hat der BGS 3.410 Personen als angebliche Schleuser festgenommen - mehr als je zuvor.

Diese Diskrepanz (weniger heimliche GrenzgängerInnen, jedoch mehr festgenommene Schleuser) erschließt sich aus der BGS-Übersicht "Grenzpolizeiliche Feststellungen" vom Februar diesen Jahres. Darin wird hervorgehoben, dass die Arbeit des BGS national wie grenzüberschreitend auf mehrere Säulen verteilt worden ist: So wurden Verbindungsbeamte des BGS in die Nachbarstaaten sowie in potenzielle Herkunftsländer von Flüchtlingen und MigrantInnen entsandt. Deren Transitwege sollen bereits dort zerschlagen werden. Zugleich wurde die bilaterale Zusammenarbeit mit den polnischen und tschechischen KollegInnen erheblich ausgeweitet. Im Inland bemüht sich der BGS um eine Verzahnung seiner Arbeit mit der der Landespolizeien: durch die Einrichtung gemeinsamer Sonderkommissionen und Ermittlungsgruppen, die sich der Schleuserbekämpfung verschrieben haben. (2)

Nach Dover - business as usual

Unmittelbar nachdem in Dover die toten MigrantInnen gefunden worden waren, trafen sich im portugiesischen Feira die Europäischen Staats- und Regierungschefs. Man versprach, nunmehr verstärkt die Europäische Polizeibehörde EUROPOL mit der Bekämpfung der Schleuserkriminalität zu beauftragen.

Dies liegt EUROPOL im Hinblick auf die Erweiterung seiner Handlungsmöglichkeiten besonders am Herzen. So hatte der EU-Rat von Tampere erst im Oktober letzten Jahres bekräftigt, die EU sei fest entschlossen, "die illegale Einwanderung an ihrer Wurzel zu bekämpfen, insbesondere durch Maßnahmen gegen diejenigen, die Zuwanderer einschleusen oder wirtschaftlich ausbeuten." (3) Sowohl der EU-Rat wie auch die EU-Kommission betonen, es sei von "aller größter Wichtigkeit", dass über EUROPOL nicht nur Informationen über sogenannte Schleuserbanden ausgetauscht werden. Es soll auch operativ zusammengearbeitet werden. So wird angeregt, hierfür spezielle polizeiliche Task Forces zu gründen. (4) EUROPOL soll bei der Einrichtung und Führung dieser Task Forces eine Schlüsselrolle einnehmen.

Somit wird EUROPOL sein gesamtes Arsenal geheimpolizeilicher Praktiken einsetzen können. Hierzu gehören auch sogenannte polizeilich kontrollierte Lieferungen, also Schmuggelaktivitäten, die von der Polizei entweder von außen technisch überwacht und observiert und/oder von innen durch V-Personen oder "verdeckte Ermittler" initiiert, gesteuert bzw. begleitet werden. Eine makabre Vorstellung, dass tödlich verlaufene Fälle der

Fluchthilfe zukünftig auch unter der (wenn auch nur indirekten) Mitwirkung von EUROCOPS stattfinden könnten. (5)

Im Juli übernahm Frankreich die EU-Präsidentschaft. Schon seit längerem ist klar, dass Paris sich - in enger Kooperation mit Berlin - auf dem Gebiet der europäischen Asyl- und Migrationspolitik viel vorgenommen hatte. Dass hiervon aber wenig Gutes zu erwarten ist, wurde schnell deutlich.

Schon am Tag vor Beginn der französischen Präsidentschaft wurden dort zwei entsprechende Vorschläge präsentiert (6): Einer soll die gegenseitige Anerkennung von Abschiebungsanordnungen regeln. Damit könnte ein EU-Land solche Entscheidungen eines anderen Mitgliedstaates vollziehen. Eine Abschiebung soll demnach auch dann möglich sein, wenn die abzuschiebende Person entweder eine "Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" bzw. die "nationale Sicherheit" darstellt oder wenn sie zu einer Freiheitsstrafe von gerade einmal einem Jahr ohne Bewährung verurteilt worden ist. Wenn "der begründete Verdacht" besteht, dass dieser Drittstaatsangehörige eine "schwere Straftat begangen" hat, oder zumindest "konkrete Hinweise bestehen, dass sie solche Taten plant", soll ebenfalls abgeschoben werden können. Selbst auf Grund einer bloße Vermutung soll dem Pariser Vorschlag zufolge also eine Abschiebung möglich sein - auch dann, wenn die betreffende Person im Besitz eines gültigen Aufenthaltstitel ist.

Berlin und Paris - eine Abschottungsfront

Zweitens schlägt der französische Vorsitz vor, die Strafvorschriften im Bereich der professionellen Fluchthilfe europaweit anzugleichen. Bis auf Verwandte (!) geschleuster Flüchtlinge und MigrantInnen soll demnach jede Person zu einer "wirksamen und abschreckenden Strafe" verurteilt werden, die mittelbar oder unmittelbar die "illegale Einreise oder den unerlaubten Aufenthalt" von Drittstaatsangehörigen in der EU in irgendeiner Art "erleichtert".

Schließlich präsentierte Paris am 4. Juli seinen "Aktionsplan zur besseren Kontrolle über die Einwanderung". Dieser besteht aus zwei Teilen: Zum einen in der Verbessung der in den letzten Jahren bereits begonnenen, internationalen Früherkennung von Flucht und Migrationsbewegungen. Zum anderen soll die Entsendung von polizeilichen Verbindungsbeamten in Herkunfts- und Transitländer von Flüchtlingen und MigrantInnen "rationalisiert" werden. Schnellstmöglich soll eine Übereinkunft geschlossen werden, damit der Verbindungsoffizier eines Landes die Abschottungsinteressen anderer EU-Länder in seinem Einsatzort vertreten und "Aktionen von gemeinsamen Interesse" dort durchführen kann. (7)

Zu Zeiten des Kalten Krieges galt die meist kommerziell betriebene Hilfe zur Flucht aus einem der "Ostblockstaaten" nach Auffassung des Bundesgerichtshof noch als rechtmäßiges Geschäft. Was früher den guten Sitten entsprach, wird heute als menschenverachtende Mafia-Tätigkeit dargestellt. Dass Schleusungen - wie die von Dover - tatsächlich unter zunehmend unmenschlichen Bedingungen stattfindet, ist weder zu leugnen noch zu verharmlosen. Aber diese Umstände der Fluchthilfe sind nicht gottgegeben.

Teil des Problems, nicht der Lösung

Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) kommt in einer im Juli diesen Jahres veröffentlichten, 100 Seiten umfassenden Studie zu deutlichen Schlussfolgerungen: Demnach wären Asylsuchende auf Grund der Abschottungsmaßnahmen der EU "gezwungen, illegale Methoden zu benutzen, um überhaupt nach Europa zu gelangen." Der Anstieg der Zahl geschleuster Personen stehe im direkten Zusammenhang zu der Verschärfung der polizeilichen Sicherung der EU-Außengrenzen. Es zeige sich, dass es sich bei aufgegriffenen geschleusten Personen in der Mehrheit ausgerechnet um Angehörige solcher Staaten handele, die in den EU-Staaten in aller Regel auch als Asylberechtigte anerkannt werden. Die Reaktionen der EU im Hinblick auf die "Schlepperkriminalität" sind also selbst aus Sicht des UNHCR Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Denn die Maßnahmen der EU sind "weniger dazu geeignet, das Problem des Menschenschmuggels zu lösen". Vielmehr drohe, dass die EU-Staaten hierüber das Recht auf Asyl endgültig abschaffen würden. (8)

Als Konsequenz aus den Todesfällen von Dover forderte z. B. der aus Portugal stammende, sozialdemokratische EU-Kommissar für Inneres und Justiz, Antonio Vitorino, "möglichst rasch eine einheitliche EU-Einwanderungs- und Asylpolitik zu entwickeln". Denn, so die Abgeordnete im Ausschuss für Bürgerfreiheiten des Europaparlaments, Sabina Mazzi, die bestehenden unterschiedlichen Kriterien und

Vorschriften für die Aufnahme von Flüchtlingen in der EU würden systematisch von Schleuserorganisationen ausgenutzt. (FR, 21.6.2000)

Diese Ansätze sind für sich genommen so allgemein wie unstrittig. Tatsächlich wird derzeit in Umsetzung der Vorgaben des Amsterdamer Vertrages an einer Harmonisierung sowohl des materiellen als auch des verfahrensrechtlichen Asylrechts in Europa gearbeitet. Völlig daneben ist in diesem Zusammenhang die Überlegung des britischen Innenministers Straw, in Folge von Dover die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 (GFK) zu überarbeiten. Denn erst im Oktober letzten Jahres hatten die Staats- und Regierungschefs der EU im finnischen Tampere beschlossen, dem zukünftigen, gemeinsamen Asylsystem der EU die GFK "uneingeschränkt und allumfassend" zu Grunde zu legen. Daran darf nicht gerüttelt werden.

Ein Schleifen der Festung Europa - die Wiederherstellung eines Rechts auf Asyl, das seinen Namen verdient, und die Eröffnung legaler Einwanderungsmöglichkeiten - sind die aussichtsreichsten Maßnahmen, um "Schleppern" und Schleusern" ihr unmenschliches Betätigungsfeld zu nehmen und das Sterben von Menschen auf der Flucht zu beenden.

Mark Holzberger

Anmerkungen:

1) Rund 80% der Opfer kamen an den deutschen Ostgrenzen um - wobei diese Zahl mit Sicherheit höher liegen dürfte. So konnte die von den polnischen und tschechischen Behörden aufgefundenen Toten nicht berücksichtigt werden, da derlei Informationen zwischen den Grenzschutzbehörden nicht ausgetauscht werden.

2) In der Bundesrepublik kümmert sich übrigens neben der Polizei auch der Bundesnachrichtendienst um den Kampf gegen Schlepper und Schleuser. Trotz des verfassungsrechtlichen Trennungsgebots von Polizei und Geheimdiensten klärt der BND seit den 80er Jahren auf, ob "Migrationsabsichten unter Einbeziehung der Organisierten Kriminalität verwirklicht werden."

3) Schlussfolgerungen des Vorsitzes: Europäischer Rat (Tampere) 15. und 16. 10. 1999 (SN 200/99), S. 6

4) Rat der EU: "Prävention und Bekämpfung der organisierten Kriminalität - Eine Strategie der EU für den Beginn des neuen Jahrtausends", Dok-Nr. 9423/4/99 vom 3. 3. 2000, S. 26 sowie das sog. Score-Board der EU-Kommission: KOM (2000) 167 endgültig, S. 19. Diese Idee ist nicht ganz neu: Bereits Ende 1997 wurde im Rahmen der Schengen-Kooperation eine entsprechende Task Force zur Bekämpfung der "kurdischen Massenflucht" ins Leben gerufen, in der hochrangige Polizeibeamte der EU Handlungsvorschläge in enger Kooperation mit ihren Kollegen aus der Türkei entwickelten. (vgl. ak 420, 19. 11. 98)

5) Den Verdacht, bereits in Dover hätten Polizei und Geheimdienste ihre Finger im Spiel gehabt, ließ ausgerechnet der britische Innenminister aufkommen. Im Unterhaus sagte er: "Der Wagen wurde nicht zufällig durchsucht, sondern als Ergebnis guter nachrichtendienstlicher Informationen sowie einer Aktion der Zollbehörden." (Hansard, 19.6.2000; Column 33)

6) Dok-Nr. 9896/00, Dok-Nr. 9892/00

7) Dok-Nr. 10017/000. Drei Wochen später bereits präsentierten auf einem informellen Ministertreffen in Marseille Frankreich, Deutschland und Italien gemeinsam Ergänzungen zum französischen Aktionsplan, die sich insbesondere auf die verstärkte Einbeziehung von EUROPOL in das Frühwarnsystem, den Informationsaustausch sowie die Unterstützung operativer polizeilicher Maßnahmen beziehen (BMI-Pressemitteilung, 29.7.2000)

8) UNHCR: "The trafficking and smuggling of refugees - the end game in European asylum policy?", Genf Juli 2000

22. Zivilgesellschaft und Revolution. Antonio Gramscis Definition eines Begriffs, der zum Modewort wurde

Autor: Js. · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:03

Seit der neuesten Welle neonazistischer Gewalt in Deutschland geistert ein Begriff durch die Reden staatstragender Politiker, der ansonsten eher in gebildeten Kreisen Konjunktur hat: die "Zivilgesellschaft". Diese solle - so übereinstimmend die Herren Thierse, Schröder und viele andere - doch bitte "der Gewalt" entgegentreten. Das Motiv solcher Reden ist leicht zu erraten:

Der Staat mit seinem riesigen Repressionsapparat wird aus seiner Verantwortung entlassen, "wir alle", die guten Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, sind aufgefordert, kostenneutrale "Bürgerarbeit" zu leisten -

zum Wohle des Ansehens und

der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Gemeinwesens.

Manche Linken, denen das Gerede von der "Zivilgesellschaft" schon länger gegen den Strich geht, möchten die heuchlerischen Predigten zum Anlass nehmen, den Begriff endgültig aus ihrem Vokabular zu streichen. Das wäre schade - denn als analytische Kategorie könnte er durchaus von Nutzen sein. Vorausgesetzt, man einigt sich auf eine einigermaßen klare Definition, was Zivilgesellschaft bedeutet.

Umstritten ist der Begriff in der Linken schon länger: Zauberwort für die einen, ist er den anderen Synonym für Renegatentum und grüne Realpolitik. Joachim Kolb hat in seinem lesenswerten Artikel "Antifa-Bündnisse ohne bürgerliche Loblieder" (ak 439) den Begriff der Zivilgesellschaft aufgenommen; sein Thema sind die "Möglichkeiten und Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Bekämpfung von Rechtsextremismus in Ostdeutschland" (Unterzeile). Kolbs Plädoyer: Die "in weiten Teilen Ostdeutschlands mit dem Rücken zur Wand stehende Linke" solle sich auf "partielle Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Akteuren" einlassen.

Dieser allgemeinen Orientierung soll hier ebenso wenig widersprochen werden wie Joachim Kolbs konkreten Vorschlägen für eine antifaschistische "Gegenstrategie"; diese Vorschläge wären gesondert zu diskutieren. Ich möchte den Artikel vielmehr zum Anlass nehmen, den Begriff Zivilgesellschaft mit Inhalt zu füllen - Joachim Kolbs Definition scheint mir allzu willkürlich. Er schreibt:

"Gemeinhin meint Zivilgesellschaft eine Vielfalt gesellschaftlicher Gruppen, Initiativen und Bewegungen, die weitgehend unabhängig von staatlichen, parteipolitischen oder privat-wirtschaftlichen Institutionen wirken. Die Zugehörigkeit zu diesen gesellschaftlichen Gruppen ist freiwillig, die Organisationsstruktur demokratisch. Achtung der allgemeinen Menschenrechte, Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Wertvorstellungen, Anerkennen der Grundsätze des bürgerlich-demokratischen Gesellschaftsmodells und des demokratischen Rechtsstaats gehören ebenfalls zu den zivilgesellschaftlichen Prinzipien. Auch ein konsequentes Agieren nach dem Legalitätsprinzip und eine aus der Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols resultierende unbedingte Gewaltlosigkeit in den eigenen Handlungsansätzen bilden den gemeinsamen Nenner, der die Zivilgesellschaft einerseits von rechtsextremen Strukturen abgrenzt, sie andererseits aber auch von revolutionär-antifaschistischen Politikkonzepten unterscheidet."

Diese Definition mag mehr oder weniger verbreitet sein, ihr Urheber irrt aber, wenn er sich dabei auf Antonio Gramsci als den wichtigsten Theoretiker der Zivilgesellschaft beruft - der Artikel wurde der ak-Redaktion mit der hübschen, aber irreführenden Überschrift "Antifa heißt Gramsci lesen" angeboten. Insbesondere behauptet Gramsci an keiner Stelle seiner umfangreichen Schriften (1), dass die Zivilgesellschaft per se von moralischen Werten wie Toleranz, Achtung der Menschenrechte, Gewaltlosigkeit, Demokratie oder Legalität geprägt wäre. Gramsci hat den Begriff Zivilgesellschaft nicht mit Wunschvorstellungen gefüllt, sondern aus der Praxis der revolutionären Bewegungen seit 1917 abgeleitet. Sein Ausgangspunkt ist die Frage, warum die Revolution im relativ rückständigen Russland siegte, im wirtschaftlich und kulturell höher entwickelten Westen aber scheiterte.

Gramscis Antwort auf diese Frage ist beinahe zum Klassiker-Zitat geworden: "Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallerthaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein ausgewogenes Verhältnis, und beim Wanken des Staates entdeckte man sogleich eine robuste Struktur

der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand..."

Ein Bollwerk der alten Gesellschaft

Das heißt: Die im Westen existierende Zivilgesellschaft - in ihrer konkreten Verfasstheit am Ende des Ersten Weltkriegs - war ein Hindernis für die Revolution bzw. (allgemeiner gesprochen) für grundlegenden sozialen Fortschritt. Der in Russland geführte revolutionäre "Bewegungskrieg" - bewaffneter Aufstand und anschließender Bürgerkrieg - musste im Westen durch den "Stellungskrieg" ersetzt werden, um auch die hinter den "Schützengräben" liegende "robuste Kette von Festungen und Kasematten" einnehmen zu können. (2) Diese Sichtweise teilte Gramsci im übrigen mit Lenin, der 1918 schrieb, in den westeuropäischen Ländern sei es "schwieriger, die Revolution zu beginnen, weil sich dort der hohe Stand der Kultur gegen das revolutionäre Proletariat auswirkt und die Arbeiterklasse sich in Kultursklaverei befindet."

Gramsci stellte den italienischen Kommunisten 1924, im zweiten Jahr nach dem Regierungsantritt der Faschisten, die Aufgabe, die Mehrheit zu erobern. Gegen Strömungen im PCI, "die aus Fanatismus die Situation anheizen wollen", müsse "im Namen der ganzen Partei" gekämpft werden - weil die Zeit für die Entscheidungsschlacht um die Macht nicht reif sei. Die Eroberung der Mehrheit aber ist nur möglich durch eine "Hinwendung zu den Massen" und durch die Auseinandersetzung mit all den Instanzen, die für die ideologische Beeinflussung dieser Massen zuständig sind. Die Gesamtheit der nicht-staatlichen Organisationen, welche die öffentliche Meinung und damit den "Alltagsverstand" prägen, nennt Gramsci Zivilgesellschaft. Zu ihr zählen die Kirche, die Gewerkschaften, die Presse als "der dynamischste Teil dieser ideologischen Basis", aber auch "die Bibliotheken, die Schulen, die Zirkel und Clubs verschiedener Art bis hin zur Architektur, zur Anlage der Straßen und der Straßennamen."

In der Klassengesellschaft dienen die "zwei großen ‚Ebenen` von Überbauten" der Absicherung der Hegemonie - die Zivilgesellschaft ebenso wie die "politische Gesellschaft" (der Staat). Organisiert erstere den "‚spontanen` Konsens" der Beherrschten, so sichert der "staatliche Zwangsapparat ‚legal` die Disziplin derjenigen Gruppen, die weder aktiv noch passiv ihren ‚Konsens` geben." Anders ausgedrückt: "Zwischen der ökonomischen Basis und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Zwangsapparat steht die ‚Zivilgesellschaft`."

Bewegungskrieg und Stellungskrieg

Diese letzte Formulierung klingt etwas schematisch und könnte, isoliert betrachtet, denjenigen Intellektuellen Recht geben, die aus Eigeninteresse die Zivilgesellschaft zum entscheidenden Kampfplatz zwischen Fortschritt und Reaktion überhöhen. Sabine Kebir, die profilierteste deutschsprachige Gramsci-Kennerin, widerspricht solchen mehr oder weniger gewollten Missverständnissen. Sie zeigt, dass Gramsci die ökonomische Bedingtheit der Zivilgesellschaft sehr wohl gesehen hat und dass er in seiner Analyse von Staat und Revolution an Lenin anknüpft.

Zudem hebt sie hervor, dass Gramscis Unterscheidung in "zivile" und "politische Gesellschaft" vor allem "methodischen Erkenntnischarakter" hat. Gramsci schreibt nämlich: "Im konkreten Leben sind politische und Zivilgesellschaft ein und dieselbe Sache." (3) Ein verwirrendes Zitat, das einer Erklärung bedarf. Zwar wandte sich Gramsci in seinem Kampf gegen den ökonomischen Determinismus vehement gegen die Tendenz eines vulgären Marxismus, "jede Schwankung der Politik und der Ideologie als einen unmittelbaren Ausdruck der Basis darzustellen und zu erklären"; ebenso schrieb er den "Überbauten" eine relative Autonomie zu - allerdings ohne den marxistischen Materialismus in Frage zu stellen. Die in dem fraglichen Satz behauptete Identität von "ziviler" und "politischer Gesellschaft" erklärt sich aus dem Streben des Staates, die Zivilgesellschaft zu integrieren. Gramsci spricht daher vom "integralen Staat", dessen "sämtliche Institutionen in der doppelten Bestimmtheit von ‚Zwang` und ‚Konsens` bzw. von ‚Diktatur` und ‚Hegemonie` betrachtet werden müssen." Die herrschende "gesellschaftliche Gruppe" herrscht durch "Hegemonie, gepanzert mit Zwang". Ihre Überlegenheit manifestiert sich als "Herrschaft" und als "intellektuelle und moralische Führung".

Die "freiwillige" Unterwerfung der Mehrheit in den kapitalistischen Staaten - dort, wo die Zivilgesellschaft am weitesten entwickelt ist - beruht allerdings erst in zweiter Linie auf dem Wirken zivilgesellschaftlicher Akteure. In den "modernen bürgerlichen Demokratien" ist das "Konsenspotenzial in hohem Maße ökonomisch bedingt", schreibt Kebir in völliger Übereinstimmung mit Gramsci. "Konsens" wird geschaffen durch ökonomische

Zugeständnisse, die allerdings mit Gewalt (Arbeitsdisziplin, Unterdrückung von Arbeitskämpfen etc.) kombiniert werden. Beispielhaft zeigt Gramsci dies an dem modernsten Wirtschaftssystem seiner Zeit, dem der USA: "Die Hegemonie kommt aus der Fabrik und braucht nur eine minimale Menge von professionellen Vermittlern der Politik und der Ideologie."

Dass die Hegemonie ökonomisch bedingt ist, gilt auch nach dem Ende der fordistischen Entwicklungsstufe, die Gramsci vor Augen hat. Allerdings müsste man nach dem Bedeutungsverlust "der Fabrik" wohl allgemeiner "die Lohnarbeit" sagen: Der Zwang zur Erwerbsarbeit diszipliniert nicht nur, er schafft darüber hinaus Normen, die auch von den Besitzlosen übernommen werden. Ein Verstoß gegen diese Normen kann, je nach Schwere, auf unterschiedliche Weise geahndet werden - "wobei bereits die soziale Nichtachtung als quasi mildeste Strafe eine große Rolle spielt" (Leo Kofler). Bei kollektiver Widersetzlichkeit der "subalternen Klassen" (Gramsci) allerdings schreckt auch der demokratisch verfasste Staat nicht vor dem Einsatz offener Gewalt zurück. So auch in den revolutionären Krisenjahren nach dem Ersten Weltkrieg, als sich - Gramsci zufolge - "die Zivilgesellschaft zwar als kampfentscheidendes System von ‚Schützengräben` herausgestellt hatte - aber die gewaltsame Niederschlagung der revolutionären Herde, die in vielen Teilen Europas aufflammten, dennoch notwendig gewesen" war.

Hegemonie, gepanzert mit Zwang

Das von Gramsci entwickelte Konzept der Zivilgesellschaft geht zwar über Lenin hinaus, knüpft aber direkt an dessen Staatstheorie an. Mit gewissem Recht könnte man Gramscis einschlägige Texte unter dem Titel "Zivilgesellschaft und Revolution" zusammen fassen - in Anspielung auf Lenins Schrift "Staat und Revolution" aus dem Jahre 1917, die schon damals zumindest ergänzungsbedürftig war. Dass Gramsci - bei aller Originalität seiner Ideen - aus der leninistischen Tradition kam und bis zu seinem Tode (1937) Revolutionär blieb, kann nicht oft genug betont werden - gegenüber diversen Erbschleichern, die ihn für sich reklamieren (angefangen von den korrupten Craxi-"Sozialisten" in Italien bis hin zu Peter Glotz und ähnlichen sozialdemokratischen "Querdenkern", für die schon die Bezeichnung "Reformisten" ein unverdienter Ehrentitel wäre).

Spekulationen, "wo denn Gramsci heute stehen würde", sind natürlich müßig. Nicht müßig ist die Frage, ob seine revolutionären Gedanken für die unscheinbare linke Tagespolitik nutzbar gemacht werden können - z.B. für den antifaschistischen Kampf. Für den historischen Kampf der Resistenza haben sie de facto keine Rolle gespielt. Auch die offizielle Geschichtsschreibung des PCI ist mit Vorsicht zu genießen: Danach wäre Palmiro Togliatti, als Gramscis "engster Kampfgenosse", auch dessen Testamentsvollstrecker, wären der reformistische "italienische Weg zum Sozialismus" und später Berlinguers "Eurokommunismus" Umsetzungen von Gramscis strategischen Wegweisungen.

Andererseits erscheinen Togliattis Überlegungen zum antifaschistischen Kampf in den Moskauer "Lektionen über den Faschismus" (1935) gar nicht so weit weg von Gramscis Konzeption der Zivilgesellschaft. In Italien war die Zivilgesellschaft vom Faschismus aufgesogen und "verstaatlicht" worden, nur in kleinen Nischen existierte so etwas wie Unabhängigkeit von staatlicher Bevormundung. Was also forderte Togliatti? Die italienischen Kommunisten müssten die faschistische Freizeitorganisation des Dopolavoro (dem NS-Werk "Kraft durch Freude" vergleichbar) als Errungenschaft der Arbeiterbewegung betrachten, dort Mitglied werden und antifaschistische Agitation betreiben! Wer sich hier entrüstet abwendet, sollte immerhin zur Kenntnis nehmen, dass sich in einzelnen Sektionen des Dopolavoro wie auch der faschistischen "Gewerkschaften" antifaschistische Zirkel bildeten, die später zu Kernen der Resistenza wurden.

Wer als Linker von der Zivilgesellschaft spricht, in der es "Bastionen" zu gewinnen gelte, spricht damit zumindest implizit auch von Bündnispolitik. Auch dafür ist Gramsci ein wichtiger Bezugspunkt, seine praktische politische Tätigkeit vor seiner Inhaftierung im November 1926 eingeschlossen. Als der Streit um Italiens Eintritt in den Ersten Weltkrieg tobte, traf er sich mit pazifistischen Katholiken - eine Provokation für die italienischen Sozialisten, die - so Gramsci wörtlich - lieber einen "dummen Antiklerikalismus" pflegten. Nach dem Krieg suchte er Kontakt zu den ehemaligen Soldaten, die sich um den nationalistischen Dichter und Abenteurer Gabriele D'Annunzio scharten, wurde aber von D'Annunzio nicht vorgelassen. Den Futuristen Filippo Marinetti, einen ideologischen Wegbereiter des Faschismus, lud er persönlich zum Vortrag in die Turiner "Sektion des russischen Proletkult".

Mit einigem Recht ließe sich fragen, ob nicht so weit nach rechts greifende Bündnisbemühungen mehr schaden als nutzen. Im Prinzip kommt es aber Gramsci bei der Arbeit in der Zivilgesellschaft nicht auf Bündnisse um ihrer selbst Willen an. Ausgangspunkt ist vielmehr der "Geist des Bruchs", ein klarer Trennungsstrich zwischen Fortschritt und Reaktion: "Was kann man seitens einer Klasse, die die Erneuerung anstrebt, diesem gewaltigen Komplex von Schützengräben und Befestigungsanlagen der herrschenden Klasse entgegenstellen? Den Geist des Bruchs, d.h. die fortschreitende Aneignung des Bewusstseins der eigenen historischen Persönlichkeit, den Geist des Bruchs, der danach streben muss, sich von der führenden Klasse auf die potenziell verbündeten Klassen auszudehnen: All das erfordert eine komplizierte ideologische Arbeit, deren erste Bedingung die richtige Kenntnis des Gebietes ist, dem die Menschenmassen zu entreißen sind."

Der Erforschung des feindlichen ideologischen "Gebietes" hat Gramsci sich schon während seiner Turiner Zeit und später auch in den Gefängnisheften mit großer Energie gewidmet; das zeigen die vielen Theaterkritiken, Rezensionen von "Trivialliteratur" und Zeitschriftenschauen, die er verfasst hat. Heute, da die Ideologie-Apparate ungeheuer angewachsen sind - und mit ihnen die Zahl der "professionellen Vermittler von Ideologie und Politik" - ist diese Aufgabe um so größer. Viel wäre gewonnen, wenn die Linke sich mehr und systematischer mit der "Massenkultur" auseinander setzen würde - statt diese, wie meist üblich, offensiv zu ignorieren.

Bündnispolitik und der "Geist des Bruchs"

Dass bei Gramsci dafür allenfalls methodische Hinweise zu finden sind, sollte klar sein. Gramsci war kein Verfasser politischer Ratgeber in allen Lebenslagen. Lernen können wir von seiner Bereitschaft, die Ideologien und ihre Wirkungen zu untersuchen, um sie besser bekämpfen zu können. Lernen können wir auch, dass zwei Dinge zusammen passen, die in der radikalen Linken gern als unvereinbar betrachtet werden: die Bereitschaft, den Blick auf die Gesellschaft insgesamt zu richten - und gleichzeitig an einer revolutionären Politik des "Bruchs" festzuhalten. Bei der Gramsci-Lektüre erscheint das ganz einfach - im Prinzip zumindest.

Js.

Anmerkungen:

1) Ein Blick in die "Gefängnishefte", Gramscis Hauptwerk, zeigt, dass diese Schriften fragmentarischen Charakter haben: Dort finden sich nur wenige längere Texte, statt dessen eine Vielzahl sehr kurzer Eintragungen - was die Lektüre nicht ganz einfach macht.

2) Die vielen begrifflichen Anleihen beim Militärwesen sind keine Spezialität Gramscis, sondern eine (heute befremdlich und abstoßend wirkende) Zeiterscheinung. Sie erklären sich aus den Erfahrungen des Weltkrieges und der darauf folgenden Bürgerkriege.

3) Dies ist nicht das einzige Zitat, mit dem Gramsci der These widerspricht, die Zivilgesellschaft wäre von staatlicher Einflussnahme "weitgehend unabhängig" (Joachim Kolb).

Literatur:

Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Band 1 bis 9; Hamburg (Argument) 1991-1999; vor allem Band 4

ders.: Zu Politik, Geschichte und Kultur; Frankfurt am Main (Röderberg) 1986

ders.: Marxismus und Kultur. Ideologie, Alltag, Kultur; herausgegeben von Sabine Kebir; Hamburg (VSA) 1983

Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik; Hamburg (VSA) 1991

23. "Für unsere Würde!" Leipziger Flüchtlinge protestieren gegen das Asylbewerberleistungsgesetz

Autor: Andrea F. Tahir, KAHINA, Leipzig · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:09

Über 600 Flüchtlinge und deutsche UnterstützerInnen demonstrierten am 6.Juli in Leipzig unter dem Motto "Für unsere Würde !". Die Flüchtlinge forderten eine Arbeitserlaubnis für alle, bessere Wohnmöglichkeiten und die Abschaffung der Residenzpflicht. Der Demonstration waren Proteste gegen die "Fresspakete" und überteuerte Lebensmittel in den Gutscheinläden vorangegangen.

Kaum hatte ein Redner die Demonstrierenden auf Deutsch begrüßt, erfolgte eine kurze Rede in arabischer Sprache, anschließend einige Worte auf Persisch, danach auf Dari, auf Französisch und Englisch, auf Kurdisch-Sorani und Kurmanci. Ein Dutzend Flüchtlinge hatte sich um das Auto mit dem Lautsprecher versammelt, um Begrüßungsreden zu halten. Dann setzte sich ein Zug von mehr als 600 Flüchtlingen und deutschen UnterstützerInnen in Bewegung: Die Stadt Leipzig erlebte ihre erste große Flüchtlingsdemonstration. Was war geschehen?

Flüchtlinge in der BRD leben in einer künstlich erzeugten materiellen Bedürftigkeit. Verschiedene Regelungen verhindern, dass Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden: Es gilt ein generelles Arbeitsverbot für Flüchtlinge, die in sogenannten "Erstaufnahmeeinrichtungen" (EAE) leben, sowie für Flüchtlinge, deren Verfahren bereits abgeschlossen ist und die nur noch eine sogenannte "Grenzübertrittsbescheinigung" haben und ferner für Flüchtlinge, deren EhepartnerInnen über ein befristetes Aufenthaltsrecht oder eine Duldung verfügen. Letzteres bedeutet, dass z.B. die Ehefrau eines Mannes, der das sogenannte "kleine Asyl" (§ 51 AuslG) hat, und die selbst kein Asyl beantragt hat oder deren Verfahren erfolglos beendet wurde, für die Dauer von einem bis vier Jahren keine Lohnarbeit annehmen kann (vgl. Asylverfahrensgesetz und Arbeitserlaubnisverordnung).

Die Flüchtlinge müssen in der Regel von einem geringen Taschengeld und Fresspaketen leben. Auslöser für die Proteste im Juni war die umstrittene Auslegung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) durch den Freistaat Sachsen. Das Asylbewerberleistungsgesetz, das die rechtliche Grundlage für die Versorgung der Flüchtlinge darstellt, besagt seit 1. Juni in § 2 Abs. 1, dass eine bestimmte Gruppe von Flüchtlingen Leistungen entsprechend der Sozialhilfe erhalten (BSHG) soll. Diese Gruppe umfasst Flüchtlinge, die bereits über eine Dauer von drei Jahren, frühestens beginnend am 1. Juni 1997, hier leben und deren Asylverfahren noch immer nicht rechtskräftig abgeschlossen sind. Diese Regelung betrifft auch Flüchtlinge, deren "Ausreise nicht erfolgen kann und aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können, weil humanitäre, rechtliche oder persönliche Gründe oder das öffentliche Interesse entgegenstehen". Ein weiteres Kriterium für den Erhalt von Sozialhilfe ist auch dass diese genannten Flüchtlingsgruppen bislang Wertgutscheine für Kleidung und 80 DM "Taschengeld" erhalten haben sowie Sachleistungen in Form von Lebensmittel- und Hygienepaketen, die von ihnen mit einem Punktewahlsystem zusammengestellt worden waren. Der § 2 Abs. 2 besagt, dass "bei der Unterbringung von Leistungsberechtigten nach Absatz 1 in einer Gemeinschaftsunterkunft (...) die zuständige Behörde die Form der Leistung auf Grund der örtlichen Umstände" bestimmt.

Dieser Paragraf wird von Bundesland zu Bundesland, oft auch von Kommune zu Kommune unterschiedlich ausgelegt. So erhalten die genannten Personengruppen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt Geldleistungen. Aber auch die sächsischen Städte Zwickau und Chemnitz zahlten bisher Bargeld entsprechend dem BSHG.

Ursprünglich wollte die SPD-regierte Stadt Leipzig ebenfalls Bargeld auszahlen. Am 12. Mai aber verschickte das Sächsische Ministerium des Innern (SMI) einen Erlass, mit dem die Vergabe von Sachleistungen für alle sächsischen Kommunen festgeschrieben wurde. In dem Erlass heißt es, dass es bei Gewährung unterschiedlicher Leistungen in den Heimen zu "Störungen des Hausfriedens" kommen würde. Abgesehen davon, dass die Alternative darin bestünde, allen HeimbewohnerInnen Geld auszuzahlen anstatt sie mit Paketen zu demütigen, ist diese Begründung absurd: Waren doch zwischen 1995 und 1997 in den Leipziger Heimen verschiedene Leistungsarten gewährt worden, ohne dass es zu Mord und Totschlag gekommen ist.

Als Anfang Juni Flüchtlinge in Leipzig und im Umland registrierten, dass sie weiterhin mit Nahrungsmittel- und Hygienepaketen versorgt werden sollten, kam es zu spontanen Protesten: Sie blockierten kurzzeitig eine Bundesstraße und mehrere Flüchtlinge traten in einen Hungerstreik. An der Verweigerung der Paketannahme bzw. an der Verweigerung der Nahrungsaufnahme in Gemeinschaftskantinen beteiligten sich fast alle BewohnerInnen der Wohnheime, egal, ob sich die betreffenden Flüchtlinge schon drei Jahre in Deutschland aufhielten oder nicht.

Um die Situation zu entschärfen versuchte die Stadt Leipzig, dem Regierungspräsidium einen Kompromiss abzuringen. Tatsächlich wurde am 7. Juni bekannt gegeben, dass den Flüchtlingen Geld auszuzahlen ist. Dies sollte aber zunächst nur für die Flüchtlinge gelten, die sich noch in einem laufenden Asylverfahren befinden. Allerdings betraf diese Regelung nicht einmal 100 Personen. In Leipzig aber leben rund 1200 Flüchtlinge sowie zahlreiche Flüchtlinge, die außerhalb der Stadt in Heimen untergebracht sind und sich ebenfalls an den Protesten beteiligen.

Personen, die nur über eine Duldung verfügen, sollten eine Einzelfallüberprüfung über sich ergehen lassen und zwar unter der Leitfrage, ob ihre Duldung selbstverschuldet ist oder nicht, d.h., ob es ihre Schuld ist, dass der Flughafen von Kabul nicht angeflogen werden kann oder ob sie Folteropfer sind und nicht abgeschoben werden können.

Daraufhin fragten sich die Flüchtlinge, ob hier nicht der Hausfrieden in Gefahr gebracht werden sollte und beschuldigten Stadt und Land, die Flüchtlinge spalten zu wollen. Die Proteste wurden fortgesetzt. Die Flüchtlinge versuchten jetzt aber, ihre Aktionen besser zu koordinieren. Sie informierten die Presse und auf regelmäßig stattfindenden Treffen erarbeiteten sie einen Forderungskatalog. Die Forderungen beschränkten sich nun nicht mehr nur auf die Bargeldleistungen. Die erste Forderung heißt "Arbeitserlaubnis für alle!". Des Weiteren wollen sie bessere Unterbringungsmöglichkeiten insbesondere für Frauen und Familien, Deutsch- und andere Integrationskurse sowie die Abschaffung der Residenzpflicht, die ihnen verbietet, den zugewiesenen Landkreis zu verlassen.

Mit diesen Forderungen gingen rund 600 Flüchtlinge schließlich auf die Straße: Unter dem Motto "Für unsere Würde" versammelten sie sich am 6. Juli zur größten Flüchtlingsdemonstration in Leipzig.

Die Stadt Leipzig und der städtische Flüchtlingsrat, ein Gremium bestehend aus privaten Personen und OrganisationsvertreterInnen, die eigentlich Lobbyarbeit für Flüchtlinge betreiben, distanzierten sich von der Demonstration: Die Forderungen der Flüchtlinge seien überzogen und zu radikal. Das Land Sachsen bzw. der Asylverantwortliche der Sächsischen Regierung, Eike Springbrunn, zeigten sich ganz ungerührt von den Protesten. In einem Gespräch mit zwei PDS-Landstagsabgeordneten und einer Vertreterin der FlüchtlingsunterstützerInnengruppe KAHINA erklärte er, dass Proteste eher zu Verschlechterungen statt zu Verbesserungen führen würden. So hätten Firmen ihre Lieferverträge bereits gekündigt, da einige Läden von den Flüchtlingen bestreikt wurden. In der Konsequenz könnte dies bedeuten, dass die Flüchtlinge wieder Fertigpakete bekämen anstelle des doch etwas generöseren Punktewahlsystems.

Die Proteste und das Ausbleiben einer sichtbaren Verbesserung der sozialen Lage führte bei vielen Flüchtlingen zu Erschöpfung und Hoffnungslosigkeit. Zudem versuchten die Behörden, einige AktivistInnen in entlegene Gebiete umzuverteilen. In den meisten Fällen konnte dies zwar juristisch verhindert werden, es verstärkte jedoch die Verunsicherung der Flüchtlinge.

Momentan herrscht zwar eine Unsicherheit darüber, wie der Protest weitergeführt werden soll. Dennoch hat sich eine kleine Gruppe der Flüchtlinge zusammengefunden und versucht, die Selbstorganisation voranzutreiben. Mit Hilfe einzelner Projekte sollen mehr Menschen erreicht und motiviert werden: Am 1. September erscheint erstmals eine Flüchtlingszeitung und Bildungsveranstaltungen werden über die Rechte bei polizeilichen Vorladungen, über das administrative System in der BRD usw. informieren. Es wurde auch eine Fußballmannschaft auf Kreisebene gegründet, die - unterstützt vom lokalen Verein "Roter Stern" - bei jedem Spiel Öffentlichkeitsarbeit zu flüchtlingspolitischen Themen leisten soll.

Andrea F. Tahir, KAHINA e.V.

24. (K)Ein bisschen normal. Die "Homoehe" zwischen konservativer und linker Kritik

Die "Homoehe" zwischen linker und konservativer Kritik

Autor: Tina Fritsche · Rubrik: Lesben; Schwule · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:36

Volker Beck, grüner Bundestagsabgeordneter, Rechtsexperte und offen schwul, widmet sich seit rund zehn Jahren vor allem einer Aufgabe: Der rechtlichen Gleichstellung von Lesben und Schwulen, manifestiert in der Möglichkeit für Lesben und Schwule, staatlich anerkannt zu heiraten. Am 7. Juli 2000 kam er seinem Ziel, der "Homoehe", ein gutes Stück näher: Vorab in den Fraktionen von SPD und Grünen abgestimmt, debattierte der Bundestag in erster Lesung den Entwurf zum Lebenspartnerschaftgesetz. Bis die parlamentarische Mühle vollständig durchlaufen ist, wird viel Zeit vergehen, Zeit, in der sich Beck und der ihn unterstützende Lesben und SchwulenVerband Deutschland (LSVD) der Kritik werden stellen müssen.

Denn wo der grüne Bürgerrechtler mit der Homoehe "den gesellschaftlichen Fortschritt" nahen sieht, prophezeien konservative Kritiker den drohenden "Untergang des Abendlandes" und verweisen auf den grundgesetzlichen Schutz von Ehe und Familie: "Die Ehe", so CDU-Chefin Angela Merkel, "ist für uns Christdemokraten das Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau". Die Homoehe sei deshalb "ein gesellschaftspolitischer Irrweg". Mit Unterschriften-Aktionen der CDU, wie etwa zur Doppelten Staatsbürgerschaft, ist wohl vorerst nicht zu rechnen. Statt dessen begnügen sich die Konservativen mit ihrer Kampagne "Nein zur Ehe, Ja zur Toleranz".

Bei so viel Gegenwind mag es ein Trost für Beck & Co. sein, dass sich bei der von ihm und dem LSVD initiierten Ja-Wort-Kampagne bereits etwa 20.000 UnterzeichnerInnen für die Homo-Ehe aussprachen. In Hamburg sind inzwischen rund hundert gleichgeschlechtliche Paare die rein symbolische, mit keinerlei Rechten und Pflichten verbundene "Hamburger Ehe" eingegangen, und Szene-Ikonen Hella von Sinnen und Rosenstolz sind mit ihrem Homo-Hochzeitssong "Ja, ich will" in die TOP 100 der Charts einzogen. Das Mediengewirbel focussiert auf solcherart "Events" ebenso gern wie auf die verwegene Äußerung des katholischen Kirchenoberen Bischof Dyba, die Homoehe öffne das Tor für den Import von Lustknaben.

Doch der Wind weht nicht nur aus der rechten Ecke. Sicherlich, so geben linke KritikerInnen des neuen Gesetzes zu bedenken, lässt sich aus demokratie-theoretischer Sicht nicht begründen, warum einem Teil der Bevölkerung ein grundgesetzlich verbrieftes Recht verweigern werden solle. Wer die Möglichkeit zu heiraten verbietet oder verweigert, beschneidet demokratische Grundrechte. Aber: Wer die staatlich geregelte Ehe als bevorzugte Form des Zusammenlebens propagiere und entsprechend mit mehr Rechten ausstatte, verkenne zum einen die Realitäten und ignoriere die alte Erkenntnis, dass sich ohne Ehe und Familie autoritäre Politik nicht so auswirken könnte, wie sie es tut.

Constance Ohms bringt die Kritik auf den Punkt: "Mit der Homo-Ehe wird das Zwei-Klassen-System fortgesetzt: Verheiratete Paare erhalten Privilegien, während unverheiratete Paare in fast allen Rechtsbereichen benachteiligt sind". Die eingetragene PartnerInnenschaft sei "im Kern Ausdruck eines Neo-Konservatismus", so Ohms.

Deutschland wäre nicht das erste Land der Welt, das gleichgeschlechtliche Ehen ermöglicht. BefürworterInnen der Homo-Ehe verweisen gern auf Norwegen, Dänemark und die Niederlande, aber auch Frankreich, wo es seit vergangenem Jahr die Möglichkeit des "zivilen Solidaritätspaktes" (PACS) und damit faktisch der Homoehe gibt. Dabei fallen die Tatsachen allerdings gerne unter den Tisch: In Dänemark sind bislang nur 300 eingetragene Partnerschaften registriert - bei jährlich 35.000 heterosexuellen Eheschließungen -, und auch in Schweden, den Niederlanden und Norwegen ist nur jeweils ein Prozent aller Ehen ein Bund zwischen zwei Frauen bzw. zwei Männern. Und das, obwohl Schätzungen davon ausgehen, dass etwa zehn Prozent aller Menschen schwul oder lesbisch sind. Warum also heiraten sie nicht, wenn sie es doch könnten?

Beinahe die Hälfte aller Menschen in Großstädten lebt in Ein-Personen-Haushalten. Jede dritte heterosexuelle Ehe wird geschieden. Jeder zweite schwule Mann hat keine feste Beziehung. Und zwei von drei Schwulen, die in fester Beziehung leben, haben nebenher weitere sexuelle Beziehungen. Die Zahl der allein Erziehenden steigt.

Ja, ich will oder Ehe, nein danke?

Die PDS-Politikerin Christina Schenk tritt deshalb für eine Lebensweisenpolitik ein, die sich jenseits bürgerlicher Ehevorstellungen bewegt, denn "die Realität lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender und sonstigen Lebens war schon immer vielfältiger, als dass sie sich in das Korsett des Rechtsinstituts Ehe pressen ließe." Auch die deutsche Aidshilfe unterstrich im April 1999, sie unterstütze "eine Lebensweisenpolitik, in der die Interessen sozial Benachteiligter mit den Ansprüchen nonkonformer Lebensentwürfe in Übereinstimmung gebracht wird."

Die facettenreiche gesellschaftliche Realität war wohl auch der Grund für die französische Regierung, einen mutigen Schritt zu wagen: Seit Oktober 1999 können alle Erwachsenen, die miteinander leben und füreinander einstehen wollen, einen Solidaritätspakt, den "Pact Civile de Solidarité" (PACS), miteinander abschließen und dies unabhängig davon, ob sie homo oder hetero sind, ob Geschwister, Liebespaare oder beste FreundInnen fürs Leben. Der Pakt gewährleistet weitgehende Gleichstellung im Adoptionsrecht, in Bereichen des Steuer- und Beamtenrechts sowie des Erb- und Arbeitsrechts. Prompt kam es zu einem Sturm der Entrüstung, wirkt doch der PACS als Aushöhlung der Institution Ehe.

Zurückhaltung allerdings übte der französische Gesetzgeber beim Aufenthaltsrecht für Menschen aus Nicht-EU-Ländern. Diese Frage berührt der PACS nicht, obwohl in ganz Europa gerade binationale Partnerschaften vor dem Hintergrund der zunehmend verschärften Asyl- und Ausländergesetzgebung besonders bedroht sind.

Homoehe und Neo- Konservativismus

Der deutsche Gesetzentwurf zur "Homoehe" will zwar ein Bleiberecht verankern, aber analog zu heterosexuellen binationalen Partnerschaften wird der Aufenthaltsstatus zwei bis fünf Jahre lang gekoppelt sein an den Fortbestand der Beziehung: Geht die Beziehung vor Ablauf dieser Frist in die Brüche, droht die Ausweisung. Zusätzlich muss die Partnerin bzw. der Partner mit deutschem Pass für Krankenversicherungsschutz und Unterhaltsleistungen im Trennungsfall bürgen. Mit diesen Regelungen wird ein Abhängigkeitsverhältnis in binationalen Partnerschaften zementiert, das existenzielle Ausmaße annehmen kann.

Die gesetzlichen Änderungen und Angleichungen für das Lebenspartnerschaftsgesetz reichen bis tief in das Bürgerliche Gesetzbuch: Rund 800 rechtliche Regelungen betreffen die Eheschließung vom Namensrecht über das Steuerwesen, die Kranken- und Pflegeversicherung, hin zum Sorgerecht, zum Erb- und Verwandtschaftsrecht. Ob aber für die rechtliche Gleichstellung ein solch umfangreiches neues Gesetz wirklich nötig ist, wird durchaus bezweifelt. Das wissenschaftlich-humanitäre Komitee (whk) oder die Lesbenorganisation Lesbenring e.V. weisen darauf hin, dass es ausreichend rechtliche Alternativen gebe, um gegenseitige Ansprüche juristisch abzusichern. Die massivste Kritik am Beck'schen Gesetzentwurf bezieht sich auf die Einengung der Rechtegewährung auf eheliche Partnerschaften. "Die Ehe wird zur Norm erhoben und schafft Benachteiligung für alle, die sich dieser Norm widersetzen oder ihr nicht entsprechen," so die feministische Aktivistin Gita Tost. Oder anders ausgedrückt: Nur mit Trauschein gibt's ein Stück vom Kuchen!

Gegen die Beck'sche Bürgerrechtspolitik wendet sich mittlerweile ein breites Bündnis aus der emanzipatorischen Bewegung. Dieses Bündnis setzt der LSVD-Ja-Wort-Kampagne eine Nein-Wort-Aktion entgegen, an die sich auch die "von widerständig l(i)ebenden Lesben" begründete "Schlampagne zur Gleichstellung aller Lebensweisen" angeschlossen hat. Gemeinsame Forderung: Jeder Mensch solle bestimmen können, welche Menschen zu seiner Familie gehören. Innerhalb des jeweiligen Netzwerkes, zu dem biologische Familienangehörige ebenso gehören können wie die "beste Freundin" oder LiebespartnerInnen sollen rechtliche Fragen, die für die jeweilige Beziehung wichtig sind, ausgehandelt werden können: Da kann die Liebste erben, die beste Freundin im Ernstfall über Leben und Tod entscheiden, und die Schwester hat die Bankvollmacht. Wenn dies ohne jede Benachteiligung gegenüber anderen Beziehungsformen geschehen kann, wäre dies ein Fortschritt weit jenseits eng gesetzter Eherechte nicht nur für Homo- sondern auch für Heterosexuelle.

Doch LSVD und Grüne meinen, bereits erste gesellschaftliche Veränderungen auf Grund der Diskussion um die Homoehe ausmachen zu können: Nie zuvor habe es eine derart breite Debatte um Diskriminierung und Gleichstellung von Lesben und Schwulen gegeben. Und sie verweisen darauf, dass die Homoehe nur der erste

Schritt sei: Erst durch das Tor der Glückseligkeit geschritten, ließe es sich besser für weitergehende Rechte kämpfen. Ein Argument, das auf Argwohn trifft: "Wer Privilegien bekommt, will sie auch behalten", so Verlegerin Ilona Bubeck.

Der teure Preis der Normalität

Der Schlagabtausch erinnert an altvertraute Diskussionen, in denen sich alles um die Frage rankte, wie Gesellschaft letztendlich bewegt werden könne: Durch Teilhabe am Bestehenden oder durch grundlegende Veränderung des Bestehenden? Ist der Gang durch die Institutionen wirkungsvoller oder die stete Kritik und Anregung von "außen"?

Innen und Außen wird hier dadurch bestimmt, was als "normal" gilt. Normierung ist notwendig, um ein gesellschaftliches System zu stabilisieren, und funktioniert, indem ein Bereich außerhalb des Mainstream als unnormal markiert und entsprechend abgewertet wird. Ein Muster, das in rassistischen, sexistischen und homophoben Strukturen gut funktioniert: Normal-Sein ist nur denkbar in Abgrenzung zum Nicht-Normalen. Das heißt: Normal-Sein ist immer ein Akt der Ausgrenzung. Mit der Debatte um Homoehe und Lebensweisenpolitik werden die Grenzen neu gezogen: Normal/anormal bezieht sich nunmehr nicht mehr auf homo- bzw. heterosexuell, sondern vielmehr auf verheiratet/unverheiratet. Schwulen und Lesben wird die lang versperrte Tür zur bürgerlichen Ehe geöffnet sie haben die Möglichkeit, "normal" zu werden. Verweigern sie den Schritt, bleiben sie draußen und "unnormal".

Die sogenannte sexuelle Präferenz gilt vielen noch als unabänderliches Persönlichkeitsmerkmal, d.h. wer schwul oder lesbisch war, kann "nichts dafür" und darf auf Toleranz hoffen. Diese Toleranz wird wohl allerdings ihre Grenze dort finden, wo Menschen ausdrücklich den Homoehe-Weg in die "Normalität" ablehnen.

Beck und LSVD widmen sich schon lange ihrem Ziel, der Homoehe. Sie wissen um die Unterstützung durch betroffene Paare, die mit Verfassungsbeschwerde drohen, sollte das Gesetz nicht in vollem Umfang gebilligt werden. Sie kennen die konservative Kritik und reagieren landauf, landab auf homophobe Polemik. Beck und LSVD meinen es sicher gut, wenn sie sich für die Gleichberechtigung innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen Wertesystems engagieren. Aber sie haben noch keine überzeugende Antwort gefunden auf die aus der emanzipatorischen Bewegung vorgebrachte Kritik. Und so weist alles darauf hin, dass langfristig nicht die homophile Bürgerrechtsbewegung zum Motor für gesellschaftliche Veränderungen wird, sondern dass es vielmehr die linken Homoehe-GegnerInnen sein werden, die den Blick öffnen für neue Formen des Zusammenlebens jenseits staatlicher Sanktionierung.

Tina Fritsche

Literatur:

Berger, Engel, Genschel u.a. (Hrsg.): Queering Demokratie Sexuelle Politik. Berlin September 2000 (Quer Verlag)

Bubeck, Ilona (Hg): Unser Stück vom Kuchen. Zehn Positionen gegen die Homo-Ehe. Berlin 2000 (Quer Verlag)

Rundbrief Lesben- Schwulen- und Lebensweisenpolitik. Hg: Christina Schenk

(PDS), christina.schenk@bundestag.de

Webpages:

www.lebenspartnerschaft.de

www.eingetragenepartnerschaft.de

www.ja-wort-kampagne.de

www.whk.org/neinwort

Infos zur Schlampagne unter www.womyn.de

25. Wessen Gewalt hat die Macht, sexy zu sein?! Eine Replik auf das Schlagwerk-Manifest

Autor: Detlef Georgia Schulze · Rubrik: Schwule · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:19

In ak 440 wurde das Schlagwerk-Manifest vorgestellt, das unter dem Motto safe, sane and consensual um "gesellschaftliche Anerkennung" für die "sexuelle Minderheit" der SadomasochistInnen wirbt. In folgender - gekürzten - Antwort wird der Ideologieverdacht gegen die Kategorien "Minderheit", "Selbstbestimmung" und "Konsens" erhoben und die Vermutung nahe gelegt, dass SM eine weitere Variante vor allem männlicher Gewaltverhältnisse ist.

In ak 440 sorgte sich M. G. um die Gefahr, der die "sexuelle Minderheit" der SadomasochistInnen durch die ‚geschlechtliche Mehrheit` in dieser Gesellschaft, die auch den Staatsapparat in der Hand zu haben scheint, ausgesetzt ist: Die "Erneuerung der PorNo-Kampagne des Frauenbündnisses ... unter Mitwirkung gerade ernannter Ministerinnen" bedroht "die gesamte sadomasochistische Bilder- und Informationssubkultur". Gegen diese Gefährdung der Informationsfreiheit meint M. G., die "Aufklärungs- und Informationsarbeit durch die SM-Aktiven" unterstützen zu müssen, und berichtet von einem SM-Block auf der Kölner CSD-Parade, von Szenemagazinen, Partyorganisatoren usw. usf. - Fakten, Fakten, Fakten; nur Analyse und Kritik kommen etwas kurz:

"Wer so dicht am Spannungsfeld von Sexualität, Macht und Gewalt (SMG) lebt und leidet, hat vielleicht auch Aspekte zum Verständnis der realen Gewaltbedrohung beizutragen, die sich anderen nicht so leicht erschließen." Und welche "Aspekte" sind das, bitte sehr, die sich "anderen nicht so leicht erschließen"?

"Richtig ist, dass gegen sexuelle Gewalt, egal ob gegen Kinder, Frauen oder auch Männer vorgegangen werden muss. Ob das aber mit einer Verschärfung der PorNo-Gesetze erreicht werden kann, ist zumindest fraglich." Und welche adäquateren Maßnahmen haben unsere SMG-ExpertInnen vorzuschlagen? Und was hat es eigentlich mit "sexueller Gewalt ... gegen ... Männer" auf sich? Wir wissen, dass sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Kinder zuallermeist von Männern ausgeübt wird. Und "sexuelle Gewalt .... gegen ... Männer"? Wird sie zuallermeist von Frauen und Kindern ausgeübt? Werden hier nicht Unterschiede für "egal" erklärt, die für das Verstehen gesellschaftlicher Strukturen entscheidend sind? Aber um Solidarität mit den Betroffenen von Männergewalt gegen Frauen (und Kindern), scheint es M. G. ohnehin nicht zu gehen. Statt dessen sorgt er sich um eventuell "verschärfte gesetzliche Regelungen", die dann vielleicht "SMerInnen kriminalisieren" könnten. In Anbetracht dieser Selbstbezüglichkeit kann es nur noch als zynisch betrachtet werden, wenn es an späterer Stelle im Artikel heißt: "Schlagwerk soll eine Organisation sein, die offen ist ... und nicht ... neue Definitionen liefert von dem was richtig ... ist".

Grenzerfahrungen in der Gerberei

"Das Schlagwerk-Manifest bezeichnet SM als einen möglichen Sammelbegriff für alle Formen von Grenzerfahrungen mit Körpern und Lüsten, für den spielerischen Umgang mit Macht, den freiwilligen, sicheren, selbstbestimmten Akt des Gebens und Nehmens und die Einbeziehung von Schmerz in das Repertoire der Lust." Was sollen das für "Grenzerfahrungen" sein? Gibt es außerhalb der Sexualität so wenig Grenzen, deren Überschreitung nur allzu berechtigt ist, dass wir beim Sex die Grenzen derjenigen, die wir (sadomasochistisch) "lieben", überschreiten sollen? Was spricht für den "spielerischen Umgang mit Macht", für die Erotisierung von Macht und Grenzen? Und was sollen wir davon halten, wenn Sex sogar dann, wenn kein Geld fließt, zur Ware gemacht wird - nämlich zu einem "selbstbestimmten Akt des Gebens und Nehmen", was nichts anderes ist, als die marxistische Analyse des Warentauschs: "Aus dem Akt des Austauschs selbst kehrt jedes Subjekt als Endzweck des ganzen Prozesses in sich selbst zurück; ... Freiwillige Transaktion; Gewalt von keiner Seite; ... Die Gleichheit dessen, was jeder gibt und nimmt, ist hier ausdrückliches Moment des Prozesses." (MEGA II.2., S. 56).

Und wer/welche trägt nun seine/ihre Haut zur Gerberei, wenn wir "Schmerz in das Repertoire der Lust" aufnehmen? Ein Blick in einschlägige Kontaktanzeigen (bspw. "Harte Welle" in Zitty 14/2000) legt nahe: In der SM-Kultur ergreifen Männer - wie auch ansonsten zumeist in dieser Gesellschaft - die Initiative und werden damit die Situation mit erheblicher Wahrscheinlichkeit auch besser kontrollieren können. Auch in der SM-Beziehung selbst wollen diese Männer überwiegend den dominanten Part übernehmen und suchen dafür

devote jüngere Frauen und teilweise auch jüngere Männer. Die Verletzung des Sittenkodex, die SM meint zu praktizieren, ist also noch lange keine Garantie für Non-Konformität in Bezug auf die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse.

Diesen Vorwurf scheint Schlagwerk antizipiert zu haben. Deshalb wird postuliert, SM solle safe, sane ("mit gesundem Menschenverstand") und consensual ("freiwillig") sein; und Sicherheit braucht - selbstverständlich - "Sicherheitsinformationen" - womit wir wieder beim Kampf gegen das "Frauen-Zensur-Bündnis" sind.

Aber braucht "Sicherheit" auch "Informationen", die "Gefahren" verharmlosen und/oder erotisieren? Oder sollten wir nicht die Verbreitung derartiger "Informationen" kritisch betrachten? Und was sollen wir von dem aufklärerischen Glauben M. G.s halten, dass die Macht des Wissens in der Lage sein wird, die Macht als solche zu transzendieren ("... wenn Wissen und Macht für SM-Beziehungen, in denen Macht zeitweilig bewusst ungleich verteilt werden soll, ... eng miteinander verknüpft sind, dann erscheint die Einschränkung der Zugänge zum Wissen umso unerträglicher.") Spricht demgegenüber nicht einiges für die Annahme Althussers, dass es "keine ‚Macht des Wissens` gibt, die nicht zugleich mit der Macht als solcher verknüpft wäre"? Und müssen wir nicht vielleicht noch radikaler sagen, dass das Wissen als solches niemals Macht hat, sondern erst dann machtpolitisch relevant wird, wenn es eine Macht als solche gibt, die sich seiner bedient? Und müssen wir dann nicht berechtigterweise befürchten, dass sich die "zeitweilig ungleich verteilte" Macht in SM-Beziehungen schnell verselbstständigt - besonders, wenn sie (wie in oben erwähnten Anzeigen) den gesellschaftlichen Machtverhältnissen folgt? Wird dann das Wissen (noch) die Macht haben, "ebenso wie der Tag die Nacht verjagt, alle Schatten, alle Irrtümer und Vorurteile zu zerstreuen"? Geht die "Ehrlichkeit, Strenge und Reinheit, sowie die Uneigennützigkeit" des Wissens (und des Sadismus) wirklich so weit? (Althusser sagt "nein".)

"Frauenbündnis" bedroht "sexuelle Minderheit"?

Und wie steht es mit dem "gesunden Menschenverstand", der Schutz vor "destruktiven Abhängigkeitsbeziehungen" bieten soll? Ist der "gesunde Menschenverstand" nicht gerade dadurch definiert, dass er die gesellschaftlichen vorherrschenden "Abhängigkeitsbeziehungen" als "normal" (eine andere Übersetzungsmöglichkeit von "sane") hinnimmt?

Und schließlich: Wie "freiwillig" kann die Entscheidung für eine SM-Beziehung sein, wenn die Beteiligten schon vorher mit unterschiedlichen Machtressourcen ausgestattet sind? Statt hier naiv von "selbstbestimmter Sexualität" zu reden, wäre vielleicht in Betracht zu ziehen, bestimmte "Gefahren" aus dem Katalog linker sexueller Praktiken zu streichen - beispielsweise die Erotisierung von "Macht" und "Schmerzen", von Unterschieden des "Gebens und Nehmen", von Unterschieden der Geschlechter, des Alters, der Rassen und Klassen?

Ein Einwand dagegen liegt selbstverständlich nahe: Kann es dann im rassistischen und kapitalistischen Patriarchat überhaupt "ungefährlichen" Sex geben?

Ich möchte zwei Antworten auf diese Frage geben, eine reformistische und eine revolutionäre, die sich allerdings beide von der Glorifizierung, die harter Sex in unseren ökonomisch harten Zeiten erfährt (womit ich weder in die eine noch in die andere Richtung eine einfache Kausalität behaupten, aber doch auf eine auffällige Parallele hinweisen möchte), distanzieren:

Die reformistische (oder sozialstaatliche) Antwort lautet: Nein, unter den herrschenden Bedingungen gibt es in der Tat keinen "ungefährlichen" Sex, aber es ist doch ein wichtiger Unterschied, ob wir diese "Gefahren" gerade zum Wesen des Sex erklären und aus ihnen den erotischen Kitzel ziehen, oder ob wir uns bemühen, diese Gefahren abzubauen und sexuelle Praktiken zu entwickeln und zu fördern, die die herrschenden Verhältnisse nicht im Bett nach/mit"spielen" - ein Unterschied, für den es sich lohnt, die billig zu habende Unterstützung beliebiger "Minderheiten" (oder auch Mehrheiten) zu verwerfen. Denn es geht auch im Feld der Sexualität (statt um "Mehrheit" und "Minderheit") um Herrschaft, Subalternität und Herrschaftslosigkeit!

Neoliberaler SM statt Blümchensex?

Und die revolutionäre (oder lesbisch-feministische) Antwort lautet: Zumindest dann, wenn Macht, Schmerzen (sowie auf der Schlagwerk-Homepage: die im ak-Artikel sorgsam umschiffte "Gewalt") und Sexualität so dicht beieinander definiert werden, wie dies SM im allgemeinen und M. G. im besonderen machen, dann gewinnt die

Position, die beispielsweise von MacKinnon vertreten wird, erheblich an Plausibilität: "Vergewaltigung aus dem Bereich ‚Sex` herauszunehmen und statt dessen in den Bereich ‚Gewalttätigkeit` einzuordnen, erlaubt es einem, gegen Vergewaltigung zu sein, ohne sich auch nur zu fragen, inwieweit die Institution Heterosexualität Gewalt als normalen Anteil des ‚Vorspiels` definiert." "Nie wird die Frage gestellt, ob der Begriff ‚Einverständnis` unter den Bedingungen einer Männerherrschaft überhaupt einen Sinn hat."

Und wenn wir die erste Frage, die MacKinnon aufwirft, zumindest probeweise dahingehend bejahen, dass Gewalt einen nicht unerheblichen Anteil an der "normalen" hetero/a/sexuellen Definition des "Vorspiels" hat; und wenn wir die zweite Frage, die MacKinnon aufwirft, genauso probeweise verneinen, dann drängen sich zwei Schlussfolgerungen auf:

1.: Wenn jetzt am CSD, der ja nicht schlicht eine Parade von "Schwulen und Lesben", sondern zu einem weitaus größeren Anteil eine Parade von Schwulen und zu einem weitaus geringeren Anteil eine Parade von Lesben ist, ein Wagen mit dem Motto "Heterosexuell? Das kann jedem passieren! Trotzdem Spaß beim Sex? SM in Hamburg" teilnimmt (ak 440), wenn in sog. pro-Sex-Texten schwuler und heterosexueller Sex als vorbildlich für Lesben hingestellt und gleichzeitig mit der lesbisch-feministischen Politisierung und Kritik von/an Sex (im herrschenden Sinne) abgerechnet wird, dann zeichnet sich hier in der Tat das von M. G. angesprochene Bündnis "verschiedenster sexueller Orientierungen" ab - wobei es sich dabei "normalerweise" (sane) um von Männern dominierte (nämlich heterosexuelle oder schwule!) sexuelle Orientierungen handelt; von Männern, zu deren geschlechtlicher Identität es gehört, Sex, Macht/Gewalt (ausüben) und Schmerzen (bereiten, aber auch mannhaft aushalten) so dicht beieinander zu definieren, wie dies Schlagwerk-Manifest geschieht.

Und 2.: Wenn wir diese Nähe von Sex, Macht und Schmerzen (zwar nicht als essenzielle Wahrheit, aber als Nominaldefinition, die unter den herrschenden Verhältnissen plausibel ist) akzeptieren, dann spricht (auf der Grundlage eben dieser Nominaldefinition) alles dafür, daß wir uns Michael Foucaults Parole zu eigen zu machen: "Sag Nein zu König Sex!"

Das Resümee von der Geschichte lautet: Wenn es die SM-Bewegung mit der - in ihren Kriterien "safe", "sane" und "consensual" angedeuteten - Bereitschaft, zwischen legitimen und illegitimen sexuellen Praktiken und Beziehungen zu unterscheiden, ernst meint, dann müsste sie mit dem herrschaftskritischen (d.h. nicht moralistisch-konservativen) Teil der PorNo-Bewegung die Verständigung suchen (statt sich von dieser pauschal abzugrenzen), was implizieren würde, bestimmte Formen der (Selbst-)Zensur zu akzeptieren. Da zumindest M. G. diese Verständigung nicht sucht, muss vermutet werden, dass zumindest er jene Unterscheidung nicht ernsthaft will, worauf auch die Schwammigkeit der in Anspruch genommenen Kriterien hindeutet.

Detlef Georgia Schulze

Die vollständige Fassung kann bei ak und/oder per mail (als Datei) bei der/dem AutorIn bestellt werden:

Detlef.Georgia@gmx.de.

26. Wider die "affirmative Illusion". Roswitha Scholz und "Das Geschlecht des Kapitalismus" - Rezension

Roswitha Scholz und Das Geschlecht des Kapitalismus - eine Rezension

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Frauen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:25

Marxistische bzw. wertkritische Ansätze in der feministischen Theoriebildung sind schon lange out. Dies ist u.a. der Tatsache geschuldet, dass Karl Marx dem Reproduktionsbereich kaum eine Zeile in seinem großen Werk gewidmet hat und nur der Lohnarbeit zu theoretischen Ehren verhalf. Zudem wollte die Aufhebung der Geschlechtsneutralität Marxscher Kategorien nicht so recht gelingen. Schnell hatte sich der Hauptwiderspruch von Kapital und Arbeit durch die Hintertür in die marxo-feministische Theorie eingeschlichen. Roswitha Scholz von der Gruppe Krisis wagt nun mit ihrem Buch Geschlecht des Kapitalismus einen neuen Versuch kapitalismuskritischer, feministischer Theorie.

Scholz hat den Stoff von Karl Marx und Theodor W. Adorno aus der Mottenkiste herausgezogen und die noch nicht von feministischen Motten angefressenen Teile mit eigenen Interpretationen und Anregungen aus 20 Jahren feministischer Theoriebildung zusammengeflickt.

Im Zentrum ihrer Überlegungen steht die Wertabspaltungsthese. Mit diesem Ansatz fängt Scholz die Thematik des hierarchischen Geschlechterverhältnisses ein und setzt sie in ihrer theoretischen Mehrdimensionalität mit wertkritischen Grundannahmen in Beziehung. Dabei berücksichtigt sie sowohl die materielle, die kulturell-symbolische sowie die sozialpsychologische Ebene, ohne in ein Basis-Überbau-Schema zu verfallen.

Das "Weibliche" wird abgespalten

Ihre These von der Wertabspaltung entfaltet sie in einem kritisch-abgrenzenden Bezug auf bundesdeutsche feministische Autorinnen und Ansätze der vergangenen zwei Jahrzehnte: Renate Becker-Schmidt und Gudrun Axeli-Knapp, Frigga Haug, Ursula Beer, die "Bielefelderinnen" um Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen, Irmgard Schulz, Ilona Ostner und Elisabeth Beck-Gernsheim sowie Christa Wichterich u.a.. Bei dieser kritischen Bezugnahme zeigt sich, dass die Rede von der Wertabspaltung mehr beinhaltet, als die bloße Einsicht, dass Kapitalismus und Patriarchat wesensmäßig miteinander gekoppelt sind.

Ausgehend von einer fundamentalen Wertkritik, die den Wert als Ausdruck eines gesellschaftlichen Fetischverhältnisses versteht und kritisiert, skizziert Scholz deren Indifferenz gegenüber dem hierarchischen Geschlechterverhältnis.

Die Wertabspaltungsthese behauptet, dass im warenproduzierenden Kapitalismus "das Weibliche" - u.a. die Hausarbeit, das Sinnliche und das Kontingente - vom Wert, von der abstrakten Arbeit und den damit zusammenhängenden Rationalitätsformen abgespalten wird. Wert und "Abspaltung" stehen dabei in einem dialektischen Verhältnis - als Trennung in einer Einheit - zueinander. "Der gesellschaftliche Gesamtzusammenhang bestimmt sich also keineswegs allein aus der fetischistischen Selbstbewegung des Geldes und dem Selbstzweckcharakter der abstrakten Arbeit im Kapitalismus. Vielmehr findet eine geschlechtsspezifische ‚Abspaltung` statt, die mit dem Wert dialektisch vermittelt ist. Das Abgespaltene ist kein bloßes Subsystem dieser Form, sondern wesentlich konstitutiv für das gesellschaftliche Gesamtverhältnis. Das heißt, es besteht kein logisch-immanentes ‚Ableitungsverhältnis` zwischen Wert und Abspaltung (...). Beides ist im anderen enthalten, ohne deshalb jeweils mit ihm identisch zu sein. Es handelt sich um die beiden zentralen, wesentlichen Momente desselben in sich widersprüchlichen und gebrochenen gesellschaftlichen Verhältnisses, die auf demselben hohen Abstraktionsniveau erfasst werden müssen." (S.18)

Scholz holt das hierarchische Geschlechterverhältnis in die gesellschaftliche Totalität hinein. Das Abgespaltene erhält eine "Form der Formlosigkeit" (S.21), die nicht mehr mit den Kategorien der Wertkritik erfasst werden kann. Denn diese begreift alles, was aus der Warenform herausfällt, als "nichtlogisch" und "nichtbegrifflich" und katapultiert sie aus der Theoriebildung heraus.

Das abgespaltene "Weibliche" verklärt Scholz nun nicht zum besseren Gegenstück zur warenförmigen "Männlichkeit". Vielmehr handelt es sich um eine negative Einheit von Warenform und Abspaltung. Sie wendet

sich auch gegen die in einigen linken und feministischen Ansätzen vorfindbare Lobpreisung des Gebrauchswertes als vermeintlich "weibliches", sinnliches und widerständiges Gegenstück zum Tauschwert. Vielmehr muss der Gebrauchswert als Geschöpf des Kapitals selbst betrachtet werden. Die Vorstellung eines abstrakten Nutzens des Gebrauchswertes kann erst auftauchen, nachdem sich die Warenform durch das Kapitalverhältnis einigermaßen flächendeckend verallgemeinert hat. Der Gebrauchswert ist nur im Zirkulationsprozess Gebrauchswert, er bezeichnet nicht den konkreten Nutzen des sinnlich-stofflichen Gebrauchs, sondern nur den abstrakten Nutzen eines Tauschwertes.

Das Gros der feministischen Theorie hängt einer "affirmativen Illusion" (S.99) an. Ähnliche Vorwürfe, die sich an die traditionelle Arbeiterbewegung richteten, ereilen auch die Frauenbewegung. Vor allem kritisiert Scholz die Ontologisierung des Arbeitsbegriffes und die Vernachlässigung des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhanges, weil dabei die soziale Konstruktion und historische Durchsetzung der modernen (Lohn-)Arbeit aus dem Blick gerät.

Forderungen nach einer Bezahlung von Hausarbeit oder wenigstens eine Höherbewertung der nicht-entlohnten Arbeiten erteilt sie genauso eine Absage wie den Versuchen, die Lohnarbeit "frauenfreundlicher" zu gestalten. Indem Geschlecht als "soziale Strukturkategorie" (Becker-Schmidt), analog zur "Klasse", gefasst wird, die soziale Chancen zuweist, offenbart sich, dass das Problem nur auf einer Oberflächenebene behandelt wird. Diese Perspektive zeigt auch, dass es sich hier im Grunde um das systemimmanente Prinzip von Verteilungsgerechtigkeit im Sinne eines alten Klassendenkens handelt: Frau will mehr vom Kuchen abhaben , und zwar ein "gerechtes" Stück.

Das Patriarchat verwildert

Kritisiert wird auch Becker-Schmidts These, wonach Männer und Frauen zuerst kulturell hergestellt sein müssen, damit eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung möglich wird. Nach Scholz Meinung kann es hier keine Vorgängigkeit geben, da Männlichkeit und Weiblichkeit im Sinne moderner Zweigeschlechtlichkeit und die Aufteilung in abstrakte Arbeit und Hausarbeit logisch und historisch zusammengehören. Taucht die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bei Becker-Schmidt nur als Begleiterscheinung von Denkformen, Institutionalisierungen und sozialpsychologischen Konflikten auf, die aus der Geschlechterdifferenz entstehen, so hatten Beck-Gernsheim/Ostner dagegen die materielle Dimension der Trennung von Berufsarbeit und Hausarbeit überbetont. Beide Varianten sind unzureichend, da sie jeweils eine Schlagseite in Richtung Kultur bzw. in Richtung Ökonomie aufweisen und diese Seiten jeweils absolut setzen.

Die Wertabspaltungsthese bezieht Scholz aber nicht nur auf das Patriarchat und die feministische Theorie der Moderne. Sie konfrontiert ihren Ansatz auch mit dem gewandelten, "verwilderten" Patriarchat in einer globalisierten, postmodernen Welt. Trotz der Erosion traditioneller Geschlechtervorstellungen existiert weiterhin ein hierarchisches Geschlechterverhältnis. Angesichts einer weltweiten "Feminisierung der Armut" und einer "Feminisierung der Verantwortung" (Christa Wichterich) im sozialen und ökologischen Bereich stellt Scholz fest, dass sich die Geschlechteridentitäten zwar auflösen, aber nicht aufheben. Folglich stellt sich in der "Verwilderung des Patriarchats" (S. 137) erneut ein hierarchisches Verhältnis zwischen den Geschlechtern ein.

Behauptungen wie beispielsweise von Christel Dormagen, die meinen, Männer und Frauen seien auf dem postmodernen Markt strukturell gleich geworden, erteilt sie damit eine Absage. Auch postmoderne, dekonstruktivistische Ansätze, die eine Auflösung starrer Geschlechteridentitäten behaupten, kritisiert sie mit den Schlagworten "Edel-Individualisierung" und "Zwangs-Flexi-Identitäten". Diese Konzepte verdoppeln nur noch die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Theorie und bekräftigen diese.

Damit wendet sie sich gegen eine Verabsolutierung von Differenzen in der Postmoderne, da diese Praxis einen konservativen Charakter besitze und bei politischen Entscheidungen lähme. Die widersprüchlichen Entwürfe, Differenzen und Ambivalenzen bleiben einfach nebeneinander stehen. Kontroversen auf internationalen Konferenzen wie z.B. im Frauen-NGO-Forum in Huairou im Rahmen der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 oder innerhalb des Süd-Netzwerk DAWN werden kaum mehr ausgetragen.

Diese Lähmung zeigt sich auch in der feministischen Theorie, die sich mehr und mehr in eine Gender-Theorie verwandelt. Die dekonstruktivistischen Ansätze können das binäre Geschlechtermodell in Frage stellen, sie sind aber nach Scholzens Ansicht kaum mehr in der Lage, sich in der Frauenfrage zu positionieren. Zwar gerät ihr zuweilen bei der Kritik dekonstruktivistischer Theorie die Entstehungsgeschichte des jeweiligen Ansatzes

und seines berechtigten Abgrenzungsbedürfnisses gegenüber unzureichendenden, essentialistischen Konzepten aus dem Blick. Auch wird sie postmodernen Theorien nicht gerecht, wenn sie Dekonstruktion und Ansätze von "devianten Subjekten" (Sabine Hark) nurmehr auf ein Repertoire sozialer Rollen (Mutter, Geschäftsfrau, Geliebte, etc..) reduziert, das eine Frau in sich vereinigt. Dennoch kann nicht abgestritten werden, dass eine Pluralisierung der Lebensstile, ein Spielen mit Identitäten und eine Zunahme biografischer Wahlmöglichkeiten den Erfordernissen postfordistischer Gesellschaften entspricht bzw. diese zur Voraussetzung hat.

Scholz plädiert nicht für eine Rückkehr zu einer "Dominanzkultur" (Birgit Rommelsbacher), in der Differenzen unterbelichtet bleiben, wohl aber für das zu vollbringende Kunststück, auch "auf der Ebene des praktischen Engagements die Spannung zwischen Gemeinsamkeiten und Unterschieden, zwischen Allgemeinem und Besonderem/Einzelnem auszuhalten und zu bewältigen". Ratschläge, wie dies konkret zu bewerkstelligen ist, erteilt sie nicht.

Das Buch von Scholz ist kein - wie sie selbst formuliert - "Theorieburger" (S.12) zum Reinziehen. Es ist vielmehr ein hartes Stück Brot, das gründlich gekaut werden will. Satt und zufrieden ist man nach der Lektüre allerdings nicht - der Text bietet keine "psychologische Entlastung" in Form einfacher Erklärungen und hoffnungsvollen Handlungsansätzen. Scholzens abstrakte Ausführungen sind u.a. der Einsicht Adornos geschuldet, wonach sich eine konkrete Handlungsanleitung verbiete und bereits die Präzisierung des "Falschen" ein Index des "Richtigen" sei.

"Zwangs-Flexi-Identitäten"

Im Vordergrund steht die Verstrickung der verschiedenen feministischen Überlegungen in den Gesamtzusammenhang der Wertabspaltung - sei es der nationalstaatlich orientierte neue "Geschlechtervertrag", die globale "Neubestimmung des Politischen" im Sinne einer Zivilgesellschaft oder die Subsistenzarbeitsvision.

Dennoch fragt sie auch nach emanzipatorischen Bewegungsspielräumen im Sinne der Wertabspaltungsthese. Sie verwirft nicht rigoros jegliche konkrete Forderung, die sich systemimmanent bewegt; sie stellt aber klar, dass sie "pseudo-konkrete, illusorische Handlungsmodelle" ablehnt, die sich schon von vornherein bloß auf systemimmanenten Terrain bewegen, ohne eine "gesellschaftstranszendierende Perspektive überhaupt noch in den Blick nehmen zu können" (S. 172).

Statt unverbindlicher Bündnis-Initiativen soll auf einer gemeinsamen, antikapitalistischen Plattform bestanden werden, die sich einen gesellschaftskritischen Standpunkt erobert. Das warenförmige Patriarchat mit all seinen Implikationen in Frage zu stellen bedeutet für Scholz, nach Wegen zu suchen, "die jenseits von konkurrenten Individualisierungstendenzen, jenseits der geschlechtlichen Funktionsteilung, der Zwangsheterosexualität und der vorrangigen ökologisch-sozialen Krisenverantwortung von Frauen" (S.159f) liegen.

Anke Schwarzer

Roswitha Scholz: Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministischen Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats.

Horlemann-Verlag, edition krisis, Bad Honnef, 2000, 201 Seiten, 24 DM

27. Science in Action. Vom Modewort zur Wissenschaft - "Gender Studien" von Christina von Braun und Inge Stephan

Autor: Sk/At · Rubrik: Frauen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:41

Als 1991 die deutsche Übersetzung von Judith Butlers "Gender Trouble" (1) veröffentlicht wurde, kam es unter bundesdeutschen Feministinnen zu großer Aufregung. Während die hiesige Frauenbewegung noch um die Anerkennung "weiblicher Erfahrungen" und die Institutionalisierung feministischer Theoriebildung an den Universitäten rang, wurde sie durch Butlers "Absage an ein kollektives Frauen-Wir (...), ihre Auffassung von der sozialen und kulturellen Konstruktion von sex und gender (...), ihre Polemik gegen jeglichen Essentialismus", in eine paradoxe Situation katapultiert: "Aus der Vorhut der Emanzipation (war) quasi über Nacht eine Nachhut geworden (...), die hilflos zusehen musste, wie sich die Grundlagen ihres Selbstverständnisses in bestürzender Geschwindigkeit zersetzten" (S.64). So fasst Inge Stephan, Literaturwissenschaftlerin und Co-Herausgeberin des Sammelbandes "Gender Studien", in einem einführenden Aufsatz den Theorie-Clash zwischen US-Postfeministinnen und BRD-Nochfeministinnen zusammen.

Die "Gender Trouble" folgenden Debatten reduzierten sich häufig auf einen Abwehrkampf gegen Butlers Thesen. Thema war weniger der in den 80er Jahren ausgetragene Streit um Differenz (2) oder Gleichheit (3). Auf Widerstand stießen Butlers Angriffe gegen die Annahme, Zweigeschlechtlichkeit sei ein Naturgesetz (4). Konnte frau sich mit der ebenfalls aus den USA stammenden Unterscheidung zwischen Sex (etwa: biologisches Geschlecht) und Gender (etwa: soziales Geschlecht), bei der sich "die Frage nach der sozialen Konstruiertheit von Geschlecht quasi von selbst stellt" (S.58), noch anfreunden, wurde vor allem Butlers Behauptung, Sex und Gender seien durch Diskurse hervorgebracht, vielfach strikt zurückgewiesen. Geradezu provoziert fühlten sich in den 70er Jahren sozialisierte Feministinnen - teilweise zu Recht. Hatte diese Generation doch jahrelang dafür gekämpft, den weiblichen Körper aus seinem patriarchal definierten Objektcharakter zu lösen und Frauen als selbstbestimmt handelnde Subjekte in Geschichte, Wissenschaft und Alltag sichtbar zu machen. Als Mittel diente ihnen eine klar identitäre, mitunter stark essentialistische Politik.

Jenseits der Polemiken gegen Butler führte der Theorie-Clash allerdings auch deutlich den weitaus differenzierteren Stand der Diskussion um Gender und Feminismus in den USA vor, in der zudem die Kategorien race und class schon lange untrennbar mitverhandelt wurden, während diesbezüglich in den akademischen Debatten hier zu Lande blinde Flecken dominierten. Trotz aller Bemühungen um Etablierung kämpft beispielsweise der in der Bundesrepublik bisher einzige interdisziplinäre Magister-Studiengang Gender Studien/Gender Studies an der Berliner Humboldt-Universität seit seinem Bestehen 1997 um wissenschaftliche Legitimität.

Theorie-Clash mit US-Debatte

Insbesondere aus diesem Grund ist der von Inge Stephan und Christina von Braun vorgelegte Sammelband bemerkenswert. Denn zum einen geben die vier einführenden kulturhistorischen und theoretischen Texte erstmals einen umfassenden Überblick in deutscher Sprache zur Entwicklung des Begriffes Gender (5) als politisches und wissenschaftliches Analyseinstrument. Zum anderen geht es um eine eigene Positionierung zur in den USA herausgearbeiteten sozialen Strukturkategorie Gender. 17 Beiträge aus verschiedenen wissenschaftlichen "Disziplinen" beleuchten jeweils Verankerung und Ausrichtung der Kategorie in Lehre, Theoriebildung, Forschung und Personalpolitik der einzelnen Fächer.

Vor allem aber zeichnen die Herausgeberinnen die - akademischen - Debatten um den Begriff und die Suche nach einer wissenschaftlichen Handhabung der Kategorie nach. Interessant ist dies auch für eine politische Auseinandersetzung außerhalb des Wissenschaftsbetriebes. Was für das politische Praxisfeld mit "strategischem Essentialismus" bezeichnet wird, das bewusste, strategische Umgehen mit identitären Konzepten, um Bündnisse eingehen und politische Ziele erreichen zu können, fordern vor allem HistorikerInnen und SozialwissenschaftlerInnen gegenüber postmodernen TheoretikerInnen wie Butler als Methode ein, ohne die Wissenschaft nicht möglich sei.

Für ein Verständnis von Gender als "Mittelweg" - zwischen dem Konstruktivismus einer Judith Butler (6) und dem essentialistischen Differenzdenken deutscher 70er-Jahre-Feministinnen -, plädieren implizit auch die Herausgeberinnen. Die Philosophin Seyla Benhabib erfährt in diesem Zusammenhang eine besonders positive Rezeption. Benhabib spricht sich dafür aus, das Subjekt und den Körper "im Kontext (...) gesellschaftlicher, sprachlicher und diskursiver Praktiken zu situieren" und eine Art von "Autonomie zu reformulieren", die der "grundsätzlichen Situiertheit des Subjekts Rechnung trägt" (S. 71).

Allerdings setzen Inge Stephan/Christina von Braun ihre Entscheidung für den "Mittelweg" mit einer Entscheidung für die Zweigeschlechtlichkeit gleich. Diese Position wird bereits in der Einleitung deutlich: "Der Vorteil der Gender-Kategorie liegt im Vergleich zu den von der älteren feministischen Forschung verwendeten Begriffen Weiblichkeit und Männlichkeit in ihrem Vermögen, beide Geschlechter einzuschließen" (S.10).

Genderstudien bestimmen die Herausgeberinnen zunächst als Forschung, "die nach der Bedeutung des Geschlechts für Kultur, Gesellschaft und Wissenschaften fragen" und im Gegensatz zur feministischen Forschung, "die häufig als (...) Ausgrenzungskategorie verstanden worden ist, ein Angebot auch an männliche Wissenschaftler darstellt, sich mit der Konstruiertheit ihrer eigenen (...) Geschlechtsidentität auseinander zu setzen", um die typische Arbeitsteilung "Frauen beschäftigen sich mit feministischer Forschung" und Männer mit vorgeblich geschlechtsneutraler "hard science" aufzubrechen. Die Genderforschung habe jedoch nicht zum Ziel, die Frauenforschung zu ersetzen bzw. feministische Kategorien zu "verwässern". Genderstudien sollten vielmehr als Form der Wissenschaftskritik aufgefasst werden, deren "Interdisziplinarität es erlaubt die Kategorien der Wissensordnung und Wissensstrukturierung zu hinterfragen".

BRD-Feminismus abgehängt

Diesem Anspruch werden Braun/Stephan in verschiedener Hinsicht nicht gerecht. Abgesehen von der Tatsache, dass sie, ihrem etwas vernebelten Dogma der Zweigeschlechtlichkeit folgend, die Queer-Theorie (7) zwar erwähnen, aber eher als Spielart postmoderner Ansätze werten, gibt es nur einen Text, verfasst von Willy Walter, der sich mit Gender und Männerforschung beschäftigt. Dieser Aufsatz sticht jedoch auch aus einem anderen Grund heraus. Ausführlich stellt Walter die an Gramscis Hegemonietheorie angelehnten Untersuchungen des australischen Maskulinitätsforschers Robert Connell zur Transformation des Patriarchats und hierarchischen Ausdifferenzierung von Maskulinitätkonzepten im globalisierten Kapitalismus vor.

Alle anderen Beiträgen vernachlässigen den Aspekt der politischen Ökonomie in Bezug auf "Weiblichkeitskonzepte" völlig. Tenor des Buches ist, Gender zwar als Analysekategorie für die Wissenschaftskritik zu betrachten, um den Mainstream in der Wissenschaft als Malestream zu entlarven. Die Kritik am Main des Mainstream bleibt allerdings weitgehend ausgeblendet. So werden die Pläne zur Studienreform an bundesdeutschen Hochschulen, sprich die stärkere Marktorientierung von Lehre und Forschung, Erhöhung der Studiengebühren, Verstärkung der Zulassungsbeschränkungen etc., nicht erwähnt, geschweige denn die möglichen geschlechterdifferenzierenden Auswirkungen Umstrukturierungsmaßnahmen.

Auch der von den Herausgeberinnen beklagte Zustand, dass Genderstudien in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern nach wie vor zu kurz kommen, wird in der Aufsatzsammlung nicht aufgehoben: Lediglich drei der fachspezifischen Beiträge widmen sich naturwissenschaftlich-mathematische Betrachtungen: Genderstudien in den Naturwissenschaften, in der Informatik und den Agrarwissenschaften. Es fehlt die Auseinandersetzung mit "rein technischen" Disziplinen, mit der Medizin, insbesondere mit Reproduktions- und Gentechnologie, oder mit planerischen Fächern. Vor allem in der Architektur sowie der Raum- und Stadtplanung hat der Genderfokus jedoch schon länger Eingang gefunden und fristet nicht nur ein Nischendasein.

Entschwindet das Subjekt?

Als Nische beschreibt die Agrarsoziologin Parto Teherani-Krönner die Genderforschung in den Agrarwissenschaften. Den größten Teil dieses Aufsatzes nimmt die Beschreibung der Rolle der Bäuerin im landwirtschaftlichen Produktionsprozess in den sogenannten Entwicklungsländern ein. Dabei kommt Teherani-Krönner leider kaum über die Aneinanderreihung von Daten zum entwicklungspolitischem "Grundwissen" hinaus (Frauen sind die Hälfte der Weltbevölkerung, leisten weltweit 75% aller Arbeit, erhalten jedoch nur 10% des Lohnes und besitzen nur 1% des Eigentums etc.). Deutlich wird die in bezug auf Entwicklungsvorstellungen unkritisch-affirmative Position der Autorin bei ihrer Einschätzung der Ziele der

Gender-Diskussion. Ihrer Ansicht nach werden "Verbesserungen der agrarischen Produktion zur Ernährung der Bevölkerung (...) zu einer Aufgabe der ruralen Frauenforschung" (S. 220). Mit dieser eindimensionalen These folgt Teherani-Krönner dem effizienzorientierten empowerment-Ansatz des entwicklungspolitischen Mainstream und nicht einem herrschaftskritischen Blickwinkel auf die Geschlechterverhältnisse.

Spannender ist der Beitrag von Elvira Scheich, die sich der Gender-Diskussion in den Naturwissenschaften mit einem weitaus theoretischeren Diskurs nähert. Im Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzung steht, wie mit Hilfe naturwissenschaftlicher Definitionen entschieden und über naturwissenschaftliche Prozeduren festgelegt wird, wo die Grenzen zwischen Biologie und Gesellschaft, Kultur und Natur verlaufen. In einem historischen Exkurs erläutert Scheich, wie in dem scheinbar außerhalb des Kontextes von gesellschaftlicher und kultureller Identität stehenden Raum, und einer eindeutig durch Männer dominierten Forschung, scheinbar objektive Ergebnisse erlangt wurden, die in zunehmenden Maße die modernen Lebensbedingungen bestimmen.

main minus male bleibt main

Die Physikerin und Politikwissenschaftlerin erläutert, wie verschiedene Projektionen einer bürgerlich-patriarchalen Wirklichkeit biologische Modelle und Beobachtungen beeinflussen. Des weiteren geht es ihr vor allem darum, die Diskussion um Veränderlichkeit und Dynamik von Geschlecht und Körper darzustellen. Körper und Geschlecht formen sich als Gegenstände der Naturwissenschaften und im Kontext gesellschaftlicher Normen und Interessen. Die feministische Forschung betrachtet Scheich als kollektive gesellschaftliche Praxis, als "Science in Action", anstelle sich nur mit den Resultaten, den logischen Strukturen der Naturgesetze und den experimentellen Entdeckungen zu beschäftigen. Insgesamt folgt Scheich, wie die meisten Autorinnen, eher einem traditionell feministischen denn einem Gender-Ansatz.

Trotz aller Widerprüche kann "Gender Studien" als Versuch gesehen werden, Definition, Anspruch und Probleme eines zwingend interdisziplinär angelegten Studienganges zu formulieren. Exzellent ist der Anhang des Bandes mit einer gut recherchierten Auflistung von Einrichtungen, Studienschwerpunkten, Graduiertenkollegs und Literatur im Internet zur Frauen- und Geschlechterforschung. "Gender Studien" ist ein wissenschaftliches Grundlagenwerk über einen Begriff, der lange Zeit als kulturlinker Softcore-Terminus abgetan wurde. (8)

Sk/At

Anmerkungen:

1) Butler, Judith: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt/Main 1991.

2) Weiblichkeit wird als essentialistisch oder als sozio-kulturell geprägt aufgefasst, soll aber als Differenz und Alternative zur männlich geprägten Kultur neu hergestellt werden.

3) Die Basis für diesen Ansatz bilden Naturrecht und Aufklärung. Gleichheit steht dem zufolge für ein allgemeines Gerechtigkeitsprinzip, wobei es der diesem Ansatz verpflichteten Frauenbewegung aus dem proletarischen bzw. gewerkschaftsnahen Spektrum um den Abbau sozialer Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern geht.

4) So schreibt Hildegard Maria Nickel in ihrem Aufsatz über Gender in den Sozialwissenschaften: "Die Annahme von der Gleichursprünglichkeit von (Geschlechter)Differenz und (Geschlechter)Hierarchie (...) legte sich wie ein Panzer um die bundesdeutsche Debatte (...)" (S.135).

5) für den bis heute kein deutschsprachiges Äquivalent gefunden werden konnte und mit "sozialem Geschlecht" nur unzureichend übersetzt ist.

6) der radikal mit dem Körper als Ort des Vordiskursiven und der Vorstellung des selbstbestimmt handelnden Subjekts bricht

7) ein Ansatz, der versucht sowohl Heteronormativität als auch rigide Zweigeschlechtlichkeit als Zwangsidentitäten sichtbar zu machen und zu überwinden

8) Alle Zitate sind dem besprochenen Buch entnommen

Von Braun, Christina/ Stephan, Inge (Hg.): Gender Studien. Eine Einführung. Metzler-Verlag. Weimar/Stuttgart 2000. 39,80 DM.

28. Wendland in der Ukraine. International gegen Endlagerprojekte

Autor: Wolfgang Ehmke · Rubrik: Ukraine · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:18

Auf Einladung der Umweltinitiativen Bahmat und Mama 86 aus Artemovsk im Donetsker Gebiet startete eine 10köpfige Gruppe von Atomkraftgegner/innen aus dem Wendland Ende Juli zu einer Infotour in die Ukraine. Ein Salzbergwerk in der Nähe von Artemovsk wird vom ukrainischen Geologen und Chefberater der ukrainischen Regierung, Dimitriy Krushchev, als Endlagerstätte für schwach- und mittelaktive Abfälle favorisiert. Per Internet hatten sich die Umweltschützer beider Länder "kennen gelernt". Eine Fahrt in die Sperrzone von Tschernobyl, zahlreiche Pressegespräche und ein umfangreiches Besichtigungsprogramm im Raum Artemovsk standen auf dem Besucherprogramm.

Gleich drei Meldungen in der englischsprachigen Kyiv Post vom 27. Juli illustrieren das Desaster der gegenwärtigen ukrainischen Energiepolitik. Als diplomatischen Erfolg feiert das Kiewer Blatt die Weigerung Polens, eine neue Gaspipeline der russischen Gazprom durch Polen bauen zu lassen und somit die Ukraine zu umgehen. Wegen Fluchtgefahr - so die zweite Meldung - sitzt der ehemalige ukrainische Ministerpräsident Pavlo Lazarenko in den USA in Untersuchungshaft. Er wurde in der Schweiz in Abwesenheit wegen Geldwäsche verurteilt, und 6,6 Millionen US-Dollar von seinen Schweizer Konten wurden konfisziert. Der dritte Artikel befasst sich ausführlich mit einem Untersuchungsprogramm in der 30-Kilometer-Sperrzone rund um Tschernobyl. Dort werden strahlenbelastete Kühe gehalten, deren Fleisch und Milch immer noch stark kontaminiert ist.

Der Super-GAU ist hier in erster Linie forschungspolitisch von Interesse. Eine leise Ahnung des entsetzlichen Leids, dem die Bevölkerung in den Dörfern und der Geisterstadt Pripjet sowie die sogenannten Liquidatoren ausgesetzt waren, spürt nur, wer die Region besichtigt, wer die Erdhügel gesehen hat, unter denen ganze Dörfer begraben sind, oder wer den Friedhof hochverstrahlter Militärfahrzeuge, Feuerwehren und Helikopter zu Gesicht bekommen hat, die in der 30-Km-Zone in Reih und Glied für die Ewigkeit als Atomschrott dauergeparkt sind.

75 Milliarden Kubikmeter Gas konsumieren die Ukrainer bzw. verbraucht die Industrie, 18 Mrd. Kubikmeter werden im Lande gefördert, der Rest kommt aus Russland. Als Mautgebühr für die Durchleitung des Gases nach Westeuropa bekommt das Land 30 Mrd. Kubikmeter "geschenkt", die restlichen 27 Mrd. Kubikmeter hat das Land bislang abgezweigt, ohne zu zahlen. Offiziell eingestanden wird ein Schuldenberg von 1,4 Mrd. US-Dollar, Moskau fordert hingegen über 2 Mrd. Dollar von der Ukraine.

Korruption, Schulden und Verschwendung

Das Land geht mit Energie extrem verschwenderisch um. Angesichts des "Gasklaus" ist es kein Wunder, wenn Energie als Kostenfaktor bislang so gut wie gar nicht ins Gewicht fiel. Im Vergleich zu Westeuropa ist der Energieeinsatz in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt vier Mal höher. Die Ineffizienz der Industrie wiederum hat mit der Energieverschwendung, hohen Leitungsverlusten sowie der Ausbeutung unrentabler Kohlegruben zu tun. Aber auch die Macht der alten Nomenklatura spielt eine große Rolle. Acht bis zehn Oligarchen beherrschen das Land, meist sind oder waren sie die Chefs der staatlichen Schlüsselindustrien wie jener Pavlo Lazarenko. Der ehemalige Direktor der staatlichen Energiebehörde Jedinyje Energetitscheskije Sistemy, 1997 für 11 Monate Premierminister unter Kuchma, mit dem er zudem verschwägert ist, soll, so das Gerücht, 907 Mio. US-Dollar in seine Tasche gewirtschaftet haben: das ist knapp ein Drittel des ukrainischen Staatshaushalts.

Um energetisch von Russland unabhängiger zu werden, setzt Präsident Leonid Kuchma mit breiter Unterstützung durch das Parlament auf die Atomkraft. Die bestehenden fünf Atomkraftwerke mit ihren 14 Blöcken schlagen mit ihrer 67%igen Verfügbarkeit alle anderen Energieträger haushoch. Die Ukraine will mit Mitteln der Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBRD) die Blöcke Rovno 2 und Chmelnitsky 4 (Kürzel R2/K4) vollenden als Kompensation für die Stilllegung der Reaktoren in Tschernobyl. Der letzte Reaktor soll dort am 15. Dezember abgeschaltet werden. Für die erneute Ummantelung des brüchigen Sarkophags fehlen immer noch 62 Mio. Dollar. 760 Mio. Dollar sind seitens der G-7 Staaten für den Einschluss des

Katastrophenreaktors zugesagt. Experten rechnen allerdings damit, dass allein für die nächsten 15 Jahre die doppelte Summe nötig wird, um den Sarkophag zu sichern.

Die Bundesregierung wird sich an der Finanzierung der Reaktoren R2/K4 nicht beteiligen. Leonid Kuchma wurde bei seinem Deutschlandbesuch im Juli in Leipzig bedeutet, dass Rot-grün jedoch bereit ist, den deutschen Beitrag im Rahmen des 1995 unterzeichneten Memorandum of understanding zu zahlen: allerdings für die Förderung konventioneller Energien oder für die Ertüchtigung von Leitungsnetzen. Diese gewandelte Position unterstrich auch der deutsche Botschafter Dr. Eberhard Heyken gegenüber der Besuchergruppe. Damit ist die Vollendung der Reaktoren jedoch nicht ausgeschlossen: einerseits wollen die anderen G-7 Staaten das auf 1,4 Mrd. Dollar veranschlagte Projekt unterstützen, vor allem Siemens und Framatome hoffen auf die milliardenschweren Kredite, andererseits unterbreitete kürzlich auch Russland das Angebot, die beiden Blöcke für nur 800 Mio. Dollar zu Ende zu bauen. Ein Controllingverfahren soll außerdem verhindern, dass diese Gelder in den Taschen von korrupten Oligarchen verschwinden.

Ein Land, in dem es noch nicht einmal Gaszähler gibt, ist anfällig für "Billiglösungen". Eine dieser Billiglösungen schlägt der Geologe Dimitrij Krushchev vor: er möchte in einem ausgedienten Salzbergwerk im Gebiet Artemovsk im südöstlichen Teil der Ukraine ein Endlager für nicht-wärmeentwickelnde Abfälle einrichten. Dass in diesem Gebiet Speisesalz seit dem Mittelalter abgebaut wird und die erste Schachtanlage bereits vor 130 Jahren gebaut wurde, dass das Bergwerk nur 280 Meter unter der Erdoberfläche liegt und Wasserwegsamkeiten bestehen, spielt in den Überlegungen Krushchevs keine bedeutende Rolle. Er debattierte auf der abschließenden Pressekonferenz in Kiew aggressiv mit dem mitgereisten Kieler Quartärgeologen und Gorleben-Experten Professor Klaus Duphorn. Irgendwo unter Tage ließe sich schon ein Platz für den Müll finden.

Kein deutsches Geld für das Atom

In Soledar, dem Bergwerksort, und Artemovsk ist die Position der kommunalen VertreterInnen einhellig. "Wenn hier ein Atommülllager eingerichtet wird, ist die Stadt tot", sagte Walentina Laschko, die Bürgermeisterin in Soledar. 30 Prozent der Werktätigen aus Soledar sind im Salzbergwerk beschäftigt, und bei der Einlagerung von Atommüll sei der Rufschaden so groß, dass sich das Speisesalz nicht mehr vermarkten ließe. In den Salzkavernen ist ein Sanatorium eingerichtet, das könnte man dann ebenfalls gleich schließen. Und Artemovsk fürchtet ebenfalls um den guten Ruf: dort wird der weltberühmte Krimsekt in einem Bergwerk unter Tage im Kreidefels gebraut. Sind bei so einhelliger Ablehnung in der Region die Endlagerpläne in Soledar nicht vom Tisch? Walentina Laschko warnt: "Die Verfassung und die Gesetze funktionieren noch nicht so, deshalb kann das trotzdem passieren, schließlich kann man damit auch viel Geld verdienen."

Was gibt eine deutsche Delegation, vornehmlich Mitglieder einer Nicht-Regierungs-Organisation, auf einer abschließenden Pressekonferenz in der deutschen Botschaft zu Protokoll? Sie gibt sich diplomatisch: Dass die Bundesregierung den Atomausstieg beschlossen hat, dass es Aufgabe der Bürgerbewegung sei, diesen - unzulänglichen - Beschluss wirklich werden zu lassen und den Atomausstieg zu beschleunigen, dass man sich in Deutschland gegen Hermesbürgschaften für den Bau von Atomanlagen und gegen den Export von Atomtechnologie einsetzen wird. Dass Wissen Macht ist und deshalb dem Informationsaustausch mit den ukrainischen Umweltschützer/innen ein hoher Stellenwert zukommt.

Wolfgang Ehmke

Europäische Endlagersuche in der Ukraine

Im Auftrag der Europäischen Kommission erstellten deutsche, englische und ukrainische Wissenschaftler eine "Machbarkeitsstudie" (Feasibility Study for an Underground repository) für die Atommüllendlagerung in der Ukraine.

In ihrem Abschlussbericht, der 1999 vorgelegt wurde, schlägt das Forscherteam ausgediente Erz- und Uranminen und auch das Salzbergwerk bei Artemovsk als potenzielle Endlagerstätten vor. Das Erz von Saksagan in der Nähe des Atomzentrums Zaporizhzha rangiert aus hydrogeologischen Erwägungen in der Vorschlagsliste ganz oben.

Bereits 1997 legte die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) eine Vorläuferstudie vor, in der ausgediente Bergwerke in der Ukraine auf ihre Eignung als mögliche Endlager vorgestellt wurden. Auch hier tauchen Erz, Uran und Salz als Endlagerstein auf.

Dass mit der Endlagerung des Atommülls auf dem internationalen Parkett lukrative Gewinne winken, hat den russischen Atomminister Jewgeni Adamow kürzlich dazu bewogen, die ehemaligen nuklearen Testgebiete Sibiriens als Atommülllagerstätten ins Gespräch zu bringen. Nach Angaben Adamows könnten Dumping-Preise Interessenten locken, die er in Vorgesprächen in der Schweiz, Deutschland, Spanien, Südkorea und Taiwan ausgemacht haben will.

29. Zwischenlösungen für Zwischenlager

Autor: DSe · Rubrik: Regierungspolitik zu AKWs · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:23

Nach dem Atomkonsens zwischen rot-grüner Bundesregierung und Atomwirtschaft soll der anfallende hochradioaktive Atommüll in Castorbehältern an den jeweiligen AKW-Standorten für mindestens 40 Jahre zwischengelagert werden. Auf diese Weise soll der politische Dauerkonflikt über die ungelöste Entsorgung abgeschaltet werden, da mit der Inbetriebnahme der geplanten Zwischenlager die Castortransporte nur noch auf dem Betriebsgelände stattfinden. Unerreichbar für die Anti-AKW-Bewegung.

Insgesamt 13 Anträge (siehe Tabelle) für die Errichtung von Zwischenlagern an den Standorten haben die AKW-Betreiber beim für die atomrechtliche Genehmigung zuständigen Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) gestellt. Parallel dazu haben die meisten der Betreiber inzwischen auch bei den zuständigen Städten bzw. Gemeinden entsprechende baurechtliche Anträge gestellt. Atomrechtlich geht es beim BfS aber nicht um die umfassende Genehmigung von Anlagen, die nach allen Regeln der Sicherheit ausgelegt werden. Nicht der §7 des Atomgesetzes ist für die Errichtung und den Betrieb der geplanten Zwischenlager anzuwenden, sondern lediglich der §6 AtG. Der regelt die "Aufbewahrung von Kernbrennstoffen außerhalb der staatlichen Verwahrung". Sicherheitstechnisch und atomrechtlich spielt bei der sogenannten Zwischenlagerung ausschließlich der eingesetzte Castorbehälter eine Rolle. Allein der Behälter soll gewährleisten, dass keine Radioaktivität an die Umwelt gelangt. Auch gegen Flugzeugabstürze oder Erdbeben sollen die Behälter gesichert sein. Die Hallen, in denen diese Behälter stehen, sind nichts anderes als übliche Industriehallen ohne jede Sicherheitseinrichtung gegen undichte Castoren. Mit einer Ausnahme ist noch keines der Verfahren in das Stadium der Auslegung von Antragsunterlagen getreten. Die Ausnahme ist das am AKW Lingen vorgesehene Zwischenlager. Dort fand bereits im Herbst letzten Jahres die öffentliche Auslegung der Anträge statt, - im November 1999 war der Erörterungstermin.

Zwischenlager sind überall beantragt

Die Dimensionen der neuen Zwischenlager machen klar, dass sich die Atomwirtschaft keineswegs darauf einrichtet, mit Ablauf der im Konsens vereinbarten Atomstromproduktion die AKWs abzuschalten. So sollen z.B. an den Standorten Brunsbüttel und Krümmel je 150 Castorstellplätze geschaffen werden, in denen der Typ V/52 eingelagert werden soll. Dieser Behältertyp kann 52 bestrahlte Brennelemente aufnehmen. Nur am Rande mag es noch bemerkenswert sein, dass dieser Behälter niemals praktischen Tests unterzogen und seine Zuverlässigkeit lediglich anhand von Berechnungen nachgewiesen wurde. Ein Umstand, der noch vor wenigen Jahren auf heftige Kritik bei den Grünen stieß. Unter Berücksichtigung der jährlichen Menge an auszutauschenden hochradioaktiven Brennelementen könnten beide Lager den Atommüll von jeweils mehr als 50 Jahren weiteren AKW-Betrieb aufnehmen. Ähnlich sieht es bei den anderen geplanten Zwischenlagern aus. Auch diese Planungen machen klar, was der Konsens mit Atomausstieg zu tun hat.

Betreiber und BfS gehen davon aus, dass es rund vier Jahre dauern wird, bis die neuen Atommüll-Zwischenlager in Betrieb gehen können. Diese Zeit ist jedoch für die meisten AKW-Betreiber viel zu lang, denn nach dem von Mitte Mai 1998 bis Anfang 2000 andauernden Transportestopp konnte der Atommüll nicht mehr zur WAA nach Frankreich und England oder in die Zwischenlager Ahaus und Gorleben abgefahren werden. Daher sind die internen Lagerbecken vieler Reaktoren bis zum Rand voll.

Für die Bundesregierung ergibt sich hieraus ein gewisses Dilemma. Denn immerhin sind die Standort-Zwischenlager nach rot-grüner Logik dringend erforderlich, um einerseits die riskanten Atomtransporte zu vermeiden und um andererseits die Plutoniumproduktion in der WAA zu verhindern. Gerade für die Grünen ist es eher unangenehm, wenn nun nach über zwei Jahren Ruhe wieder Castortransporte durch die Republik gefahren würden und zigtausende PolizistInnen zu ihrem Schutz aufgefahren werden müssten. Damit Atomtransporte also auf ein unerlässliches Maß begrenzt bleiben, lässt die Bundesregierung nun jede Form der Flickschusterei zu. Schon im AKW Stade wurde in den letzten beiden Jahren improvisiert, was das Zeug hält. Neue Lagergestelle im Abklingbecken wurde ohne jeden größeren Aufwand genehmigt, um den anfallenden Atommüll aufnehmen zu können. Obwohl dabei das radioaktive Inventar im Uralt-Reaktor Stade immer weiter erhöht wurde, wollten weder das niedersächsische noch das Bundesumweltministerium darin eine "wesentliche Änderung" einer Atomanlage sehen und das erforderliche Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen.

Doch nicht nur in Stade steht es um die Lagermöglichkeiten schlecht. Auch die je zwei AKW-Blöcke in Neckarwestheim und in Philippsburg sind in Bedrängnis. Deshalb haben die Betreiber Energie Baden-Württemberg (EnBW, Philippsburg) und Gemeinschaftskraftwerk Neckar GmbH beim BfS zusätzlich Anträge zur Errichtung von sogenannten Interimslagern gestellt. Die Anträge sehen vor, dass für jeweils 24 Behälter vom Typ Castor Typ V/19 und einer maximalen Zeit von acht Jahren provisorische Lagerplätze auf den Betriebsgeländen hergestellt werden sollen. So soll sicher gestellt werden, dass die betroffenen AKWs einerseits den Atommüll nicht (sofort) und andererseits die Meiler nicht wegen Atommüllverstopfung abgeschaltet werden müssen. Am 18. August endete die öffentliche Auslegung der Antragsunterlagen für beide Vorhaben. In üblicher Manier hatte das unter grüner Leitung stehende BfS die Auslegung direkt in die Sommerpause gelegt. Dennoch konnten 3.600 Einwendungen gegen das Interimslager gesammelt werden.

Zwischen-Zwischenlagerung im Süden

Doch diese neuen Anlagen sorgen vor Ort für einigen politischen Wirbel. Auch diejenigen, die mit dem AKW-Betrieb in der Gemeinde bislang keine großen Probleme hatten, fühlen sich nicht so ganz wohl bei dem Gedanken, dass nun auch noch der gesamte anfallende Atommüll vor Ort gelagert werden soll. Offenbar herrscht hier auch die Sorge vor, dass aus diesen Zwischenlagern ohne weiteres Endlager werden können, denn bis heute ist vollkommen unklar, wo denn jemals ein Endlager errichtet werden kann. So forderte eine in der Umgebung von Neckarwestheim neu gegründete "Aktion Neckarwestheimer BürgerInnen gegen Zwischenlager" den "Abtransport der hochradioaktiven Abfälle in die Zwischenlager Gorleben und Ahaus" (nicht aber die Stilllegung der Reaktoren). Ähnlich lauten die Resolutionen der Gemeinderäte von Neckarwestheim und Gemmrigheim. Auf dem Gelände von Gemmrigheim soll das Zwischenlager entstehen. Da die Gemeinde die Zwischenlagerung vor Ort ablehnt, hat sie für das Gebiet um die geplante Lagerhalle eine baurechtliche Veränderungssperre verhängt. Nun liegt es an der Landesregierung in Baden-Württemberg, diese Sperre wieder aufzuheben.

Verärgerung löste vor Ort vor allem aus, dass die Betreiber zunächst lediglich eine sogenannte Transportbereitstellung beantragten. Dazu wollten die Betreiber 24 Behälter unter freiem Himmel lagern und diese dann abfahren. Den Gemeindevertretern war das aber nicht geheuer und sie vermuteten zu Recht, dass diese Transportbereitstellung der Einstieg in die Zwischenlagerung vor Ort darstelle. Nach heftigen Auseinandersetzungen gelang es den Betreibern jedoch (vor dem Konsens), die Erlaubnis für eine sogenannte "Transportbereitstellung" von sechs Castorbehältern zu bekommen. Diese Behälter sind inzwischen beladen. Als dann im Mai der beim BfS gestellte Antrag auf ein Interimslager gestellt wurde, das bis zur Errichtung des Zwischenlagers genutzt werden soll, fühlten sich die GemeindevertreterInnen verschaukelt. Seit dem soll es sogar in CDU-Kreisen zu Überlegungen gekommen sein, dass die AKWs abgeschaltet werden müssten, um die Zwischenlagerung zu verhindern.

AKWs ja - Lager nein

Nicht ganz so deftig, aber streitbar ging es auch in Philippsburg zu. Dort erteilte der Gemeinderat mit denkbar knappen 11:10 Stimmen das "gemeindliche Einverständnis" mit dem Vorhaben. Inzwischen sind sechs Betonfundamente gelegt.

Auseinandersetzungen dürfte es in den nächsten Monaten aber auch an den anderen Standorten, an denen Zwischenlager errichtet werden sollen, geben. So hat der schleswig-holsteinische Energieminister Claus Möller (SPD) dem Vorhaben widersprochen, in Krümmel, Brunsbüttel und Brokdorf drei Lager zu errichten. Er hält ein gemeinsames Lager für ausreichend. Vor allem mit Blick auf Krümmel, wo die Bevölkerung angesichts zahlreicher Leukämieerkrankungen von Kindern gegenüber dem AKW einigermaßen kritisch eingestellt ist und zusätzlich zum AKW auch die Atomforschungsanlage der GKSS steht, will Möller keine neue Atomanlage errichten lassen. Abgesehen davon ist der Weg von Krümmel nach Gorleben nicht allzu weit. Allerdings ist Möller für das Genehmigungsverfahren nicht zuständig und für alle drei AKWs sind Bauanträge gestellt. Nach Angaben der HEW müssen die AKWs Brunsbüttel und Krümmel im nächsten Jahr wieder Atomtransporte durchführen. Ein Sprecher der HEW hatte vor wenigen Wochen erklärt, dass die HEW keine Anträge auf die Errichtung von Interimslagern plane.

DSe

30. Alles Lüge. Demo gegen den rot-grünen Atomkonsens

Autor: DSe · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:22

Noch ist offen, wie die rot-grüne Bundesregierung den mit der Atomwirtschaft verhandelten Konsens per Novelle im Atomgesetz umsetzen wird. Für die Anti-AKW-Bewegung ist jedoch klar, dass sie in den kommenden Monaten jede Menge Arbeit haben wird. Der Auftakt findet am 23. September statt. Dann soll es in Gorleben zu einer bundesweiten Demonstration kommen.

Sommerpause? Zumindest für die Anti-AKW-Bewegung dürfte dieses Wort in diesem Jahr aus dem Duden gestrichen sein. Kaum hatte die Bundesregierung mit der Atomwirtschaft den Konsens vereinbart und die Grüne Partei in Münster für den langfristigen Weiterbetrieb der Atommeiler grünes Licht gegeben, da hatte die Anti-AKW-Bewegung schon die Devise ausgegeben: Bundesweite Demonstration am 23. September in Gorleben unter dem Motto Ausstieg? Alles Lüge!

Derzeit wird noch intensiv am Ablauf und Programm der Demo gearbeitet. Fest steht, dass Jacob von Uexbüll, der "Erfinder" des alternativen Nobelpreises, auf der Kundgebung in Gorleben sprechen wird. Noch nicht abschließend geklärt ist die Teilnahme des Schauspielers Rolf Becker, der in diversen Fernsehproduktionen mitgewirkt hat und derzeit in Hamburg bei der Aufführung des "Jedermann" zu sehen ist. Um weitere RednerInnen wird sich noch gekümmert. Doch nach alter wendländischer Sitte wird es nicht nur Reden, sondern auch Kultur geben. Zugesagt haben z. B. Thomas Ebermann und Reiner Trampert. Die tingeln ja seit einigen Monaten mit einer Art politischem Kabarett recht erfolgreich durch die Lande. In Gorleben - so ist zu vernehmen - wird es etwas aus diesem Programm, aber auch einige neue Texte geben. Für das Tanzbein wird die Magdeburger Rock-Band "Aufbruch" aufspielen. Und auch hier gilt: Bis zur Demo wird noch einiges dazu kommen.

Totgesagte leben länger

Politisch ist die Demo die erste gemeinsame Aktivität der Anti-AKW-Bewegung nach dem Konsens. Und das macht diese Demo auch problematisch, denn bislang kann niemand so richtig einschätzen, wie sich der Atomkonsens und die grüne Beteiligung daran für die Mobilisierungsfähigkeit der Anti-AKW-Bewegung auswirken wird. Würde es sich nicht um eine politische Demonstration, sondern um Aktivitäten gegen einen Castor handeln, wäre es vermutlich noch einfach, die Lage einzuschätzen. Aber politische Manifestationen, die seit Jahren als Latschdemos denunziert werden, entziehen sich heute fast jeder Möglichkeit einer Einschätzung. Zwar haben die einschlägigen Gruppen und Aktiven ebenso wie die Umweltverbände ihre Unterstützung für die Demo zugesagt. Doch es ist inzwischen eine Binsenweisheit, dass zwischen solchen Zusagen und der tatsächlichen Anwesenheit ein ganzes Stück Weg liegt. Unklar ist, welche Stimmung derzeit eigentlich in der Anti-AKW-Bewegung und ihrem Umfeld herrscht. Nimmt man die (Presse-)Veröffentlichungen, dann könnte man ohne weiteres der Auffassung sein, dass ein "jetzt erst recht" vorherrscht und die Beteiligten mit Elan zur Arbeit des Mobilisierens schreiten. Doch das ist so nicht erkennbar, denn der Großteil der notwendigen Vorbereitung für die Demo in Gorleben lastet fast ausschließlich auf den Schultern der Dannenberger. Nicht etwa das die AktivistInnen andernorts faul rumliegen. Widerstand gegen Zwischenlagerhallen, Transportbereitstellungsflächen, Castor-Leertransporte etc. werden emsig bearbeitet (siehe Artikel in dieser Ausgabe). Aber auch daraus lässt sich für die Demo in Gorleben wenig ableiten. Und doch ist das nicht unbedingt ein negatives Zeichen. Nicht erst die letzte Demo im November 1999 in Berlin wurde fast ausschließlich auf dem Rücken der Dannenberger getragen und trotzdem kam da ein ganz gutes Ergebnis raus.

Jenseits stark tönender Erklärungen hört man in den Gesprächen mit AktivstInnen landauf landab aber auch eine gehörige Portion Frust und Ratlosigkeit. Denn den meisten Beteiligten ist durchaus klar, dass die Schlachten gegen die Zwischenlager an den AKW-Standorten kaum zu gewinnen sein werden, dass die Castortransporte in nächster Zeit aussterben und so der Garant für Massenmobilisierungen verschwinden wird. Was dann, wie geht es danach weiter? Was kann man noch tun, nachdem die Grünen diesem Wahnsinn zugestimmt haben? Kein Wunder, wenn die jetzige Mobilisierungsphase nicht eben als schwungvoll

bezeichnet werden kann. In dieser politischen und emotionalen Gemengelage steht die Demo in Gorleben. Nicht einmal untereinander werden Zahlen über die zu erwartenden TeilnehmerInnen gehandelt, so stark ist die Verunsicherung.

Den Rücken stärken

Eine breite politische Unterstützung der Linken, ausgedrückt in reger Beteiligung auch derjenigen, die die Atomfrage nicht unbedingt als ihr Hauptthema ansehen und die z.B. in Sachen Antifa derzeit viel beschäftigt sind, würde der Anti-AKW-Bewegung sicherlich Mut machen und ihr für die kommenden Auseinandersetzungen in Sachen Standort-Zwischenlager, in Sachen Castortransporte etc. den Rücken stärken. Eine solche Unterstützung wäre aber auch für die Grünen ein deutliches Warnzeichen, dass die kommenden Castortransporte für sie eine echt unangenehme Geschichte werden. Immerhin leidet die Partei schon jetzt unter schwindenden WählerInnen und eine starke Demo in Gorleben könnte die Stimmung gegen die Grünen Konsensmacher sicher weiter verschlechtern. Die Anti-AKW-Gruppen wären gut beraten, sich in ihren Städten nach der Sommerpause aktiv um die Unterstützung aus anderen politischen Bereichen der Linken zu bemühen, aber auch in Richtung Grüner Basis und WählerInnen dafür zu werben, nach Gorleben zu fahren.

DSe

Die Demo wird - wie alle politische Arbeit - Geld kosten. Und es wird niemanden überraschen, dass mit der politischen Entwicklung der Grünen auch die Geldtöpfe für den Anti-AKW-Widerstand entrücken. Deshalb ist die BI Lüchow-Dannenberg dringend auf Spenden angewiesen: Konto: 2060721 bei der KSK Lüchow BLZ: 25851335, Stichwort: Alles Lüge. Plakate und Flugblätter gibt es im BI-Büro unter 05841-4684 oder per Fax unter 05841-3197.

31. Pokern um den ersten Castor

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Regierungspolitik zu AKWs; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:39

Nach nun schon über zwei Jahren ohne Castortransporte wird es in den vorhandenen Lagern der Atomkraftwerke eng. Inzwischen hat die rot-grüne Bundesregierung erste Genehmigungen für Atomtransporte bewilligt. Nur Castoren sind seither noch nicht gerollt.

In der Anti-Atom-Bewegung ist mensch etwas unschlüssig, was davon zu halten ist. Einerseits sind viele stolz, dass sich Staat und Atomwirtschaft so vor dem Widerstand fürchten, dass sie nun seit über zwei Jahren keine Castoren mehr auf Reisen schicken. Vor allem durch die fehlenden Transporte zu den Wiederaufarbeitungsanlagen in La Hague und Sellafield könnte dazu beigetragen werden, die verantwortungslose WAA-Technologie früher als geplant zu beenden.

Andererseits gibt es bei manchen inzwischen den heimlichen Wunsch nach einem neuen Transport. Dies vor allem deshalb, weil AKW-Betreiber und Regierung versuchen, das weitere Wachstum des Atommüll-Berges durch Verzicht auf Transporte zu verschleiern.

Weil aber die Lagerkapazität in den sogenannten Abklingbecken bei einigen Reaktoren erschöpft ist, drängen die AKW-Betreiber in letzter Zeit wieder massiver auf Transporte.

Noch in diesem Jahr, so fordern die Stromkonzerne, sollen zwei Castor-Züge von den süddeutschen AKWs Neckarwestheim und Biblis zum westfälischen Zwischenlager Ahaus rollen. Hoher Druck herrscht auch weiter zur Wiederaufnahme der Transporte von hochaktiven WAA-Abfällen aus La Hague nach Gorleben. Bis 2005, so wird vorgerechnet, sollen 100 Behälter ins Wendland rollen, im nächsten Jahr sind zwei Sixpack-Züge vorgesehen. Wichtig ist für die deutsche Seite der erste Gorleben-Transport auch deshalb, weil Frankreich daran bisher die Bereitschaft knüpft, auch wieder Müll aus den hiesigen AKWs anzunehmen. Und gerade diese Transporte zu den Wiederaufarbeitungsanlagen sollen in den nächsten Jahren jegliche Atommüll-Engpässe überbrücken helfen. Noch im September wird mit den ersten Genehmigungen für Castor-Züge nach La Hague gerechnet.

Doch noch gilt es für die Atommüll-Spediteure einige Hürden zu überwinden. Da sind zum einen Probleme mit einem neuen Beladeverfahren für die Castoren. Nur in Neckarwestheim ist es bisher gelungen, sechs Behälter zu packen - sie stehen praktisch abfahrbereit auf dem Gelände. Doch in Biblis und Philippsburg geht es nicht mehr voran. Dort hat es trotz mehrmaliger Versuche nicht geklappt, die Behälterdeckel vollständig abzudichten. Jetzt möchten die Betreiber zum alten Beladeverfahren zurückkehren, obwohl dann wahrscheinlich wieder Probleme mit Restfeuchte im Dichtungsbereich auftreten - ein Teufelskreis, der den Atomstromern noch schlaflose Nächte bereiten kann.

Castor im November

nach Ahaus?

Zweites Problem ist noch immer die etwas altersschwache Seerauer Bahnbrücke bei Dannenberg im Wendland. Zwar können normale Personenzüge das Bauwerk überqueren, aber für die schweren Castoren ist die über 100 Jahre alte Stahlkonstruktion nicht ausgelegt. Bisher konnte ein Abriss und Neubau auf Grund der Denkmalschutzbestimmungen verhindert werden. Doch jetzt soll trotzdem gebaut werden. Kein Gesetz ohne Ausnahmeregelung und so kann auch der Denkmalschutz aufgehoben werden, wenn wichtige öffentliche Belange dafür sprechen. In den nächsten Wochen wird im Wendland mit dem Baubeginn gerechnet. Doch es hat sich eine Initiative zum Erhalt des Denkmals gegründet, die auch ein Widerstandscamp plant, sobald die Baumaschinen anrollen.

Aber selbst wenn alle technischen Probleme gelöst sind, bleibt die Furcht des Staates vor dem massiven Widerstand der Anti-Atom-Bewegung. So wurde im Juli erstmals in der Geschichte ein Transportantrag vom Bundesamt für Strahlenschutz abgelehnt, weil die Polizei die Sicherung der Strecke nicht gewährleisten konnte. Geplant war ursprünglich, die Seerauer Brücke weiträumig zu umgehen und die Castoren im sachsen-anhaltischen Arendsee zu verladen. Doch die Innenministerien der beteiligten Bundesländer machten

deutlich, dass es für sie unmöglich ist, die mehr als 30 km waldreiche Straßenstrecke zwischen Arendsee und Gorleben entsprechend zu sichern.

Auch bei den jetzt lautstark geforderten Transporten nach Ahaus spielt die nordrhein-westfälische Polizei auf Zeit. Sie fordert immer wieder aufs Neue eine sechsmonatige Vorbereitungsfrist ein, obwohl diese eigentlich schon längst angelaufen ist. Dieses seltsame Spiel macht AtomkraftgegnerInnen aus dem Münsterland misstrauisch. Schließlich wurden sie schon beim letzten Ahaus-Transport 1998 beinahe ausgetrickst, als der Castor-Zug einige Tage früher als angekündigt durch die Republik rollte.

Der Ahauser Bürgerinitiative liegen ernst zu nehmende Hinweise vor, dass der Bundesgrenzschutz Vorbereitungen für einen Transport Anfang November getroffen hat. Dies wird von offizieller Seite dementiert. Erst in den nächsten Wochen wird sich herausstellen, wie es wirklich kommt.

Wachsamkeit ist also geboten. Gleiches gilt für die absehbare Genehmigung für Transporte zur Wiederaufarbeitung. Weiterhin geht die baden-württembergische Polizei davon aus, dass sie mit relativ geringem Aufwand einen WAA-Transport beispielsweise aus dem badischen Philippsburg zügig über die französische Grenze schaffen kann. Es könnte also plötzlich sehr schnell gehen.

Taugt der Castor also noch zum Symbol für die Auseinandersetzung um die Atomkraft? Solange die Atommüll-Züge nicht rollen, wäre es falsch, in Inaktivität zu verharren. Aber wenn der erste auf Reisen geht, dann gilt es die Chance beherzt zu nutzen. Die Gefahr: Der Castor rollt genau dann, wenn kein Mensch mehr daran glaubt, dass er kommt.

Jochen Stay

Lesenswert: "Einstieg oder Ausstieg" Fragen und Antworten zum "Atomkonsens" - Broschüre im Format A6, 32 Seiten. Preise: 10 Ex. 10 DM, 25 Ex. 20 DM, 50 Ex. 30 DM, 100 Ex 50 DM, Lieferung nur gegen Vorkasse (Bargeld, Scheck, Briefmarken). Tolstefanz - Wendländisches Verlagsprojekt, 29439 Jeetzel 41, Tel./Fax: 05841/4521, eMail: tolstefanz@jpberlin.de

32. Der Komödiant der Nazis. Heinz Rühmann und der Unterhaltungsfilm im NS-Staat

Autor: Bernd Kleinhans · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:01

"Wo gibt es in der ganzen Welt noch eine Regierung, die den belohnt, der das Lachen lehrt und das Schmunzeln schenkt? Wo gibt es noch Verwaltungen, Behörden, Staatsmänner und Parteimänner, die sich nicht scheuen dies öffentlich zu bekunden?" Es ist ausgerechnet das nationalsozialistische Regime des Jahres 1936, das die renommierte Filmzeitschrift "Licht-Bild-Bühne" solchermaßen euphorisch lobt. Anlass ist die Auszeichnung der neuen Komödie "Wenn wir alle Engel wären" mit dem Prädikat "staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvoll". In der Hauptrolle: Heinz Rühmann.

Auf den ersten Blick ist "Wenn wir alle Engel wären" ein überaus schlichter Film: Der Kanzleivorsteher Kempenich gerät auf einer Reise nach Köln in Folge reichlichen Alkoholgenusses in den Strudel des großstädtischen Nachtlebens und erwacht am nächsten Morgen in einem Hotelbett - neben einer Unbekannten, die, während er flieht, die Bettwäsche stiehlt. Seine Gattin wiederum wäre beinahe dem Charme ihres italienischen Gesangslehrers Falotti erlegen - just als Kempenich in Köln weilt. Aus dieser Situation heraus konstruiert der Film allerlei Missverständnisse und Verwechslungen, die sich schließlich harmonisch - nach einem dramatischen Gerichtsprozess - aufklären. Am Ende sind die Ehepartner wieder in trauter Zweisamkeit vereint. Die Komik bezieht der Film dabei aus dem Auftreten Rühmanns als kleinem, linkischen Angestellten vom Land, der sichtlich überfordert ist mit den Anforderungen des Großstadtlebens.

Dass ausgerechnet eine Komödie, deren Protagonisten allesamt harmlose Zivilisten sind, in einer militarisierten und gewalttätigen Gesellschaft wie der nationalsozialistischen als "staatspolitisch wertvoll" angesehen wurde, war kein Zufall. "In einer Zeit, in der der gesamten Nation so schwere Lasten und Sorgen aufgebürdet werden", so verkündet Reichspropagandaminister und oberster Filmherr Joseph Goebbels, "ist auch die Unterhaltung staatspolitisch von besonderem Wert". Die Rühmann-Komödie "Wenn wir alle Engel wären" lobt er als "Muster" des modernen Unterhaltungsfilms. "Rühmann übertrifft sich selbst. Ich bin begeistert", notiert er in sein Tagebuch.

Mit seinem Millionenpublikum war das Kino tatsächlich eines "der modernsten Massenbeeinflussungsmittel", wie Goebbels konstatierte. Und die Kinobesucher wollten vor allem leichte Kost sehen. Ausgesprochene "Hakenkreuzfilme" wie "SA-Mann Brand" oder "Hitlerjunge Quex" schreckten eher ab. Von den rund 1.100 abendfüllenden Spielfilmen, die während der NS-Zeit produziert wurden, sind daher allenfalls ein Zehntel harte Propaganda. Dominiert wird die Filmproduktion von Kostümfilmen, Operetten und Komödien. Gerade hier sah Goebbels die Möglichkeit, nationalsozialistische Weltanschauung unauffällig und dafür um so wirksamer zu propagieren.

Goebbels' kleiner Liebling

"Wenn wir alle Engel wären" etwa ist raffinierte Kritik an der Dekadenz des Großstadtlebens und ein Plädoyer für eine über alle Anfechtungen erhabene bürgerliche Ehe, verstanden nicht primär als Liebe, sondern als Kameradschaft zwischen Mann und Frau. Letzteres wurde als kriegswichtig für den künftigen, jetzt schon längst geplanten Krieg gesehen. Zudem: Der Gesangslehrer Falotti, der - vergeblich - Frau Kempenich verführen will, ist ein Ausländer, nämlich ein Italiener. Die unübersehbare Botschaft an die "Volksgenossen": Misstraue den Ausländern.

Heinz Rühmann wurde rasch zu einem Star des NS-Filmes. Mit mehr als 30 Filmen, in denen er meist Hauptrollen spielte oder Regie führte, war er - neben seinen zahlreichen Bühnenengagements - einer der meistbeschäftigten Schauspieler des Dritten Reiches. 1902 in Essen geboren, machte er sich in den 20er Jahren zunächst einen bescheidenen Namen als Theaterschauspieler und wirkte auch bei einigen frühen Stummfilmproduktionen mit. Schon in den frühen dreißiger Jahren spielte er mit prominenten Schauspielern wie Hans Albers oder Marlene Dietrich.

Die Nationalsozialisten erkannten rasch, dass Rühmanns Typus des etwas naiven, aber ehrlichen Kleinbürgers, mit dem sich jeder Deutsche identifizieren konnte, hervorragend als Medium

nationalsozialistischer Propaganda geeignet war. Und davon wurde reichlich Gebrauch gemacht: In dem noch heute populären Rühmann-Film "Quax, der Bruchpilot" werden die Abenteuer des aufmüpfigen Flugschülers Groschenbügel geschildert, der durch allerlei Eskapaden und komödiantische Flugeinlagen das Publikum unterhält. Die Werbung fürs Fliegen und für Fliegerkameradschaft hat ihren Grund: Hitler hat gerade die Sowjetunion überfallen und braucht dringend Fliegernachwuchs für die Luftwaffe.

In "Wunschkonzert" von 1940 wird die Volksgemeinschaft als höchstes Ziel über das individuelle Glück gestellt, und Rühmann trällert das Liedchen "Und wenn die ganze Welt sich aus den Angeln hebt...". Als 1939 der Krieg beginnt und der Slogan "Der Führer braucht Soldaten" gilt, darf Rühmann in "Hurra, ich bin Papa" ein Loblied auf reichen Kindersegen spielen. "Kein besonders guter Rühmann-Film", kommentiert Goebbels trocken, "aber für den Krieg schon zu gebrauchen."

Unpolitische Filme waren in der NS-Diktatur erst gar nicht vorgesehen. Kein Film konnte ohne Genehmigung und oft nicht einmal ohne Mitplanung des Reichspropagandaministeriums gedreht oder aufgeführt werden. Mit dem "Lichtspielgesetz" von 1934 konnten Filme schon verboten werden, wenn sie nach Meinung der Machthaber "das nationalsozialistische, religiöse, sittliche oder künstlerische Empfinden" verletzten. Die neue "Reichsfilmkammer" fungierte nicht nur als zentrale Aufsichtsbehörde, sondern auch als eine berufsständische Vertretung: Nur wer hier eingetragen war, konnte überhaupt als Drehbuchautor, Regisseur oder Schauspieler tätig werden. Damit wurde sie zu einem wirkungsvollen Filter, durch das regimekritische Personen von vornherein von der Filmproduktion ausgeschlossen wurden. Die Unterhaltung stehe "nicht am Rande des öffentlichen Geschehens" und könne "sich nicht den Aufgabenstellungen der politischen Führung entziehen", so Goebbels schon 1934.

Dass Rühmann dennoch den Unterhaltungsfilm als eine Oase des Unpolitischen sehen wollte, ja dass man sich "zu einem Block zusammengefunden" habe, "der sich nach außen, ohne dass es auffiel, abkapselte", mutet vor diesem Hintergrund befremdlich an.

Tatsächlich stand gerade Rühmann beim Propagandaminister hoch im Kurs. Er verlieh ihm 1940 sogar den Titel "Staatsschauspieler" und bescheinigte damit zugleich die Regimetreue seiner Schauspielkunst. Die Bevorzugung hatte ihren Grund: Rühmann repräsentierte in seinen Rollen den für Goebbels idealen nationalsozialistischen Untertanen: jung und optimistisch - selbst in ausweglosen Situationen, dazu ehrlich, geradeheraus und in keiner Weise intellektuell, dabei unkonventionell und aufmüpfig, ohne je das System in Frage zu stellen. Gerade darin liegt das propagandistisch Perfide an vielen Rühmann-Komödien. Sie greifen immer wieder Unmut, der in der Bevölkerung herrscht, in einer humoristischen Spielhandlung auf. Und die Rühmann-Figuren formulieren stellvertretend Kritik, die der normale Bürger angesichts Blockwartsystem und Gestapo ohnehin nie wagen würde. Immer aber gibt es ein Happy End: Die punktuelle Kritik wird in einem größeren Zusammenhang aufgelöst und wird daher nie substanziell.

"Staatspolitisch besonders wertvoll"

Wie virtuos dieses Prinzip der systemstabilisierenden Kritik gehandhabt wurde, zeigt "Hauptsache glücklich" von 1941. Hier beobachtet Rühmann als kleiner Angestellter, wie seine Vorgesetzten die Firma mit falschen Spesenrechnungen betrügen und ihn selbst überdies ständig schikanieren. Er wehrt sich zunächst nicht. Schließlich sei er ja nur ein kleines Rädchen in der Maschine dieses Betriebes, auf das es gar nicht ankomme. Der Missmut der Bevölkerung über Parteibonzen und Verwaltungsfunktionäre, die ihre Positionen für eigene Interessen ausnutzten, ist hier gespiegelt, raffiniert transponiert in das politisch unverfängliche Milieu eines Betriebes. Bezeichnend nun, wie dieser Konflikt gelöst wird: Nach einer Kette von Verwicklungen kommt Rühmann zum Direktor der Firma, der ihm bis dahin - wie der "Führer" Hitler im Staat - unnahbar fern erschien. In einer Art verzweifelten Mutes klagt er ihm die korrupten Verhaltensweisen der Abteilungsleiter. Der Direktor ist erschüttert, die Abteilungsleiter werden gefeuert, und Rühmann wird befördert. Für die Zeitgenossen ist auch die Anspielung offenkundig: Dem Direktor ist, wie dem "Führer" selbst, auch der kleine Volksgenosse wichtig - wenn er nur von dessen Problemen immer erfahren würde. "Wenn das der Führer wüsste...", war nicht umsonst ein häufig gehörter Satz im Dritten Reich. Das System wird hier also stabilisiert durch die Kritik an den "Unterführern", die durch ihr Verhalten die ganze "Firma" gefährden.

Dass die Rühmann-Komödien auf nationalsozialistischer Linie waren, dafür sorgte nicht zuletzt der Regisseur vieler dieser Filme: Carl Froelich, Mitglied der NSDAP und Präsident der Reichsfilmkammer, jener Behörde,

die als oberste Zensur- und Genehmigungsinstanz auch für die "Entjudung" der Filmindustrie nach 1933 sorgte.

Froelich zeichnet auch für einen der furchtbarsten Rühmann-Filme verantwortlich, in dem die Komödie in Schrecken und offene Drohung umschlägt: "Der Gasmann", ebenfalls aus dem Jahre 1941. Hier spielt Rühmann einen kleinen Gasableser, der durch einen Zufall an viel Geld kommt. Ein Unbekannter kauft ihm im Zug gegen eine horrende Summe seinen Anzug ab, während dieser mit dessen Schlafanzug vorlieb nehmen muss. Zunächst können sich die Zuschauer an der Komik Rühmanns erfreuen, der im Schlafanzug durch das großstädtische und belebte Berlin nach Hause schleicht. Seine Frau verwendet den überraschenden Geldsegen für den Kauf unnötiger Luxusgüter. Die Nachbarn werden misstrauisch und denunzieren den Gasableser bei den Behörden. Als daraufhin Gestapo-Beamte in der Wohnung auftauchen, dürfte wohl jedem Zuschauer das Lachen vergangen sein. Die Beamten glauben die Geschichte vom Mann im Zug nicht und verdächtigen ihn, das viele Geld von einem Ausländer bekommen zu haben. Als Beamter wisse er ja manches, was das Ausland interessieren könne. Die Kinobesucher dürften verstanden haben: Das war Spionage, und darauf stand die Todesstrafe.

Die anschließenden Verhöre und die Gerichtsverhandlung zeigen den Gasableser Rühmann in allerhand sprachlichen Kapriolen und durchaus komisch. Doch für die Zuschauer im Jahre 1941 bleibt eine gewisse Beklemmung. Ohne dass es je ausgesprochen wurde, war allen klar: Hier kämpft ein Mann um sein Leben. Um das noch zu unterstreichen, werden in besonders auffälliger Weise die Richter mit ihren Roben und nationalsozialistischer Symbolik vorgeführt, und es wird - für NS-Komödien durchaus untypisch - mit "Heil Hitler" gegrüßt. Dass auf Betreiben von Rudolf Hess dennoch eine Szene aus dem Film geschnitten werden musste, erscheint kurios. Rühmann gibt einer Hausfrau, die dem Gasableser mit einem Vetter in der Partei droht, ein kurzes "Na denn, Heil Hitler" zur Antwort. Hess klang dies zu spöttisch.

Wirklich kritische Äußerungen konnten in Goebbels' Filmreich dagegen gefährlich werden. "Künstler", so Goebbels in einer Tagebuchnotiz, "müssen sich den Gesetzen der Ordnung und der nationalen Disziplin fügen; wenn sie das nicht wollen, verlieren sie wie jeder andere Bürger den Kopf". Den Schauspieler Robert Dorsay etwa ließ Goebbels allein auf Grund einiger weniger kritischer Äußerungen in engem Kreis verhaften und hinrichten. Selbst Herbert Selpin, Regisseur des anti-englischen Propagandastreifens "Titanic" wurde wegen wehrmachtskritischer Äußerungen verhaftet und kam unter bis heute nicht geklärten Umständen in seiner Zelle um.

Des Führers Kraftquell

Glaubt man Rühmanns Nachkriegsschilderung, dann gehörte auch er zu den gefährdeten Personen. Die SS habe einen Leitartikel gegen ihn gebracht, und vom Berliner Aeroclub ist er ausgeschlossen worden. Kollegen hätten ihn denunziert und ein wahres Sündenregister über ihn angefertigt. Goebbels selbst habe eine "dicke Akte" über ihn gehabt. Und vom Reichsfilm-Intendanten Fritz Hippler sei er gewarnt worden: "Seien Sie etwas vorsichtiger mit ihren Äußerungen!"

Ausgerechnet Goebbels jedoch, ansonsten sehr schnell mit Vorwürfen gegen Schauspieler, denen er stets misstraute, ist, wo immer er von Rühmann spricht, voll des Lobes. Er sei ein "netter, witziger und charmanter Junge", so Goebbels 1937 in seinem Tagebuch. Mehrfach fanden wechselseitige Geburtstagsbesuche statt, die offensichtlich den Charakter von halboffiziellen Besuchen überstiegen. Den Propagandaminister überraschte Rühmann, wie dieser in seinem Tagebuch berichtet, mit einem Geburtstagsfilm "zum Lachen und zum Weinen so schön". Umgekehrt ist auch ein Geburtstagsbesuch des Propagandaministers in Rühmanns Berliner Villa belegt. Nur Hinweise darauf, dass Goebbels Rühmann kritisch betrachtet hätte, finden sich entgegen Rühmanns eigenem Bericht nirgendwo. Mehr noch: Hitler selbst bescheinigte Rühmann, durch dessen schauspielerische Leistung habe er einmal "in einer schweren Stunde, mitten im entscheidenden Kampf um die Macht", "erlösende Kraft" geschöpft.

Eine besonders unrühmliche Episode ist die Scheidung Rühmanns von seiner jüdischen Frau. Während Rühmann nach dem Kriege behauptete, diese sei nur auf Druck von Goebbels erfolgt und auch nur pro forma, sprechen die Tagebücher des Propagandministers, die in vollem Umfang erst nach Rühmanns Memoiren bekannt wurden, eine andere Sprache. Nicht nur dass Eheprobleme bereits vorher bestanden hatten, ist daraus erkennbar. "Rühmann", so Goebbels, "klagt mir sein Eheleid mit einer Jüdin" - daraufhin sorgt der

Minister für eine unauffällige und reibungslose Abwicklung der Scheidung. Es bleibt auch hier der Eindruck, dass Rühmann - im Gegensatz zu anderen mit jüdischen Partnern verheirateten Schauspielern - dem Regime widerspruchslos gehorchte.

Auffällig ist, dass Rühmann noch bis in die letzten Monate der NS-Diktatur gute Kontakte zur Regimespitze hatte. So berichtet er, dass er 1944, nachdem es Proteste vom Erziehungsministerium gegen die "Feuerzangenbowle" wegen eines angeblich zu negativen Lehrerbildes gegeben habe, persönlich ins Führerhauptquartier vorgelassen worden sei und dort - mit den Filmrollen unter dem Arm - die Freigabe erreicht habe.

Auch außerhalb seines Berufes ließ sich der populäre Rühmann immer wieder für die Propaganda des Regimes einspannen. Mit Hitler und Sammelbüchse präsentierte er sich als Werber für Goebbels' "Winterhilfswerk", und in der NS-Wochenschau trat er als Kurierflieger der Wehrmacht auf. Dazu der markige Ton des Wochenschausprechers: "Auch Heinz Rühmann erfüllt als Kurierflieger seine Pflicht für Führer, Volk und Vaterland."

Bernd Kleinhans

33. Enteignet die Plattenindustrie. Napster, GNUtella und das Ende der Musik?

Autor: DSe · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:17

Vor wenigen Wochen ging es sogar durch die bundesdeutsche Presse. Mit viel juristischem Einsatz klagten Vertreter der amerikanischen Plattenindustrie gegen die Betreiber von Napster, einer Internetkommunikationssoftware, die NutzerInnen weltweit zu einem einzigen Zweck verbindet: Den Austausch von Musik-Dateien im MP3-Format. Programme wie diese lassen die Musikindustrie nicht nur in den USA zittern. In Kampagnen auch hier zu Lande klagen sie über das "Ende der Musik". Kann das sein?

Napster ist ein inzwischen Millionenschweres Unternehmen zweier junger Amerikaner im zarten Alter von 19 Jahren. Ihr Faibel für Musik haben die beiden konsequent umgesetzt. Sie programmierten ein recht kleines Programm, dass nichts anderes tut, als InternetnutzerInnen bei ihrer Suche nach Musik zu unterstützen. Einmal installiert schaltet es sich über den Server von napster.com ins Netz. Dann erschließt sich eine wahre Fundgrube von Musik aus den letzten Jahrzehnten. Fast nichts, was es im Internet bzw. auf den Computern der angeschlossenen TeilnehmerInnen nicht zu finden gibt. Auch komplette CDs lassen sich runter laden, egal ob sie brandneu oder schon vor zwanzig Jahren erschienen sind. Zwar ist es angesichts von ISDN-Geschwindigkeiten immer noch ein wenig nervenaufreibend, bis die pro Musikstück 4 - 7 Megabyte großen Files herunter geladen sind. Aber am Ende hat man eben die Mucke auf dem Rechner!

Napster ist bei weitem nicht der einzige Anbieter einer solchen Suchfunktion oder auch Dienstleistung. Aber Napster hat im Gegensatz zu anderen Suchprogrammen wie z.B. GNUtella eine entscheidende Schwachstelle, die für die amerikanische Musikindustrie mit Unterstützung so namhafter Bands wie Metallica Anlass war, dagegen vorzugehen. Denn das Programm von Napster läuft über den zentralen Server des Unternehmens. Über diesen Server werden die Suchanfragen und die downloads abgewickelt - ohne ihn keine Musikdaten. Demgegenüber funktionieren Programme wie GNUtella auf dezentraler Ebene, und sind damit kaum angreifbar. Bei Napster kann man gegen das Unternehmen bzw. gegen den Server vorgehen, ihn schließen lassen und das Austauschsystem bricht zusammen - die NutzerInnen haben keine Chance mehr, ihre Daten auszutauschen.

Anders hingegen funktioniert ein System wie GNUtella, einem Programm, dessen Ursprung auf AOL zurück geht. Doch bevor AOL das Ding zu Ende entwickelt hatte, haben offenbar am Projekt beteiligte EntwicklerInnen den Code des Programmes im Internet veröffentlicht. Und dann ging die Post auch schon ab. GNUtella braucht lediglich die Adresse einer weiteren online befindlichen GNUtella-NutzerIn. Diese Daten lassen sich mühelos auf diversen Seiten des World Wide Webs finden. Von dort kopiert man sie sich in das eigene Programm, - und schon ist man drin. Da die NutzerIn, bei der man sich gerade eingeloggt hat, wiederum mit eineR anderen in Verbindung steht, baut sich so ein Netz auf, in dem dann die Suchanfragen quer durch das Netz laufen und sämtliche beteiligte Rechner durchsucht werden können. Steigt eine NutzerIn aus, bleibt das Netz bestehen. Hier gibt es keine zentrale Schaltstelle wie bei Napster.

Und dieser wesentliche Unterschied veranlasste die US-amerikanische Musikindustrie dazu, sich Napster als Gegner auszusuchen. Denn klar ist, dass der Kampf gegen Millionen einzelner NutzerInnen von dezentralen Einrichtungen wie GNUtella kaum zu bewältigen sein dürfte.

Programme wie Napster stellen die gesamte Musikindustrie in Frage und drohen, das Urheberrecht völlig aus den Angeln zu heben. Vom Prinzip her braucht es ja nur noch eine einzige gekaufte CD, die dann über ein solches Programm weltweit angeboten werden kann. Einmal in MP3-Files umgewandelt kann sie dann ohne jede weitere Einnahme für die Plattenindustrie - aber auch für die KünstlerInnen - millionenfach mit bester CD-Qualität vervielfacht werden. Das hat nicht unbedingt was mit dem Ende der Musik zu tun, wie es auch die hiesige Industrie seit einem Jahr landauf landab behauptet. Es ließe sich sogar als Chance für die vielen kleinen Bands begreifen, die auf diesem Weg ihre Musik ohne weiteres weltweit verteilen können.

Für die Musikindustrie scheint das Internet, der CD-Brenner und MP3 sowas wie die Drohung einer Enteignung darzustellen. Das mag nicht ganz falsch sein, wenn man bedenkt, dass die technische Entwicklung, die wir zur Zeit im Internet erleben, gerade erst am Anfang steht. Klar ist auch, dass die Musikindustrie mit Kopierschutztechniken das Problem nicht in Griff bekommen wird. Das erste, was neben dem Versuch einer

massiven Kriminalisierung stattfinden wird, ist vermutlich das für die KonsumentInnen interessanteste: Die Preise für CDs dürften in den nächsten Jahren deutlich sinken. Wenn sich in den nächsten zwei, drei Jahren die Internet-Standleitung vermutlich zu einer weit verbreiteten Einrichtung mausern wird, dürften sich die Preise für CDs vermutlich stärker an diesen Kosten orientieren müssen.

Doch gemach: auch als die ersten Tonbänder und Cassettenrekorder auftauchten, gab es in der Musikindustrie das Geschrei vom Ende der Musik. Heute sind Cassetten so selbstverständlich, dass darüber kein einziges Wort mehr verloren wird. Zwar bietet das Internet und MP3 einiges mehr, als mit dem Cassettenrekorder zu machen war. Doch das Ende der Musikindustrie dürfte daraus vermutlich nicht zu folgern sein.

So soll es bereits Untersuchungen geben, nach denen die NutzerInnen von Napster im Durchschnitt deutlich mehr CDs kaufen als andere MusikhörerInnen. Stimmt das, so würde das eigentlich zur Beruhigung der Industrie beitragen müssen. Sinkende Preise für CDs dürften einen solchen Trend dann vermutlich eher noch verstärken. Also: No Panick?

Die Musikindustrie ist in Sachen Napster denn auch gar nicht so sehr gegen das Vertriebssystem als solches. Sie will lediglich daran mitverdienen. Und das ist auch für Napster der Ausweg, bevor es im September zu einer definitiven Entscheidung US-amerikanischer Gerichte in Sachen Schließung des Servers kommt. Werbeeinblendungen, deren Erlöse nicht mehr nur wie bisher Napster zugute kommen, sondern auch der Musikindustrie - und schon dürfte das Geschrei leiser werden. Alles was es dazu braucht, ist ein leicht umgestricktes Programm von Napster, in dem während des Downloads Werbebanner eingeblendet werden - und schon könnte der Streit in geordnete Bannen überführt werden. Eine Lösung, von der beiden Interessenten etwas hätten.

Doch damit wäre lediglich das Problem Napster gelöst. Die andere Variante, wie derzeit z.B. in der Bundesrepublik versucht wird, das Problem Urheberschutz in den Griff zu bekommen, sind Gebühren auf den Computer bzw. Teile davon. Die Bundesregierung berät derzeit, inwieweit ISDN-Karten oder andere Einzelteile des Computers mit einer Gebühr belastet werden, die von den Herstellern an Einrichtungen wie die GEMA oder die VG Wort abgeführt werden müssen. Die Industrie ist darüber keineswegs froh, trägt es doch zur Verteuerung ihrer Produkte bei. Sicher ist aber, dass es eine solche Abgabe auf CD-Rohlinge geben wird. Auf diese Weise wären die Vergütungen für die UrheberInnen, also die Künstler, Schriftsteller etc. gesichert.

In jedem Fall lohnt es sich, natürlich nur zu Informationszwecken, bei napster.com mal vorbeizuschauen. GNUtella und andere dezentrale MP3-Tauschbörsen können mit jedem Suchdienst angesteuert werden. Der Download und die Handhabung der meist kleinen Programme dürfte selbst für Computerlaien einigermaßen leicht sein.

DSe

34. Die neue Staatsdoktrin. Karl Heinz Roth analysiert den Siegeszug der Totalitarismustheorie

Autor: Js. · Rubrik: Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:02

Der Geschichtsrevisionist Ernst Nolte, unlängst mit dem Konrad-Adenauer-Preis der Deutschland-Stiftung ausgezeichnet (vgl. ak 440), ist ein belesener Mann. In seinem Aufsatz "Was ist ‚historischer Revisionismus`?", abgedruckt in der Festschrift zur Preisverleihung, zeigt Nolte, dass er auch die Polemiken seiner schärfsten Kritiker zur Kenntnis nimmt. Hinter der Empörung, mit der Nolte Karl Heinz Roths Formulierung vom "Altfaschisten Nolte" zitiert, wird dabei auch Genugtuung sichtbar. Denn Nolte sieht neben den "Schimpfreden" auch "Wendungen..., die gewiss aus einer Art Zweckpessimismus hervorgehen, aber gleichwohl als übermäßig ehrenvoll gelten könnten: Noltes geschichtsphilosophischer Rahmen, das Konzept des ‚europäischen Bürgerkrieges`, bilde inzwischen ‚die Grundlage des Diskurses`, und man müsse befürchten, dass der Initiator den ‚Historikerstreit` am Ende doch gewonnen habe."

So weit gibt Nolte korrekt wieder, was Karl Heinz Roth in seinem Buch "Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie" als Zwischenbilanz der geschichtspolitischen Debatten in Deutschland (und zum Teil darüber hinaus) formuliert. Zwar warnt Roth auch vor Panikmache, sein Fazit bleibt aber pessimistisch: "Mit der Totalitarismustheorie als argumentativem Kern hat sich der historische Revisionismus inzwischen zweifellos eine kulturell hegemoniale Stellung erobert."

Die in dem Buch zusammengefassten Aufsätze, geschrieben zwischen 1992 und 1998, zeichnen den Siegeszug der Totalitarismustheorie überzeugend nach - einer inhaltlich ärmlichen und in sich widersprüchlichen "Theorie", die aber für ihre Anhänger mehrere Vorteile miteinander verbindet: Sie ist extrem simpel ("Rot gleich Braun") und damit auch für politische Analphabeten verständlich; sie setzt den Begriff "Freiheit" mit den Bürgerrechten der parlamentarischen Demokratie gleich und verknüpft ihn zugleich mit dem Privateigentum; sie kriminalisiert damit jeglichen Versuch, dem Kapitalismus eine Alternative entgegenzusetzen; sie legitimiert die flächendeckende Abwicklung der DDR-Gesellschaftswissenschaften als Kampf gegen den "Totalitarismus" - und nicht zuletzt untermauert sie die Ansprüche ihrer Verfechter auf gut dotierte Posten und Forschungsaufträge.

Der mit Abstand längste von Roths Aufsätzen behandelt den "Einfluss der Totalitarismustheorie auf die Bundestags-Enquete ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland` und ihre Auswirkungen auf die politische Kultur der Bundesrepublik". Roth weist nach, dass der wissenschaftliche Erkenntniswert dieser Theorie gleich Null ist, und skizziert ihre Konjunkturen seit den 1920er Jahren. Nach ihrer Blütezeit im Kalten Krieg und dem Einbruch in den 1960er Jahren kam der entscheidende Durchbruch der "Neo-Totalitarismustheorie" nach dem Untergang der DDR.

Antitotalitärer Konsens statt Antifaschismus

An ihrem Siegezug waren Scharen von Historikern, Politikern und Publizisten beteiligt, unter ihnen lautstarke "Fundis" und taktisch geschickte "Realpolitiker". Roth schildert anschaulich, wie letztere das Totalitarismusverdikt durch die Hintertür in die entscheidende Bundestagsresolution einbrachten. Die Enquete, beschloss der Bundestag mit überwältigender Mehrheit, sei "vor allem den Deutschen in den neuen Bundesländern (verpflichtet), die über nahezu sechs Jahrzehnte hinweg diktatorischen Regierungsformen unterworfen waren". Damit war das fast drei Jahre dauernde "Tribunaltheater" eröffnet, bei dem auch Renegaten wie der ehemalige DKP-Poet Peter Schütt mitmachen durften. Auch Jürgen Habermas, im Historikerstreit von 1986 einer der entschiedensten Kritiker Noltes, bekannte sich zum "antitotalitären Konsens". Dieser Konsens, schreibt Roth, "ist nun parlamentarisch kanonisiert und beansprucht Verbindlichkeit nicht nur für die Politik, sondern für das gesamte Spektrum der Gesellschaftswissenschaften."

In kürzeren Artikeln behandelt Karl Heinz Roth die "Wiederbelebung der Totalitarismustheorie" durch das Hamburger Institut für Sozialforschung ("Reemtsma-Institut") und die Versuche der Geschichtsrevisionisten um Rainer Zitelmann, Hitler zum "Revolutionär" und "Modernisierer" umzudeuten. Am Ende des Buches steht Roths "Zwischenbilanz" über den "historischen Revisionismus in Deutschland", die mit den Worten endet: "Die

entscheidende Auseinandersetzung steht erst noch bevor." Das wurde allerdings schon 1994 geschrieben - gern würde man wissen, wie der Autor fünf Jahre später den Fortgang der Auseinandersetzung bewertet.

Aber das ist ein Schönheitsfehler, der das positive Gesamtbild nicht stört. Zu diesem positiven Bild tragen auch Roths wiederholte und keineswegs floskelhafte Aufforderungen an die Linke bei, aus der eigenen Geschichte zu lernen. So manchem Anhänger des Realsozialismus wird bei einigen Formulierungen der Unterkiefer herunterklappen. Und auch die "Antideutschen" werden gar nicht zufrieden sein, wenn sie Roths Darstellung des Endes der DDR lesen. Die große Mehrheit der DDR-Bürger nämlich, die zur BRD überlief, schreibt Roth, "war davon überzeugt, auf diese Weise ihre gesellschaftliche Autonomie auf der Basis eines wesentlich verbesserten Lebensstandards weiter ausgestalten zu können." Treffend formuliert, aber aus "antideutscher" Sicht sicherlich schönfärberisch - wo bleibt die angeblich allgegenwärtige "Sehnsucht nach der Volksgemeinschaft"?

Übertrieben scheint mir allerdings der Stellenwert, den Karl Heinz Roth der Totalitarismusdoktrin an der Demoralisierung der ostdeutschen Bevölkerung beimisst. Er schreibt: "Durch das antitotalitäre Verdikt wurden die Ostdeutschen zugleich aller Grundlagen beraubt, die eine Widerstandsperspektive hätten legitimieren können." Wichtiger ist wohl, dass nach dem Anschluss den meisten DDR-BürgerInnen individuelles Durchwursteln Erfolg versprechender erschien als kollektiver Widerstand - und dass, abgesehen von der PDS, eine organisierende Kraft fehlt. Aber das ist eine Diskussion, die vom zentralen Gegenstand dieses lesenswerten Buches weg führt.

Js.

Karl Heinz Roth: Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie; Hamburg (konkret texte 19) 1999, 152 Seiten, 19,80 DM

35. Von Seattle nach Prag ... Zum IWF-Gipfeltreffen

Autor: gw. · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Aktionen / Veranstaltungen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:35

Vom 26.-28. September findet das diesjährige Gipfeltreffen von IWF und Weltbank in Prag statt. Dies wird einmal mehr zum Anlass genommen um gegen die Folgen der Politik von IWF und Weltbank Protest zu artikulieren. In der Bundesrepublik haben sich in einigen Städten kleinere Bündnisse gebildet, die zu den Aktivitäten nach Prag mobilisieren werden. Was im letzten Jahr bei den Kölner Gegenaktivitäten schon deutlich wurde, zeigt sich auch in diesem Jahr: Eine Massenbewegung wird es nicht sein, die sich aus deutschen Landen in "friedlicher" Absicht auf den Weg nach Prag begibt. Und die seltene Situation, nämlich das Zusammenwirken verschiedener politischer Spektren, wie in Seattle geschehen, wird es in Prag auch nicht geben. Auch das oftmalige Aufsagen des beschwörenden Zauberwortes Seattle ändert daran nichts. Es bleibt (vorläufig?) bei den eingespielten Ritualen: das gewerkschaftlich und parteipolitisch orientierte Lager wird im Vorfeld der Tagung demonstrieren, die unorganisierten und linkeren Kräfte werden versuchen, direkten Einfluss auf das PolitikerInnenspektakel zu nehmen. Beim Gegengipfel und den diversen kulturellen Angeboten werden sich die Menschen aus den Spektren dann ab und an auch direkt begegnen.

Im europäischen Aufruf zu den globalen Aktionstagen heißt es:

"Im Bewusstsein über die Tatsache, dass eine neue Form des Widerstandes gegen das Kapital Gestalt annimmt, rufen wir europäische Menschen, Bewegungen und Organisationen auf, sich an der Kampagne gegen den IWF und Weltbankgipfel in Prag vom 21. bis 28. September zu beteiligen und den globalen Aktionstag am 26. September zu unterstützen. Ungefähr 20.000 VertreterInnen des Kapitals werden im September nach Prag kommen, um am 55. Jahresgipfel von IWF und Weltbank teilzunehmen.

Dieses prestigereiche Ereignis wird das erste seiner Art in Zentral- und Osteuropa sein. Die Delegierten werden sich treffen, um ein Schema weiterer Liberalisierung der Weltwirtschaft vorzuschlagen, indem sie neue Kreditprioritäten und Strukturanpassungsbedingungen definieren. Der IWF behauptet, dass eine weitere Liberalisierung der Weltwirtschaft die einzige Lösung für die Probleme der Welt ist. Aber diese werden ganz im Gegenteil dadurch nur vertieft, sind sie doch in erster Linie durch das Kapital verursacht.

Daher ist dieser Gipfel eine Herausforderung für all jene, die sich um die Bestimmung der heutigen Welt sorgen."

Wer sich noch aktiv einklinken und/ oder nach Prag fahren möchte, der/die kann sich aus folgendem Set bedienen:

10.09. - 21.09. Karawane "Geld oder Leben" von Hannover nach Prag (über Göttingen, Erfurt, Chemnitz)

21.-28.09. Aktionswoche in Prag

21.-28.09. Festival "art and resistance"

22.-24.09. Gegengipfel und anschließende Demonstration

23.09. Demonstration von Gewerkschaften und linken Parteien

26.09. Aktionstag in Prag und global action day für alle Zuhaus gebliebenen

26.-28.09. eventuell (s.o.) offizieller IWF/ Weltbank-Gipfel

Virtuelle Vernetzung in der BRD:

Mailingliste:

prag2000-de@egroups. com (Eintragen: leere Mail an

prag2000-de-subscribe@egroups.com schicken)

Webseite: http://go.to/prag-2000 (deutschsprachige Vernetzungsseite)

Kontakt in der Tschechischen Republik: prague2000_cz@hotmail.comhttp:// inpeg.ecn.cz

Kontakt in der BRD (u.a.):

fzs (freier zusammenschluss von studentInnenschaften)

Reuterstr. 44,

53113 Bonn,

Tel. 0228/26 21 19,

Fax. 0228/242 03 88,

e-Mail: fzs@studis.de

Über die fzs-Adresse können Mobilisierungsplakate und Zeitungen bestellt werden. Veranstaltungen, ReferentInnen, Pressekontakte und eine Liste regionaler Koordinations-/ und Mobilisierungsgruppen sind über die fzs-adresse zu erfragen.

36. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:37

Störung im Call Center

Die AudioService GmbH ist ein Call-Center in Berlin. Die Firma gehört zur "Zweiten Hand" - dem Gratis-Kleinanzeigenblatt in der Stadt. Die Firma arbeitet als Ticket-Hotline etwa für das Theater des Westens oder Herta BSC und den Eishockeyclub "Eisbären Berlin". Auch die Ausbildungshotline von Siemens, die Berliner Verkehrsbetriebe oder die Störungsstelle für das Kabel-Fernsehen werden über AudioService abgewickelt. Ca. 70 Beschäftigte, meist jobbende StudentInnen, arbeiten sieben mal 24 Stunden in der Woche für 15 DM brutto in der Stunde. Bezahlten Urlaub oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt es ebenso wenig wie unbefristete Arbeitsverhältnisse. Es herrscht das Prinzip "heuern und feuern": Von einem Tag auf den anderen kann es für die Beschäftigten keine Arbeit mehr geben (kalte Kündigung), oder Schwangeren wird just einen Tag vor Beginn des Mutterschutzes gekündigt. Im Juli - zeitgleich mit ersten Treffen von Call Center Beschäftigten - führte die Geschäftsleitung die Tagelöhnerarbeit ein. Es wurden befristete Tagesbeschäftigungsverhältnisse geschlossen, die automatisch, ohne erforderliche Kündigung, mit der angegebenen Beendigungszeit auslaufen.

In einem Brief an die Geschäftsleitung vom 24. Juli forderten 30 Call Center Agents von AudioService Verhandlungen über unbefristete Arbeitsverträge sowie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlten Urlaub, Feiertags- und Nachtschichtzuschläge. Die Geschäftsleitung reagierte prompt. Bereits am nächsten Tag waren die ersten vier Agents entlassen und mit Hausverbot belegt worden. Am 27. Juli haben weitere 17 Beschäftigte die Firma in einem Schreiben dazu aufgefordert, die Forderungen des ersten Briefes zu erfüllen und die entlassenen KollegInnen wieder einzustellen. Inzwischen ist weiteren 14 Agents, die sich geweigert haben, die Tagesarbeitsverträge zu unterschreiben, gekündigt worden.

Die gefeuerten Agents haben inzwischen Klagen auf Wiedereinstellung beim Arbeitsgericht eingereicht, da sie länger als sechs Monate regelmäßig bei AudioService gearbeitet hatten und fest in die Schichtpläne eingeteilt waren. Es hat somit faktisch ein unbefristetes Arbeitsverhältnis bestanden. Von Seiten der Beschäftigten wird - gerichtlich oder außergerichtlich - die Zahlung eines Monatsgehaltes zuzüglich einer Abfindung in Höhe eines Monatsgehaltes multipliziert mit drei Viertel der Beschäftigungsdauer in Jahren angestrebt.

(www.labournet.de und www.callcenteroffensive.de)

Maquila-Power

Der seit April diesen Jahres andauernde Streik in der US-amerikanischen Firma Duro im mexikanischen Rio Bravo (vgl. ak 438 und 440) hat zu einem ersten Erfolg geführt. Die 800 ArbeiterInnen in dieser Maquiladora - zum größten Teil Frauen - kämpften in erster Linie für eine eigenständige und unabhängige gewerkschaftliche Interessenvertretung, für das Recht, Verhandlungen selbst führen zu dürfen und für die Wiedereinstellung der entlassenen KollegInnen. Am 11. August wurde die unabhängige Gewerkschaft der Duro-ArbeiterInnen jetzt vom Gouverneur der Provinz Tamaulipas anerkannt. Es ist das erste Mal, dass in diesem Bundesstaat eine Gewerkschaftsanerkennung durch Kämpfe von Maquiladora-ArbeiterInnen selbst durchgesetzt worden ist.

BeobachterInnen wie das Maquila Solidaritätsnetzwerk gehen davon aus, dass dieser Teilerfolg dem Duro-Streik neuen Auftrieb geben wird. Denn nach wie vor sind die ca. 100 entlassenen KollegInnen noch nicht wieder eingestellt. Darüber hinaus stehen den ArbeiterInnen und ihrer Gewerkschaft schwierige firmeninterne Wahlen bevor, bei denen es darum geht, dass die offizielle regierungs- und unternehmerfreundliche Gewerkschaft ihr Verhandlungs- und Vertretungsmonopol verliert.

Der Streik bei Duro und die kontinuierliche Repression seitens staatlicher und halbstaatlicher Stellen gegen Organisierungsversuche in den Maquiladoras an der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze war auch das dominierende Thema eines Treffens von ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen aus Mexiko und den USA in Reynosa am 14. August. Insbesondere die über 250 anwesenden Maquila-ArbeiterInnen betonten dabei den Zusammenhang zwischen den Unterdrückungsmaßnahmen und dem Freihandelsabkommen NAFTA.

(www.labournet.de)

Immer Ärger bei VW

Am Freitag, den 18. August, begannen über 12.000 gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen im VW-Werk in Puebla mit einem Streik für eine 35%ige Lohnerhöhung sowie gegen die Reduzierung der Erholungstage und die Verpflichtung zu Überstunden. Des Weiteren fordert die Gewerkschaft eine Orientierung der Löhne an der Produktivität, mehr Gewerkschaftsrechte sowie eine bessere Ausstattung der ArbeiterInnen mit Arbeitsmaterial.

Am Montag, dem 21. August verkündete auch die nationale Gewerkschaftsvereinigung UNT (Unión Nacional de Trabajadores) ihre Unterstützung.

Nach anfänglichen 9% hat die Geschäftsführung ihr Angebot bei den Löhnen inzwischen auf 15% erhöht, wobei allerdings 2% auf Kredite und 1% auf eine finanzielle Beteiligung an den Schulkosten entfallen. Die Streikenden haben dieses Angebot abgelehnt.

Hintergrund des Streiks ist die auch in Puebla spürbare weltweite Umstrukturierung der Arbeitsorganisation bei VW. Auch hier ist in den letzten Jahren die Gruppenarbeit eingeführt und "toyotistische" Arbeitskonzepte durchgesetzt worden. Extreme Arbeitsverdichtung im Drei-Schicht-Betrieb ist die Folge. Durch den Export der Modelle Jetta, Sedan, New Beetle und Golf Convertible rechnet VW mit Rekordgewinnen in Puebla.

Allerdings hat der Streik bereits in den ersten Tagen zu täglichen Produktionsausfällen von 1.500 Autos und damit zu einem Verlust von 5 Mio. US-$ geführt. Auf Grund der Just-in-Time-Produktion sind inzwischen auch 7.000 Beschäftigte in der Zulieferindustrie von Produktionskürzungen betroffen. Das Management droht vielerorts bereits mit Lohnkürzungen, Kurzarbeit oder vorgezogenem Urlaub.

Der mexikanische Staat hat inzwischen reagiert und den Streik am 23. August für illegal erklärt. Auf spontanen Demonstrationen und Streikversammlungen haben sich dennoch über 10.000 ArbeiterInnen für die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen. Die Gewerkschaft kündigte inzwischen juristische Schritte gegen das ergangene Streikverbot an. Ob und in welcher Weise die Kampfmaßnahmen trotz der Illegalisierung fortgesetzt und damit die direkte Konfrontation mit dem Staat eingegangen wird, wird sich in den nächsten Tagen und Wochen zeigen.

(www.labournet.de)

Kein Anschluss unter dieser Nummer

Am Sonntag, den 20. August ging ein viel beachteter Streik von Telefon-ArbeiterInnen an der US-amerikanischen Ostküste zu Ende. 86.000 ArbeiterInnen des Telefonriesen Verizon Communications haben 15 Tage lang gestreikt. Betroffen waren 12 Bundesstaaten. 90.000 Kunden mussten auf den Neuanschluss ihres Telefons warten. Die Geschäftsleitung war vom Ausmaß und der Länge des Streiks offenbar dermaßen überrascht worden, dass sie vielen Forderungen der Streikenden zugestimmt hat.

Konkret vereinbart wurde eine Lohnerhöhung um 12%, verteilt auf drei Jahre. Verizon gehört laut New York Times eh schon zu den am besten zahlenden Firmen der Branche. Ein Kundendienstmitarbeiter, der z.Z. 26 US-$ pro Stunde verdient, kommt damit in drei Jahren auf 29,25 US-$.

Wichtiger für die High-Tech-Branche und die sog. "New Economy" als ganzes ist, dass die Gewerkschaften erhebliche Erleichterungen bei der Organisierung von Beschäftigten durchsetzen konnten. Insbesondere für den boomenden Mobilfunkzweig von Verizon ist das von Bedeutung. Dort sind z.Z. weniger als 50 von 32.000 Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Ebenso muss Verizon seine bisherige Praxis aufgeben, bei der Installierung von Interneteinrichtungen nur mit gewerkschaftlich unorganisierten Vertragspartnern zu kooperieren. Auch der permanenten Drohung mit der Verlagerung von Produktionsstandorten haben die Streikenden bei Verizon vorerst einen Riegel vorgeschoben. Verizon hat sich verpflichtet, in Zukunft nicht mehr als 0,7% der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten von einer Region in eine andere zu versetzen.

(TAZ, 22.8.2000, www.cwa-union.org)

Schmutzige Geschäfte

HaPeKo ist die etwas sperrige Abkürzung für "Hanseatisches Personal Kontor GmbH", eine von 800 Leiharbeitsfirmen im Arbeitsamtsbezirk Nord der Republik. HaPeKo beschäftigt ca. 100 LeiharbeiterInnen für 10 bis 12 DM brutto in der Stunde. Von den Auftraggebern kassiert die Firma hingegen zwischen 25 und 35 DM - eine durchaus lukrative Kosten-Nutzen-Relation.

HaPeKo gilt als anrüchig, als schwarzes Schaf der Branche. "Gipfel der Menschenverachtung" nennt ein Arbeitsamtmitarbeiter diese Praxis. Das hindert renommierte Firmen in Hamburg wie etwa die städtischen HEW (Hamburger Elektrizitätswerke) allerdings nicht daran, die Dienste der HaPeKo in Anspruch zu nehmen, indirekt und auf Umwegen selbstverständlich. Um die Kessel in der hochmodernen Müllverbrennungsanlage der HEW zu reinigen, wurde die Firma "Industriereinigung Multiplex & Co KG" engagiert. Diese wiederum holte sich für die besonderen Drecksarbeiten im Kessel Leiharbeiter von der HaPeKo.

Ohne ausreichende Atemschutzmasken und sonstige Schutzvorkehrungen mussten die HaPeKo-Leiharbeiter bis zu zehn Stunden in toxischem Staub wühlen. Mit kleinen Presslufthämmern schlugen sie heiße und stark belastete Schlacke von der Innenverkleidung des Kessels - für 10,20 DM in der Stunde. Nach Berichten des Sterns leidet inzwischen mindestens einer der im HEW-Kessel eingesetzten HaPeKo-Arbeiter an Vergiftungen.

(Stern, 17.8.2000)

37. Die Richtung ändern. Positionspapier der AG Tarifpolitik zur Tarifrunde 2000

Autor: AG Tarifpolitik · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:30

Zur Positionsfindung innerhalb der Gewerkschaften hat die AG Tarifpolitik der "Inititative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken" eine Auswertung der diesjährigen Tarifrunden vorgenommen. Das hier von uns mit leichten Kürzungen abgedruckte Papier hat Bernd Riexinger (geschäftsführender Sekretär hbv Stuttgart) verfasst. Die AG Tarifpolitik ist an Diskussionsbeiträgen und Ergänzungen interessiert.

Der Verteilungsspielraum, der in diesem Jahr bei 5% liegt und nächstes Jahr eher größer sein wird, wurde mit Abschlüssen in diesem Jahr zwischen 2 und 3% und im nächsten zwischen 2 und 2,8% bei weitem nicht ausgeschöpft. Bei ansteigender Konjunktur und je nach Entwicklung der Preissteigerungsrate können einige Abschlüsse sogar in 2001 Reallohnverlust bedeuten. Bereits bei der Aufstellung der Forderungen wurde auf eine Umverteilungsquote verzichtet. Die im Bündnis - ohne innergewerkschaftliche Diskussion - definierte nur an der Produktivität orientierte "Lohnformel" kam unausgesprochen zum Tragen.

Damit sinkt die Lohnquote weiter, die ohnehin auf ihrem tiefsten Punkt seit Ende der 50er Jahre angekommen ist. Die Umverteilung zu Gunsten der Kapitalbesitzer und Vermögenden geht uneingeschränkt weiter. Sie ernten alleine die Früchte des Konjunkturaufschwungs. Die Kollegen/innen müssen z.B. in den Global Players die Erfahrung machen, dass das Management mit Kapitalrenditen zwischen 12 und 20% plant und sie sich mit 2-3% abspeisen lassen müssen. Da sich die Lohn- und Gehaltsabschlüsse an den Empfehlungen des Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit orientieren, wird den Mitgliedern und der Öffentlichkeit suggeriert, dass entgegen besseren Wissens, niedrige Tariferhöhungen Arbeitsplätze schaffen und den Konjunkturaufschwung stabilisieren würden. Das Gegenteil ist der Fall; wie schon in der Kohl Ära eilt die Wirtschaft von Exportrekord zu Exportrekord. Was nach wie vor fehlt ist die Belebung der Binnennachfrage, weil die Masseneinkommen ungebrochen stagnieren. (...)

Obwohl auf Initiative der IGM der europäische Metallarbeiterverband beschlossen hatte, dass kein Land unterhalb des Verteilungsspielraumes abschließen soll, um lohnkosten-politische Absenkungswettläufe zu verhindern, hielt sich die IGM selbst nicht an diesen Beschluss während in den meisten europäischen Ländern - in Norwegen z.B. mit einer imponierenden Streikbewegung - höhere Abschlüsse getätigt wurden, haben sich die deutschen Gewerkschaften (mit wenigen Ausnahmen) den Vorgaben des Bündnisses für Arbeit untergeordnet. Das bedeutet, dass sie ihre Politik an der Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen ausrichten. Tatsache ist, dass Deutschland bei der Entwicklung der Lohnstückkosten die zweifelhafte Ehre des Dumpingweltmeisters gebührt. In keinem anderen Industrieland klaffen derart große Lücken zwischen der tatsächlichen Entwicklung der Lohneinkommen und den durch Preis und Produktivität gesetzten Verteilungsmargen. Folglich weist auch keine andere kapitalistische Metropole einen derartigen Verfall der Lohnquote auf wie Deutschland.

Internationale Solidarität wird so durch Wettbewerbskorporatismus unterhöhlt. Ein schwerwiegender Fehler, denn uns allen ist klar, dass die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung wesentlich davon abhängt, ob es uns gelingt, die internationale Zusammenarbeit und Solidarität auszubauen. Die Neudefinition produktivitätsorientierter Entgeltpolitik droht die lohnpolitisch mit getragene beggar-my-neighbour-policy zu perpetuieren. Eine europäisch aktionsfähige Gewerkschaftsbewegung wird dadurch zerstört, nicht geschaffen.

Verteilungsspielraum nicht ausgeschöpft

Das häufig erfolgreiche Prinzip, dass die kampfstarken Gewerkschaften (vor allem die IGM) mit gutem Beispiel vorangehen und die anderen Gewerkschaften sich im Geleitzug daran herangerobbt haben, hat in diesem Jahr die Marge nach unten gesetzt. Die kampfstarken Gewerkschaften haben ihre Mobilisierungsfähigkeit nicht genutzt und aus Rücksicht auf das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit nicht nutzen wollen. Damit wurden Spielräume für eine nachholende Lohnpolitik in den Niedriglohnbranchen verengt. (...) Der ohnehin - auch begünstigt durch die rein linearen Abschlüsse der letzten Jahre - schon große Lohndrift wächst weiter und immer größere Teile der Beschäftigten gleiten in den Niedriglohnbereich ab. In diesem Zusammenhang muss auch betont werden, dass die als Reformkonzept propagierte Rente mit 60 oder auch die dann

tarifpolitische vereinbarte Arbeitszeit für Gewerkschaften mit hohem Frauen- und Teilzeitanteil und relativ niedrigen Tariflöhnen eine zweifelhafte Perspektive ist.

Das alles soll keinesfalls von Versäumnissen und gravierenden Fehlern der anderen Gewerkschaften ablenken, wie der desaströse Abschluss bei der ÖTV oder der Einbau von Gehaltsbestandteilen (vermögenswirksame Leistungen) für private Altersvorsorge bei der hbv in NRW oder Hamburg. Auch diese Tarifpolitik muss der Kritik unterzogen werden, weil sie praktisch in vorauseilendem Gehorsam die Riesterischen Rentenpläne sanktioniert und den notwendigen Widerstand dagegen erschwert.

Noch in der Nacht des Tarifabschlusses in der nordrheinwestfälischen Metallindustrie mussten geplante Warnstreiks von der IGM in Baden Württemberg abgesagt werden. Die Warnstreikbewegungen der letzten Jahre haben schon bewiesen, dass die Streikbereitschaft in großen Teilen der Mitgliedschaft hoch ist. Sie hat den Slogen von Klaus Zwickel vom Ende der Bescheidenheit durchaus erst genommen. Das Urabstimmungsergebnis in der ÖTV, das in der Öffentlichkeit als Ausdruck geringer Streikbereitschaft interpretiert wurde, ist beachtlich. Eine Zustimmungsquote für Streik von 76% bei einer flächendeckenden in kürzester Zeit aus dem Boden gestampften Urabstimmung muss erst einmal erreicht werden. Zumal der ÖTV-Vorsitzende, Herbert Mai, sich in der Tagespresse gegen einen Streik ausgesprochen hatte. Dass diese Streikbereitschaft nicht genutzt wurde, um ein besseres Ergebnis zu erzielen, sondern Spitzengespräche aufgenommen wurden, obwohl Schily erklärt hatte, dass sie kein besseres Angebot vorlegen werden, wird im schlimmsten Fall die Resignation unter den Mitgliedern verstärken.

Auch die verlängerte Laufzeit von zwei Jahren, bei der ÖTV gar 31 Monate, in vielen Tarifverträgen wird nicht zur Stärkung der Mobilisierungskraft beitragen.

Wir erleben in den letzten Jahren, dass innergewerkschaftliche Diskussion, die Beteiligung der Mitglieder und selbst der Aktiven durch Telepolitik ersetzt wird. (...) Dies entspricht den Vorstellungen der wissenschaftlichen Apologeten des Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit, die den Gewerkschaftsführungen empfehlen, ihr Verhältnis zu den Mitgliedern neu zu definieren. Statt in konfliktreichen Auseinandersetzungen die Interessen der Mitglieder wahrzunehmen und durchzusetzen, sollen sie die im Bündnis ausgehandelten Kompromisse ihrer Basis vermitteln und nahebringen. Die Mitglieder und Aktiven werden so immer mehr in eine Objektrolle hineingedrängt.

Die Verlängerung der Laufzeiten vieler Manteltarifverträge hat die Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung von der Tagesordnung gestrichen. Die Koppelung der Kündigungsfristen von Altersteilzeit und MTV bei der IGM wird eine offensive Arbeitszeitpolitik nicht erleichtern und läuft Gefahr, dass das Kapital Ältere und Jüngere gegeneinander ausspielen wird. Der Preis, die Verschlechterungen der Sozialpolitik (z.B. Verlängerung des Rentenalters) durch Tarifpolitik auszugleichen, ist zu hoch. Die Fortsetzung dieses Ansatzes müssen wir kritisch diskutieren.

"Modernisierungsansätze", die in verschärfter Form kollektive und solidarische Zusammenhänge zerstören, wollen und müssen wir verhindern. Dazu gehört der Vorschlag des jetzigen Arbeits- und Sozialministers von NRW und ehemaligen IGM-Bezirksleiters, Harald Schartau, der über die dpa verlauten ließ: "Der Tarifvertrag werde künftig nur noch das Grundentgelt festlegen und einen Rahmen für die erfolgsabhängigen Verdienstbestandteile vorgeben." In eine ähnliche Richtung geht die Aussage von Klaus Zwickel, dass ein neues Verhältnis zur Frage des Aktienbesitzes gesucht und die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen über die Ausgabe von Stock-Options angestrebt werden soll, ebenso wie die empörenden Worte unseres DGB-Vorsitzenden zur 50-Stunden-Woche.

Diese Ansätze tragen zur Zersetzung kollektiver und solidarischer Politik bei und vollziehen zum Teil die Spaltungs- und Differenzierungversuche der neoliberalen Politik nach. Zu einem anderen Teil spiegeln sie einfach die Hilflosigkeit vieler Gewerkschaftsführungen wider.

Ergebnis und Verlauf der diesjährigen Tarifauseinandersetzungen haben eine neue Qualität und Dimension von Konzessionspolitik erreicht (wenn es auch Ausnahmen gibt). Die Einbindung in das Bündnis hat diese Politik befördert. Sie wird die Krise der Gewerkschaften politisch, mit dem Verlust an Autonomie, ideologisch, durch das Eindringen neoliberaler Versatzstücke und organisatorisch, durch weiteren Mitgliederverlust und "Verspielen" der Kampfkraft verschärfen. Inzwischen wird, u.a. durch die Vorfälle in der ÖTV, deutlich, dass wir es zudem noch mit einer Führungskrise zu tun haben. Erhebliche Teile der Führungen haben sich

offensichtlich verselbstständigt und entfernen sich immer mehr von den Erfahrungen der Kollegen/innen und den Zielen und Vorstellungen vieler Aktiver. Wenn es auch überrascht, mit welchen Mehrheiten in den Tarifkommissionen Tarifergebnisse abgesegnet werden.

Kollektive Zusammenhänge erhalten

Wir wollen in unseren Gewerkschaften eine breite Diskussion über die künftige Tarifpolitik beginnen. Als Beitrag zur Diskussion wollen wir im Herbst eine tarifpolitische Plattform der Gewerkschaftslinken vorlegen.

Einige Kernpunkte für die Tarifpolitik wollen wir zum Schluß kurz aufführen:

- In der Lohn- und Gehaltspolitik muss die Verteilungsfrage wieder in den Vordergrund gestellt werden. Nach einer langen, ungebrochenen Phase der Umverteilung von unten nach oben müssen wir wieder zu einer offensiven Lohnpolitik kommen, die nicht nur den Verteilungsspielraum ausschöpft, sondern Komponenten der Rückumverteilung enthält. Gleichzeitig müssen die sich daraus ergebenen Möglichkeiten genutzt werden, die immer größere Einkommensunterschiede zwischen den Beschäftigen innerhalb und zwischen den Branchen einzuebnen und das Abgleiten eines wachsenden Teils der Beschäftigten in Niedriglohnsektoren zu verhindern. Hierzu müssen wir Konzepte tariflicher und politischer Mindesteinkommenspolitik entwickeln.

- Die Tarifpolitik darf keine negativen Auswirkungen auf die Sozialpolitik haben, in dem sie die Zerschlagung und Verschlechterung unserer Sozialversicherungssysteme sanktioniert.

- Wir müssen unsere Tarifverträge wieder robuster machen gegen betriebliche Öffnungsklauseln. Die Reduzierung der Tarifpolitik, wie von den Arbeitgeberverbänden gewollt, auf wenige Grundfragen und der Ausbau betrieblicher Regelung ist der falsche Weg. Dieser ist übrigens durch eine Forcierung ergebnis- und erfolgsabhängiger Entgeltfaktoren vorprogrammiert.

- Wir wollen auf dem Feld der kollektiven Arbeitszeitverkürzung für Alle wieder in die Offensive kommen. Entscheidend wird dabei sein, wie wir die Forderung nach AZV mit dem Interesse wachsender Beschäftigungsgruppen nach mehr Selbstbestimmung und die Begrenzung von zunehmendem Arbeitsdruck und Stress verbinden.

- In die Tarifpolitik muss ebenfalls der rasante Formationswandel der Konzerne (Fusionen und Ausgliederung) einbezogen werden. Hier können Beschäftigungstarifverträge auf Konzernebene eine fortschrittliche Handlungsebene sein. Erste größere Kämpfe, wie der aktuelle der Opel-Belegschaft gegen die Folgen von Ausgliederung oder von Werner und Pfleiderer in Dinkelsbühl deuten an, dass wir uns den Entscheidungen der Konzernlenker nicht ohnmächtig ausliefern müssen. (...)

Eine Voraussetzung für eine andere Politik ist, dass die Gewerkschaften aus dem Bündnis für Arbeit herausgehen. Das allein reicht jedoch nicht aus. Es ist dringend notwendig, eine Richtungsänderung der Gewerkschaftspolitik zu erreichen. Die Tarifpolitik, als Kernstück der Gewerkschaften, muss dabei den Anfang machen.

Am 16. September findet das nächste Treffen der AG Tarifpolitik in Frankfurt statt. Kontakt zur AG Tarifpolitik über Tom Adler (email: tomadler@ 01019freenet.de) oder Bernd Riexinger (email: elsriexeierstr@t-online.de)

38. Alles nur Zufall? Eine Buchbesprechung

Autor: ga. · Rubrik: RAF; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak441/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:42

Die heute 52-jährige Margrit Schiller war 1971 bis 1979 Mitglied der RAF. Im Oktober 1971 verhaftet, war sie bis 1973 das erste Mal im Knast und kehrte nach ihrer Freilassung wieder in die Illegalität zurück. Nach ihrer zweiten Festnahme im Februar 1974 saß sie bis 1979 erneut im Gefängnis. Nach der Entlassung war sie in der Solidaritätsbewegung für die politischen Gefangenen aktiv. Nicht zuletzt aus Angst vor einer neuen Verhaftung verließ sie 1985 die BRD.

Ein Lebensbericht aus der RAF heißt es im Untertitel. Das klingt vielversprechend. Ein Buch, in dem über Luftblasen und das Dreschen von politischen Phrasen hinaus auch über die Aufbruchsstimmung, die Hoffnungen, die Zweifel und die Sehnsucht der jungen Linken Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre aus Sicht einer Frau berichtet wird, die sich damals dem Teil zugewandt hatte, der in die Illegalität gegangen ist? Dass die Zeit im Knast, die Isolationshaft und die Hungerstreiks ihren Platz in dem Buch finden müssen, ist klar. Aber schafft es Margrit Schiller auch, den politischen Zorn der damals jungen Menschen, die Wut über die Lügen und das Schweigen um sie herum sowie die Verzweiflung darüber, nicht gehört zu werden, so darzustellen, dass es den jungen fortschrittlichen Menschen heute nachvollziehbar wird, was damals für ein Lebensgefühl mitschwang? Warum ein Teil der Linken überzeugt war, dass es notwendig und richtig ist, aus der Illegalität heraus bewaffnet zu kämpfen, anstatt sich weiter in nicht enden wollenden Diskussionen zu verlieren?

All das schoss mir durch den Kopf, als ich Margrit Schillers Autobiografie in den Händen hielt. Aber schon nach den ersten Seiten wurde klar, dass ich falsch lag. "Der harte Kampf um die Erinnerung" spiegelt sich auf jeder Seite wieder. Irgendwie fühlte sich Margrit Schiller immer traurig, immer allein. Das ändert sich auch nicht, als sie ihr autoritäres Elternhaus verlässt, um Psychologie zu studieren. Es scheint, dass alles passierte, ohne dass sie selber eigentlich aktiv daran beteiligt war. Selbst die von ihr geschilderten engagierten Diskussionen im SPK (Sozialistisches Patientenkollektiv) an der Uni Heidelberg, dessen Analysen und Forderungen weit über die Frage des Umgangs mit psychisch kranken Menschen hinaus gingen, trafen sie nicht wirklich ins Herz. Der Weg vom SPK, das damals kurz vor der Zerschlagung stand, in die Illegalität zur RAF war mehr zufällig. Glaubt mensch ihren Schilderungen, so war der vor ihrer Wohnung stehende Observationswagen der Auslöser, sich der RAF anzuschließen. Aber auch das wird von Margrit Schiller nicht als aktiver, bewusster Schritt dargestellt, sondern (so der Eindruck), weil ihr nichts besseres einfiel. Genauso wirkt dann auch ihr Verhältnis zur RAF. Keiner will sie da so recht haben und wieder ist alles irgendwie so traurig. Auffälligerweise reflektiert sie an keiner Stelle ihre eigene Rolle in der Organisation. Alles passiert einfach so. Ob es darum geht, Autos zu klauen oder sich den Fluchtweg frei zu schießen - nie ist Margrit Schiller handelndes Subjekt. Immer ist sie klein, schüchtern und allein. Um der Wahrheit genüge zu tun: Es gibt auch Schilderungen wie stark und überlegen sie sich fühlt. Beispielsweise als sie sich gegen Verhöre und Vereinnahmungen durch die Bullen wehrt, auch im toten Trakt und während des Hungerstreiks. Dennoch: Der Tenor des Buches vermittelt möglicherweise die Erinnerung an das Leben Margrit Schillers, was sich nicht widerspiegelt, ist das Lebensgefühl der Menschen, die damals hochmotiviert und voller Energie angetreten sind, um für eine andere Gesellschaft zu kämpfen.

ga.

Margrit Schiller. Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung,. Ein Lebensbericht aus der RAF. Konkret Literatur Verlag. 39 DM

Lesereise

Margrit Schiller macht im September/Oktober eine Lesereise durch die Republik. Bisher feststehende Termine:

25.9.2000 Halle an der Saale

2.10.2000 Münster

3.10.2000 Konstanz (Kulturladen)

4.10.2000 Düsseldorf

5.10.2000 München

Weitere Termine und die genauen Orts- und Zeitangaben entnehmt bitte der örtlichen Presse oder ruft direkt beim Konkret Literaturverlag in Hamburg 040/478392 an.

39. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak441/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:05

"Innere Sicherheit"

Eine "umfassende Bestandsaufnahme der interdisziplinären Forschung zur Inneren Sicherheit" verspricht der Klappentext eines neu erschienenen Sammelbandes, der aus dem seit 1996 bestehenden "Arbeitskreis Innere Sicherheit" (www.AK-Innere-Sicherheit.de) heraus entstanden ist. Dem selbstgesetzten hohen Anspruch wird das Buch nur zum Teil gerecht: Etwa wenn Martin Kutscha detailliert herausarbeitet, wie Datenschutzregelungen durch die uferlose Verwendung von Generalklauseln ihren Charakter verändern und statt Freiheitsschutz zu Gunsten der Bürger und einer Bremsfunktion für die Staatsgewalt immer mehr eine Entgrenzungsfunktion übernehmen. Oder wo Norbert Pütter die Wirkungsmechanismen der Innenministerkonferenz offen legt, die - grundsätzlich nichtöffentlich tagend und ohne Verfassungsauftrag oder parlamentarische Einbettung - gerade deshalb eine Schlüsselrolle der Repressionspolitik übernehmen konnte. Leider liegt vielen der Aufsätze ein rein positivistisches Staats- und Rechtsverständnis zu Grunde - angefangen mit der unkritischen Übernahme des Anfang der 70er Jahre zur Vermarktung sozialliberaler Repressionspolitik geschaffenen Begriffs "Innere Sicherheit" bis hin zum Schlussbeitrag des ehemaligen schleswig-holsteinischen Innenministers Hans Peter Bull über die "Steuerung" von Sicherheitspolitik. Für eine grundsätzliche Kritik an den Institutionen und Prozeduren des bundesdeutschen "Sicherheitsstaates" bleibt so wenig Raum.

Hans-Jürgen Lange (Hg.): Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland (Studien zur Inneren Sicherheit 1); Leske + Budrich, Opladen 2000, 436 Seiten, 64 DM

Wo liegt Afrika?

Gibt es Afrika wirklich? Die Redaktion der blätter des iz3w, die das Thema zum Schwerpunkt ihres Juli-Heftes gemacht hat, ist nicht dieser Meinung - aber weit mehr als mit den Chiffren "Europa" oder "Asien" werde mit "Afrika" ein einheitliches Bild beschworen. Ein Bild, das teils auf rassistischen, teils auf kulturalistischen Stereotypen beruht, wie Simon Paulenz in seinem Artikel über "Multikulturalismus und Afrika-Rassismen" zeigt. Wurden die AfrikanerInnen durch die Dependenztheorie auf ihren Status als Opfer des Kolonialismus reduziert, hat mittlerweile die Ansicht Konjunktur, die afrikanischen Staaten wären an ihren Problemen ausschließlich selbst schuld. In den Medien werden soziale Konflikte und Bürgerkriege als letztlich unbegreifliche Orgien der Gewalt dargestellt - und humanitäre Hilfe als weitgehend sinnlos. Darin spiegelt sich das relative Desinteresse der westlichen Staaten an der Region. Jörn Schulz vermutet allerdings, dass auf den (unfreiwilligen) Rückzug des Neokolonialismus eine Phase folgen könnte, in der "die westlichen Staaten nach einiger Zeit der Abstinenz auf afrikanischen Kriegsschauplätzen wieder mehr Präsenz zeigen wollen". In zwei kontroversen Beiträgen wird die Frage diskutiert, ob die Abkopplung Afrikas von der Weltwirtschaft möglich und sinnvoll ist. Reiner Wandler referiert die unendliche Geschichte des Westsahara-Konflikts, Iris Schöninger berichtet über die schwierige Arbeit schwarzer Entwicklungshelferinnen in Niger, und Francis B. Nyamnjoh beschreibt Kamerun als "Paradies der Paradoxe" - in diesem "Afrika im Kleinen" sichern Konflikte die Einheit: Der auf Korruption und Klientelismus beruhende "neopatrimoniale Staat" verschärfe die Ethnisierung sozialer Konflikte und nutze sie gleichzeitig zum Machterhalt und gegen den Zerfall der staatlichen Einheit. In weiteren Beiträgen geht es u.a. um das Afrika-Bild in Reiseführern und Kinderbüchern. Auch "schwarze Gegen-Identitäten" werden vorgestellt: die Rastafari-Bewegung und der Panafrikanismus. Die ghanaische Schriftstellerin Amma Darko glaubt, dass es "so etwas wie eine afrikanische Identität gibt" und setzt einen deutlichen Kontrapunkt: "Um einer starken Einheit willen sollten wir uns nicht dagegen wehren, Afrikaner zu sein."

blätter des informationszentrums 3. welt: Jenseits von Afrika - Kontinent der Projektionen; Ausgabe 246 (Juli 2000); iz3w, Postfach 5328, D-79020 Freiburg, Fon 0761/74003, Fax 0761/709866, e-mail info@iz3w.org; 50 Seiten, 8 DM

Erinnerungspolitik

Peter Reichels Buch "Politik mit der Erinnerung", erstmals 1995 erschienen, ist im vergangenen Jahr als Taschenbuch neu aufgelegt worden. Während viele der im "Gedenkjahr" 1995 gedruckten Publikationen

inzwischen in wohlverdiente Vergessenheit geraten sind, ist Reichels Buch nach wie vor lesenswert und anregend. Sein Thema, so die Unterzeile, sind "Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit". Zu diesen gehören die Bauwerke der Nazis, Denkmäler und Gegendenkmäler, Museen und Gedenkstätten in den ehemaligen Konzentrationslagern. Um all diese Orte und Bauwerke wurde und wird ein mehr oder weniger vehementer politischer Streit ausgefochten - wird Erinnerungspolitik gemacht. Diese sei legitim, schreibt Reichel; gleichzeitig betont er, dass ein "kollektives" bzw. "kulturelles Gedächtnis" für die deutsche Gesellschaft unverzichtbar sei: "Ein solches Gruppengedächtnis verschafft dem Einzelnen eine normative Orientierung und ein Wir-Bewusstsein, auf das er als soziales Wesen angewiesen ist." In seinem Schlusswort räumt er allerdings ein, es sei kaum zu erwarten, dass sich "in den Schlüsselfragen der Geschichte des Nationalsozialismus die Linke und die Rechte so bald auf eine konsensuale Bewertung verständigen können." Der Streit um Deutschlands NS-Vergangenheit wird also weitergehen - nicht in erster Linie wegen der wachsenden Zahl junger Nazis. Reichel zeigt, dass die geschichtspolitische Kontroverse immer wieder gerade in der "Mitte" der Gesellschaft entbrennt. Seine Kommentare zu deutschen Gedenktagen und den sie begleitenden Skandalen sind bedenkenswert - gerade weil sie die Reaktion des Mainstreams hinterfragen. So arbeitet er die apologetische Tendenz der hochgelobten Weizsäcker-Rede zum 8. Mai 1985 heraus; "die Ausführung des Verbrechens lag in der Hand weniger", hatte Weizsäcker wahrheitswidrig behauptet. Andererseits wendet Reichel sich gegen eine Pauschalverurteilung von Jenningers Skandalrede über das "Faszinosum" Nationalsozialismus. Am 9. November 1988, so Reichel, "ging die Gedenkfeier daneben, weil einer redete, der nicht log oder heuchelte und in seiner Aufrichtigkeit auch noch ungeschickt war..." Die Aufregung vieler Abgeordneter, die damals empört den Plenarsaal verließen, erklärt Reichel auch damit, "dass ihr Präsident ihnen und der Nation die historische Wahrheit gesagt hatte" - die Wahrheit über die breite Zustimmung der Volksgenossen zum NS-Regime.

Peter Reichel: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit; Frankfurt am Main (Fischer Taschenbuch Verlag) 1999, 342 Seiten, 29,90 DM

Staatsverschulder

In seinem Buch "Das Kartenhaus" entwickelt Wolfgang Roth die These: Die chronische, zudem weltweite Staatsverschuldung ist nicht in erster Linie Ergebnis ungelöster Probleme des Staates, sondern der Ökonomie. Und zwar einer überalterten, schwach gewordenen Ökonomie, die aus sich heraus nicht mehr genügend Gewinne macht. Roth rechnet nach: Im Verhältnis zum eingesetzten Kapital ist die Rendite gesunken. Deshalb sinken seit den 70er Jahren auch die Investitionen in Sachanlagen und Arbeitsplätze. Während in den 60er Jahren noch zwei Drittel der Gewinne reinvestiert wurden, ist es heute nicht einmal ein Drittel. Es wird mehr Geld für Fusionen ausgegeben als für neue Arbeitsplätze. Im gleichen Zuge nehmen die Gewinnentnahmen durch das Leitungspersonal zu. Die etwa 370.000 Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer deutscher Firmen entnehmen für Gehälter, Gewinnanteile, Pensionen, Prämien und so weiter etwa 200 Milliarden Mark pro Jahr. Diese Entnahmen stiegen noch schneller als die Unternehmensgewinne und natürlich auch viel stärker als Löhne und Gehälter. Die enormen Gewinne werden nur mit staatlicher Hilfe gemacht: mittels Subventionen, Steuerabschreibungen und Kostenübernahmen. Roth nennt das Profitratensubventionierung. Die Kohl-Regierung hat davon mehr organisiert als jede Regierung vorher, oft unter dem Motto der Privatisierung, bei Bahn und Post, über die Treuhand, bei kommunalen Unternehmen, bei Firmenaufkäufen im Ausland. Roth nennt auch Gründe der Staatsverschuldung, die im Staatsapparat selbst liegen: die Selbstbedienung der politischen Klasse mit Doppelt- und Dreifacheinkommen, die Dauersubvention von Parteien, Fraktionen und Stiftungen aus Steuergeldern, schließlich auch die Korruption, die zu überteuerten Bauaufträgen und Geldverschwendung führt. Die Analyse Roths lässt auch das Gerede von der angeblichen "Deregulierung" ("Rückzug des Staates") als Vernebelungstaktik erkennen. In Wirklichkeit nimmt der Staat nicht nur rechtlich und politisch, sondern immer mehr auch finanziell die Stellung eines Garanten für Unternehmens- und Spekulationsgewinne ein. Die staatliche Profitratensubvention ist heute internationaler Standard. Auch von den neuen "linken" Regierungen Europas wird sie als technisch-fiskalisches Problem verharmlost. Roths Buch, das in aktualisierter Neu-Auflage erscheint, ist geeignet, das herrschende Unwissen in Sachen Staatsverschuldung zu durchbrechen - das ist gerade angesichts der rot-grünen Sparpolitik bitter nötig.

Rainer Roth: Das Kartenhaus. Ökonomie und Staatsfinanzen in Deutschland. Verlag DVS, 2. aktualisierte Auflage, Frankfurt 1999. ISBN 3-932246-20-9; 454 Seiten, 25 DM

40. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak441/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:27

Warum gerade in dieser Zeitschrift?

Betr.: "Alles verändert sich", ak 439

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die beiden Artikel "Alles verändert sich" und "Keine Macht für Niemand" kann ich nur mit Kopfschütteln quittieren.

"Alles verändert sich": Die Beschneidung und Sinnentstellung beginnt bereits bei der Überschrift des ersten Artikels: Der Nachsatz "wenn Du es veränderst" fehlt! Warum? "Aber genau das macht Neues Glas aus alten Scherben auch nicht." Irrtum: Zumindest der Sänger Kiessling versucht das krampfhaft, doch will es ihm nicht gelingen. Wie gefällt Ihnen folgendes Zitat: "Welche Texte kann man in unserem Alter noch bringen? Ich bin mit 43 Jahren kein Lehrling mehr. ‚Keine Macht für Niemand` funktioniert also nicht mehr", so Kiessling. (...)

"Die Musik ist kompakter und rockiger." Was einerseits bedeutet, dass sie so laut herüberkommt, dass die zentrale Essenz, nämlich die Texte, gar nicht mehr verstanden werden können und der Zuhörer dem Pfeifen im Ohr bedrohlich nahe kommt. Was andererseits bedeutet, dass der musikalische Variantenreichtum des Scherben-Originals von diesen sogenannten "Nachfolgern" komplett in seiner Substanz infolge von technisch-musikalischer Unfähigkeit in Grund und Boden vernichtet wird! "Spätestens wenn die Band ‚Der Traum ist aus` unverzagt und mit einer unglaublichen Power abliefert, kommt man nicht umhin, den Namen der Band auch programmatisch zu verstehen." Leider schon wieder grottenfalsch!

Erstens verfügt in dieser 5-Mann-Clique keiner über die musikalisch-textliche Kompetenz, das Scherben-Erbe durch selbst komponierte Stücke im musikalischen wie inhaltlichen Sinn des Verstorbenen weiterzuführen: Der primäre Antrieb, warum es die fünf Herren in dieser Konstellation überhaupt gibt, ist objektiv kein künstlerischer, als vielmehr ein rein kommerzieller! Zweitens habe ich bei einem Konzertbesuch dieser Formation zum ersten Mal zwei ganz neue Erfahrungen gemacht: 1. Man kann Scherben-Musik imitieren und nachspielen, ohne selbst hinter den Inhalten zu stehen - das geht und wird kritiklos geglaubt! 2. Es gibt Sänger, die mühen sich 2 bis 3 Stunden ab, und bringen nichts, aber auch gar nichts herüber (...)

"Keine Macht für Niemand": "Immer wieder klingt das doch ein wenig zu sehr drüber stehend, ein wenig zu distanziert." Haben Sie sich auch einmal nach dem intellektuellen Reflexionsniveau eben dieses Herren Sichtermann gefragt? Haben Sie sich gefragt, ob er überhaupt zu irgendeinem Zeitpunkt für irgendetwas stand, oder einfach nur Bass gezupft hat? Haben Sie sich gefragt, warum er denjenigen post mortem als Despoten demontiert, dem er seine Berühmtheit verdankt? Haben Sie sich ferner gefragt, warum der aussagekräftigste und neben Rio Reiser wichtigste Mann, R.P.S. Lanrue, konsequent jede Mitarbeit an diesem Buch verweigert hat? Haben Sie sich auch gefragt, warum ebendieser wichtigste und heute namentlich oft verschwiegene bis konkret ausgegrenzte R.P.S. Lanrue seinen Wohnsitz nicht ganz freiwillig von Fresenhagen nach Portugal verlagert hat? Haben Sie sich ferner gefragt, warum Wolfgang Seidel, der erste Schlagzeuger der Scherben, die Mitarbeit an diesem Buch konsequent verweigert hat? Haben Sie konkret in diesem Buch befindliche Aussagen wenigstens einmal auf Frauenfeindlichkeit abgeklopft! (...)

"Das Buch macht anschaulich, dass die Scherben mehr als nur eine ‚Familie` waren." Haben Sie sich die Frage gestellt, warum es in geradezu unsäglicher Form im Augenblick "in" ist, solche Sätze zu schwadronieren, jedoch die Antwort, inwieweit denn dieses "mehr" historisch, inhaltlich und politisch ausstaffiert ist, bis zum heutigen Tage unbeantwortet bleibt? (...) Zwei Positivbeispiele für historische und persönliche Präzision: 1. Rio Reiser, Hannes Eyber: König von Deutschland (Autobiographie), 2. Bommi Baumann: Wie alles anfing (Autobiographie).

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Bugla

P.S.: Ihre sonstigen Artikel gefallen mir z. T. sehr gut, die beiden genannten sind eine einzige Katastrophe (...) Es gibt so viele Formen, ein linkes Erbe kaputtzumachen, anstatt es historisch aufzuarbeiten, um

Weiterentwicklungs- und Lernprozesse zu ermöglichen! Der Autor dieser beiden Artikel hat sich in sträflichster Form kontraproduktiv verhalten, ganz im (rechten) Mainstream des Zeitgeistes. Warum? Und vor allem: Warum in gerade dieser Zeitschrift?

Beste ak-Tradition

Betr.: ak 440 "Das rot-grüne Atomprogramm für das 21. Jahrhundert", ak 440

Hallo,

ich habe mit großem Interesse den Artikel gelesen. Wohne in Norwegen und lese taz und ak um mich weiter auf dem laufenden zu halten. Der Artikel bringt in guter AK-Tradition eine Reihe Argumente, die sehr nützlich in Diskussionen mit zum Beispiel Realos sind. Euer Vorteil ist im Gegensatz zur taz, dass ihr der grünen Politik etwas kritischerer gegenübersteht, als das einem "Hofblatt" möglich ist. Bin gespannt auf weitere Artikel zum Thema.

Grüße,

Andreas H.

41. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak441/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:28

Bündnispolitik

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Hamburger Bündnisses gegen Faschismus und Rassismus lädt die Gruppe Rotes Winterhude zu einer Diskussionsrunde ein. Thema: Weimar 1. Mai 2000 - Schlussforderungen für die radikale Linke. Am 1. Mai wollten Faschisten in Weimar aufmarschieren. Ein breites Bündnis konnte dies verhindern. Alle Parteien im Stadtrat und autonome Zusammenhänge waren daran beteiligt. Welches sind die Schwächen und Stärken dieses Bündnisses und was kann die radikale Linke daraus für die eigene Arbeit vor Ort lernen? VertreterInnen von PDS und Autonomen berichten aus ihrer Sicht.

Hamburg, 4.9., um 19.30 Uhr in der Hochschule für Politik (HWP),

Von-Melle-Park 9

Geld statt Esspakete!

Unter diesem Motto ruft die Junge Linke Wesel zur Demonstration auf. Sie fordert die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, die Aufhebung des Arbeitsverbotes und ausreichend Wohnraum für Flüchtlinge.

Emmerich, 9.9., um 13 Uhr

am Hauptbahnhof, Infos unter Tel.0281/3009074 oder

jlwesel@gmx.de

Erinnerung und Mahnung

Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg. An über 100 Infoständen können sich BesucherInnen über vielfältige Ideen und Aktivitäten der beteiligten Initiativen informieren. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Andreas Nachama, eröffnet um 13.30 Uhr den Aktionstag auf dem Platz vor dem Roten Rathaus. Neben dem Kulturprogramm gibt es eine Diskussion über Strategien gegen Rechtsextremismus mit Jupp Legrand (IG Metall), Frank Jansen (Tagesspiegel), Stephan Hinze (Aktion Noteingang/Brandenburg), Susanne Maus (Antifaschistische Aktion Berlin), Arthur Mehring (Antifaschistische Initiative Moabit) und Oliver Tolmein (Journalist). Um 11 Uhr wird mit einer Antifa-Kundgebung "Die Toten mahnen die Lebenden" im Sportpark Neukölln der Opfer des Faschismus gedacht und um 18.30 Uhr errichtet die Internationale Liga für Menschenrechte ein Mahnmal für ermordete Sinti und Roma in der Scheidemannstraße.

Berlin, 10.9., verschiedene Orte, Infos beim Vorbereitungskreis c/o IVVdN/BdA, Tel. 030/29784174

Keine Toleranz!

Der Flüchtlingsrat Hamburg führt eine Veranstaltung durch zum Thema: "Praktischer Widerstand gegen rechten Terror und Gewalt. Eingeladen sind Flüchtlinge aus Rathenow und VertreterInnen des brandenburgischen Vereins Opferperspektive. Die Flüchtlinge in Rathenow wurden mehrfach von Neonazis angegriffen und machen seit Monaten mit verschiedenen Protesten auf sich aufmerksam. Sie fordern eine Aufhebung der Residenzpflicht und Unterbringung in Wohnungen an Orten, wo sie leben möchten. Der Verein Opferperspektive unterstützt die Opfer rechter Gewalt und bauen vor Ort Strukturen auf, die der rechten Dominanz und Gewalt den Nährboden entziehen.

Hamburg, 13.9., um 20 Uhr im Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12

Atomwaffen abschaffen

Sicherheit ohne Atomwaffen in der Ostseeregion ist einer der Schwerpunkte der Jahrestagung des Trägerkreises "Atomwaffen abschaffen". Weitere Themen sind: Gefahr der Militarisierung des Weltalls, der Atomwaffensperrvertrag, die siamesischen Zwillinge: Atomenergie und Atomwaffen. Im Trägerkreis sind über 40 Organisationen aus Kirchen, Gewerkschaften, Universitäten und der Friedensbewegung zusammengeschlossen.

Rostock, 15. bis 17.9., Anmeldung und Infos: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Te. 0231/575202 oder ines_nat@t-online.de

Radikaldemokratie

Die JungdemokratInnen-Junge Linke Sachsen-Anhalt lädt ein zu einem Wochenendseminar zum Thema Radikaldemokratie. Neben den theoretischen Grundlagen soll insbesondere der Frage einer radikaldemokratischen politischen Strategie nachgegangen werden.

Magdeburg, 15. bis 17.9., Anmeldung und Infos: jdjl-sachsen-anhalt, lsa@jungdemokratinnen.de

Smash the Borders

Der Unterstützungskreis kein mensch ist illegal aus dem Ruhrgebiet berichtet vom 3. antirassistischen Grenzcamp. Er zeigt auch ein Video vom diesjährigen Camp, das unter dem Motto "Die Freiheit sich frei zu bewegen ist ein Glück, welches es zu teilen gilt" in Forst/Brandenburg stattfand. Die Veranstaltung ist auch als ein erstes Mobilisierungstreffen für ein neues Grenzcamp im neuen Jahr gedacht.

Essen, 19.9., um 20 Uhr in der Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100

Morgen Land

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "MorgenLand? Perspektiven einer europäischen Einwanderungsgesellschaft" lädt die Werkstatt 3 und umdenken e.V. zur einer Lesung ein: Jamal Tuschick, Silvia Szymanski, Raul Zelik und Feridun Zaimoglu lesen aus dem neu erschienenen Buch: "Morgen Land - neueste deutsche Literatur".

Hamburg, 19.9., um 19.30 Uhr in der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

Neue Normalität

Der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) lädt ein zur Herbstkonferenz mit dem Thema "Berliner Republik - Geschichtsrevisionismus - Neue Normalität". Die Tagung geht Stationen des Geschichtsrevisionismus nach: von den Nürnberger Prozessen über Bitburg bis Martin Walser. Referate und Diskussionen gibt es u.a. zu folgenden Themen: Lehren nach Ausschwitz - Diskursverschiebungen in der Berliner Republik (Johannes Klotz), Denkmalstreit und Hauptstadtarchitektur (Monika Gibas) sowie Erinnerungspolitik und Präsentation von Vergangenheit - politische Reaktionen auf die Ausstellung "Betrifft: Aktion 3 - Deutsche verwerten jüdische Nachbarn" (Barbara Fried).

Schlierke/Harz, 21.9. bis 24.9.,

Anmeldung und Infos beim BdWi, Tel. 06421/21395 oder fib.bdwi@bdwi.de

Brot und Land

Die Menschenrechtsorganisation FIAN veranstaltet einen Studientag "Brot, Land und Freiheit" zu Agrarreformen im Nord-Süd-Verhältnis. Themen: Agrarreformprogramme, Landkonzentration durch das Agrobusiness und nachhaltige Nutzung von Land.

Bonn, 29.9. im Haus Venusberg,

Anmeldung und Infos: FIAN,

Tel. 02323/490099 oder

agrarreform@fian.de

42. Verteilungs-Probleme

CD-Datei: daten/aksuche/ak441/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:38

Es gibt Probleme, da kommt man gar nicht so ohne weiteres drauf. Zum Beispiel Probleme mit dem Geld. Klar davon hat man häufig zu wenig und das ist natürlich schon irgendwie ein Problem. Aber darum geht es nicht. Richtig, es geht eher um die Frage, was man eigentlich macht, wenn man zu viel Geld hat. Ich kanns schon hören: Was soll denn daran bitte schwer sein? Das ist doch wohl ne klare Sache: Das verteilt man selbstverständlich von oben nach unten, was denn sonst. Im Prinzip schon ganz okay, aber diese Verteilung löst das Problem in keinster Weise, ja macht es sogar noch viel komplizierter. Und es ist jetzt schon schwierig genug. Derzeit könnte man sogar daran zweifeln, ob der gute alte Hinweis der Titanic, dass es Geld bei allen guten Banken und Sparkassen gibt, in Zukunft noch Bestand haben wird.

Es geht nämlich um das Problem, wie eine ziemlich enorm große Menge echtes Geld in Form des Euro an all die vielen Banken und Sparkassen verteilt werden kann. Und außerdem muss all das viele DM-Geld dann weg, wenn der Euro erst mal da ist. Ich beneide jedenfalls den Bundesverband deutscher Banken, der sich über dieses Problem den Kopf machen muss. Mein Güte. Ich wäre ja schon vollauf zufrieden, wenn mein größter Koffer nicht mehr ausreichen täte, um mein Geld zur Bank zu schaffen. Aber der Bundesverband der Banken kommt mit den vorhandenen 2.000 gepanzerten Spezialfahrzeugen nicht ganz klar. Die sind irgendwie zu klein. Doch Banker sind natürlich schlau. Deswegen haben die jetzt den Einsatz der Bundeswehr gefordert. So rund 1.000 Lastwagen samt bewaffneter Truppe. Tolle Sache. Vielleicht könnte dann vorneweg noch ein kleiner Panzer rollen? Wäre ja noch sicherer. Aber: geht das überhaupt? Darf die Bundeswehr für derartiges eingesetzt werden?

Schnell im Grundgesetz nachgeschlagen: Art. 87a (4) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für ... die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes ... kann die Bundesregierung, ... Streitkräfte ... beim Schutze von zivilen Objekten ... einsetzen.

Tja, klingt irgendwie schon so, als dürften sie. Pech, dann kann man eben nichts machen ...

Wir haben aber auch Probleme mit der Verteilung und da kann schon was gemacht werden: Wir brauchen dazu nur verdammt viel mehr Adressen, Abo-Adressen. Und wir versprechen mit revolutionärem Ehrenwort: Wir regeln das ohne jede Bundeswehr, wenn ihr ak - analyse und kritik abonniert. Mit nur 60 DM für diejenigen, die über nicht so viel Geld verfügen und 90 DM für alle anderen gibt es jährlich 432 Seiten auf 12 Ausgaben verteilt. Und solltet ihr euch für ein Jahresabo entschließen, bekommt ihr noch eine ak.Archiv-CD-ROM mit fast 4.000 Artikeln (Jahrgänge 1993 bis einschließlich Oktober 1999) von uns kostenlos dazu. Auch wer uns ein Abo vermittelt, bekommt dafür eine CD kostenlos als Werbegeschenk. Ohne Abo kostet die CD 69 DM. Und diejenigen, die sich nicht ganz sicher sind, können mit dem Schnupper-Abo ak erst mal kennen lernen. Für nur 10 DM erhaltet ihr dann drei ak-Ausgaben. Wenn ihr das nicht verlängern wollt, braucht ihr uns nach Erhalt der zweiten Ausgabe nur eine Mitteilung zusenden, dass aus dem Schnupper-Abo KEIN Jahresabo werden soll.

DSe

ak-redaktion,

Rombergstr. 10, 20255 Hamburg,

Tel: 040-40170174, Fax: 040-40170175,

Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

43. Zivilgesellschaftlich gegen rechts?

CD-Datei: daten/aksuche/ak441/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:43

Seminar des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik

in Zusammenarbeit mit der ak-Redaktion

28./29. Oktober in Hamburg

Sa. 13.00 - 20.00 Uhr / So. 10.00 - 15.00 Uhr

Im "Kampf" gegen die Neonazis und zum Erhalt der Position des Wirtschaftstandortes Deutschland wird von VertreterInnen der politischen Klasse der Begriff der Zivilgesellschaft permanent in die Diskussion geworfen. Jetzt sei "Zivilcourage" von jeder und jedem gefordert; mit freundlicher Unterstützung von Boris Becker, Thomas Gottschalk und weiteren Größen des Showbiz. Über die Rolle des Staates, die Rolle der Parteien, über den gesellschaftlichen Rassismus, die Gewalt aus der Mitte der Gesellschaft soll tunlichst kein Wort verloren werden.

Das Markenzeichen Zivilgesellschaft wird auch gerne und oft von NGOs genutzt. Die Nutzung des Begriffes durch diese Gruppen ist eng verbunden mit der Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols und des Legalitätsprinzips. Abgegrenzt wird die "Zivilgesellschaft" sowohl von rechtsextremen Strukturen, als auch von revolutionär-antifaschistischen Politikkonzepten.

Fast zwangsläufig führt die Auseinandersetzung mit dem Begriff der Zivilgesellschaft zu einem der wichtigsten Theoretiker der Zivilgesellschaft - Antonio Gramsci. Bei dem Seminar wollen wir uns unter anderem damit auseinander setzen wo sich bei Gramsci für die heutige Zeit Ansatzpunkte für eine antifaschistische Arbeit finden lassen.

Anmeldungen bitte an: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik

Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, 040-401 701 74 (Fon), 040-401 701 75 (Fax),

ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de, Kostenbeitrag 10.-

44. Balkanmix

CD-Datei: daten/aksuche/ak441/baltit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:baltit

Ende September wird in Jugoslawien der Bundes-Präsident gewählt. Ob es einen neuen gibt, ist dabei nicht so entscheidend, denn alle setzen auf Nationalismus: die demokratische Opposition Serbien (DOS) mit Westorientierung, Slobodan Milosevics Partei (SPS) ohne Westorientierung - wobei sich die SPS in den vergangenen Monaten merklich konsolidiert hat. Die weniger aussichtsreichen Kandidaten von Vuk Draskovics Serbischer Erneuerungspartei (SPO) und Vojislav Seseljs rechtsradikaler SRS schwelgen wechselweise in Cetnik-Romantik oder Amselfeld-Melancholie.

Die Regierung der kleinen jugoslawischen Teilrepublik Montenegro fühlt sich von einer Verfassungsänderung Milosevics, die ihm den Weg zu einer weiteren Amtszeit geebnet hat, ausgebootet. Montenegros Präsident Milo Djuknovic ruft zum Wahlboykott auf. Am liebsten würde seine Administration sowieso die Unabhängigkeit erklären. Das gefiele auch dem Westen am besten, während die montenegrinische Bevölkerung einen Krieg wie im Kosovo vor der eigenen Haustür befürchtet.

Dort werden Ende Oktober Kommunalwahlen stattfinden. Aber vorher wird die Stimmung gegen die verbliebenen SerbInnen nochmal richtig aufgeheizt, damit es auch ethnisch rein und sauber in der mythenbeladenen Provinz wird. Sauber hätte es offenbar auch UMNIK-Chef Kouchner gerne in seinem Protektorat: Vor zwei Wochen ließ er "aus Umweltgründen" die von einer serbischen Belegschaft geführte Bleischmelzerei der Trepca-Mine nahe dem kosovarischen Mitrovica von KFOR-Soldaten räumen. Die Mine bildet das Industriezentrum des Kosovo. Meint Kouchner nun ethnisch saubere Umwelt oder ökologisch saubere Umwelt? Doch auch die albanischen Parteien im Kosovo mögen sich nicht. Der zivile Arm der UCK, die Demokratische Partei Kosovas (PDK), möchte seine Machtsphäre nämlich nicht so einfach an die als noch ziviler geltende Demokratische Liga Kosovos (LDK) abgeben.

So bestimmt ein bunter Mix aus Konflikten den bevorstehenden Urnengang. Mehr Klarheit verschafft ein Blick auf Seite 18

45. Uups: Unwort oder Inbegriff?

CD-Datei: daten/aksuche/ak441/titgen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:441:titgen

Alles hat bekanntlich mindestens zwei Seiten. Wir zum Beispiel sind ja immer etwas langsamer, dafür aber hartnäckig und herzlich. Dieses Mal haben wir aus der Not eine Tugend gemacht. Ergebnis: ein Rätsel und zwei Nachrichten.

Zuerst die gute Nachricht: Die Sommerpause war so verregnet, dass wir zur Beweisführung nachlesen konnten, was wir schon immer wussten: Die moderne Nationalsozialistin ist eine stramme Frauenrechtlerin für Volk und Vaterland! Und: Sowohl Kapitalismus als auch Wissenschaft sind engendered! Gelegen kam der Regen auch Roswitha Scholz: die mag es nämlich gar nicht, wenn ihr Werk wie ein "Theorieburger" am Baggersee-Strand verkonsumiert wird. Ein Graus, die Vorstellung von Sonnenölflecken auf der feministischen Wertabspaltungstheorie!

Nun die schlechte Nachricht: wir drucken jetzt ab, was wir uns bei der Lektüre rund um Kapitalismus, Wissenschaft und uups gedacht haben.

Allerdings hat niemand Zeit, zu überprüfen, ob uups nun eine Light-Version von Feminismus oder eine wissenschaftliche Kategorie ist. Denn: die Sommerpause ist vorbei, Uni, Arbeit und Hardware-Themen lauern schon.

Zum Mitreden reicht es aber auch, die Seiten 24 und 25

zu lesen.